

Stellungnahme der Studierendenvertretung zum Entwurf eines Bayerischen Hochschulinnovationsgesetzes

Julius-Maximilians-Universität Würzburg



Würzburg, 29. Juni 2021

Inhaltsverzeichnis

Präambel	0
Kurzzusammenfassung der Kapitel	1
1 Demokratie und Eigenständigkeit der Hochschule	6
1.1 Einleitung	6
1.2 Interne Demokratie	6
1.3 Einfluss von außen	7
2 Lehre und Studium	10
3 Gesellschaftliche Rolle und Vorbildfunktion	13
3.1 Demokratie	13
3.2 Soziale Gerechtigkeit	14
3.3 Nachhaltigkeit	16
4 Studentische Beteiligung und Eigenständigkeit	18
5 Rechtsstellung und Finanzen	22
6 Personal, Berufungen und Studierendenwerke	28
Anhang: Gesetz über Hochschule, Forschung und Innovation in Bayern (Bayerisches Hochschulinnovationsgesetz – BayHIG)	32
Teil 1: Geltungsbereich	32
Art. 1: Geltungsbereich	32
Teil 2: Rechtsstellung der Hochschulen	33
Art. 2: Allgemeine Aufgaben	33

Art. 3: Aufgaben im gegliederten Hochschulsystem	34
Art. 4: Rechtsstellung	34
Art. 5: Koordinierung und Projektträgerschaft für staatliche Fördermaßnahmen	35
Art. 6: Koordinierung und Projektträgerschaft für staatliche Fördermaßnahmen	35
Art. 7: Qualitätssicherung, Verordnungsermächtigung	36
Art. 8: Strategische Hochschulsteuerung	37
Art. 9: Satzungsrecht	38
Art. 10: Aufsicht	38
Teil 3: Finanzen und Vermögen	39
Art. 11: Finanzierung, Verordnungsermächtigung	39
Art. 12: Drittmittel	41
Art. 13: Kosten	42
Art. 14: Bau- und Liegenschaftsangelegenheiten, Verordnungsermächtigung	44
Art. 15: Körperschaftsvermögen	45
Art. 16: Beteiligung an und Gründung von Unternehmen	45
Art. 17: Gründungsförderung	46
Art. 18: Diensterfindungen	46
Teil 4: Mitglieder der Hochschule	46
Art. 19: Mitglieder	47
Art. 20: Freiheit von Kunst, Wissenschaft und Studium	48
Art. 21: Redlichkeit der Forschung und Veröffentlichung von Forschungsergebnissen	48
Art. 22: Gleichstellung	48
Art. 23: Zielvorgaben für die Erhöhung der Frauenanteile	49
Art. 24: Hochschulmitglieder mit Behinderung oder chronischer Erkrankung	50
Art. 25: Ansprechpersonen	50
Art. 26: Mitwirkung, offene Kommunikation	51
Art. 27: Wahlen, Verordnungsermächtigung	51
Art. 28: Mitwirkung der Studierenden, Studierendenvertretung	52
Art. 29: Landesstudierendenrat	53

Teil 5: Organisation	53
Art. 30: Grundsätze und Grundlagen der Organisation	54
Art. 31: Hochschulleitung	54
Art. 32: Präsidentin, Präsident	55
Art. 33: Kanzlerin, Kanzler	56
Art. 34: Senat	57
Art. 35: Hochschulrat	58
Teil 6: Hochschulpersonal	59
Kapitel 1: Grundlagen	59
Art. 36: Geltungsbereich	59
Art. 37: Allgemeine dienstrechtliche Regelungen	60
Art. 38: Karriereförderung, Karrierezentren	61
Art. 39: Lehr- und Prüfungstätigkeit, Verordnungsermächtigung	61
Art. 40: Nebentätigkeit und Mitarbeiterbeteiligung	62
Kapitel 2: Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer	64
Art. 41: Einstellungsvoraussetzungen für Professorinnen und Professoren	64
Art. 42: Dienstrechtliche Stellung	66
Art. 43: Dienstaufgaben	67
Art. 44: Beamtenrechtliche Sonderregelungen, Verordnungsermächtigung	68
Art. 45: Freistellung von Dienstaufgaben	69
Art. 46: Bezeichnung „Professorin“ oder „Professor“	70
Art. 47: Einstellungsvoraussetzungen für Juniorprofessorinnen und Juniorprofessoren	71
Art. 48: Nachwuchsprofessorinnen und Nachwuchsprofessoren	73
Art. 49: Dienstrechtliche Sonderregelungen für Juniorprofessorinnen, Juniorprofessoren, Nachwuchsprofessorinnen und Nachwuchsprofessoren	73
Art. 50: Berufung von Professorinnen, Professoren, Juniorprofessorinnen, Juniorprofessoren, Nachwuchsprofessorinnen und Nachwuchsprofessoren	75
Art. 51: Gemeinsame Berufungen	77
Art. 52: Honorarprofessorinnen und Honorarprofessoren	77

Art. 53: Privatdozentinnen und Privatdozenten sowie außerplanmäßige Professorinnen und Professoren	78
Art. 54: Widerruf der Bestellung	78
Kapitel 3: Weiteres Hochschulpersonal	79
Art. 55: Einstellungsvoraussetzungen für wissenschaftliche und künstlerische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter	79
Art. 56: Dienstrechtliche Stellung und Dienstaufgaben	80
Art. 57: Wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit Weiterqualifizierungsaufgaben	81
Art. 58: Lehrkräfte für besondere Aufgaben, Verordnungsermächtigung	82
Art. 59: Wissenschaftsstützende Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Technik und Verwaltung	83
Teil 7: Lehre und Studium	83
Kapitel 1: Lehre	83
Art. 60: Studienberatung	83
Art. 61: Lehrbeauftragte	83
Kapitel 2: Studium und Prüfung	84
Art. 62: Studium, Lehre und Studienjahr	84
Art. 63: Studiengänge, gestufte Studienstruktur, sonstige Studien	85
Art. 64: Weiterbildung	86
Art. 65: Regelstudienzeit	87
Art. 66: Studienordnungen	88
Art. 67: Studienleitende Maßnahmen, begrenzte Fächerwahl	88
Art. 68: Prüfungen, Prüfungsordnungen, Verordnungsermächtigung	88
Art. 69: Prüferinnen und Prüfer	91
Art. 70: Anerkennung und Anrechnung von Kompetenzen	92
Kapitel 3: Zugang und Immatrikulation	92
Art. 71: Allgemeine Bestimmungen	93
Art. 72: Allgemeine Qualifikationsvoraussetzungen für das grundständige Studium, Verordnungsermächtigung	94
Art. 73: Besondere Qualifikationsvoraussetzungen für das grundständige Studium, Verordnungsermächtigung	95
Art. 74: Zugang zum postgradualen Studium	97

Art. 75: Immatrikulationshindernisse	97
Art. 76: Befristete, bedingte Immatrikulation, Verordnungsermächtigung	98
Art. 77: Rückmeldung und Beurlaubung	98
Art. 78: Exmatrikulation	99
Art. 79: Ausführungsbestimmungen	99
Kapitel 4: Grade und Zeugnisse	99
Art. 80: Verleihung akademischer Grade, Promotions- und Habilitationsrecht, Verordnungsermächtigung	100
Art. 81: Promotion	101
Art. 82: Lehrbefähigung, Lehrbefugnis	102
Art. 83: Führung akademischer Grade deutscher Hochschulen	104
Art. 84: Führung ausländischer Grade, Hochschultitel und Hochschultätigkeitsbezeichnungen, Strafvorschrift	105
Art. 85: Entziehung	106
Teil 8: Nichtstaatliche Hochschulen und sonstige Einrichtungen	106
Art. 86: Staatliche Anerkennung	106
Art. 87: Akkreditierungsverfahren	108
Art. 88: Kosten der Anerkennung	109
Art. 89: Rechtswirkung der Anerkennung	109
Art. 90: Erlöschen, Rücknahme, Widerruf	110
Art. 91: Lehrkräfte, Honorarprofessorinnen und Honorarprofessoren	110
Art. 92: Anwendung von Regelungen für staatliche Hochschulen, Universität der Bundeswehr	111
Art. 93: Promotions-, Habilitationsrecht	111
Art. 94: Kirchliche Hochschulen, Verordnungsermächtigung	112
Art. 95: Rechtsaufsicht	113
Art. 96: Sonstige Einrichtungen	113
Art. 97: Untersagung, Ordnungswidrigkeiten	114
Teil 9: Studierendenwerke	114
Art. 98: Aufgaben, Verordnungsermächtigung	115
Art. 99: Errichtung und Zuständigkeit, Verordnungsermächtigung	115
Art. 100: Rechtsstellung und Organisation	115

Art. 101: Vertreterversammlung	115
Art. 102: Verwaltungsrat	116
Art. 103: Geschäftsführung	117
Art. 104: Aufsicht	117
Art. 105: Finanzierung und Wirtschaftsführung	117
Art. 106: Verordnungsermächtigung	119
Teil 10: Ergänzende Vorschriften	119
Art. 107: Anwendung des Bayerischen Verwaltungsverfahrensgesetzes	119
Art. 108: Abschlüsse von Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedlern im Sinn des Bundesvertriebenengesetzes, Verordnungsermächtigung	120
Art. 109: Sondervorschriften	120
Art. 110: Verordnungsermächtigungen	121
Art. 111: Übergangsbestimmungen zum Hochschulpersonal	121
Art. 112: Weitere Übergangsbestimmungen	122
Teil 11: Schlussvorschriften	122
Art. 113: Bestimmungen zur Bewältigung der COVID-19-Pandemie	122
Art. 113a: Änderung des Bayerischen Ausführungsgesetzes zum Bundesaus- bildungsförderungsgesetz	123
Art. 113b: Änderung des Bayerischen Besoldungsgesetzes	124
Art. 114: Einschränkung von Grundrechten	125
Art. 115: Inkrafttreten, Außerkrafttreten	125
Index kommentierter Artikel im Gesetzesentwurf	127
Literaturverzeichnis	128

Präambel

Der vorliegende Gesetzentwurf des Bayerischen Staatsministeriums für Wissenschaft und Kunst stellt die Weichen für eine neue Hochschullandschaft in Bayern - eingerahmt in die Ideale der Hightech Agenda Bayern sollen mit ihm die Herausforderungen unserer Zeit auf innovative, effiziente und transferorientierte Art und Weise gemeistert werden. In vielschichtigen Änderungen, Kompetenzverlagerungen und Neuorientierungen sind von diesem Prozess alle Statusgruppen der verschiedenen Hochschulformen betroffen. Als Studierendenschaft ist es daher notwendig, sich ausführlich und umfangreich zu dieser Thematik zu positionieren. In den Abschnitten "Demokratisierung und Eigenständigkeit der Hochschulen", "Lehre und Studium", "Gesellschaftliche Rolle und Vorbildfunktion", "Studentische Beteiligung und Eigenständigkeit", "Rechtsstellung und Finanzierung" sowie "Personal, Berufungen und Studierendenwerke" soll die Haltung der Studierenden der Uni Würzburg im Querschnitt gezeigt werden. Dabei werden unter anderem die Entdemokratisierung in Form der Machtsammlung bei der Hochschulleitung, nicht festgelegten Sitzverteilungen in den Hochschulgremien und das Fehlen ausreichender Partizipation bei der Erstellung einer Grundordnung problematisiert. Weiter ist der erhöhte Einfluss äußerer Entscheidungsträger:innen wie Staat und Wirtschaft auf die Hochschulen besorgniserregend. Auch im Bereich der Lehre ist eine kritische Veränderung der Schwerpunkte hin zu Forschung und dem neu hinzugefügten Transfergedankens zu beobachten, die von einem falschen Ausbildungsbegriff nur verstärkt wird. Hier sind eindeutig nicht ausreichend Anreize für eine ausgeglichene Fächervielfalt, sichere und gute Lehre, Chancengleichheit bei der Wahl des Studienfachs und der freien Gestaltung des Studiums geschaffen. Den Themen Demokratie (und dessen Selbstverständnis), Soziale Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit soll im Rahmen dieses Gesetzes ebenfalls auf den Zahn gefühlt werden. Vielen Fragen der gesellschaftlichen Verantwortung, der Haltung zu eigenen Aufgaben und Zielen und auch der Geschlechtergerechtigkeit wird nicht ausreichend Raum zugesprochen, ihr Potential nicht ausgeschöpft. Besonders sichtbar wird das an der Rolle der Studierenden, denen nicht nur weiterhin eine Verfasste Studierendenschaft verwehrt wird, sondern deren Einfluss und Möglichkeiten in Gremien und Selbstverwaltung darüber hinaus sogar noch eingeschränkt werden. Ihre Rechtsstellung und Eigenverantwortung müssen dringend gestärkt werden. Weiter zeigen sich realitätsferne Erwartungen des Gesetzgebers an die Rechtsstellung der Hochschulen bei der Umformulierung der eigenen Ziele und Aufgaben, sowie hochproblematische Verschiebungen in der Finanzverwaltung, sollte sich eine Hochschule für einen Globalhaushalt entscheiden. Hier fehlen interne Kontrollmechanismen und starke Vetorechte der verschiedenen Mitgliedergruppen. Und schließlich werden Bedürfnisse von Studierenden und Lehrenden bei der Schaffung von Gesamtlehrdeputaten, einseitigen Findungsverfahren und überregulierten Studierendenwerken übergangen, die dringend der Anhörung bedürfen.

Kurzzusammenfassung der Kapitel

Kurzfassung Kapitel 1: Demokratie und Eigenständigkeit der Hochschule

Aus Sicht der Studierenden an der Uni Würzburg sind diese Defizite der demokratischen Struktur und Teilhabe und die daraus erwachsenden Forderungen folgende: Die Hochschulleitung darf nicht in dem Maße Aufgaben von Senat und Hochschulrat übernehmen; im Gegenteil muss der Senat ausgebaut und gestärkt werden – etwa in Form des Rechts zur Einrichtung, Änderung und Aufhebung der Studiengänge oder durch die Wahl der Vizepräsident:innen. Der:die Präsident:in muss in einem offenen und transparenten Verfahren gewählt werden – es ist unverzichtbar, dass die Leitung einer Hochschule allen Mitgliedergruppe angemessen gegenübertritt und ihnen Rede und Antwort steht. Daher muss auch der:die Kanzler:in in Wahlen bestimmt werden. Als zentrales Dokument einer Hochschule darf die Grundordnung nicht von einem Organ beschlossen werden, das größtenteils aus externen Mitgliedern besteht; diese Aufgabe gehört in die Hände eines mit allen Statusgruppen angemessen besetzten hochschulinternen Konvents, in dem unter anderem auch die Beauftragten für Frauen und Menschen mit Behinderung ein Stimmrecht haben. Es ist für eine Hochschule essenziell, ihre Mitglieder zum rechten Handeln in einem demokratischen, sozialen und freiheitlichen Rechtsstaat anzuregen – ein ungenannter Verweis auf das Hochschulrahmengesetz ist absolut unzureichend, es muss diese Formulierung konkret zu den Aufgaben der Hochschule hinzugefügt werden. Zuletzt sind elektronische Wahlen trotz ihrer leichten Bedienbarkeit abzulehnen – sie sind unsicher, ungeeignet und undemokratisch.

Der unangemessene Einfluss von außen zeigt sich unter anderem an den anschließend genannten Punkten: Das Ministerium hat weitreichenden Einfluss auf diverse interne Prozesse in Qualitätssicherung, Promotions- und Habilitationsverfahren und Personalprozesse; darüber hinaus hat die Hochschule ihm gegenüber eine uneingeschränkte Informationspflicht. Beides führt zu einem starken Controlling und einer direkten Abhängigkeit vom Willen des Gesetzgebers – ein Tatbestand, der nicht nur dem grundlegenden Verständnis einer Hochschule widerspricht, sondern auch konkret die Freiheit von Wissenschaft und Forschung bedrängt. Darüber hinaus wird die Verwaltung enorm aufgebläht und behindert darin die Hochschulen in einem effizienten und offenen Handeln.

Kurzfassung Kapitel 2: Lehre und Studium

Lehre und Studium sind einer von zwei tragenden Pfeilern in der Hochschullandschaft. Es ist höchst bedenklich, dass diese Stützkraft in Zukunft vor allem von der Forschung getragen werden soll – unterstützt durch einen neu gestärkten Transferauftrag. Die Lehre fällt dabei in ihrer Relevanz weit zurück. Das zeigt sich unter anderem an der Schaffung

eines Gesamtlehrdeputats, ungleich verteilten Lehr- und Forschungsprofessuren und dem neuen Gründungsfreisemester. Der Gesetzesentwurf ist hier leider rein reaktiv statt den Aufgaben und Hindernissen der Gegenwart und Zukunft proaktiv entgegenzuwirken. Studierende brauchen in ihren Prüfungen (gerade den mündlichen) eine:n Zweitprüfer:in, die Möglichkeit der anonymen Prüfungsabgabe und ausreichend Freiversuche, um ein selbstbestimmtes und gerechtes Studierenerlebnis zu erfahren. Gleichfalls sollten sie in Prüfungsausschüssen vertreten sein. Eingangsprüfungen müssen abgeschafft oder stark vereinfacht werden, um finanziell schwachen Bewerber:innen auch einen Platz zu ermöglichen – entsprechende Unterstützung ist auch bei größeren Studienkosten wie Exkursionen oder Materialkosten notwendig. Gleichfalls dürfen in Weiterbildungsstudien oder bei ausländischen Studierenden keine Gebühren erhoben werden – ein signifikant zu erwartender Mehraufwand erschließt sich nicht. Teilzeitstudiengänge müssen ausgebaut werden, konkret diskriminierende Immatrikulationshindernisse sind abzuschaffen. Konkordatsprofessuren außerhalb theologischer Fakultäten sind nicht mehr zeitgemäß. Die Hochschulleitung bedarf eines Mitgliedes, das sich dem Thema Studium und Lehre widmet – bei entsprechender Größe der Hochschule hauptamtlich. Und schließlich müssen Grundsätze der wissenschaftlichen Redlichkeit in den Aufgaben der Hochschule festgeschrieben werden und ihre Vermittlung an Studierende angeraten sein, denn eine Hochschule ist mehr als ein Ort zur Berufsausbildung.

Kurzfassung Kapitel 3: Gesellschaftliche Rolle und Vorbildfunktion

Hochschulen haben Vorbildcharakter. In gesellschaftlichen Fragen, sowie Fragen der Demokratie, der Gleichstellung und der Nachhaltigkeit können und sollen Hochschulen Standbilder neuer Ideen und innovativer Ansätze zur Umsetzung genannter Themen sein. Dazu gehört, dass Hochschulen unter anderem Demokratiebewusstsein fördern, konkret indem sie es als Querschnittsaufgabe definieren, als Unterziel strategischer Hochschulsteuerung anpeilen und als Aspekt der Qualitätssicherung mit aufnehmen. Die Macht an der Hochschule darf nicht alleine bei der Hochschulleitung liegen, sondern muss sich ausreichend auf den Senat und die entsprechenden Organe der Selbstverwaltungseinheiten verteilen. Die Fächervielfalt muss erhalten bleiben, gerade demokratietheoretische Fächer müssen gefördert werden und dürfen nicht in einen destruktiven Konkurrenzkampf um Drittmittel einbezogen werden. Im Sinne der Open Science soll die Hochschule ihre Wissenschaftler:innen darin unterstützen, ihre Erkenntnisse nach 2 Jahren Open Access zur Verfügung zu stellen. Weiter erfüllt die Hochschule ihre Vorbildfunktion durch die Schaffung einer Zivilklausel und einer Transparenzvorgabe. Die Einschränkung des Grundrechts auf Unverletzlichkeit der Wohnung liegt dabei nicht in Recht und Aufgabe der Hochschule.

Um die Diversität der Gesellschaft abzubilden brauchen die Hochschulen stärkere Richtlinien bei Quoten in Gremien und Professuren. Die Hochschulleitung soll dabei nicht zu mehr als 50 % aus Mitgliedern eines Geschlechts bestehen – eingerechnet der Tatsache, dass es mehr als zwei Geschlechter gibt. Diese Gruppen brauchen angemessene Vertretung in der Hochschulleitung und gleichfalls entsprechende Beauftragte auf den Ebenen der Hochschule. Behindertenbeauftragte dürfen sich nicht nur alleine für die Belange der Studierenden einsetzen müssen, sondern müssen allen Mitgliedern der Hochschule offenstehen. Sie haben in Fragen, die ihren Aufgabenbereich betreffen in allen Gremien Stimmrecht. Die Ansprechpersonen für Antidiskriminierung und Sexuelle Belästigung sollen weiter gestärkt und institutionell verankert werden.

Um der Bedrohung durch die Klimakrise entgegenzuwirken müssen sich Hochschulen verpflichten, bis 2030 klimaneutral zu sein – dafür braucht es entsprechende Vorgaben; auch um ihrem Vorbildcharakter gerecht zu werden. Die Einrichtung eines Nachhaltigkeitsbüros und Studienangebote zu dieser Sachlage sind angeraten. Die Rechte von Tieren sind im Studium zu achten und zu schützen.

Kurzfassung Kapitel 4: Studentische Beteiligung und Eigenständigkeit

Für die studentische Partizipation, welche in Bayern, insbesondere im Vergleich zu anderen Bundesländern, zu wünschen übrig lässt, fehlen im geplanten HIG eine Reihe an Schlüsselkompetenzen.

1. Hochschulpolitische Interessenvertretung durch eine paritätische Besetzung aller Kollegialorgane.
2. Die Mitwirkung an Planung und Umsetzung von Zielvereinbarungen der Hochschule.
3. Eine starke, landesweite Vertretung mit mehr Kompetenzen, damit sie ihren Aufgaben gerecht werden kann.
4. Die Rechtsstellung der Studierendenvertretung als Teilkörperschaft öffentlichen Rechts zur effektiven Interessenvertretung gegenüber Dritten.
5. Eine eigene Finanzhoheit um die neuen Aufgaben mit Leben füllen zu können.
6. Die Möglichkeit Menschen, die in der Studierendenvertretung aktiv sind angemessen zu entschädigen.

Die Arbeit in der Studierendenvertretung steht jetzt schon nicht auf dem festesten Fundament, doch droht die neue Entfesselung der Hochschulen, die wenigen, derzeit gegebenen Kompetenzen, dadurch einzuschneiden, dass sie nicht mehr gesetzlich verankert, sondern nur noch in einer Grundordnung angedacht werden können. Eine Grundordnung, bei deren Erstellung Studierende kaum Mitspracherecht haben. Ergänzend zu diesen Forderungen, sollte es eine "Kommission für Studium und Lehre" geben, die sich mit dem Einrichtung, Änderungen und der Abschaffung beschäftigt, geben. Außerdem sollten die Fachschaften mehr in die Studienberatung eingebunden werden.

Ohne die sechs oben genannten Punkte, ist eine demokratische Mitsprache der Studierenden an der Universität und in die Gesellschaft nicht stattfinden. Das hier Dinge gefordert werden müssen, die ein großes Stück mehr sind als im aktuellen HSG zeigt, wie schwach studentische Mitsprache ausgebaut ist. Diese jetzt noch ungewisser zu machen, könnte der letzte Sargnagel für die Organisation dieser Statusgruppe sein. existiert die Mitsprache dieser größten Statusgruppe nicht mehr, kann man kaum noch davon sprechen, eine Universität würde vorbildlich die Demokratie widerspiegeln, in der sie verankert ist.

Kurzfassung Kapitel 5: Rechtsstellung und Finanzen

Einer der zentralen Artikel des Gesetzes ist Artikel 2, der die Aufgaben der Hochschule definiert. Ihre Rechtsstellung und Finanzierung ergeben sich daraus. Es ist bezeichnend, dass gerade dieser Artikel 2 unklare und vor allem ungenaue Formulierungen enthält, deren Ansatz zwar verständlich, ihre Ausarbeitung dagegen enttäuschend ist. Auch werden die Rollen Forschung und Lehre so eindeutig voneinander entkoppelt, dass das humboldtsche Bildungsideal nicht mehr erfüllt werden kann. Die Schaffung eines Globalhaushalts und der damit einhergehende Verlust des Status "Staatliche Einrichtung" bedroht die Souveränität und Fächervielfalt (die unbedingt erhalten werden muss) der Hochschulen. Auch müssen Studienzuschüsse wieder explizit im Gesetz genannt werden, ebenso muss die Finanzierung für die diversen Beauftragten und neu geschaffenen Ansprechpersonen vom Land sichergestellt werden. Den Studierenden steht ein suspensives Gruppenvetorecht in Fragen der Lehre zu. Der Vielfalt und Exzellenz der Hochschulen stände es auch gut, wenn Vertreter:innen aller Statusgruppen in der Hochschulleitung vertreten sind.

Kurzfassung Kapitel 6: Personal, Berufungen und Studierendenwerke

Eine zentrale Eigenschaft öffentlichen Lebens ist eine gerechte Behandlung bei ähnlichen oder gleichen Voraussetzungen. Dieser Grundsatz ist beim Personal der Hochschulen gestört. Zum einen im Wahlrecht, das Berufenen aus außeruniversitären Einrichtungen schon ab 2 SWS Lehre, Privatdozent:innen oder Apl. Profs. erst ab 10 SWS Lehre zusteht. Auch müssen Juniorprofessor:innen unterschiedliche Anforderungen erfüllen, als "normal" berufene Professor:innen. Das Maximalalter zur Berufung in eine Professur ist ein weitere solcher Punkt.

Generell sind die Regeln für Berufungsverfahren nicht ausreichend. Es braucht zwei stimmberechtigte Studierende in jeder Berufung, sei sie klassisch oder als Findung organisiert. Diese Findungen brauchen feste Regeln und dürfen nicht willkürlich oder häufig angewandt werden. Beaufträge für Gleichstellung und Behinderung müssen beteiligt werden, sobald sie betroffen sind. Zur Beurteilung der Qualität der Bewerber:innen sind externe Gutachten einzuholen, die von Mitgliedern anderer Hochschulen erstellt werden. Auch die Regeln für Evaluierungen müssen konkretisiert werden.

Im Studierendenwerk sind Studierende zu stärken, ihre Selbstbestimmung ist auszubauen. Aufgaben der Studierendenwerke, die eine starke Studierendenschaft auch selbst tragen kann, sind zurückzugeben.

Kapitel 1

Demokratie und Eigenständigkeit der Hochschule

1.1 Einleitung

Hochschulen leben am Puls der Zeit. Ihre Forschung bestimmt die Zukunft, widmet sich der Vergangenheit, prägt die Gegenwart. Darüber hinaus zeigen sie an, was das Land und die Leute bewegt. Als Bildungseinrichtungen mit internationalem Anspruch und höchsten Standards in Forschung und Lehre haben sie eine Vorbildfunktion inne. Daher ist es wichtig, sich auf demokratische Strukturen zu besinnen und diese vorzuleben. Die neu verteilten Aufgaben für Gremien müssen auf diese Frage hin genau geprüft werden, ob sie den Ansprüchen der Demokratie gerecht werden.

1.2 Interne Demokratie

Die Ermächtigung der Hochschulleitung, durch eine Übertragung von genuinen Aufgaben des Senats und des Hochschulrats, zur eigenen Machterweiterung ist abzulehnen. Eine dieser übertragenen Aufgaben beinhaltet die freie Entscheidungsgewalt der Hochschulleitung über Einrichtung, Änderung und Aufhebung von Studiengängen (Art. 31 Abs. 3), ohne dabei auf die Zustimmung des Senats oder des Hochschulrats angewiesen zu sein. Dadurch werden die Meinungen der verschiedenen Vertreter:innen der einzelnen Statusgruppen bewusst übergangen. Es ist jedoch am Ende Aufgabe der Mitglieder der Hochschule, die von der Hochschulleitung beschlossenen Änderungen umzusetzen.

Es muss also der Senat wie bisher für diese Entscheidungen zuständig bleiben, unterstützt durch eine entsprechende Kommission (Siehe Kapitel 4. Eine Verschiebung weg vom Senat (Art. 34) widerspricht der Vorstellung von demokratischen Vorgängen und angemessener Einflussnahme aller Statusgruppen. Der Hochschulleitung wird hingegen die Möglichkeit gegeben, entgegen dem Willen aller Statusgruppen Studiengänge zu verwalten.

Daher ist es unabdinglich, dass der Senat (Art. 34) für diese Entscheidungen zuständig gemacht wird. Auch der Hochschulrat, dem diese Aufgabe aktuell obliegt (BayHSchG Art. 26 Abs. 5; 2006) ist nicht das richtige Gremium, solche hochschulinternen, Mitglieder aller Statusgruppen betreffenden Entscheidungen zu beschließen. Der Senat soll hierbei durch eine entsprechende Kommission unterstützt werden (Siehe Studentische Beteiligung).

Zudem sollten die weiteren Mitglieder der Hochschulleitung nicht durch den Hochschulrat (Art. 35 Abs. 5), sondern stattdessen durch den Senat gewählt werden. Die hochschulexternen Mitglieder des Hochschulrats, die die Hälfte des Gremiums abbilden, sollten nicht hauptsächlich darüber mitentscheiden dürfen, wer die Hochschule leitet. Dies ist gerade in dem Moment zu verurteilen, in dem sie durch eben jene Hochschulleitung, die sie wählen, selbst vorgeschlagen werden (Art. 35 Abs. 3). Die Wahl der Hochschulleitung sollte Aufgabe des höchsten hochschulinternen statusgruppen-übergreifenden Gremiums sein.

In Bezug auf die Wahl des:der Präsident:in (Art. 32 Abs. 2) ist es notwendig, ein transparentes und öffentliches Verfahren zu etablieren. Alle Prozesse - bis auf die Wahl an sich - müssen zumindest hochschulöffentlich stattfinden. Das bedeutet auch, dass alle Mitglieder der Hochschule die Möglichkeit haben müssen, sich über die Kandidat:innen zu informieren, ihnen Fragen zu stellen und mit ihren Vertreter:innen im Hochschulrat in Austausch zu treten. Die Absetzung des:der Präsident:in dagegen bleibt wie im Gesetz Aufgabe des:der Staatsminister:in (Art. 32 Abs. 8). Hierzu sollten Mitglieder des Senats ein hochschulinternes, paritätisch besetztes Gremium einberufen können, welches über die Abberufung diskutiert und das Ergebnis dem Staatsministerium vorlegt. Die Initiative hat hierbei rein bei der Hochschule zu liegen, nicht beim Ministerium.

Der:die Kanzler:in (Art. 33) einer Hochschule kann laut dem Gesetz durch den Hochschulrat gewählt, oder durch den:die Präsident:in ernannt werden. Da der:die Kanzler:in nicht an Weisungen der Hochschulleitung gebunden und somit unabhängig ist und zudem weitreichenden Einfluss hat, muss sein:ihr Amt verpflichtend als Wahlkanzler:in ausgestaltet und die Möglichkeit der Ernennung durch den:die Präsident:in gestrichen werden.

In Art. 35 wird dem Hochschulrat der Beschluss einer Grundordnung übertragen (Art. 35, Abs. 5). Dabei hat außerhalb des Hochschulrats nur die Hochschulleitung, deren Aufgabe die Erstellung von Vorschlägen für die Grundordnung (Art. 31 Abs. 3) ist, ein im Gesetz festgeschriebenes Mitspracherecht. Da die Grundordnung jedoch alle Mitglieder der Hochschulen betrifft, sollten auch alle Gruppen gleichermaßen an der Erstellung einer solchen beteiligt sein. Hierzu sollte ein Hochschulkonvent einberufen werden, in dem alle Statusgruppen, die Hochschulleitung sowie die Beauftragten für Gleichstellung und die Beauftragten für die Belange von Menschen mit Behinderung und chronischer Erkrankung vertreten sind und dessen Aufgabe die Erstellung einer Grundordnung ist.

Der Titel des Artikel 2 "Allgemeine Aufgaben" (Art. 2) lässt annehmen, dass hier konkrete Aufgaben und Maßnahmen für Universitäten geregelt werden, jedoch vermisst er tatsächliche Konkretisierung und ausreichende inhaltliche Ausformulierung. Des Weiteren ist die Demokratie und das Handeln in einem demokratischen, sozialen und freiheitlichen Rechtsstaat als wesentliche und essenziell wichtige Teile der Hochschule, nicht vorhanden.

Das BayHIG sieht für Hochschulwahlen die Möglichkeit elektronischer Wahlen vor (Art. 27, Abs. 2). Elektronische Wahlen sind allerdings unsicher, ungeeignet und undemokratisch ([CCC1], [CCC2], [FZS1], [NetzPol1], [KIF345], [KIF460]) und eignen sich daher weder als optionale noch als obligatorische Möglichkeiten der Stimmabgabe bei Hochschulwahlen (Art. 27 Abs. 2). Bei Wahlcomputern besteht unter anderem die Gefahr, dass die Systeme oder das System manipuliert werden. Demokratische Wahlen müssen allgemein, unmittelbar, frei, gleich und geheim sein. E-Voting genügt diesen Ansprüchen nicht.

1.3 Einfluss von außen

Zu Selbstverwaltung und -bestimmung einer Hochschule gehören nicht nur die internen Steuerungsprozesse, sondern auch die Einflussmöglichkeiten Externer. Demokratie muss

nicht nur intern sichergestellt werden, es muss auch klargestellt sein, dass diese äußere Einwirkung sich auf die wenigen ihr zustehenden Bereiche beschränkt. Die tatsächlich stattfindenden demokratischen Entscheidungsprozesse dürfen weder beeinflusst, gesteuert noch eingeschränkt werden. So kommen externen Personen und Einrichtungen bei hochschulinternen Angelegenheiten ausschließlich Beteiligungsmöglichkeiten in beratender Funktion zu. Ihre Aufgabe - und damit innerhalb der Gremienstruktur die Aufgabe des Hochschulrats - ist die Beratung ohne Steuerung, die Prüfung ohne Überwachung und die Aufsicht über Finanzen und Tätigkeit der Hochschulleitung in einem sachlichen, themenbezogenen Verfahren und Verhältnis. In Art. 2 wird den Hochschulen zugesprochen, ihre "Aufgaben in Freiheit und Eigenverantwortung" wahrzunehmen. Dies soll sich in einer Autonomie nach innen - bei der Erlassung einer Grundordnung, der Gestaltung der Gremienstruktur und neuen Steuerungsmechanismen in Fragen des Studiums und Personals - zeigen (Art. 30 Abs. 1 & 2). Allerdings unterliegen die Hochschulen gleichzeitig der Gewalt des Staatsministeriums für Wissenschaft und Kunst in Form eindeutiger Kontrolle und Einflussnahme - ein Umstand, der sich nicht etablieren darf. Weder das Staatsministerium noch etwaige Investor:innen aus der freien Wirtschaft dürfen über das notwendige Maß der Beratung hinaus beteiligt werden - von Fällen der absoluten Handlungsnotwendigkeit auf Seiten des Ministeriums natürlich abgesehen.

Konkret zeigt sich diese Abhängigkeit der Hochschulen vom Staatsministerium unter anderem an folgenden Punkten:

Die Hochschulen sind dazu angehalten, Daten zu erheben und Evaluierungen durchzuführen. Dies ist für die Qualitätssicherung (Art. 7) und die Bewertung von Leistungen in Habilitations- (Art. 82) und Promotionsverfahren (Art. 81) ein angemessenes und angebrachtes Mittel. Essenziell für umfassendere Verfahren ist, dass keine personenbezogenen Daten veröffentlicht werden, damit das Grundrecht auf persönliche Entfaltung (Art. 2 GG) nicht eingeschränkt wird. Auch das Recht auf Privatsphäre muss unberührt bleiben, solange der Staat und die Hochschule etwaige personenbezogene Daten nicht über die notwendigen Dienstinhalte hinaus speichern und verwerten. Problematisch wird es, wenn ebene Daten jederzeit dem Staatsministerium zur Verfügung gestellt werden müssen, ja wenn die Hochschulen eine ständige Informationspflicht gegenüber dem Ministerium haben. Dennoch findet sich ein solches Controlling im Gesetz (Art. 10). Hochschulen sind aus den unterschiedlichsten und fadenscheinigsten Gründen (Bsp.: statistische Zwecke, (Art. 10 Abs. 3)) ohne jeweilige Grenze oder Beschränkung, zur Herausgabe aller interner Daten, auch der personenbezogenen, verpflichtet. Hier wird nicht nur die interne Verwaltung und Aufstellung eingeschränkt, sondern auch die Freiheit von Wissenschaft und Forschung. Steht die eigene Forschung stets unter der Überwachung des Staates, kann daraus weder sinnvolle noch innovative Erkenntnis erwachsen. Darüber hinaus hat das Staatsministerium weitreichende Möglichkeiten der Steuerung, sei es bei der Hochschulstrategie (Art. 8), der Satzung oder Grundordnung (Art. 10), der Lehre (Art. 39), in besonders umfassendem Sinne der Finanzen (Art. 11 Abs. 3) und dem Personal (Art. 10).

Die entstehende Kontrolle des Ministeriums und die Berichtspflicht (auch Art. 11) der Hochschulen bauschen den internen Verwaltungsapparat enorm auf - ein Bereich, der in Evaluierung und Qualitätssicherung explizit von Forschung und Lehre getrennt betrachtet wird (Art. 7) - und verhindern so zum einen die geplante Verschlankung und obendrein die eigentlichen Kerngeschäfte der Hochschulen, nämlich Forschung und Lehre. Ein im Rahmen der Fachaufsicht gewährtes Weisungsrecht (Art. 10 Abs. 5) ist hier ebenfalls unangebracht.

Dass im Falle eines Globalhaushaltes die Hochschule den Status der staatlichen Einrichtung verliert (Art. 4 Abs. 2) , ist auch hier von Interesse. Dadurch nämlich ergeben sich Notwendigkeiten, beim Staatsministerium bestimmte Dienstleistungen einzukaufen - eine weitere Kontrollabgabe. Weiterhin hat das Staatsministerium selbst die Möglichkeit, Mittel einzuziehen, wenn die Haushaltssituation an der Hochschule verschlechtert ist (Art. 11 Abs. 1) . Abgesehen davon, dass die Termini höchst ungenau sind, ist das eine Aufgabe,

die eigentlich dem Landtag zustünde. Ebenso wäre es Aufgabe des Landtages, im Falle der Störung der Ordnung und Sicherheit der Hochschule, diese zu schließen (Art. 10 Abs. 5) .

All dies klingt nicht nach einer Befreiung, Entbürokratisierung oder Verschlankung, sondern malt vielmehr das Bild eines zahnlosen Hundes an der Kette, der zumindest durch Augenaufschlag die Menge seiner Nahrung bestimmen kann - nicht jedoch die Art. In einem solchen Umfeld eines unheiligen Triumvirats aus Hochschulrat, Hochschulleitung und Staatsministerium, das die alleinige Kontrolle über Wissenschaft, Forschung und Lehre (und damit auch der Lehrer:innenausbildung) hat, können wahre Innovation, gelingende Vorbildfunktion und eine starke Gesellschaft nicht erwachsen. Stattdessen entsteht eine unter Gängelung und Bevormundung verursachte Eintönigkeit und Folgsamkeit anstelle der gewünschten Diversität und Fortschrittskraft. Das Staatsministerium macht mit ihrem hier vorgelegten Entwurf leider einige Schritte zurück in die Vergangenheit.

Kapitel 2

Lehre und Studium

Unter den Art. 2 und 3 definiert der Gesetzgeber die Aufgaben und gibt darüber hinaus Aufschluss über das Profil und die Ausrichtung der bayerischen Hochschulen. Hier ist eine Verschiebung der Grundausrichtung von dem vornehmlichen Fokus der Forschung und der Lehre, zu beobachten, durch die Einführung des Transfergedankens und einer stärkeren Gewichtung der Forschung. Wohingegen die Lehre stark an Bedeutung verliert und zumeist lediglich im Kontext der Berufsausbildung und -vorbereitung Erwähnung findet. Dies sind wichtige Bestandteile der Lehre, auf keinen Fall sollte diese jedoch darauf reduziert und unter rein ökonomischen Gesichtspunkten betrachtet werden.

Ein Beweis für die Marginalisierung des Lehrauftrags zeigt sich im angedachten Gesamtlehrdeputat (Art. 39 Abs. 2). Dieses würde dazu führen, dass drittmittelstarke Personen sich ihrer Lehrverpflichtung entledigen indem einfach Lehrbeauftragte "eingekauft" werden oder die Lehrverpflichtung auf den akademischen Mittelbau abgewälzt wird. Dies widerspricht dem humboldtschen Bildungsideal grundlegend. Weiterer wird die Schwerpunktsetzung dieses Gesetzesentwurfes deutlich, bei der unterschiedlichen Ausgestaltung der Lehr- und Forschungsprofessuren (Art. 43 Abs. 1). Während bei Lehrprofessuren von einer "überwiegende[n] Tätigkeit" in der Lehre gesprochen wird, ist bei Forschungsprofessuren von "einer überwiegende[n] oder ausschließliche[n] Tätigkeit" in der Forschung die Rede. Um die Einheit von Lehre und Forschung sicherzustellen, sollte die Möglichkeit der ausschließlichen Tätigkeit in der Forschung bei Forschungsprofessuren aus dem Gesetzesentwurf gestrichen werden. Zusätzlich torpediert wird die Stellung der Lehre durch die neugeschaffene Freistellung von Dienstaufgaben und dem Gründungsfreisemester (Art. 45). Durch diese Artikel wird es Professor:innen ermöglicht sich von der Kernaufgabe des Lehrens loszulösen und sich für mehrere bezahlte Semester nur noch der Forschung oder die Gründung eigener Unternehmen zuzuwenden. Durch diese Form der Schwerpunktsetzung würde die Nachhaltigkeit besonders leiden. Da zwar die „Durchführung der Lehre“ nicht beeinträchtigt werden soll, jedoch das Wissen und die Lehre der Professuren, die von dieser Freistellung Gebrauch machen, nicht oder nur bedingt an die Studierenden weitergegeben werden. So entwickeln sich Studierende immer mehr nur zum Objekt, das den Apparat der Hochschule durchläuft.

Bei mündlichen Prüfungen wird - im Gegensatz zu schriftlichen Prüfungen - nur eine prüfende Person vorgeschrieben (Art. 68 Abs. 3). Da sich die Benotung bei einer mündlichen Prüfung unmittelbar aus dem Vorgetragenen ergibt und damit der Sache nach die Prüfungsleistung flüchtig ist, ist immer eine zweite prüfende Person hinzuzuziehen. Andernfalls könnte die verfassungsrechtlichen zwingend notwendig Zweitbewertung bei einer Prüfung, deren Nichtbestehen das endgültige Nichtbestehen des gesamten Studienganges bedeuten würde, nicht erfolgen. Die gesamte Prüfung müsste vor zwei Prüfer:innen wiederholt werden. Dies bedeutet für die Hochschule zusätzlichen Aufwand und für die

Studierenden eine enorme psychische Belastung. Grundsätzlich sollte auch bei schriftlichen Prüfungen die Bewertung immer durch zwei Personen erfolgen. Dadurch kann die Bevor- oder Benachteiligung einzelner Prüflinge verhindert werden. So kann der Prüfungsgegenstand nicht zu stark von der Meinung einer (einzelnen) Person, beeinflusst werden. Eine wünschenswerte Innovation wäre, im Hochschulgesetz explizit die Möglichkeit zu Prüfungsfreiversuchen einzufügen. Einige Hochschulen in Bayern haben Freiversuche bei Prüfungen bereits auf Grundlage des bisherigen Hochschulgesetzes eingeführt. Hierzu gehören beispielsweise die FHWS (FH Würzburg-Schweinfurt (Allgemeine Prüfungsordnung der Hochschule für angewandte Wissenschaften Würzburg-Schweinfurt für Bachelor- und Masterstudiengänge (APO), [APOFHWS, § 38]) oder FH Landshut (Allgemeine Prüfungsordnung der Hochschule für angewandte Wissenschaften Landshut, [APOHL, § 22]). Durch eine Nennung im Gesetz würden die Hochschulen angehalten, von dieser Möglichkeit Gebrauch zu machen. Dies erhöht die Chancengleichheit der Studierenden in der Hochschullandschaft. Die Hochschulen haben Prüfungsausschüsse einzurichten, in denen die Organisation von Prüfungen geregelt wird. Die Bewertung der Prüfungen ist dagegen nicht ihre Aufgabe. Für eine adäquate Beteiligung ist in diesen eine stimmberechtigte Mitwirkung von Studierenden vorzusehen, siehe Hochschulgesetz Hamburg [HmbHG, § 63].

Ebenfalls zur Chancengleichheit beitragen würde die Anonymisierung von Prüfungen, um das Studium und dessen Nachweis gerechter zu gestalten und um diese unabhängiger zu machen. Nach aktuellem Stand müssen Studierende ihren Namen und/oder Matrikelnummer angeben. In Einzelfällen wurde sogar die Abgabe einer Kopie des Studierendenausweises, der ein Bild enthält, gefordert. Eine entsprechende Studie ([TTG]) kam zu der Erkenntnis, dass Menschen mit ausländisch klingendem und/oder weiblichem Namen wesentlich schlechter im Vergleich zu Menschen mit typisch deutsch klingenden männlichen Namen bei gleichen Leistungen und Voraussetzungen abschneiden. Eine Anonymisierung aller Klausuren würde diese Ungleichbehandlung verhindern und eine einheitlichere Bewertung gewährleisten. Umsetzbar wäre dies beispielsweise, indem Prüflinge beim Betreten einer Klausur eine Prüfungsnummer erhalten.

Auch Eignungsprüfungen in musischen und künstlerischen Studiengängen sind abzulehnen (Art. 73 Abs. 2). Die zum Bestehen einer solchen Prüfung notwendige Bildung ist nur durch den Einsatz einer beträchtlichen finanziellen Summe für die entsprechenden Unterrichtsstunden bzw. den Zugang zu entsprechenden Kultureinrichtungen zu erlangen. So werden finanziell schwache Personen systematisch benachteiligt, was dem Prinzip der Chancengleichheit grundlegend widerspricht.

Konkordatsprofessuren (Art. 61) sind abzuschaffen, da sie einen ungerechtfertigten Einfluss der Kirche auf Hochschulprofessuren außerhalb der Theologischen Fakultäten darstellen. Es sollte im 21. Jahrhundert nicht mehr gegeben sein, dass Lehrstühle außerhalb der theologischen Fachbereiche einer kirchlichen Bindung unterliegen.

Studieren muss allen Menschen möglich gemacht werden, unabhängig ihres Geschlechts, ihrer Herkunft, ihres Alters oder ihrer finanziellen Situation. Hindernisse, die bestimmte Menschen benachteiligen, müssen nicht nur vermieden, sondern konsequent angegangen und beseitigt werden. Daher braucht es ein Hochschulgesetz, das Hürden nicht von Vorne herein kreiert, sondern stattdessen abbaut. Die folgenden Punkte sind daher aufs Schärfste zu kritisieren.

Weiterbildungen im Sinne des Art. 64 werden grundsätzlich begrüßt. Allerdings dürfen hier keine Kosten oder gebührenpflichtige Angebote von den Hochschulen ausgehen. Eine Gebührenerhebung als Voraussetzung zur Weiterbildung an einer Hochschule ist abzulehnen, da soziale Ungleichheiten verstärkt werden. Der Zugang zu Bildungsangeboten an Hochschulen sollte immer unentgeltlich sein.

Ein beträchtlicher und immer weiterwachsender Teil aller Studierenden in Deutschland studiert de facto in Teilzeit. Nach der 20. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks

studieren 29 Prozent der Vollzeitstudierenden in Teilzeit. Auch im Sinne des gesellschaftlich gewollten lebenslangen Lernens ist mit einer weiter steigenden Zahl an in Teilzeit studierenden Personen zu rechnen. Weiterhin könnte - durch ein erweitertes Angebot von Teilzeitstudiengängen - von einem Studium bisher größtenteils ausgeschlossene Personengruppen, wie etwa Alleinerziehende oder Personen, die Angehörige pflegen, ein Studium ermöglicht werden. Die Hochschulen sollten daher nicht nur die Möglichkeit erhalten, Studiengänge in Teilzeit anzubieten, sondern sie sollten vom Gesetzgeber explizit dazu aufgefordert werden, siehe (Art. 63) . Ein neuer Absatz in Artikel 63 könnte lauten: "Um das Ziel des lebenslangen Lernens zu verwirklichen und Berufstätige sowie sonst zeitlich eingespannte Personen ein Studium zu ermöglichen, sind die Hochschulen aufgefordert, Teilzeitstudiengänge anzubieten."

Neben den besonderen Qualifikationsvoraussetzungen stellen die Immatrikulationshindernisse (Art. 75) und der neu eingeführte (Art. 79) "Ausführungsbestimmung" ein weiteres Problem dar. Durch diesen Artikel können Hochschulen nach individuellem Belieben Studierenden die Immatrikulation versagen oder Studierende exmatrikulieren. Die Formulierung dieses Artikels bleibt sehr vage und lässt die Fragen offen, was explizit als "Gründe" für diese Aktionen genannt werden können. Derart tiefgreifende Entscheidungen sind jedoch dem Gesetzgeber vorbehalten. Der Artikel sollte daher genauer formuliert werden, um willkürliche Entscheidungen von Hochschulen auszuschließen.

Studierende müssen im Rahmen der Bewertung der Lehre (Art. 7) zwingend beteiligt werden. Lehre findet für die Studierenden statt. Insofern kann eine Bewertung, ohne die tatsächliche Zielgruppe auf freiwilliger Basis zu befragen, nicht konkret und zielführend sein. In diesem Zusammenhang fehlt auch die Evaluation der Lehre im Bereich der Bestellung von Honorarprofessor:innen (Art. 52) durch eine Befragung der Studierenden. Es reicht nicht aus, dass Professor:innen nur für eine gewisse Zeit einer Lehrtätigkeit nachgehen müssen, ohne dass die Qualität dieser Lehre eine Rolle spielt. Die Würdigung der erbrachten Leistungen sollte stets mit einer Evaluation der Qualität und nicht nur der Quantität zusammenhängen.

Um die Bedeutung der Lehre klar herauszustellen braucht es zwingend ein Mitglied der Hochschulleitung (Art. 31) für den Themenbereich "Studium und Lehre". Dieses muss ab einer bestimmten Anzahl an Studierenden an einer Hochschule sein Amt hauptamtlich erledigen können.

Gerade im Bereich der Lehre ist das Thema Gleichstellung (Art. 22) von zentraler Natur. Studierende sehen in ihren Professor:innen Vorbilder, die einen möglichen Karriereweg erfolgreich bewältigt haben. Um unterrepräsentierte Gruppen zu motivieren und ihnen zu zeigen, dass sie es genauso eine Professur anstreben können, ist es unabdingbar, ihren Anteil in der Professor:innenschaft - vor allem in naturwissenschaftlichen Fächern - zu erhöhen.

Die Grundsätze der wissenschaftlichen Redlichkeit (Art. 21), sollten bereits im Studium fest verankert sein und nicht erst von den in der Forschung tätigen Personen beachtet werden. Somit sollte eine obligatorische Einführung in die Grundsätze der wissenschaftlichen Redlichkeit in jedem Studium vorkommen.

Kapitel 3

Gesellschaftliche Rolle und Vorbildfunktion

3.1 Demokratie

In einem demokratischen Staat sollten auch Hochschulen Orte der Demokratie sein. Sie wechselwirken mit der Gesellschaft und gemäß der Idee des Hochschulinnovationsgesetzes sollen sie den fruchtbaren Boden für die Innovationen bieten, die die Zukunft unseres Staates gestalten werden. Die Betrachtung der Wirkmacht der Hochschulen darf sich daher nicht auf die technische Ebene beschränken, sie muss auch gesellschaftlich wahrgenommen werden.

In diesem Sinne muss eine Hochschule in sich demokratisch aufgebaut sein, um insbesondere den Studierenden die Befähigung zur konstruktiven Teilhabe am demokratischen Leben zu verleihen. Eine Verpflichtung zu demokratischen Prinzipien und der Förderung von Demokratiebewusstsein und Mitgestaltung muss daher in den Aufgaben der Hochschulen festgeschrieben werden (Art. 2). Im vorliegenden Gesetzesentwurf fehlt ein Bekenntnis zu diesen Werten nicht nur komplett, es werden ihrer Umsetzung im Gegenteil sogar aktiv Hindernisse entgegengesetzt: Während die Macht bei dem:der Präsident:in konzentriert wird, fallen Mindestvorgaben für demokratische Kontrollorgane weg (Art. 31). Dies wird besonders im Zusammenhang mit weiteren Deregulierungsmaßnahmen zum Problem. Beispielsweise können durch das globale Lehrdeputat und undurchsichtige Berufungsverfahren Vorurteile über bestimmte Personengruppen an Einfluss gewinnen und zu diskriminierenden Entscheidungen führen, während zugleich ein Kontrollorgan fehlt, das diese Praktiken aufdecken und ansprechen könnte.

Im eben angesprochenen Art. 2 wurde als Aufgabe der Hochschulen festgeschrieben, "durch wissenschaftliche Erkenntnisse die nachhaltige Entwicklung von Staat und Gesellschaft [zu fördern]". Unter diesen Erkenntnissen ist Wissen über die Entwicklung der Gesellschaft sicherlich zentral. Es sollte daher im Eigeninteresse des Staates liegen, die wissenschaftliche Betrachtung der Demokratie zu unterstützen und entsprechende Fächer mit einer ausreichenden Förderung abzusichern. Dies wird durch den reinen Fokus auf Anwendbarkeit, z.B. Art. 3 und die Festschreibung von Drittmittelwerbung als Aufgabe der Hochschule Art. 11 gefährdet. Auch wirtschaftlich nicht unmittelbar verwertbares Wissen sollte im Selbstverständnis einer freiheitlichen Demokratie als wertvoll erachtet werden. Drittmittel sollten nur einen Zusatz zu staatlichen Mitteln bilden, aber nicht für die Erfüllung der Aufgaben einer Hochschule notwendig sein.

Andererseits ist gerade die wirtschaftliche Verwertbarkeit ein mögliches Hindernis, warum Erkenntnisse nicht der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Obwohl Hochschulen zur Wissenschaftskommunikation verpflichtet werden und den “öffentlichen Diskurs” mit verlässlichem Wissen versorgen sollen (Art. 2), lässt dieser Entwurf ein Bekenntnis zum Prinzip open science vermissen. “Die Gefahr des Eintritts eines wirtschaftlichen Schadens” (Art. 12) reicht aus, um die Veröffentlichung von privatwirtschaftlich gefördertem Wissen zu verhindern - eine Bedingung, die sehr beliebig zum ungerechtfertigten Vorteil des Unternehmens ausgelegt werden kann. Um dem Interesse der Wissenschaftskommunikation gerecht zu werden, sollte etabliert werden, dass jegliche Publikation aus wissenschaftlicher Forschung an Hochschulen nach spätestens zwei Jahren zur öffentlichen Verfügbarkeit bereitgestellt werden muss (open access). Wissen ist ein öffentliches Gut und Bildung ist Menschenrecht! (Art. 26 allgemeine Erklärung der Menschenrechte 1948)

Wissenschaftsfreiheit wird in Art. 20 versprochen, aber konkretere Ansätze, wie sie zu garantieren sei, fehlen völlig. Dafür braucht es eine konkrete Vorgabe für Hochschulen, eine Zivilklausel (Erklärung siehe [IHfF]) einzuführen, die sich friedlichen, an moralisch-ethischen Standards orientierten, Grundsätzen verpflichtet, siehe [ThürHG, § 5b Abs. 3] und [HmbHG, § 7b Abs. 3], sowie eine Transparenzvorgabe, in der die Hochschulen verpflichtet werden, die Herkünfte und Hintergründe drittmittelgeförderter Forschung und Lehre offenzulegen. Es muss nachvollziehbar sein, welche Forschung unter welchen Einflüssen entstanden ist. Auch wird in Art. 20 festgehalten, dass Hochschulen die “durch die Verfassung verbürgten” Grundrechte ihrer Mitglieder wahren müssen. Gleichzeitig erlaubt Art. 114 die Einschränkung des Grundrechts auf Unverletzlichkeit der Wohnung. Dieser Widerspruch soll durch Streichen des (Art. 114) aufgehoben werden.

Als prestigeträchtige Institutionen tragen Hochschulen eine gewisse Vorbildfunktion. Wir hoffen, dass die bayerischen Hochschulen diese Rolle mit Freude annehmen. Dazu gehört auch das Bekenntnis zu demokratischen Werten. Für ihre Umsetzung braucht es konkrete Angriffspunkte: Die Demokratie muss als Querschnittsaufgabe (Art. 2), als Unterziel der strategischen Hochschulsteuerung (Art. 8) und als ein Aspekt der Qualitätssicherung (Art. 7) und damit als Aufgabe der Hochschulleitung festgeschrieben werden.

3.2 Soziale Gerechtigkeit

Soziale Gerechtigkeit ist ein Begriff, dessen Reichweite kaum zu fassen ist. Grundsätzlich wird darunter verstanden, dass alle Menschen in einer Gesellschaft, unabhängig von ihrer Herkunft und ihrem sozialen Status, Geschlecht, Alter, einer Behinderung oder ihrem kulturellen Hintergrund die gleichen Lebensbedingungen und Möglichkeiten haben sollen. Die Umsetzung dieses Grundsatzes ist in erster Linie Aufgabe des Staates, und gilt damit auch für die Hochschulen, die von diskriminierungs- und angstfreien Räumen und vielfältigem Ideenreichtum zusätzlich profitieren. Es gilt also, im neuen Hochschulinnovationsgesetz neue Maßstäbe zu setzen und die Hochschulen tatsächlich für alle Menschen zu öffnen.

Im Gesetzesentwurf ist dieses Ziel in Art. 2 Abs. 5 Satz 1 “Die Hochschulen sorgen für eine chancengerechte Talententfaltung ihrer Mitglieder unabhängig vom Geschlecht sowie der sozialen und kulturellen Herkunft” teilweise als allgemeine Aufgabe der Hochschulen niedergeschrieben. Diese wird auch in Ansätzen im weiteren Gesetzestext verfolgt, allerdings werden auch einige Punkte vollkommen außen vor gelassen oder sprechen aktiv gegen die zuvor genannte Aufgabe. So wird in (Art. 22) zwar festgelegt, dass in den Hochschulleitungen eine paritätische Besetzung angestrebt wird, gleichzeitig gibt es jedoch keine verpflichtenden Angaben. Die Hochschulleitungen sollen nicht zu mehr als 50 % aus Personen desselben Geschlechts bestehen dürfen. Auch die weiteren Vorgaben hinsichtlich der Gleichstellung gehen nicht weit genug. Dies wird daraus ersichtlich, dass das Geschlechter-

system im Gesetzesentwurf als ein binäres betrachtet wird. Die Gesellschaft ist bunt und das binäre Geschlechtersystem veraltet. Daraus ergibt sich die Forderung, dass sich die Aufgaben der:des Gleichstellungsbeauftragten nicht nur auf "Mann und Frau" beziehen, sondern alle Geschlechter mitgenannt werden sollen. Der:die Gleichstellungsbeauftragte ist folglich für die Stärkung und Unterstützung aller benachteiligten und unterrepräsentierten Geschlechter zuständig. Dies beinhaltet auch, dass besondere fachliche und künstlerische Leistungen Angehöriger dieser Gruppen ebenso wie gruppenspezifisches Engagement in besonderem Umfang hervorgehoben und gewürdigt werden. Zudem soll der:die Beauftragte für die Gleichstellung von unterrepräsentierten Gruppen in der Wissenschaft aus einer dieser Gruppen kommen. Eine Vertretung ist vorzusehen. Die Ausgestaltung von Wahl und Beteiligung der:des Gleichstellungsbeauftragten erreicht im Prinzip bereits das notwendige Maß. Darüber hinaus soll der:die Gleichstellungsbeauftragte auch ein stimmberechtigtes Mitglied im Hochschulrat sein. Das Kaskadenmodell zur Erhöhung der Frauenanteile (Art. 23) ist prinzipiell ein Schritt in die richtige Richtung. Allerdings sollten auch hier alle Geschlechter miteinbezogen werden. Die Hochschulen sind angehalten, die Erfüllung der entsprechenden Quoten umzusetzen - bei deutlichen Abweichungen und Nichteinhaltung sind Konsequenzen vorzusehen. Darüber hinaus muss der Gesetzgeber die jeweiligen Qualifikationsstufen, auf die sich berufen wird, eindeutig klären.

In Bezug auf die:den Beauftragten für die Belange der Studierenden mit Behinderung oder chronischer Erkrankung (Art. 24) ist die Position analog zu der oben genannten Stellung des:der Gleichstellungsbeauftragten aufzubauen. Dies beinhaltet darüber hinaus ebenfalls, dass Beauftragte auch auf der Ebene der Selbstverwaltungseinheiten bestimmt werden. Zudem sollen die Beauftragten nicht nur für die Studierenden zuständig sein, sondern auch für das Personal an den Hochschulen. Das schließt mit ein, dass sie in Berufungsverfahren, in denen sich Personen mit Behinderung oder chronischer Erkrankung bewerben, als stimmberechtigtes Mitglied hinzugezogen werden. Schließlich sollte der:die Beauftragte auf Hochschulebene, genau wie der:die Gleichstellungsbeauftragte, stimmberechtigtes Mitglied in allen entscheidungstragenden Gremien sein.

Die in Artikel 25 genannte festgeschriebene Bestellung einer Ansprechperson für Fragen im Zusammenhang mit sexueller Belästigung und einer Ansprechperson für Antidiskriminierung ist begrüßenswert. Zum Themenbereich der Ansprechperson für Fragen im Zusammenhang mit sexueller Belästigung sind auch Fragen im Zusammenhang mit sexualisierter Gewalt hinzuzufügen. Auch diese Positionen sollten analog zu der des:der Gleichstellungsbeauftragten (s.o.) ausgebaut werden. Gerade weil Diskriminierung und sexuelle Belästigung aktiv angegangen werden müssen und dabei die Sensibilität im Umgang mit Betroffenen nicht verloren gehen darf, benötigt es

- 1 mehr als eine zuständige Person an der Hochschule
- 2 oder mindestens eine zuständige Person jeweils für Hochschule und akademische Selbstverwaltungseinheit, die dafür zuständig ist
- 3 oder mehr als eine zuständige Person an der Hochschule und an jeder akademischen Selbstverwaltungseinheit
- 4 oder ein mit entsprechenden Mitteln und Personal ausgestattetes Antidiskriminierungs- und Antisexismus-Büro parallel zum Nachhaltigkeitsbüro.

Ihre Aufgaben sollten beinhalten, zu regelmäßigen Sprechzeiten zur Verfügung zu stehen, Sensibilisierungs-Programme zu organisieren, Umfragen durchzuführen und Berichte zu erstellen. Um dies leisten zu können, müssen von Seiten der Hochschule Mittel zur Verfügung gestellt werden, die Beauftragten von anderen dienstlichen Aufgaben entlastet werden und ihnen Mitspracherecht in allen entscheidungstragenden Gremien zugesprochen werden. Darüber hinaus müssen die Aufgaben der Sensibilisierung bei sexueller Belästigung und sexualisierter Gewalt sowie der Umgang mit Antidiskriminierung eindeutig in die Aufgaben der Hochschulen (Art. 2) mit aufgenommen werden.

Eine andere Form der Diskriminierung ist der Ausschluss vom Studium aus finanziellen Gründen. In (Art. 13) fokussiert sich der Gesetzgeber auf die Kosten des Studiums und betont hierbei besonders, dass dieses grundsätzlich abgabenfrei ist. Betrachtet man diesen Artikel jedoch genauer, ergibt sich ein Bild, das von Chancenungleichheit geprägt ist. Ein essenziell wichtiger Aspekt hierbei ist nämlich, dass in diesem Artikel kein Abschnitt auf anfallende Kosten während des Studiums verweist. Der Zugang bzw. das Abschließen gewisser Studiengänge ist somit nicht für alle Einkommensschichten verfügbar. Teure Exkursionen und/oder wesentliches Equipment für das Studium werden nicht erwähnt und ihr Erwerb ist somit für Studierende nicht transparent ersichtlich. Beispiele für eine Exkursion sind in der Geografie die „Große Exkursion“ bei der Studierende einen wesentlichen finanziellen Eigenbeitrag leisten müssen, um daran teilzunehmen. Eine weitere Einschränkung ist beispielsweise der Instrumentenkoffer für ein Zahnmedizinstudium, bei dem ebenfalls die Studierenden die Materialkosten tragen müssen, die sich auf bis zu 6000 Euro belaufen können. Dieser Artikel in seiner derartigen Form kaschiert die meist versteckten Kosten vieler Studiengänge und befördert weiterhin die bereits in der Schule sichtbare Chancenungleichheit. Der Zugang zu verschiedenen Studiengängen bleibt so für viele Einkommensschichten versperrt. Menschen aus Familien mit niedrigen Einkommen können sich somit nicht für ein kostenintensives Studium wie das der Zahnmedizin entscheiden.

Die Erhebung von Gebühren für internationale Studierende (Art. 13 Abs. 3) widerspricht dem selbst gesetzten Ziel einer diskriminierungsfreien Hochschule, da hierdurch diskriminierendes Verhalten institutionell eingegliedert wird. Die Betreuung aller Studierenden sollte eine Selbstverständlichkeit darstellen und keine Begründung, um zusätzliche Gebühren zu erheben. Es sollte im Interesse der Hochschulen sein, gerade den Studierenden aus Nicht-EU-Ländern keine weiteren Hindernisse in den Weg zu legen, um das volle Potenzial der Hochschulen und ihrer Mitglieder durch die Vielfalt der Perspektiven zu erschließen. Auch Gebühren für Eignungsprüfungen (Art. 13 Abs. 3) sind grundsätzlich abzulehnen. Durch solche werden finanziell schwächere Personen bereits vor Studienbeginn von bestimmten Studiengängen ausgeschlossen.

Neben der Erhebung verschiedener Gebühren finden sich weitere diskriminierende Abschnitte in dem Gesetzesentwurf. So schließt ein Verhüllungsverbot (Art. 26 Abs. 3) Personen bewusst aus der Hochschule aus, was einen unverhältnismäßigen Eingriff in die Grundrechte darstellt. Die verpflichtende Angabe des eigenen Geschlechts bei der Immatrikulation (Art. 71 Abs. 2) ist ebenfalls nicht nachvollziehbar. Für statistische Zwecke sollte diese Angabe freiwillig erfolgen.

Neben diesen internen Regelungen zur Förderung sozialer Gerechtigkeit sollte es auch für die Unternehmensbeteiligung von Hochschulen nach (Art. 16) und (Art. 17) entsprechende Rahmenbedingungen geben. Es wäre falsch, wenn sich eine Hochschule für die Gleichberechtigung ihrer Mitglieder einsetzt aber die Unternehmen, mit denen sie zusammenarbeitet, nicht dieselben Anforderungen an sich stellen.

3.3 Nachhaltigkeit

Ohne Frage ist der Klimawandel inklusive seiner Folgen eines der größten Probleme der Menschheit im 21. Jahrhundert. Als staatlichen Institutionen fällt den Hochschulen bei der Eindämmung dieser Katastrophe eine Vorbildfunktion zu. Darüber hinaus haben sie, als Orte der Forschung, Innovation und Lehre sowie des Lernens, die Aufgabe, Wegbereiter einer klima- und umweltfreundlichen Gesellschaft zu sein.

In Artikel 2 Absatz 8 (Art.2 Abs 8) des BayHIG heißt es: “Die Hochschulen sind dem Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen, dem Klimaschutz und der Bildung für nachhalti-

ge Entwicklung verpflichtet.“ Nachhaltigkeit, Umweltschutz und Klimaschutz werden also als Aufgaben der Hochschulen erwähnt. Im ganzen Gesetzestext wird für diese Aufgaben allerdings kein Rahmen gegeben. Klare Ziele wie die Klimaneutralität, die laut dem mageren Bayerischen Klimaschutzgesetz zumindest von der unmittelbaren Staatsverwaltung bis 2030 erreicht werden soll, werden nicht gesetzt. Es wird nicht beschrieben, wie diese Aufgaben erfüllt werden sollen und welche Mittel der Staat zum Erreichen dieser Aufgaben aufbringt. Auch ob und wie der Fortschritt in diesen Bereichen überprüft werden soll, ist nicht erklärt. Konsequenzen für das Nicht-Erfüllen der Aufgaben/Ziele sind ebenfalls keine formuliert. Damit wird den Hochschulen nicht ermöglicht, ihrer Vorbildfunktion gerecht zu werden.

Ein gesetzlicher Rahmen, der Umwelt- und Klimaschutz an den Hochschulen garantiert und voranbringt, muss also geschaffen werden und dabei mindestens folgende Punkte beinhalten: Zunächst muss den Hochschulen, wie der Staatsverwaltung im Klimaschutzgesetz, das explizite Ziel gegeben werden, bis 2030 klimaneutral zu sein. Zusätzlich ist es zu empfehlen, auch Etappenziele festzulegen. Hochschulen sollten verpflichtet sein, Nachhaltigkeitsprogramme und -konzepte zu entwickeln und fortzuführen. Dafür bedarf es eines Nachhaltigkeitsbüros o.ä. mit rein staatlich finanzierten Stellen. Zur Überprüfung des Fortschritts in diesem Bereich und der Wirksamkeit der Programme ist die regelmäßige Anfertigung und Veröffentlichung eines unabhängigen Nachhaltigkeitsberichtes notwendig. Auch in der Lehre tragen Hochschulen Verantwortung für die Entwicklung einer nachhaltigen Gesellschaft. Um dieser gerecht zu werden, sollte es in den Schlüsselqualifikationen Veranstaltungen zu diesen u.ä. Themen geben. Für die in Art. 16 beschriebene Beteiligung an und Gründung von Unternehmen sowie die in Art. 17 beschriebene Gründungsförderung müssen ebenso entsprechende Rahmen gesetzt sein. Eine Hochschule sollte sich nicht an Unternehmen beteiligen, die die notwendigen Nachhaltigkeitsziele nicht erreichen.

Dass sich von alldem im Gesetzestext keine Ansätze finden lassen, ist ein Armutszeugnis für das Land Bayern und seinen Umwelt- und Klimaschutz.

Im gesellschaftlichen Diskurs sind Fragen der Nachhaltigkeit oft eng verknüpft mit ethischen Fragen des Tierwohls und von Tierversuchen in Forschung und Lehre. Das Gesetz hat hier eindeutig Stellung zu beziehen: Soweit möglich oder adäquat ersetzbar muss in der Lehre auf die Verwendung von eigens hierfür getöteten Tieren verzichtet werden. Auch muss in Einzelfällen die Möglichkeit auf einen Verzicht von der Verwendung von getöteten Tieren in Studien- und Prüfungsleistungen geschaffen werden. In der Forschung ist gleichfalls ein Verzicht von lebenden oder eigens getöteten Tieren anzustreben. Um adäquat über diese Regelungen zu wachen, wird eine Kommission eingesetzt, die nach der Maßgabe des Artikel 20a des Grundgesetzes begutachtet und entsprechende Empfehlungen ausspricht. In den Aufgaben der Hochschule (Art. 2) ist die Förderung von Methoden und Materialien festzuschreiben, die die Verwendung von lebenden oder dafür getöteten Tieren verringert oder ganz ersetzt, siehe z.B. [BreHG, § 8], [ThürHG, § 5 Abs. 12], [HmbHG, § 3 Abs. 15], [NRWHG, § 58 Abs. 5].

Kapitel 4

Studentische Beteiligung und Eigenständigkeit

Studierende bilden die größte Gruppe an deutschen und bayerischen Hochschulen. Neben ihrer dezidierten "Aufgabe" des Studiums, das sie verbindet, zeichnen sie sich noch durch eine Fülle von weiteren Eigenschaften aus: Sie sind in der Regel volljährig oder werden es zum Zeitpunkt ihres Abschlusses sein, führen einen eigenen Hausstand, verwalten ihre eigenen Finanzen, gehen erste Schritte im Berufsleben und zeigen in vielerlei anderer Hinsicht Eigenständigkeit, Planungsvermögen und Flexibilität. Aus diesen Eigenschaften erfolgt die Notwendigkeit, Widerspiegelung in den internen Strukturen von Studium und Hochschule (siehe auch: "Gesellschaftliche Rolle und Vorbildfunktion - Demokratie") zu finden. Ein Blick in das vorliegende Bayerische Hochschulinnovationsgesetz zeigt jedoch, dass die Stoßrichtung dieses Gesetzes den Ansprüchen einer Erfüllung der adäquaten gesetzlichen Verankerung und Umsetzung dieser Eigenschaften nicht gerecht wird.

Zur Verwirklichung dieser Eigenständigkeit und Verantwortung ist es zwingend notwendig, die Studierendenschaften im Freistaat mit einer Reihe an Kompetenzen im Sinne und unter dem Namen einer "Verfassten Studierendenschaft" auszustatten. Zunächst müssen die Aufgaben der Studierendenschaft (Art. 28 Abs. 2) um folgende Punkte erweitert werden:

1. Die Hochschulpolitische Interessenvertretung. Die Studierendenschaft ist bei allen Bereichen die sie betrifft über direkt oder indirekt demokratisch gewählte Vertreter:innen mit Stimmrecht zu beteiligen. Bei sie nicht direkt betreffenden Themen ist sie mindestens zu hören. Dies bedeutet insbesondere, dass Senat (Art. 34 Abs. 1), Hochschulrat (Art. 35 Abs. 1) und analoge Gremien in den jeweiligen akademischen Selbstverwaltungseinheiten paritätisch zu besetzen sind, wobei in Fragen, die explizit die Forschungsfreiheit betreffen, das jeweilige Gremium um so viele Sitze aufzustocken ist, dass die verfassungsrechtlich vorgeschriebene professorale Mehrheit garantiert ist. Alle Gremien müssen mit mindestens zwei demokratisch gewählten und stimmberechtigten Vertreter:innen aus der Studierendenschaft besetzt sein. Weiter nimmt im vorliegenden Gesetz die Grundordnung eine zentrale und wichtige Rolle ein, da viele Strukturen nicht mehr vom Gesetzgeber festgeschrieben werden. Schon im aktuellen gesetzlichen Rahmen wurde immer wieder ein Hochschulkonvent (entgegen Art. 35 Abs. 5) gefordert, der paritätisch besetzt ist, eine Grundordnung ausarbeitet und diese mit absoluter Mehrheit beschließt. Diese Forderung wird durch die neu "gewonnenen Freiheiten" alternativlos, will man Partizipation und Demokratie in der Hochschullandschaft garantieren. Besser jedoch, als alle Demokratie in die Hände der Grundordnung zu legen (Art. 30 Abs. 1 und 2), wäre es, Gremien

nicht nur auf der Ebene der Hochschulen, sondern auch der akademischen Selbstverwaltungseinheiten gesetzlich festzuschreiben. Dies hätte auch die Möglichkeit mit sich gebracht Fachschaftsinitiativen zu unterstützen, die in vielen Fächern einen der wichtigsten Beiträge zum Studienalltag leisten, indem sie unter anderem Studienanfänger:innen in den Studienalltag einführen und integrieren.

2. Die Mitwirkung an Planung und Umsetzung von Zielvereinbarungen der Hochschule. Die Studierendenschaft kann zum einen als innovative Impulsgeberin positiv an der Ausarbeitung im Sinne der hochschulpolitischen Interessensvertretung (siehe oben) von Zielen mitwirken, zum anderen hat sie dann auch die Aufgabe, die Umsetzung dieser Ziele konstruktiv zu unterstützen und in ihre eigenen Strukturen einzuarbeiten. Dazu gehört insbesondere auch die Förderung der Chancengleichheit, des internationalen Dialogs und das Prinzip der Nachhaltigkeit. Im vorliegenden Gesetz wird ihr diese Mitwirkung nicht garantiert (Art. 2 und Art. 8).
3. Eine starke, landesweite Lobby. Der Grundstein hierfür ist im Gesetz bereits angedacht (Art. 29), allerdings fehlen auch hier Schlüsselkompetenzen, wie beispielsweise eigene finanzielle Mittel, der garantierte Einbezug in Verbändeanhörungen und die Möglichkeit an entsprechenden Stellen Sondervoten abzugeben.
4. Die Rechtsstellung als Teilkörperschaft des öffentlichen Rechts. Diese ist notwendig, um Verträge direkt mit Dritten schließen zu können, die für das Hochschulleben unverzichtbar sind. Dazu gehört nicht nur klassischerweise das Semesterticket, bei dem es, da es exklusiv von Studierenden genutzt wird, keinen ersichtlichen Grund gibt, die Kompetenz, dieses zu verhandeln, nicht in die Hände der demokratisch gewählten Studierendenschaft zu legen. Im Entwurf des HIG muss die Studierendenschaft an dieser Stelle noch nicht einmal gehört werden. Des Weiteren muss es Studierenden, bei denen auf Grund des Studienganges oder -ortes mehrere Semestertickets sinnvoll sein können, möglich sein, sich frei für eines, mehrere oder alle Tickets zu entscheiden (Art. 105 Abs. 4). In der Praxis gehen vereinzelt Studierendenwerke bereits weiter und weiten das Angebot für ihre Studierenden auf Theater oder andere kulturelle Angebote aus, was sowohl im aktuellen Hochschulgesetz als auch im neuen Hochschulinnovationsgesetz bereits Aufgabe der Studierendenschaft ist (Art. 28 Abs. 2). Das umständliche Verhandeln dieser Verträge widerspricht zum einen den Kerngedanken von Verschlinkung und Deregulierung, ist aber zum andern vor allem ungerechtfertigt gegenüber - in allen anderen Lebensbereichen als mündige Bürger:innen angesehenen - Menschen.
5. Eine unabhängige Finanzierung. Um dieser umfassenden Menge an Aufgaben gerecht zu werden, sind die Studierendenschaften zum einen auf das Erheben eigener Beiträge von ihren Studierenden, zum anderen auch auf die Möglichkeit, diese von geschultem Personal selbständig und transparent verwalten zu lassen (Art. 28 Abs. 4), angewiesen. Die aktuell zur Verfügung gestellten Mittel, die sich z.B. in Würzburg auf ca. 0,25€ pro Studierenden pro Semester belaufen, reichen nicht annähernd aus. Ist eine Finanzierung der Studierendenschaft aus der eigenen Mitte weiterhin nicht möglich, so müssen die staatlichen Mittel soweit angehoben werden, dass sie mit denen von Studierendenschaften anderer Bundesländer vergleichbar sind. Eine eventuelle Zweckbindung dieser Ressourcen darf den Aufgaben, wie sie hier beschrieben sind und in Art. 28 Abs. 2. des HIG stehen, nicht widersprechen. An dieser Stelle muss vor allem der sog. "Gängelungsparagraph" (Art. 28 Abs. 3) noch einmal explizit erwähnt werden. Dieser ist rechtlich irrelevant, da die Hochschulleitung die hier aufgeführten Rechte sowohl im HIG als auch im aktuellen Gesetz bereits hat. Er muss dringend ersatzlos gestrichen werden. Dieser ist nicht nur rein juristisch schlechter Stil, sondern zeugt auch von grundlos mangelndem Vertrauen gegenüber den Studierendenschaften.
6. Eine angemessene Entschädigung. Die sich aktiv an den Gremien der Studierendenschaft beteiligenden Personen müssen für ihre Leistungen entschädigt werden.

Einerseits durch eine Verlängerung der Regelstudienzeit (Art. 65) bei gewählten Vertreter:innen ab der Ebene der akademischen Selbstverwaltungseinheiten. Andererseits aber auch durch finanzielle Entschädigung derer, die durch ihre enormen "Zeitspenden" in die demokratische Mitarbeit, nicht mehr die Möglichkeit haben, ihr Studium beispielsweise durch einen Nebenjob zu finanzieren.

In Anbetracht dieser Punkte finden sich über das ganze Gesetz verteilt defizitäre Stellen, die Nachbesserung bedürfen. Zunächst ist bei Entscheidungen, die die Lehre betreffen, die Studierendenschaft paritätisch zu beteiligen. Dies beginnt mit der zwingenden und damit nicht, wie im Gesetz, optionalen Beteiligung Studierender bei "der Bewertung der Lehre" (Art. 7 Abs. 3). Weiter muss eine Kommission für Studium und Lehre (Art. 63) aufgestellt werden, die sich mit der Einrichtung, Änderungen und Abschaffungen von Studiengängen beschäftigt. Darüber hinaus hat sie Strategien zur Verbesserung von Studium und Lehre zu entwerfen, ist Ansprechpartnerin für Probleme im Zusammenhang mit Studium und Lehre und hat Antrags- und Vorschlagsrecht im Senat. Sie ist paritätisch aus den Gruppen der Hochschullehrer:innen, den Studierenden und dem wissenschaftlichen Mittelbau zu besetzen. Hier sollten Studierende als Vorsitz explizit erwünscht sein. Weiter erstreckt sich diese Idee der mündigen Partizipation auch auf Berufungen jeglicher Art (Art. 50) & Art. 51, hier natürlich unter Berücksichtigung der professoralen Mehrheit, verwirklicht durch eine 50 % +1 Regelung. Schließlich kommt sie hochschulintern auch bei einem, wie oben genannt, paritätisch besetzten Senat an, der das Recht bekommt, über die Einrichtung eines Globalhaushalts zu entscheiden, sollte ein solcher überhaupt erwünscht sein. Bei einem derart die innere Struktur prägenden Beschluss sollten keine hochschulexternen Personen Stimmrecht besitzen. Des Weiteren müssen die Wahllisten für die Vertreter:innenwahl quotiert werden (Art. 27). Hierbei ist das Geschlechterverhältnis der jeweiligen akademischen Selbstverwaltungseinheit bzw. der Hochschule als Referenzwert zu nehmen. Um die Aufgaben der Chancengleichheit, Gleichstellung und Anti-Diskriminierung weiter voranzubringen, müssen auch in den Gremien der Studierendenschaften eigene Gleichstellungsbeauftragte, Beauftragte für Menschen mit Behinderung und chronischen Erkrankungen und ggf. weitere Beauftragte bestellt werden. Sie sind dazu angehalten mit den anderen Beauftragten der Hochschule auf dem jeweiligen Themengebiet zusammenzuarbeiten (Art. 22, 23, 24 & 25). Hochschulextern erstreckt sich die Mitbestimmung auch auf die Studierendenwerke. Eine starke Studierendenschaft, wie sie hier gefordert wird, kann ihre eigenen Vertreter:innen in den Verwaltungsrat schicken (Art. 102 Abs. 3). Diesen sollte dann auch die Möglichkeit eingeräumt werden, für den Vorsitz (Art. 102 Abs. 4) zu kandidieren.

Das Leben im Studium beginnt allerdings nicht erst mit der Immatrikulation, sondern mit der Auswahl eines Studiengangs und damit auch mit dem Studienangebot. Hier ist es vor allem in Bezug auf die Freiheit von Wissenschaft und Lehre essenziell, dass sich das Angebot nicht nach dem Markt geldgebender Dritter, sondern nach der Nachfrage der Studienbewerber:innen richtet. Gerade daher ist eine Förderung der traditionell drittmittelschwachen Geistes- und Sozialwissenschaften, unabdingbar für ein diverses und breit gefächertes Studienportfolio. Eine Beschränkung der Zulassung zu Veranstaltungen in diesen Fächern wäre folglich katastrophal (Art. 67).

Hier muss auch die in (Art. 60) benannte Aufgabe der Studienberatung, eine Unterrichtung am Ende des ersten Studienjahres durchzuführen, erwähnt werden. Die Formulierung impliziert hier eine regelrechte Vorladung zu einem Beratungsgespräch. Ein solches Gespräch sollte jedoch nur auf Wunsch und/oder Veranlassung des:der betroffenen Studierenden hin geschehen. Darüber hinaus sollte die Studienberatung in enger Zusammenarbeit mit den Fachschaftsinitiativen bzw. Fachschaftsvertretungen der jeweiligen akademischen Selbstverwaltungseinheit stehen.

Es endet auch nicht mit dem Verlassen einer Vorlesung. Studentische Partizipation ist nur dann umsetzbar, wenn sie Räume hat. Die gesetzlichen Räume wurden bereits erläu-

tert. Um gut arbeiten zu können braucht es aber auch reale Räume, die nicht an Hürden wie Gebühren (Art. 13 Abs. 3) angeknüpft sind. Beginnend mit Arbeitsflächen in Bibliotheken, über Zimmer für AKs und Initiativen, bis hin zu den Büro- und Verwaltungsflächen der Studierendenvertretung selbst, müssen entgeltfrei Räume zur Verfügung stehen. Im Bestfall endet ein Studium mit einer erfolgreichen Abschlussarbeit. Hier braucht es klare Regelungen bezüglich der (geistigen) Erfindungen der Studierenden und deren Vermarktung (Art. 18) .

Kapitel 5

Rechtsstellung und Finanzen

Im folgenden Abschnitt wird auf die Rechtsstellung der Hochschule sowie ihre Finanzierung genauer eingegangen.

Auch wenn es nicht eigentlicher Gegenstand des hier behandelten Gesetzgebungsverfahrens ist, soll die Gelegenheit genutzt werden, auf die finanzielle Situation der Hochschulen hinzuweisen: In den letzten Jahren enthielt der Landeshaushalt beträchtliche Summen für Hochschulbauten. Leider stieg der Haushaltsposten für Instandhaltungsmaßnahmen nicht ansatzweise in gleichem Maße. Aus Sicht der Politiker:innen ist das nachvollziehbar. Ein neues Gebäude für eine Hochschule lässt sich natürlich besser in der Öffentlichkeit verkaufen. Zum Beschluss im Landtag oder seinen Ausschüssen, zum Spatenstich/zur Grundsteinlegung, zum Richtfest und zur Einweihung kann man eine Pressemitteilung veröffentlichen und es ist ein Fototermin möglich - mit der hohen Wahrscheinlichkeit, in der Lokalpresse erwähnt zu werden. Drei bis vier Mal also kann das Ereignis in der Öffentlichkeit platziert und die eigene Person damit in Verbindung gebracht werden - für die Bekanntheit und die nächste Wahl sicherlich förderlich. Nachhaltiger und für den Hochschulstandort Bayern zielführender wäre es jedoch, die Haushaltsmittel für die Instandsetzung der Gebäude spürbar und dauerhaft zu erhöhen. Das würde jedoch höchstens eine Pressemitteilung ergeben. Es ist auf Dauer nicht haltbar und auch nicht nachhaltig, nur neue Gebäude zu bauen und für die existierenden nicht die notwendigen Mittel für die Instandsetzung zur Verfügung zu stellen. Ein weiteres Problem sind die fehlenden Personalzuwächse in der Verwaltung. Mit der Hightech Agenda wurden den Hochschulen 1.000 neue Professuren sowie 13.000 neue Studienplätze versprochen. Dieses Personal und diese Studierenden müssen aber auch verwaltet werden. Dazu äußert sich die Agenda leider nicht. Bereits in den letzten Jahren sind die Studierendenzahlen an den Hochschulen (wie dies auch im Rahmen der Ausbauplanung politisch gewollt ist) gewachsen. Eine entsprechenden Aufwuchs an Verwaltungspersonal hat es dagegen nicht gegeben. Weiter zeigen sich realitätsferne Erwartungen des Gesetzgebers an die Rechtsstellung der Hochschulen bei der Umformulierung der eigenen Ziele und Aufgaben, sowie hochproblematische Verschiebungen in der Finanzverwaltung, sollte sich eine Hochschule für einen Globalhaushalt entscheiden. Hier fehlen interne Kontrollmechanismen und starke Mitbestimmungsrechte der verschiedenen Mitgliedergruppen.

Mit den Aufgaben für eine Hochschule geht direkt ihre Stellung in Wissenschaft, Gesellschaft und als Bildungseinrichtung einher. Die Aufgaben einer Hochschule bedingen also ihre Selbst- und Außenwahrnehmung, die Relevanz ihrer Stimme, ihre Wirkkraft und ihre Verantwortung. Es ist bezeichnend, dass nun in Art. 2 Abs. 1 die Freiheit und Eigenverantwortung der Hochschulen in den Vordergrund gerückt werden, sich im weiteren Verlauf jedoch wenig davon wiederfindet. Auch wird nicht erwähnt - ein Missstand, der ebenfalls Schlussfolgerungen zulässt - dass sie diese in einem freiheitlichen, demokrati-

schen und sozialen Rechtsstaat ausführen; vor allem, da diese Aufgaben nur in der Rolle des Studiums (Art. 62) auftauchen. Darüber hinaus wird in (Art. 2 Abs. 3) als Aufgabe definiert, dass die Hochschulen auf ein berufliches Tätigkeitsfeld vorbereiten und den Übergang ins Berufsleben fördern. Als wären Hochschulen Ausbildungsstätten, deren erstrangiges Ziel es sei, ihre Studierenden dem Berufsleben zuzuführen. Die Tatsache, dass Hochschulen Bildungseinrichtungen sind, die weit über berufliche Tätigkeiten hinaus Kompetenzen, Fähigkeiten und Interessen vermitteln, lässt das Gesetz gänzlich außer Acht. Diese Kurzsichtigkeit zeigt sich auch an diversen anderen Stellen. So wird fälschlicherweise Digitalisierung mit Fortschritt gleichgesetzt, wohingegen die Weiterentwicklung von Hochschulen und der Gesellschaft auf deutlich mehr als nur der Digitalisierung beruht (Nachhaltigkeit, Demokratiebewusstsein und Partizipation seien hier genannt). Oder es kommt die Forderung (Art. 2 Abs. 8) auf, sich bei der Forschung an ethische Grundsätze zu halten, was wiederum völlig vernachlässigt, dass es Grundsätze im Sinne “der” Ethik nicht gibt, sondern nur im Sinne “einer bestimmten”. Und diese muss definiert oder entsprechend eingegrenzt werden.

Den Aufgaben im gegliederten Hochschulsystem (Art. 3) kommt noch einmal eine gesonderte Rolle zu. Jedoch finden sich auch hier weniger annehmbare und dafür streitbare Punkte. So heißt es in der Begründung zum Gesetz, dass bei Universitäten Grundlagenforschung und anwendungsbezogene Forschung gleichermaßen auszuüben seien. Die Annahme, die hinter dieser Forderung steht, deckt sich allerdings weder mit der Praxis an den Universitäten, noch mit dem Selbstverständnis vieler Forscher:innen und Fachrichtungen. Des weiteren ist von zukunftsgerichteter Lehre nach höchsten internationalen Standards (Art. 3 Abs. 1) die Rede - etwas, was nicht nur bei historischen Fachrichtungen auf Unverständnis stößt. Selbst an Exzellenzuniversitäten existiert eine Normalverteilung der Lehrqualität, die gleichermaßen besonders gute wie erstaunlich schlechte Ergebnisse hervorbringt. Auch wird hier ein weiteres Mal von der Ausbildung der Studierenden gesprochen: Ein schlichtweg falscher Terminus, der die Unterschiedlichkeit von Persönlichkeitsbildung und beruflicher Bildung übergeht und den Status der Universität als Bildungsstätte missachtet. Schließllich wird die inhärente enge Verbindung von Lehre und Forschung an Universitäten übergangen, deren wechselseitiger Bezug im Sinne des humboldtschen Bildungsideals gerade die Stärke dieser beiden Pfeiler deutscher Universitäten ausmacht.

Hochschulen sind Körperschaften des öffentlichen Rechts und damit einhergehend staatliche Einrichtungen. Entscheiden sie sich für die Einrichtung eines Globalhaushalts, sind sie in Negation des Art. 4 Abs. 2 möglicherweise keine solche Einrichtung mehr. Das würde mit sich bringen, dass die Dienste anderer staatlicher Einrichtungen nicht mehr unentgeltlich genutzt werden können und der entstehende Bedarf aus eigenen Mittel eingekauft werden muss. Die Möglichkeit, mit Globalhaushalt zugleich auch staatliche Einrichtung zu bleiben, muss eindeutig geklärt und gewährleistet werden.

Ein Zusammenwirken von Hochschulen (Art. 6 Abs. 3) ist eine gute Sache. Allerdings muss der Befürchtung Einhalt geboten werden, dass Ausbildungsressourcen an einzelnen Hochschulen konzentriert werden. Gerade die fachlich breit aufgestellten Volluniversitäten sollten ihren Fokus auch auf kleinere Fächer nicht verlieren. Grundlegende aber forschungsschwache Fächer dürfen nicht nur an einzelnen Standorten vertreten sein. Nur so ist ein wissenschaftlicher Diskurs und Fortschritt innerhalb des Faches möglich.

In (Art. 8) wird festgelegt, dass zwischen Staat und Hochschulen für in der Regel über mehrere Jahre geltende Rahmenvereinbarungen getroffen werden. Im Gesetzesentwurf selbst wird die große Bedeutung dieser Vereinbarungen herausgestellt, wenn betont wird, dass diese “Aussagen zur mittelfristigen Ressourcenausstattung [beinhalten] und [...] der Herstellung von Planungssicherheit für die Hochschulen” (Abs. 1 S. 2) dienen. Umso unverständlicher ist es, dass im Gesetzesentwurf die unbestimmte Zeitspanne “in der Regel über mehrere Jahre” (Abs. 1 S. 2 sowie Abs. 2 S. 1) nicht genauer definiert wird. Um das anvisierte Ziel einer höheren Planungssicherheit für die Hochschulen zu erreichen, sollte

diese Zeitspanne im Gesetz genauer festgelegt werden. Dies würde auch der Wesentlichkeitstheorie entsprechen. Derart für die Hochschulen bedeutende Festlegungen sollte der Landtag zumindest in Form eines Zeitrahmens genauer definieren.

In (Art. 11. Abs 1) wird explizit erwähnt, dass der stellige Personalbereich weiterhin Tarifsteigerungen unterworfen ist. Es wird jedoch versäumt, den Teil des Universitätspersonals zu adressieren, der nicht aus Landesmitteln finanziert wird. Bei diesem müssen die Hochschulen die Tarifsteigerungen tragen. Hieraus entsteht das bekannte Problem, dass bei steigenden Löhnen immer weniger dieses Personals finanziert werden kann.

Beispiele für solches Personal sind die Angestellten, die aus den Mittel zur Verbesserung der Studienbedingungen, allgemein bekannt unter Studienzuschüssen, finanziert werden. Hier herrschte schon immer das Problem, dass diese, häufig in Lehre und Verwaltung genutzten Stellen unzureichend finanziert waren.

Der Gesetzesentwurf macht die Situation dieser speziellen Angestellten sogar noch prekärer. So wird der eigentlich zur Finanzierung in (Art. 11) gehörende [BayHSchG, Artikel 5a], der die Mittel zur Verbesserung der Studienbedingungen regelt, komplett gestrichen. Infolgedessen drohen durch Tarifsteigerungen die Mittel zur Finanzierung von Personal mit der Zeit immer unzureichender zu werden. Schlussendlich könnte die Finanzierung des Personals überhaupt nicht mehr möglich sein.

Ein weiterer, besonders für Studierende wichtiger Punkt ist, dass eine Erklärung wie in Zukunft Studienzuschüsse bereitgestellt werden sollen vollkommen fehlt. Dies sorgt jedoch dafür, dass das Geld, das zuvor der Verbesserung der Studienbedingungen zukam, voraussichtlich andersweitig genutzt werden wird. Dies ist angesichts der Unterfinanzierung der Lehre sehr kritisch zu sehen. Die aktuelle paritätische Besetzung der Studienzuschusskommissionen hat sich bewährt, ist jedoch im Gesetzesentwurf nicht mehr ausdrücklich vorgesehen.

Art. 13 regelt, ob und wann für welche Tatbestände Hochschulen Gebühren erheben können. Es ist nicht nachvollziehbar inwiefern durch berufs- und ausbildungsbegleitende Studiengänge ein erhöhter Aufwand (Abs. 3 S. 1 Nr. 1) entsteht. Die Gesetzesbegründung führt dazu aus, dass “[d]er erhöhte Aufwand [...] dabei aus den zusätzlichen, gerade für solche Veranstaltungen entstehenden Personal- und Sachkosten, die z. B. durch die spezifische Organisationsform, wie etwa Blockkurse, oder den zusätzlich anfallenden Verwaltungsbedarf der Veranstaltung verursacht werden” besteht. Diese Begründung überzeugt nicht. Es ist nicht nachvollziehbar, dass durch einen berufs- oder ausbildungsbegleitender Studiengang bei der Organisation und Durchführung von Veranstaltungen mehr Aufwand entsteht, als bei Veranstaltungen für Studierende in einem Vollzeitpräsenzstudiengang. Auch diese werden bereits in Form von Blockkursen durchgeführt. Insofern ist auch nicht erkennbar, worin ein zusätzlicher Aufwand liegen soll. Derartige Regelungen, die eine Gebührenerhebung ermöglichen, sind nur dazu geeignet, Bevölkerungsschichten, die über berufs- und ausbildungsbegleitende Studiengänge ihren Weg an die Hochschulen finden und eher nicht zum klassischen Bildungsbürger:innentum gehören, von der Hochschule fernzuhalten. Abs. 3 S. 1 Nr. 1 ist daher ersatzlos zu streichen.

Art.13 Abs. 3 ermöglicht es Hochschulen Studiengebühren von Nicht-EU-Ausländer:innen zu erheben. Dies ist strikt abzulehnen. Die Einführung derartiger Gebühren in Baden-Württemberg hat gezeigt, dass dadurch der Internationalisierung der Hochschule massiv entgegengewirkt wird, siehe [F&L1], [F&L2], [FZS2], [StN1], [BfGR1]. Genau aus diesem Grund hat sich Nordrhein-Westfalen nach den festgestellten Effekten in Baden-Württemberg gegen die Einführung derartiger Gebühren entschieden. Solche Gebühren stehen offensichtlich im Widerspruch zum Internationalisierungsauftrag der Hochschulen (Art. 2 Abs. 7). Damit arbeitet der Gesetzentwurf sich selbst zuwider. Außerdem würden solche Gebühren eine Diskriminierung aufgrund der Herkunft darstellen. Die Einzelheiten

zur Gebührenerhebung (Art. 13 Abs. 6) sollte der Gesetzgeber genauer regeln.

Unabhängig der oben angesprochenen Einzelheiten sind jegliche Gebühren durch die Hochschule für ein Studium abzulehnen. Gebühren haben immer eine abschreckende Wirkung auf Studieninteressierte. Dies betrifft Personen aus einem finanziell schwachen Haushalt besonders. Gebühren führen damit zur Reproduktion sozialer Ungleichheit. Art. 13 ist daher komplett durch die Formulierung "Das Studium und die Angebote der Weiterbildung nach Art. 64 Abs. 1 und 2 sind gebührenfrei." zu ersetzen.

In (Art. 15) wird der Umgang mit dem Körperschaftsvermögen geregelt. (Abs. 2 S. 2) sieht vor, dass das Land Bayern Anspruch auf Wertausgleich zum jeweiligen Verkehrswert hat, wenn die mit seinen Mitteln bebauten körperschaftseigenen Grundstücke an Dritte veräußert werden. (Abs. 2 S. 1) sieht vor, dass "[m]it staatlichen Mitteln bebaute körperschaftseigene Grundstücke, die nicht mehr den Zwecken der Hochschule dienen," von der Hochschule auf Verlangen dem Freistaat Bayern übereignet werden. Im Gegensatz zum Land Bayern ist kein Wertausgleich für die Hochschulen vorgesehen. Es handelt sich damit um eine entschädigungslose Enteignung. Dies ist verfassungswidrig.

Nach (Art. 22 Abs. 6) stellen die Hochschulen den Beauftragten für die Gleichstellung von Frauen in der Wissenschaft zur wirksamen Erfüllung ihrer Aufgaben in angemessenem Umfang Mittel zur Verfügung. Das gleiche gilt für die Beauftragten für die Belange der Studierenden mit Behinderung oder chronischer Erkrankung (Art. 24 Abs. 3). Diese Mittel können jedoch aufgrund der bereits bestehenden Unterfinanzierung der Hochschulen (siehe Einleitung dieses Abschnittes) nicht von diesen aufgebracht werden, ohne anderen Aufgaben in Forschung und Lehre Mittel zu entziehen. Den Hochschulen sind daher zusätzliche, zweckgebundene Mittel zur Verfügung zu stellen, welche diese an die entsprechenden Beauftragten weiterleiten. In (Art. 25) werden zwei neue Ansprechpersonen geschaffen. Im Gegensatz zu den Beauftragten für die Gleichstellung von Frauen in der Wissenschaft (Art. 22) und der:dem Beauftragten für die Belange der Studierenden mit Behinderung oder chronischer Erkrankung (Art. 24) sind ihnen jedoch nicht einmal von den Hochschulen Mittel zur Verfügung zu stellen. Dies wäre jedoch dringend nötig, um die Mitglieder der Hochschule für die Themen "sexuelle Belästigung" und "Diskriminierung" zu sensibilisieren. Die Mittel sollten - analog zu den obigen Vorschlägen - direkt vom Land nach Maßgabe des Staatshaushaltes zur Verfügung gestellt werden.

Statt eines Landesstudierendenrates wie ihn (Art. 29) vorsieht, ist eine echte Landesstudierendenvertretung vorzusehen. Statt nur eines Informations- und Anhörungsrechts durch das zuständige Landesministeriums ((Abs. 2)), muss es eine selbstbestimmte landesweite Studierendenvertretung geben, die auch im zuständigen Landtagsausschuss Antrags- und Rederecht hat, um dort die studentischen Interessen direkt dem Parlament vortragen zu können.

In Art. 29 Abs. 3 wird vorgeschrieben, dass der Landesstudierendenrat ein ausführendes mehrköpfiges Kollegialorgan besitzen muss, dessen Mitglieder aus unterschiedlichen Regionen oder Hochschularten stammen sollen. Dies entspricht zwar der aktuellen Regelung in der Geschäftsordnung der Landes-ASten-Konferenz Bayern (LAK Bayern), allerdings kann nicht mit Sicherheit gesagt werden, dass zukünftige Zusammensetzungen der LAK dies nicht anders sehen. Durch eine Festschreibung im Gesetz wird damit die Gestaltungsmöglichkeit der LAK über ihre eigene Angelegenheit nicht nur massiv eingeschränkt, sondern ihr komplett entzogen, ohne dass es dafür einen sachlichen Grund gibt. Gleiches gilt für die Festschreibung der Regel "Eine Hochschule = eine Stimme" im letzten Satz des Artikels. Eine derartige Einschränkung studentischer Selbstverwaltung ist vehement abzulehnen. Die kritisierten Sätze bzw. Satzteile sind ersatzlos zu streichen.

Korrespondierend zum besonderen Stimmengewicht von Hochschullehrer:innen bei Abstimmungen zu bestimmten Sachverhalten (Art. 30 Abs. 1) ist ein suspensives Gruppenvetorecht der Studierenden in Fragen der Lehre zu etablieren. Dies gibt es in anderen

Bundesländern bereits, z.B. [BerlHG, § 46 Abs. 3], [ThürHG, § 25 Abs. 6 S.2].

Die Entscheidung über die Grundordnung ist von so herausgehobener Bedeutung für eine Hochschule, dass diese entgegen des Gesetzesentwurfes (Art. 30 Abs. 1 S. 4) nicht durch den Hochschulrat, sondern durch einen Hochschulkonvent, erfolgen sollte. Genauer wurde dazu bereits weiter oben geschrieben.

Die Vielfalt der Hochschulmitglieder sollte sich auch in der Hochschulleitung widerspiegeln. Daher muss ein zusätzlicher Absatz in (Art. 31) eingefügt werden, der vorschreibt, dass alle Statusgruppen in der Hochschulleitung angemessen zu berücksichtigen sind. Aus der Wirtschaft ist durch zahllose Untersuchungen belegt, dass ein Team umso erfolgreicher ist, desto diverser es ist. Auch mehrere deutsche Hochschulen, an denen alle Statusgruppen in der Hochschulleitung vertreten sind, haben damit sehr gute Erfahrungen gemacht.

Der Hochschulrat wählt die:den Präsident:in (Art. 35 Abs. 5). Gleichzeitig hat die:der Präsident:in das ausschließliche Vorschlagsrecht für die nicht hochschulangehörigen Mitglieder des Hochschulrates (Abs. 3 S. 1). Die:der Präsident:in entscheidet damit über die Hälfte der Personen, die sie:ihn wählen. Würde etwas Derartiges auf Ebene eines Staates passieren, würde man das Land aus guten Gründen als undemokratisch bezeichnen. Um den aktuellen und auch im Gesetzesentwurf weiterhin vorgesehenen aus demokratietheoretischer Sicht unhaltbaren Zustand aufzulösen, muss entweder dem Hochschulrat die Aufgabe die:den Präsident:in zu wählen entzogen oder das Vorschlagsrecht für die nicht hochschulangehörigen Mitglieder des Hochschulrates der:dem Präsident:in entzogen werden.

In (Art. 38) werden die Hochschulen verpflichtet ihrem Personal, das in befristeten Arbeits- oder Dienstverhältnissen eine Weiterqualifizierung anstrebt ((Abs. 1)) und insbesondere ihrem promovierten Personal (Abs. 2), Weiterbildungen zukommen zu lassen. Auch wenn diese zusätzliche Aufgabe begrüßenswert ist, wird den Hochschulen damit eine neue Aufgabe übertragen, ohne ihnen die dafür notwendigen Mittel zusätzlich zur Verfügung zu stellen. Dieses Geld fehlt damit zwangsläufig an anderer Stelle. Es ist Aufgabe des Landes die zusätzlich notwendigen Mittel, die zur Erfüllung dieser Aufgabe benötigt werden, bereitzustellen.

Nach (Art. 62) sollen Studium und Lehre die Studierenden auf ein berufliches Tätigkeitsfeld vorbereiten. Wie bereits weiter oben in diesem Abschnitt bemerkt, hat ein Hochschulstudium viele weitere Aufgaben zu erfüllen. Dies wird in den bei weitem umfassenderen Beschreibungen anderer Hochschulgesetze deutlich: So schreibt das Bremer Hochschulgesetz als Ziel des Studiums vor, dass die Studierenden lernen “problemorientiert, fächerübergreifend und unter Einbeziehung gesellschaftswissenschaftlicher Fragestellungen zu arbeiten. Lehre und Studium sollen die dafür erforderlichen fachlichen Methoden und Kenntnisse einschließlich einer fachbezogenen Ethik sowie die Fähigkeit zu selbstständigem Lernen und kritischer Überprüfung des beruflichen Tätigkeitsfeldes vermitteln, die Befähigung zu Kooperation, Solidarität und Toleranz fördern und zu verantwortlichem Handeln in einem freiheitlichen, demokratischen und sozialen Rechtsstaat befähigen” [BreHG, § 52 Abs. 1]. Das brandenburgische Hochschulgesetz betont zusätzlich, dass ein Studium “zu selbstständigem Denken und zu verantwortlichem Handeln in einem freiheitlichen, demokratischen und sozialen, den natürlichen Lebensgrundlagen verpflichteten Rechtsstaat” befähigen soll [BbgHG, § 17 Abs. 1]. Nach dem Hochschulgesetz in Thüringen soll ein Studium “zu selbständigem, kritischem Denken und zu einem auf ethischen Normen gegründeten verantwortlichem Handeln und zur selbständigen Anwendung wissenschaftlicher Erkenntnisse und Methoden in einem freiheitlichen, demokratischen und sozialen Rechtsstaat” befähigen [ThürHG, (Art. 46 Abs. 1)]. Dieser unvollständige Auszug aus den Hochschulgesetzen anderer Bundesländer zeigt eindrücklich, dass andere Landesgesetzgeber die deutlich umfangreicheren Aufgaben eines Hochschulstudiums - im Gegensatz zum bayerischen Ministerium - erkannt haben.

In (Art. 63 Abs. 4) ist vorgeschrieben, dass Hochschulen das Staatsministerium über die Einrichtung, wesentliche Änderung oder Aufhebung eines Studiengangs unterrichten. Der Begriff “wesentliche Änderung“ wird dabei jedoch im Gesetz und auch in seiner Begründung nicht genauer definiert. Im Sinne der Rechtssicherheit für alle Beteiligten, sollte der Gesetzgeber diesen unbestimmten Rechtsbegriff festlegen. Dies würde auch der Wesentlichkeitstheorie entsprechen, da ansonsten das zuständige Ministerium festlegen könnte, was eine “wesentliche Änderung“ ist und somit unzulässig in die Hochschulautonomie eingreifen kann.

Art. 67 Abs. 2 ermöglicht Hochschulen, den Zugang zu Teilstudiengängen, Studienrichtungen oder Studienschwerpunkten und Fächern, die im Verlauf des Studiums gewählt werden können, zu begrenzen. Diese Einschränkung der Berufsausbildungsfreiheit [GG, (Art. 12 Abs. 1)] ist entschieden abzulehnen. Es ist Aufgabe der öffentlichen Hand für eine ausreichende Finanzierung der Hochschulen zu sorgen, um allen Menschen eine ihren Wünschen entsprechende Ausbildung zu ermöglichen.

Nach (Art. 94 Abs. 2) sollen kirchliche Hochschulen einen Zuschuss zum laufenden Betrieb von 80 % des tatsächlich nachgewiesenen Personal- und Sachaufwands erhalten. Dies ist nicht nachvollziehbar. Kirchliche Hochschulen sind nicht anders zu behandeln als andere private Hochschulen, nur weil ihre Trägerin eine Kirche ist. Es ist nicht Aufgabe der öffentlichen Hand Hochschulen von Kirchen zu finanzieren. Der Absatz ist daher ersatzlos zu streichen.

Die Einschränkung von Grundrechten muss verhältnismäßig sein und ein verfassungsmäßiges Ziel verfolgen. Die in diesem Gesetz vorgenommene Einschränkung vom Grundrecht auf Unverletzlichkeit der Wohnung (Art. 114) ist weder das eine noch verfolgt sie das andere. Sie erfährt ihre Begründung aus der Möglichkeit, digitale Prüfungen durchzuführen und dabei auch eine Überprüfung der Umgebung auf unerlaubte Hilfsmittel durchzuführen. Allerdings muss diese Entscheidung, ob eine digitale oder präsentische Prüfung durchgeführt wird, allein bei den jeweiligen Studierenden liegen. Als Handlungsvorgabe von Seiten der Hochschulen ist diese Forderung nicht tragbar. Damit steht Art. 114 im Widerspruch zu Art. 20, der festhält, dass Hochschulen die “durch die Verfassung verbürgten“ Grundrechte ihrer Mitglieder wahren müssen.

Kapitel 6

Personal, Berufungen und Studierendenwerke

In (Art. 19 Abs. 1) zeigt sich die bereits befürchtete Vernachlässigung der Lehre. So werden Personengruppen wie Privatdozent:innen, außerplanmäßige Professor:innen, Honorarprofessor:innen und Lehrbeauftragte, welche klar in der Lehre zu verorten sind, von der Teilnahme an den Wahlen des Senats und der anderen in der Grundordnung festgelegten Organe ausgeschlossen, sofern sie nicht mindestens 10 Semesterstunden Lehre pro Woche abhalten. Dies ist unverhältnismäßig, gerade wenn in Art. 51 Abs. 2 festgehalten wird, dass Berufene aus gemeinsamen Berufungen mit außeruniversitären Forschungseinrichtungen lediglich zwei Semesterwochenstunden Lehre ableisten müssen, um zur Teilnahme an den oben genannten Wahlen berechtigt zu sein. Darüber hinaus wird den Lehrbeauftragten noch nicht einmal eine Statusgruppe nach Art. 19 zugewiesen. Weiterhin zeigt sich eine Disparität zwischen Lehre und Forschung (Art. 43 Abs. 1 Satz 5 & 6). Dort wird in den Dienstaufgaben einer Lehrprofessur die überwiegende Tätigkeit in der Lehre festgehalten, während in der Forschungsprofessur eine überwiegende oder ausschließliche Tätigkeit in der Forschung ermöglicht wird. Hierdurch wird der Lehre nur ein sekundärer Stellenwert zugesprochen. Ebenfalls wird in (Art. 41 Abs. 1) als Anforderung an Professor:innen sowie in (Art. 47 Abs. 1) als Anforderung an Juniorprofessor:innen die Eigenschaft einer pädagogischen Eignung gestellt. Weder wird diese jedoch genauer definiert, noch wird klargestellt, welcher Instanz eine solche Beurteilung obliegt. Da eine solche pädagogische Eignung für die Durchführung von Lehre unabdingbar ist, sollte dies genauer festgehalten sein. An Honorarprofessor:innen wird eine solche Anforderung gar nicht erst gestellt, stattdessen stellt man hier die Anforderung von mehrjähriger Erfahrung in der Lehre (Art. 52 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2). Die Qualität besagter Lehre wird jedoch vollkommen außer Acht gelassen. Für Privatdozent:innen und außerplanmäßige Professor:innen werden in (Art. 53) keinerlei Anforderungen festgelegt. Ebenfalls nicht festgehalten ist die Beurteilung der alternativen Voraussetzung der „zusätzliche[n] künstlerische[n] Leistungen“ in Art. 41 Abs. 3. Satz 2, welche durch die Hochschule geschehen sollte. Um die pädagogische Eignung nicht zu konstituieren, sondern aktiv zu fordern und zu fördern, werden alle Bediensteten, die hauptberuflich Aufgaben in der Lehre wahrnehmen zur Teilnahme an didaktischen Fort- und Weiterbildungen verpflichtet und entsprechend von ihrer Hochschule unterstützt, siehe [BerIHG, § 96 Abs.2].

Eine weitere Diskrepanz ergibt sich aus der Anforderung an Juniorprofessor:innen, welche die „herausragende Qualifikation der Promotion“ aufzuweisen haben (Art. 47 Abs. 1), während bei Professor:innen lediglich die Promotion gefordert wird (Art. 41 Abs. 1). In (Art. 56 Abs. 4) wird die Evaluierung von wissenschaftlichen Mitarbeiter:innen durch Professor:innen festgelegt. Gerade wenn Lehre gehalten wird, sollte allerdings eine

Evaluierung unter Beteiligung der Studierenden, welche letztendlich die Empfänger:innen ebendieser Lehre sind, stattfinden.

Die Verlängerung des Beamtenverhältnisses von Juniorprofessor:innen und Nachwuchsprofessor:innen in Art. 49 Abs. 2 muss um die Bedingungen von Krankheit, sofern diese von längerer Natur ist, sowie im Falle einer Behinderung oder chronischer Erkrankung erweitert werden. Darüber hinaus ist die Übertragung des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes in (Art. 47 Abs. 1) auf Juniorprofessor:innen untragbar, da eine Juniorprofessur mitsamt einer vorangehenden Promotion unter einer zeitlichen Begrenzung von 6 Jahren eine Sache der Unmöglichkeit darstellt.

Für Ernennung zu:r Professor:in darf laut (Art. 44 Abs. 3) das 52. Lebensjahr nicht überschritten werden. Zwar werden Ausnahmefälle berücksichtigt, jedoch ist dies inhärent überholt und unter Berücksichtigung der Möglichkeit eines privatrechtlichen Anstellungsverhältnisses nicht vertretbar.

Die in (Art. 38) formulierte Aufgabe der Hochschule, die Mitarbeiter:innen zu fördern und ihnen Karriereperspektiven aufzuzeigen, darf sich nicht nur auf den in einem befristeten Arbeits- oder Dienstverhältnis stehenden Teil dieser Personengruppe beschränken. Auch unbefristeten Mitarbeiter:innen muss die Möglichkeit zur persönlichen und beruflichen Weiterentwicklung ermöglicht werden.

Im Zusammenhang mit dem Personal an der Hochschule gibt es einen Bereich, der für uns Studierende von zentraler Bedeutung ist: Die Berufung. In dieser wird geklärt, welche Personen eine Professur, Juniorprofessur oder Nachwuchsprofessur erhalten und damit aktiv auf die Bildung der Studierenden hinwirken - sei es durch Lehre, die sie direkt ausführen oder solche, die von ihrem Mitarbeiter:innenstab durchgeführt wird. Die Professor:innen prägen ihre jeweilige Hochschule in Forschung und Lehre und tragen in dieser zentralen Rolle auch eine gewaltige Verantwortung. Bei Auswahlverfahren müssen Studierende also ausreichend beteiligt sein. Nicht nur, weil sie die Lehre aktiv erleben und sich diese auf sie bezieht, sondern auch, weil es ein ganz essenzieller Bereich der Aufgaben von Hochschullehrer:innen ist, den wissenschaftlichen Nachwuchs zu bilden, zu fördern und zu betreuen. Hochschulen sind, wie in 3. bereits dargelegt, ein Ort, der gesellschaftliche Vorbildfunktionen wahrnehmen sollte. Als solcher ist er divers, vielschichtig und weltoffen. Um für Menschen mit Behinderung und chronischen Erkrankungen Zugang zu diesem Bereich gesellschaftlich-öffentlichen Lebens zu erleichtern und ihre Bedürfnisse und Befähigungen auch im Rahmen der Hochschule sichtbar zu machen, ist es notwendig, dass die Beauftragten für Behinderung und chronische Erkrankungen als stimmberechtigte Mitglieder in alle Berufungsverfahren und -kommissionen einzubinden sind, in denen eine:r der Bewerber:innen in ihren Aufgabenbereich fallen. Unabhängig davon müssen Bewerber:innen auf den Posten einer Professur auf ihre pädagogische Eignung auch im Umgang mit Studierenden mit Behinderung und chronischen Erkrankungen hin geprüft und in dieser bestätigt werden. Darüber hinaus ist in allen Fällen der:die Antidiskriminierungsbeauftragte Teil der Kommissionen. Dies bezieht sich auf herkömmliche Berufungen genauso wie auf Leuchtturmberufungen oder Findungsverfahren.

Zu letzteren beiden ebenfalls ein paar Worte: Wissenschaftliche Profile brauchen in vielen Fällen Schärfung. Dies muss natürlich entsprechend geprüft und bestätigt werden (auch in diesem Fall unter Einbezug der beteiligten Beauftragten und Statusgruppen), bietet aber dennoch eine moderne Form der Erweiterung des wissenschaftlichen Profils. Dabei ist generell der Grundsatz zu beachten, dass Stellen bewahrt werden und die Fächervielfalt und ihre Handlungsfähigkeit in Umfang und Tiefe nicht eingeschränkt wird. Vor einer Entscheidung der Hochschulleitung über die Neu- oder Nichtbesetzung einer freigewordenen Stelle sind die akademische Selbstverwaltungseinheit inklusive aller ihrer Statusgruppen im Rahmen ihrer Beteiligung und Betroffenheit einzubeziehen. Einer Entscheidung der Hochschulleitung kann durch eindeutiges Votum aus der akademischen Selbstverwaltungseinheit Widerspruch eingelegt werden. (Art. 50 Abs. 1 S. 1-3). Für eine sinnvolle Ausge-

staltung der Hochschulen nach eigenem Ermessen ist die Aufsicht durch das Ministerium nicht vonnöten - es soll lediglich im Ernstfall einschreiten können. Für einen regen und konstruktiven Austausch im Berufungsprozess leisten die Berichterstatter:innen entsprechend Austausch mit allen beteiligten Statusgruppen und Beauftragten und beziehen deren Äußerungen direkt in ihre Berichterstattung und Stellungnahmen mit ein (Art. 50 Abs. 2). Um ihre Stimmen auch in den Kommissionen für Berufungen entsprechend hörbar zu machen, benötigen Studierende, wie schon häufig angemerkt, mindestens 2 stimmberechtigte Mitglieder, sowie die Möglichkeit, eine Vertretung zu benennen. Selbstverständlich darf von dem beschriebenen Prozedere auch im Falle einer Leuchtturmberufung oder eines Findungsverfahrens nicht abgewichen werden. Die grundlegende Zusammensetzung einer Findungskommission muss somit, genauso wie die einer Berufungskommission, im Gesetz vorgeschrieben werden, da sie eine Möglichkeit bieten, diese komplett zu umgehen (Art. 50 Abs 4). Tatsächlich sollten Leuchtturmberufungen oder Findungsverfahren ohnehin nur im Ausnahmefall und nach reiflicher Überlegung in Betracht gezogen werden. Somit ist schon die Schaffung einer weiteren, solche Ausnahmen betreffenden, Regelung in Form der Findungskommission nicht haltbar. Sie bilden somit nur eine intransparente Möglichkeit, notwendige Mitbestimmung aller Statusgruppen zu umgehen.

Um eine pädagogische Eignung entsprechend moderner Vorstellungen in den Berufungsprozess zu integrieren, empfiehlt sich folgendes Vorgehen: Dem Berufungsvorschlag müssen eine vergleichende und eingehende Würdigung der fachlichen, pädagogischen und persönlichen Eignung der Vorgeschlagenen sowie eine Begründung für die Reihenfolge beigefügt sein. Hierfür sind grundsätzlich zwei Gutachten auswärtiger Professor:innen des betreffenden Berufsgebiets einzuholen, die auch eine vergleichende Einschätzung der vorgeschlagenen Bewerber enthalten sollen. Die Feststellung der pädagogischen Eignung soll sich in Ergänzung der Gutachten auch auf Vorträge der Bewerber an der Hochschule stützen. Vertreter:innen der Studierenden sind insbesondere zur Feststellung der pädagogischen Eignung zu hören; ihre Äußerung ist der Vorschlagsliste beizufügen, siehe z.B. [Thür-HG, § 85].

Art. 37 Abs. 8 stellt eine weitere Ausnahme zur Verbeamtung von Professor:innen und Juniorprofessor:innen dar, welche in der Realität allerdings nicht die Ausnahme darstellt, da im Sinne des öffentlichen Interesses häufig Personen mit ausländischer Staatsangehörigkeit berufen werden. Aus diesem Grund gebietet sich die Aufnahme des öffentlichen Interesses als Gesetzesvermutung, wodurch derartige Berufungsverfahren erleichtert würden.

Bei den verschiedenen Anstellungsverhältnissen an einer Universität ist auf eine angemessene Verteilung, eine faire Bewertung, sowie sichere und statusgruppenübergreifende Evaluierung zu achten. Dazu gehört, dass Personen mit ähnlichen Aufgaben ähnliche Rechte, Pflichten und Möglichkeiten zur Partizipation haben. In Betrachtung des Art. 51 zu "Gemeinsamen Berufungen" kommt der Eindruck auf, dass hier von dem notwendigen Prinzip einer Vergleichbarkeit weit abgewichen wird. So erhalten außeruniversitäre Forscher:innen über eine Beteiligung von mind. aber ausreichenden 2 SWS Lehre die Zugehörigkeit zur Gruppe der Hochschullehrer:innen und damit zur akademischen Selbstverwaltung - Lehrbeauftragte, Privatdozent:innen und Außerplanmäßigen Professor:innen dagegen müssen 10 SWS pro Woche Lehre leisten, um überhaupt partizipieren zu dürfen; und dann auch nur unter den wissenschaftlichen Mitarbeitenden. Diese Ungleichbehandlung erschließt sich nicht. Der Wert der Lehre wird hier radikal heruntergebrochen, seine Bedeutung für das Leben in Hochschulen und der Gesellschaft marginalisiert, seine Wirkung und Wichtigkeit für den wissenschaftlichen Nachwuchs schlicht missachtet.

Ürsprünglich entstanden [die Studierendenwerke] als studentische Selbsthilfeeinrichtungen [...]" [StudWerkNRW]. Damals aus der Not geboren, erfüllen sie bis heute einen wichtigen Beitrag für die Hochschulfamilie. Doch Teil jeder guten Hilfestellung ist auch, Aufgaben und Kompetenzen wieder an die zu helfenden Partei zurück zu geben, wenn dieses bereit dafür ist. Im Abschnitt zur Studierendenschaft ist bereits eine solche, für Auf-

gaben und Verantwortung bereite, starke Studierendenschaft beschrieben. Ausgehend von dieser entfallen vor allem im Bereich des Semestertickets ein paar Aufgaben und werden an die ursprünglichen Adressat:innen - die Studierenden - zurückgegeben (Art. 105 Abs. 3 und 4). Auch in den Bereichen, die weiterhin bei den Studierendenwerken liegen, sind unter den Aspekten der Demokratie und Eigenständigkeit an einigen Stellen Änderungen notwendig, um den Akteur:innen die Möglichkeit zur selbstständigen Verwirklichung dieser hohen Leitbilder zu geben. Zunächst sollte selbstverständlich sein, dass “zur Erfüllung ihrer öffentlichen Aufgaben” (Art. 98. Abs. 5) die Studierendenwerke mit den Studierendenschaften “zusammenwirken”. Insbesondere die Erhebung des Grundbeitrags muss also “in Absprache” und nicht nur “in Anhörung” mit den studentischen Vertreter:innen des beschlussfassenden Organs erfolgen. Auch sollte der Verwaltungsrat (Art. 102 Abs. 1) dazu verpflichtet werden, einen jährlichen Bericht zu verfassen; dieser ist dann der Vertreterversammlung (Art. 101 Abs 1) zu übergeben. Falls erforderlich sollen in diesem auch Sondervoten, insbesondere der Personen nach Art. 102 Abs. 3. Satz 1 Nr. 1, 2 und 5, aufgeführt werden. Wünschenswert wäre ebenfalls die Öffnung der Personen nach Art. 101 Abs. 2. Satz 1 Nr. 2 und Art. 102 Abs. 3 Satz 1 Nr. 1 um die Statusgruppe der wissenschaftlichen Mitarbeiter:innen. Solange die studentische Eigenständigkeit jedoch noch nicht gesetzlich gefestigt ist, ist es zwingend erforderlich, dass die psychosoziale Betreuung (Art. 98 Abs. 1 Satz 1) als Aufgabenstellung der Studierendenwerke aufgenommen wird. Diese bildet bereits jetzt ein in der Praxis viel genutztes Angebot und bedarf dringender Festschreibung, um staatliche Finanzierung zu sichern und die Möglichkeit zu schaffen, erfolgreiche Strukturen noch weiter auszubauen. Abschließend ist noch in aller Deutlichkeit anzumerken, dass Studierendenwerke weiterhin eine der Säulen studentischen Lebens darstellen. Gerade deshalb sind sie unverzichtbar dafür, dass sich die Hochschule zu einem Ort der Nachhaltigkeit entwickeln kann, weswegen sie bei der Erfüllung der Zielvereinbarungen, vor Allem im Bereich der Klimarettung unbedingt einzubinden sind.

Anhang: Gesetz über Hochschule, Forschung und Innovation in Bayern (Bayerisches Hochschulinnovationsgesetz – BayHIG)

Teil 1 Geltungsbereich

Art. 1 Geltungsbereich

- (1) Dieses Gesetz gilt für die Hochschulen des Freistaates Bayern (Hochschulen) und für die nicht staatlichen Hochschulen sowie für die Studierendenwerke.
- (2) ¹Hochschulen sind:
 1. die Universitäten in Augsburg, Bamberg, Bayreuth, Erlangen-Nürnberg, München, Passau, Regensburg und Würzburg sowie die Technischen Universitäten in München und Nürnberg,
 2. die Hochschulen für angewandte Wissenschaften in Amberg-Weiden, Ansbach, Aschaffenburg, Augsburg, Coburg, Deggendorf, Hof, Ingolstadt, Kempten, Landshut, München, Neu-Ulm, Nürnberg, Regensburg, Rosenheim, Weihenstephan-Triesdorf und Würzburg-Schweinfurt und
 3. die Kunsthochschulen, und zwar die Akademien der Bildenden Künste in München und Nürnberg, die Hochschule für Musik und Theater München, die Hochschulen für Musik in Nürnberg und Würzburg und die Hochschule für Fernsehen und Film in München.

²Die Hochschulen führen ihren angestammten Namen, den sie mit Zustimmung des Staatsministeriums für Wissenschaft und Kunst (Staatsministerium) durch Satzung ändern oder dem sie neben ihrem deutschen Erstnamen auch einen fremdsprachigen Zweitnamen beifügen können. ³Der Name hat ihren akademischen Status widerzuspiegeln, muss Verwechslungsgefahr ausschließen und kann einen ihrem Fächerprofil entsprechenden Zusatz enthalten. ⁴Die Hochschulen für angewandte Wissenschaften sind Fachhochschulen im Sinne des § 1 des Hochschulrahmengesetzes.

(3) Nichtstaatliche Hochschulen sind

1. die kirchlichen Hochschulen gemäß Art. 150 Abs. 1 der Verfassung,
2. die Einrichtungen des Bildungswesens, die nach Maßgabe dieses Gesetzes staatlich anerkannt sind.

Teil 2 Rechtsstellung der Hochschulen

Art. 2 Allgemeine Aufgaben

(1) Die Hochschulen nehmen ihre Aufgaben in Freiheit und Eigenverantwortung wahr.

Demokratieförderung in
Aufgaben aufnehmen

(2) ¹Die Hochschulen fördern durch wissenschaftliche Erkenntnisse die nachhaltige Entwicklung von Staat und Gesellschaft, die Innovationskraft und das kreative Potenzial Europas. ²Sie sichern den freien, toleranten Austausch von Gedanken und Wissen. ³Die bayerischen Hochschulen sprechen vielfältige Talente aus aller Welt an und eröffnen ihnen Forschungsfreude, Erfindungsgeist und Schaffenskraft aus der zweckfreien, unbegrenzten Erkenntnissuche.

(3) ¹Die Hochschulen dienen der Pflege und Entwicklung von Wissenschaft und Kunst durch Forschung, künstlerisches Schaffen, Lehre, Studium und Weiterbildung. ²Sie bereiten auf ein berufliches Tätigkeitsfeld vor, die die Beherrschung wissenschaftlicher Methoden und Erkenntnisse wie auch künstlerische Gestaltungskraft erfordern. ³Sie unterstützen den Übergang in das Berufsleben und fördern die Verbindung zu ihren ehemaligen Studierenden.

Hochschulen sind
Bildungs- und keine Aus-
bildungsstätten

(4) ¹Die Hochschulen wirken als offene und dynamische Bildungseinrichtungen in die Gesellschaft hinein. ²Sie betreiben und fördern den Wissens- und Technologietransfer für die soziale, ökologische und ökonomische Entwicklung. ³Durch eine kontinuierliche Wissenschaftskommunikation und künstlerischen Austausch setzen sich die Hochschulen für ein besseres Verständnis von Wissenschaft und Kunst ein, befähigen im öffentlichen Diskurs zur Einbringung wissenschaftlich geprüfter Fakten und zur Aufdeckung manipulativer Fehlinformationen. ⁴Sie nutzen und unterstützen den Fortschritt durch Digitalisierung in allen Bereichen.

Kein Bekenntnis zu
"open science"

(5) ¹Die Hochschulen sorgen für eine chancengerechte Talententfaltung ihrer Mitglieder unabhängig vom Geschlecht sowie der sozialen und kulturellen Herkunft. ²Besonderen Begabungen bieten sie spezielle Entwicklungsmöglichkeiten. ³Sie fördern den wissenschaftlichen und

Allgemeine Aufgaben
unzureichend

künstlerischen Nachwuchs und beraten bei der Karriereplanung. ⁴Nachteile von Mitgliedern mit Behinderung oder chronischer Erkrankung gleichen sie bestmöglich aus.

- (6) ¹Die Hochschulen wirken an der sozialen Förderung der Studierenden mit. ²Sie schaffen für alle Mitglieder diskriminierungsfreie und familienfreundliche Rahmenbedingungen und unterstützen die Einrichtung von Kinderbetreuungsstätten.
- (7) ¹Die Hochschulen betreiben internationale Zusammenarbeit, insbesondere auf europäischer Ebene. ²Sie unterstützen die Mobilität der Studierenden in fachlicher und organisatorischer Hinsicht. ³Die Hochschulen fördern die Mehrsprachenkompetenz der Studierenden und vermitteln fremdsprachigen Studierenden Grundkenntnisse der deutschen Sprache.
- (8) ¹Die Hochschulen sind dem Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen, dem Klimaschutz und der Bildung für nachhaltige Entwicklung verpflichtet. ²Sie halten ethische Grundsätze bei der Forschung ein.

Tierwohl in Aufgaben aufnehmen

Antidiskriminierung in Aufgaben aufnehmen

Fehlende Vorgaben wie diese Ziele erreicht werden sollen

Keine Spezifikation an welche Ethischen Maßstäbe man sich halten soll

Art. 3 Aufgaben im gegliederten Hochschulsystem

- (1) ¹Den Universitäten obliegt die Weiterentwicklung der Wissenschaften durch Grundlagenforschung und Innovationen durch anwendungsbezogene Forschung sowie die Vermittlung einer wissenschaftlich basierten, zukunftsgerichteten Lehre nach höchsten internationalen Maßstäben. ²Ziel der Ausbildung ist die Befähigung zur selbstständigen Entwicklung und Anwendung von wissenschaftlichen Methoden und Erkenntnissen in Wissenschaft und beruflicher Praxis.
- (2) ¹Die Kunsthochschulen dienen der Pflege der Künste, der Vermittlung und Weiterentwicklung künstlerischer Formen und Inhalte sowie der künstlerischen und wissenschaftlichen Forschung. ²Sie vermitteln eine künstlerische und wissenschaftliche Ausbildung und fördern künstlerische Talente.
- (3) ¹Die Hochschulen für angewandte Wissenschaften vermitteln durch anwendungsbezogene Lehre eine Qualifizierung, die zur selbstständigen Anwendung und Weiterentwicklung wissenschaftlicher Methoden und künstlerischer Tätigkeiten in der Berufspraxis befähigt. ²Sie betreiben anwendungsbezogene Forschung und Entwicklung. ³Die Hochschulen für angewandte Wissenschaften beteiligen sich im Rahmen kooperativer Promotionen an der Entwicklung des wissenschaftlichen Nachwuchses.

“Höchste internationale Maßstäbe” in vielen Fächern nicht erreichbar (z.B. Germanistik)

Art. 4 Rechtsstellung

- (1) Die Hochschulen sind vom Freistaat getragene rechtsfähige Körperschaften des öffentlichen Rechts mit dem Recht der Selbstverwaltung im Rahmen der Gesetze.
- (2) Hochschulen ohne Globalhaushalt sind zugleich staatliche Einrichtungen.

Verlust Eigenschaft “Staatliche Einrichtung”

- (3) Eine Hochschule kann durch Gesetz auch als Stiftung oder in anderer Rechtsform errichtet oder in eine andere Rechtsform umgewandelt werden.
- (4) ¹Die Hochschule nimmt, soweit nichts anderes bestimmt ist, alle Angelegenheiten als eigene Körperschaftsangelegenheiten wahr. ²Auftragsangelegenheiten der Hochschule sind
1. die Bewirtschaftung der Mittel im Rahmen des staatlichen Haushalts, insbesondere die Verwendung und Bewirtschaftung der der Hochschule zugewiesenen Landesmittel,
 2. die Nutzung und Bewirtschaftung der staatlichen Liegenschaften und beweglichen Vermögensgegenstände,
 3. der Hochschulzugang, die Immatrikulation und Exmatrikulation, die Ermittlung der Ausbildungskapazität, die Festsetzung von Zulassungszahlen und die Vergabe von Studienplätzen,
 4. die Beteiligung an oder die Durchführung von staatlichen Prüfungen,
 5. weitere durch Gesetz oder aufgrund eines Gesetzes bestimmte Angelegenheiten.
- (5) Für Verbindlichkeiten der Hochschule haftet neben dieser auch der Freistaat unbeschränkt, wenn und soweit die Befriedigung aus dem Vermögen der Hochschule nicht erlangt werden konnte (Gewährträgerschaft).
- (6) Bei Auflösung der Hochschule fällt deren Vermögen an den Freistaat Bayern.
- (7) ¹Die Hochschulen führen ihre geschichtlichen Wappen. ²Die Einführung neuer Wappen und die Änderung geschichtlicher Wappen können nur im Einvernehmen mit dem Staatsministerium erfolgen. ³Die Vorschriften über die Führung des Staatswappens bleiben unberührt.

Art. 5

Koordinierung und Projektträgerschaft für staatliche Fördermaßnahmen

¹Die Hochschulen übernehmen bei Bedarf unter Berücksichtigung ihrer jeweiligen Leistungsfähigkeit die Koordinierung oder die Projektträgerschaft für staatliche Fördermaßnahmen im Bereich der in diesem Gesetz genannten Aufgaben. ²Die hierfür anfallenden Sach- und Personalkosten erstattet das für die Fördermaßnahme zuständige Staatsministerium auf Antrag.

Art. 6

Zusammenwirken von Hochschulen

- (1) ¹Zur Erfüllung ihrer öffentlichen Aufgaben wirken die Hochschulen untereinander, mit Hochschulen anderer Länder und anderer Staaten, mit dem Bund, den Ländern und anderen Körperschaften des öffentlichen Rechts, mit den Seminaren für Ausbildung und Fortbildung der Lehrkräfte, staatlichen und staatlich geförderten Forschungs- und Bildungseinrichtungen sowie mit Einrichtungen der Forschungsförderung zusammen. ²Die Hochschulen stellen das Zusammenwirken untereinander zur Erfüllung ihrer durch gemeinsame spezifische öffentliche Interessen bestimmten Aufgaben eigenverantwortlich sicher.

- (2) ¹Zur gegenseitigen Abstimmung von Forschungsvorhaben und Forschungsschwerpunkten und zur Planung und Durchführung gemeinsamer Forschungsvorhaben wirken die Hochschulen untereinander, mit an deren Forschungseinrichtungen und mit Einrichtungen der überregionalen Forschungsplanung und Forschungsförderung zusammen. ²Dazu werden Forschungsvorhaben und Forschungsschwerpunkte von den Hochschulen in der sachlich gebotenen Weise koordiniert. ³Dies gilt auch für künstlerische Entwicklungsvorhaben sowie für anwendungsbezogene Forschungs- und Entwicklungsvorhaben an Hochschulen für angewandte Wissenschaften und in Fachhochschulstudiengängen an anderen Hochschulen entsprechend.
- (3) ¹Das Zusammenwirken erfolgt in der Regel durch Vereinbarungen der Hochschulen nach Abs. 8. ²Durch Vereinbarung kann geregelt werden, dass eine der beteiligten Hochschulen bestimmte Aufgaben für die beteiligten Hochschulen erfüllt, insbesondere den übrigen beteiligten Hochschulen und deren Mitgliedern die Mitbenutzung ihrer Einrichtungen gestattet. ³Führen Hochschulen einen Studiengang, mehrere Studiengänge oder sonstige Studienangebote gemeinsam durch, wird in der Vereinbarung festgelegt, welche der beteiligten Hochschulen die erforderliche Satzung mit Wirkung für und gegen alle beteiligten Hochschulen erlässt.
- (4) Für das Zusammenwirken der Hochschulen mit Hochschulen anderer Länder und mit anderen staatlichen und staatlich geförderten Forschungs- und Bildungseinrichtungen gilt Abs. 3 entsprechend.
- (5) Die Bibliotheken der Hochschulen arbeiten in einem kooperativen Leistungsverbund mit der Bayerischen Staatsbibliothek, die Rechenzentren der Hochschulen mit dem Leibniz-Rechenzentrum der Bayerischen Akademie der Wissenschaften zusammen.
- (6) Die Hochschulen sind bei der Erfüllung der den Studierendenwerken zugewiesenen öffentlichen Aufgaben (Art. 98 Abs. 1) zum Zusammenwirken mit diesen verpflichtet.
- (7) ¹Die akademische Selbstverwaltungseinheit für Medizin erfüllt ihre Aufgaben in einem engen und vertrauensvollen Zusammenwirken mit dem Universitätsklinikum. ²Sie trifft Entscheidungen, die sich auf die Aufgaben des Universitätsklinikums auswirken, im Benehmen mit diesem, soweit nach diesem Gesetz oder nach dem Bayerischen Universitätsklinikagesetz nicht das Einvernehmen erforderlich ist.
- (8) ¹Die Einzelheiten des Zusammenwirkens regeln die in den Abs. 1 bis 7 genannten Beteiligten durch öffentlich-rechtliche Verträge. ²Diese werden unbefristet oder für mindestens fünf Jahre geschlossen, es sei denn, dies ist nach der Art des Zusammenwirkens unüblich.

Einer Konzentration kleiner Fächer auf wenige Hochschulen muss vorgebeugt werden

Art. 7

Qualitätssicherung, Verordnungsermächtigung

- (1) ¹Die Hochschule lässt die Arbeit der Hochschulen in Forschung und Lehre, bei der Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses sowie der Erfüllung des Gleichstellungsauftrags regelmäßig bewerten. ²Die Ergebnisse der Bewertungen werden in nicht personenbezogener Form veröffentlicht. ³Für die Organisation und Tätigkeit der Verwaltung gelten die Sätze 1 und 2 entsprechend.

- (2) ¹Die Hochschule entwickelt ein System zur Sicherung der Qualität ihrer Arbeit und lässt hierzu in angemessenen zeitlichen Abständen auch externe Evaluationen durchführen. ²Die Hochschulen und externen Evaluierungseinrichtungen nach Satz 1 nehmen zur Erfüllung dieser Aufgabe die notwendigen Erhebungen und weiteren Datenverarbeitungen vor. ³Die betroffenen Mitglieder der Hochschule wirken insoweit mit, auch durch die Angabe personenbezogener Daten. ⁴Eine Verwendung der gewonnenen Daten und ausgewerteten Ergebnisse zu anderen Zwecken erfolgt nicht.
- (3) ¹Im Rahmen der Bewertung der Lehre können die Studierenden als Teilnehmerinnen und Teilnehmer von Lehrveranstaltungen anonym über Ablauf sowie Art und Weise der Darbietung des Lehrstoffs befragt und die gewonnenen Daten verarbeitet werden. ²Eine Auskunftspflicht besteht nicht. ³Die personenbezogenen Daten werden nur dem jeweiligen Organ der akademischen Selbstverwaltungseinheit, den Studierenden der akademischen Selbstverwaltungseinheit und der Hochschulleitung bekannt gegeben und für die Bewertung der Lehre verwendet. ⁴Die wesentlichen Ergebnisse der studentischen Befragungen werden den Mitgliedern der Hochschule, gegebenenfalls unter Hinzufügung der Stellungnahme nach Satz 5, zugänglich gemacht. ⁵Den betroffenen Lehrpersonen wird in den Fällen der Sätze 3 und 4 Gelegenheit zur Stellungnahme zu den Bewertungsergebnissen gegeben.
- (4) ¹Im Bereich von Studium und Lehre, insbesondere der Bachelor- und Masterstudiengänge, soll als eine der Maßnahmen der Qualitätssicherung eine Akkreditierung gemäß Studienakkreditierungsstaatsvertrag erfolgen. ²Rechtsverordnungen nach Art. 4 Abs. 1 bis 5 und Art. 16 Abs. 2 des Studienakkreditierungsstaatsvertrags erlässt das Staatsministerium.

Einbezug der Studierenden bei Lehrevaluationen ist nicht optional

Demokratieförderung als Element der Qualitätssicherung

Art. 8 Strategische Hochschulsteuerung

- (1) ¹Zur strategischen Steuerung und Weiterentwicklung des Hochschulwesens werden zwischen Staat und Hochschulen in Rahmenvereinbarungen auf der Grundlage staatlicher Zielsetzungen und der in Art. 2 und 3 festgelegten Aufgaben der Hochschulen ein angemessenes Angebot an Hochschulleistungen und hoch schulübergreifende Schwerpunkte abgestimmt. ²Die in der Regel über mehrere Jahre geltenden Rahmenvereinbarungen enthalten nach Maßgabe des Staatshaushalts und der in Satz 1 festgelegten Leistungen und Schwerpunkte der Hochschulen Aussagen zur mittelfristigen Ressourcenausstattung und dienen der Herstellung von Planungssicherheit für die Hochschulen. ³Das Staatsministerium berichtet dem Landtag über die strategische Hochschulsteuerung.
- (2) ¹Das Staatsministerium schließt auf Grundlage der Festlegungen nach Abs. 1 mit den einzelnen Hochschulen nach Maßgabe des Staatshaushalts in der Regel über mehrere Jahre geltende Hochschulverträge, die unter Wahrung größtmöglicher Eigenverantwortung der Hochschulen die hochschulspezifischen Schwerpunkte, Aufgaben und Leistungen nach Abs. 1 sowie insbesondere die Profilbildung und die strategischen Entwicklungsziele der einzelnen Hochschule sowie konkrete Leistungsziele der Hochschule und deren erfolgsabhängige Dotierung umfassen. ²Diese Hochschulverträge werden periodisch weiterentwickelt.
- (3) ¹Das Staatsministerium kann für Zwecke der strategischen Hochschulsteuerung, des Controllings, der Evaluierung und der Statistik anonymisierte Daten bei den Hochschulen anfordern. ²Daten mit Hochschulbezug, die Hochschulen an andere Einrichtungen übermitteln,

Demokratieförderung in Aufgaben aufnehmen

Den Verträgen muss ein fester zeitlicher Rahmen gegeben werden

stellen die Hochschulen nach Maßgabe des Datenschutzes auf Anforderung dem Staatsministerium zur Verfügung.

Art. 9 Satzungsrecht

¹Die Hochschule regelt ihre Angelegenheiten durch Satzung. ²Die Satzungen sind amtlich bekannt zu machen, für jedermann einsehbar zu halten und müssen den Tag ihres Inkrafttretens bestimmen. ³Das Nähere regelt die Hochschule durch Satzung.

Art. 10 Aufsicht

- (1) ¹Die Hochschulen unterstehen in Auftragsangelegenheiten gemäß Art. 4 Abs. 4 Satz 2 und in Angelegenheiten gemäß Art. 37 Abs. 1 der Fachaufsicht. ²Sie unterstehen zudem in allen Angelegenheiten der Rechtsaufsicht des Staatsministeriums.
- (2) Das Staatsministerium soll die Hochschulen bei der Erfüllung ihrer Aufgaben verständnisvoll beraten, fördern und schützen sowie die Entschlusskraft und die Selbstverantwortung der Hochschulorgane stärken.
- (3) ¹Das Staatsministerium ist befugt, sich über alle Angelegenheiten der Hochschulen zu unterrichten. ²Es kann insbesondere die Hochschule und deren Einrichtungen besichtigen, die Geschäfts- und Kassenführung prüfen sowie Berichte und Akten einfordern. ³Darüber hinaus kann es für Zwecke der Personal- und Stellenwirtschaft, der Personalplanung und -steuerung, für statistische Zwecke, für Personaleinzelfallentscheidungen, soweit das Staatsministerium für letztere zuständig ist, sowie zur Erfüllung des Informationsanspruchs des Bayerischen Landtags und seiner Abgeordneten im Rahmen der parlamentarischen Kontrollrechte personenbezogene Daten verarbeiten, insbesondere anlassbezogen abrufen.
- (4) ¹Das Staatsministerium kann rechtswidrige Beschlüsse, Verfügungen und Satzungen der Hochschule beanstanden und ihre Aufhebung oder Änderung verlangen. ²Bei Nichterfüllung öffentlich-rechtlicher Aufgaben oder Verpflichtungen kann es die Hochschule zur Durchführung der notwendigen Maßnahmen auffordern. ³Kommt die Hochschule binnen einer ihr gesetzten Frist den Anordnungen des Staatsministeriums nicht nach oder erfüllt sie sonst binnen einer vom Staatsministerium gesetzten Frist die ihr nach Gesetz oder Satzung obliegenden Pflichten nicht, so kann das Staatsministerium die notwendigen Maßnahmen an Stelle der Hochschule verfügen und vollziehen. ⁴Die Kosten trägt die Hochschule.
- (5) ¹Ist der geordnete Gang der Verwaltung, die Funktionsfähigkeit der Hochschule oder einer ihrer Untergliederungen oder Einrichtungen ernstlich behindert, so kann das Staatsministerium die Präsidentin oder den Präsidenten ermächtigen, bis zur Behebung des gesetzwidrigen Zustands für die Hochschule zu handeln. ²Weigert sich die Präsidentin oder der Präsident oder ist sie oder er aus tatsächlichen oder rechtlichen Gründen verhindert, die Aufgaben nach Satz 1 wahrzunehmen, so kann das Staatsministerium eine Beauftragte oder einen Beauftragten bestellen, die oder der die Aufgaben nach Satz 1 in erforderlichem

Datenweitergabe

Eigentlich Landtagsaufgabe

Unangebrachtes Weisungsrecht

Umfang wahrnimmt. ³Ist die Ordnung und Sicherheit an einer Hochschule in solchem Maße gestört, dass sie nicht mehr zur Erfüllung ihrer Aufgaben in der Lage ist, kann das Staatsministerium eine Hochschule ganz oder teilweise vorübergehend schließen.

- (6) Im Rahmen der Fachaufsicht kann das Staatsministerium für die Behandlung von Auftragsangelegenheiten Weisungen erteilen.

Teil 3 Finanzen und Vermögen

Art. 11 Finanzierung, Verordnungsermächtigung

- (1) ¹Der Freistaat Bayern stellt den Hochschulen zur Durchführung ihrer Aufgaben

1. nach Maßgabe des Staatshaushalts
 - a) Stellen und
 - b) im Rahmen eines Haushalts mit verdichteter Titelstruktur Mittel sowie
2. staatliche Liegenschaften und bewegliche Vermögensgegenstände zur unentgeltlichen Nutzung

zur Verfügung. ²Der Freistaat kann im Rahmen des staatlichen Immobilienmanagements weitere Grundstücke erwerben und den Hochschulen zur unentgeltlichen Nutzung überlassen. ³Die Zuweisung der Stellen und Mittel orientiert sich an dem zur Erfüllung der Aufgaben nach den Art. 2 und 3 erforderlichen Bedarf und an den in Forschung und Lehre sowie bei der Förderung des wissenschaftlichen und künstlerischen Nachwuchses erbrachten Leistungen. ⁴Dabei sind auch Fortschritte bei der Erfüllung des Gleichstellungsauftrages zu berücksichtigen. ⁵Die Hochschulen nehmen an den regulären Tarifsteigerungen im stellengebundenen Personalbereich wie Staatsbehörden teil. ⁶Am Ende des Haushaltsjahrs nicht verbrauchte Mittel, ausgenommen die Mittel für gemeinsam bewirtschaftete Personalausgaben für das an den Stellenplan gebundene Personal und für Große Baumaßnahmen, stehen der Hochschule zur Erfüllung ihrer Aufgaben grundsätzlich überjährig zur Verfügung, bei verschlechterter Haushaltssituation kann die Staatsregierung mit Zustimmung des Landtags am Ende des Haushaltsjahres nicht verbrauchte Mittel einziehen.

Aus Freien Mitteln finanziertes Personal nicht berücksichtigt

Eigentlich reine Landtagsaufgabe

- (2) ¹Die Hochschulen tragen zur Finanzierung ihrer Aufgaben

1. durch Einwerbung von Mitteln Dritter und durch sonstige Einnahmen sowie
 - [2.] mit ihrem Körperschaftsvermögen und durch unentgeltliche Bereitstellung körperschaftseigener Liegenschaften

bei. ²Von der Hochschule erzielte Einnahmen stehen dieser zur Verwendung für Hochschulzwecke zur Verfügung.

(3) ¹Die Hochschule bewirtschaftet die Stellen und Mittel im Rahmen des Staatshaushalts auf der Grundlage der für die Haushalts- und Wirtschaftsführung geltenden staatlichen Vorschriften, soweit nichts anderes bestimmt ist; die Regelungen über das Körperschaftsvermögen bleiben unberührt. ²Für die Veranschlagung von Planstellen und anderen Stellen im staatlichen Haushaltsplan gilt Art. 17 der Bayerischen Haushaltsordnung (BayHO); sind die Hochschulen bei den anderen Stellen bei der Bewirtschaftung der Personalausgaben nicht an die Stellenpläne gebunden, soll ein pauschaler mengenmäßiger Ausweis dieser Stellen erfolgen. ³Die Aufnahme von Krediten zur Deckung der Ausgaben sowie die Übernahme von Bürgschaften oder Garantien sind ausgeschlossen. ⁴Bei ihrer Wirtschaftsführung berücksichtigt die Hochschule die Grundsätze der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit. ⁵Zum Nachweis der wirtschaftlichen Verwendung der Stellen und Mittel setzt die Hochschule ein ganzheitliches Controlling ein, das die Kosten- und Leistungsrechnung, eine Kennzahlsteuerung und ein Berichtswesen umfasst.

(4) ¹Auf Antrag der Hochschule lässt das Staatsministerium die Einführung eines Globalhaushalts zu, in dessen Rahmen der Freistaat der Hochschule abweichend von Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 Buchst. b insbesondere Mittel im Rahmen einer Globalzuweisung

1. für den laufenden Betrieb und
2. für Investitionen

zur Verfügung stellt. ²Ausgenommen sind die Mittel für gemeinsam bewirtschaftete Personalausgaben für das an den Stellenplan gebundene Personal sowie Mittel für Große Baumaßnahmen, die weiterhin im Rahmen des Staatshaushalts bewirtschaftet werden. ³Für die Personalausgaben kann durch die Rechtsverordnung nach Abs. 5 eine abweichende Regelung getroffen werden. ⁴Der Hochschule kann durch das Staatsministerium im Einvernehmen mit dem Staatsministerium der Finanzen und für Heimat in bestimmtem Umfang und nach Maßgabe des Staatshaushalts die Beschäftigung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern mit unbefristeten Arbeitsverträgen zu Lasten von Mitteln Dritter gestattet werden; die Hochschule hat bei Wegfall der Mittel die Anschlussfinanzierung sicherzustellen. ⁵Für die Bewirtschaftung der Mittel nach Satz 1 im Rahmen des Globalhaushalts der Hochschule gilt Art. 105 BayHO mit folgenden Maßgaben:

1. das Rechnungswesen der Hochschule
 - a) wird grundsätzlich kameral gestaltet (Art. 110 Satz 1 BayHO);
 - b) kann auf Antrag der Hochschule bei Erfüllung der entsprechenden Voraussetzungen mit Zustimmung des Staatsministeriums, soweit gesetzlich zulässig, ausschließlich nach den Grundsätzen der kaufmännischen Buchführung (Art. 110 Satz 2 BayHO) gestaltet werden;
2. die Hochschule gewährleistet
 - a) mit ihrem Rechnungswesen, dass
 - aa) die Finanz-, Ertrags- und Vermögenslage einschließlich des Eigenvermögens der Hochschule sowie
 - bb) das vom Freistaat der Hochschule zur Nutzung überlassene Vermögen einheitlich und vollständig abgebildet werden,
 - b) stellt durch geeignete Informations- und Steuerungsinstrumente insbesondere sicher, dass das jeweils verfügbare Ausgabevolumen nicht überschritten wird und auch über das Haushalts- oder Wirtschaftsjahr hinausgehende Verpflichtungen,

Bürgschaften und Garantien nur insoweit eingegangen werden, als im vom Haushaltsgesetzgeber beschlossenen Staatshaushalt jeweils entsprechende Verpflichtungsermächtigungen oder haushaltsgesetzliche Ermächtigungen hierfür aus drücklich vorgesehen sind,

- c) gibt mit ihrer Rechnungslegung neben der finanziellen Leistungsfähigkeit auch Auskunft über die Leistungserbringung und die Leistungsfähigkeit der Hochschule insbesondere in Forschung und Lehre; Hochschulen, die den Grundsätzen der kaufmännischen Buchführung folgen, erstellen nach Ablauf des Haushaltsjahrs einen Jahresabschluss und Lagebericht, der in entsprechender Anwendung der für große Kapitalgesellschaften geltenden Vorschriften des Dritten Buchs des Handelsgesetzbuchs aufgestellt und von einem Abschlussprüfer geprüft wird; die Prüfung erfolgt dabei auch entsprechend den für die Beteiligung der öffentlichen Hand geltenden besonderen Prüfungsbestimmungen des § 53 des Haushaltsgrundsätzegesetzes.

Gesteigerter Verwaltungsaufwand

⁶Die Hochschule führt ihren Globalhaushalt auf der Grundlage des vor Beginn des Wirtschaftsjahrs aufzustellen den Wirtschaftsplans.

(5) Das Nähere zum Finanz- und Rechnungswesen, insbesondere

1. zur haushaltsrechtlichen Behandlung der staatlichen Zuweisungen und Zuschüsse und des Hochschulvermögens,
2. für den Fall der drohenden oder eingetretenen Zahlungsunfähigkeit, und
3. zum Antrag auf Einführung eines Globalhaushalts

regelt das Staatsministerium durch Rechtsverordnung im Einvernehmen mit dem Staatsministerium der Finanzen und für Heimat sowie auf deren Grundlage erlassene Verwaltungsvorschriften zur Wirtschaftsführung und zum Rechnungswesen, zum Nachweis der sachgerechten Verwendung der Mittel sowie zum Jahresabschluss.

Streichung von Artikel 5a BayHSchG (2006)

Art. 12 Drittmittel

- (1) ¹Mittel Dritter im Sinne von Art. 11 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 sind alle geldwerten Vorteile wie Geld-, Sach- oder sonstige Leistungen, die die Hochschule oder das Klinikum zusätzlich zur staatlichen Finanzierung zur Erfüllung der Aufgaben nach den Art. 2 und 3 von öffentlichen und privaten Stellen erhält. ²Die Mittel werden für den von der Zuwendungsgeberin oder dem Zuwendungsgeber bestimmten Zweck verwendet und nach dessen Bedingungen und Auflagen bewirtschaftet, wenn nicht gesetzliche Bestimmungen entgegenstehen. ³Verpflichtungen zu Lasten von Mitteln Dritter dürfen nur im Rahmen rechtsverbindlicher Finanzierungszusagen eingegangen werden. ⁴Soweit der Hochschule oder dem Klinikum finanzielle Erträge aus mit Mitteln Dritter finanzierten Vorhaben, insbesondere aus Entgelten für die Inanspruchnahme von Personal, Sachmitteln und Einrichtungen, zufließen, stehen sie der Hochschule, im Bereich des Klinikums diesem zusätzlich für die Erfüllung der jeweiligen Aufgaben zur Verfügung.
- (2) ¹Hochschulmitglieder, bei denen Forschung und Lehre Inhalt ihres Hauptamts ist, dürfen im Rahmen ihrer dienstlichen Aufgaben Forschungs- und Lehrvorhaben, die ganz oder teilweise aus Mitteln Dritter finanziert werden, in der Hochschule oder, soweit sie in der Krankenversorgung tätig sind, im Klinikum durchführen, wenn

1. keine Beeinträchtigung
 - a) der Erfüllung anderer Aufgaben der Hochschule oder des Klinikums oder
 - b) der Rechte oder der Erfüllung der Pflichten anderer Personen zu besorgen ist und
2. soweit entstehende Folgekosten angemessen berücksichtigt sind.

²Das Forschungs- oder Lehrvorhaben ist vor seiner Durchführung der Hochschulleitung, im Bereich des Klinikums dem Klinikumsvorstand und der Leitung der für Medizin zuständigen akademischen Selbstverwaltungseinheit anzuzeigen. ³Die Inanspruchnahme von Personal, Sachmitteln und Einrichtungen der Hochschule oder des Klinikums für ein Forschungs- oder Lehrvorhaben darf von der Hochschulleitung oder vom Klinikumsvorstand nur unter sagt oder durch Auflagen beschränkt werden, wenn die Voraussetzungen des Satzes 1 nicht vorliegen.

- (3) ¹Die Mittel für Forschungs- und Lehrvorhaben, die nach Abs. 2 Satz 2 anzuzeigen sind und in der Hochschule oder im Klinikum durchgeführt werden, sollen von der Hochschule, im Bereich des Klinikums von diesem verwaltet werden. ²Auf Antrag des Hochschulmitglieds, das das Vorhaben durchführt, soll von der Verwaltung der Mittel durch die Hochschule oder das Klinikum abgesehen werden, sofern dies mit den Bedingungen und Auflagen des Zuwendungsgebers vereinbar ist.
- (4) ¹Hauptberufliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die aus von der Hochschule oder vom Klinikum verwalteten Mitteln bezahlt werden, sollen als staatliches Personal der Hochschule oder als Personal des Klinikums angestellt werden, wenn nicht die Zuwendungsgeberin oder der Zuwendungsgeber etwas Abweichendes bestimmt. ²Die Einstellung setzt voraus, dass die Mitarbeiterin oder der Mitarbeiter von dem Hochschulmitglied, das das Vorhaben durchführt, vorgeschlagen wurde. ³Sofern es mit den Bedingungen und Auflagen der Zuwendungsgeberin oder des Zuwendungsgebers vereinbar ist, kann das Hochschulmitglied in begründeten Fällen die Arbeitsverträge mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern selbst als Arbeitgeberin oder Arbeitgeber abschließen.
- (5) ¹Die Öffentlichkeit soll in der Regel in absehbarer Zeit über Forschungsergebnisse informiert werden. ²Sofern die Bedingungen und Auflagen der Zuwendungsgeberin oder des Zuwendungsgebers hierzu keine Aussage treffen, ist ihr oder ihm vorher Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben. ³Eine Information findet nicht statt, soweit durch die Übermittlung der Information ein Betriebs- oder Geschäftsgeheimnis offenbart und dadurch die Gefahr des Eintritts eines wirtschaftlichen Schadens entstehen würde.
- (6) Die Abs. 2 bis 5 gelten für künstlerische Entwicklungsvorhaben, für anwendungsbezogene Forschungs- und Entwicklungsvorhaben sowie für andere aus Mitteln Dritter finanzierte Vorhaben entsprechend.

Einschränkung der Publikationsfreiheit auf bloßen Verdacht

Art. 13 Kosten

- (1) ¹Das Studium bis zum ersten berufsqualifizierenden Abschluss und das Studium in einem konsekutiven Studiengang, der zu einem weiteren berufsqualifizierenden Abschluss führt, ist grundsätzlich abgabenfrei. ²Dies gilt auch für die Immatrikulation zum Zweck einer Promotion. ³Abweichend von Satz 1 und 2 bestimmt sich die Erhebung von Kosten nach den folgenden Absätzen. ⁴Im Übrigen gilt das Kostengesetz entsprechend.

(2) ¹Die Hochschulen erheben Gebühren für die Teilnahme von Studierenden und nach Art. 71 Abs. 3 Satz 1 immatrikulierten Personen an Angeboten der Weiterbildung nach Art. 64 Abs. 1 und 2. ²Abweichend hiervon gilt für Angebote nach Art. 64 Abs. 2, die sich an Personen mit einer laufenden Berufsausbildung richten, Abs. 3 Satz 1 Nr. 1 entsprechend. ³Von Teilnehmerinnen und Teilnehmern an Angeboten der Weiterbildung nach Art. 64 Abs. 1 und 2, die weder Studierende noch nach Art. 71 Abs. 3 Satz 1 immatrikulierte Personen sind, wird ein privatrechtliches Entgelt erhoben. ⁴Von Studierenden, die überwiegend an Studienangeboten an einem ausländischen Standort außerhalb der Europäischen Union teilnehmen, wird ein privatrechtliches Entgelt für die an diesem Standort entstehenden Kosten erhoben. ⁵Keine Gebühren werden erhoben für

1. nachträgliche Erweiterungen des Studiums im Sinne von Art. 14 bis 19 des Bayerischen Lehrerbildungsgesetzes (BayLBG) nach Bestehen der Ersten Lehramtsprüfung (Art. 6 Abs. 1 Satz 1 BayLBG),
2. Studienangebote für Absolventinnen und Absolventen der Hochschulen zur Sicherung des Lehrerinnen und Lehrernachwuchses im Zusammenhang mit einer Maßnahme nach Art. 22 BayLBG.

⁶Besteht an der Durchführung von Angeboten der Weiterbildung nach Art. 64 Abs. 1 und 2 ein besonderes öffentliches, insbesondere bildungspolitisches Interesse, kann die Hochschule die zu erhebenden Gebühren entsprechend ermäßigen oder von einer Gebührenerhebung absehen.

(3) ¹Die Hochschulen können Gebühren erheben für

Abgabefreies Studium

1. das Studium in einem berufs- oder ausbildungsbegleitenden Studiengang entsprechend dem erhöhten Aufwand für diese Formate; der erhöhte Aufwand besteht aus den zusätzlichen, für die Konzeption und Durchführung solcher Veranstaltungen entstehenden Personal- und Sachkosten,
2. die besonderen Aufwendungen bei der Auswahl und der sozialen Betreuung ausländischer Studienbewerberinnen und Studienbewerber sowie ausländischer Studierender; dies gilt nicht für Staatsangehörige eines anderen Mitgliedstaates der Europäischen Union oder eines anderen Vertragsstaates des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum sowie andere Staatsangehörige, die auf Grund völkerrechtlicher Abkommen Deutschen gleichgestellt sind,
3. die Eignungsprüfungen in Studiengängen nach Art. 73 Abs. 2 Satz 1,
4. den Besuch von anderen als die in Abs. 2 genannten Lehrveranstaltungen von nach Art. 71 Abs. 3 Satz 1 immatrikulierten Personen,
5. die Nutzung einer Hochschuleinrichtung außerhalb des Studiums und der Hochschulprüfungen.

Studiengebühren für Nicht-EU-Ausländer

Abgaben für Eignungsprüfungen

²Keine Gebühren werden erhoben für

1. nach Art. 71 Abs. 3 Satz 1 immatrikulierte Personen, sofern die Immatrikulation nach Art. 71 Abs. 3 Satz 1 an einer weiteren Hochschule neben der Immatrikulation als Studierende oder Studierender für einen grundständigen oder postgradualen Studiengang erforderlich ist, um dieses Studium nach Maßgabe der einschlägigen Prüfungsordnung ordnungsgemäß durchzuführen und abzuschließen,

2. nach Art. 71 Abs. 3 Satz 1 immatrikulierte ausländische Personen, die im Rahmen eines auch im Hinblick auf die Gebührenfreiheit des Studiums auf Gegenseitigkeit beruhenden Studierendenaustausches innerhalb der Europäischen Union oder eines anderen Vertragsstaates des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum oder von Hochschulkooperationsvereinbarungen immatrikuliert sind,
 3. Schülerinnen und Schüler, die an Hochschulen aufgrund von Art. 63 Abs. 7 Satz 1 berechtigt sind, an Lehrveranstaltungen teilzunehmen,
 4. Studierende im Rahmen eines Jungstudiums an den Kunsthochschulen nach Art. 63 Abs. 7 Satz 2.
- (4) ¹Für Hochschulprüfungen und staatliche Prüfungen werden Gebühren und Auslagen nicht erhoben, soweit durch Gesetz oder Verordnung nichts anderes bestimmt ist. ²Die Hochschulen sind nicht verpflichtet, alle nach Studien- und Prüfungsordnungen erforderlichen sachlichen Ausbildungsmittel unentgeltlich zur Verfügung zu stellen. ³Für Exkursionen gilt dies entsprechend. ⁴Etwaige Entgelte nach Satz 2 und 3 werden privatrechtlich erhoben.
- (5) Die Gebühren werden so bemessen, dass der Aufwand der Hochschule sowie der Nutzen, der wirtschaftliche Wert oder die sonstige Bedeutung der Leistung für die Leistungsempfängerin oder den Leistungsempfänger angemessen berücksichtigt werden.
- (6) ¹Die Hochschulen bestimmen die gebühren- oder entgeltpflichtigen Tatbestände, die Höhe und Fälligkeit der Gebühren und Entgelte nach Abs. 2 bis 5 sowie die Voraussetzungen für Erlass, Ratenzahlung oder Stundung der Gebühren oder des Entgelts in einer Hochschulgebühren- und Entgeltsatzung. ²Darin wird insbesondere bestimmt, in welchen Fällen besonderer Härte von der Erhebung einer Gebühr nach Abs. 3 abgesehen oder diese ermäßigt werden kann. ³Die Hochschule setzt die Gebühren fest und regelt die Entgelte.
- (7) ¹Die Studienbewerberinnen und Studienbewerber, die Studierenden, die nach Art. 71 Abs. 3 Satz 1 immatrikulierten Personen sowie die Teilnehmerinnen und Teilnehmer an Angeboten der Weiterbildung nach Art. 64 Abs. 1 und 2 sind verpflichtet, den Hochschulen die für die Erhebung der Gebühren und Entgelte sowie die für eine Ausnahme, Erlass, Stundung, Ratenzahlung oder Ermäßigung erforderlichen personenbezogenen Daten anzugeben und die erforderlichen Unterlagen vorzulegen. ²Die Hochschulen bestimmen, welche Daten und Unterlagen das sind. ³Die Studienbewerberinnen und Studienbewerber, die Studierenden, die nach Art. 71 Abs. 3 Satz 1 immatrikulierten Personen sowie die Teilnehmerinnen und Teilnehmer an Angeboten der Weiterbildung nach Art. 64 Abs. 1 und 2 sind verpflichtet, Änderungen in den Verhältnissen, die für Ausnahmen, Erlasse, Stundungen, Ratenzahlungen oder Ermäßigungen erheblich sind, unverzüglich mitzuteilen. ⁴Die Hochschulen sind nicht verpflichtet, den Sachverhalt von Amts wegen zu ermitteln. ⁵Eine Verwendung der gewonnenen Daten und ausgewerteten Ergebnissen zu anderen Zwecken ist unzulässig.

Art. 14

Bau- und Liegenschaftsangelegenheiten, Verordnungsermächtigung

- (1) ¹Große Baumaßnahmen an Liegenschaften nach Art. 11 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 oder Art. 11 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 werden durch den Staat nach Maßgabe der haushaltsrechtlichen Bestimmungen durchgeführt, wenn der Hochschule nicht auf Antrag durch das Staatsministerium

im Einvernehmen mit den Staatsministerien der Finanzen und für Heimat und für Wohnen, Bau und Verkehr die Zuständigkeit

1. für alle Baumaßnahmen (Bauherreneigenschaft) und
2. für alle Liegenschaften und die damit verbundene Verantwortung für deren baulichen Zustand einschließlich der baurechtlichen Verantwortung

übertragen wurde. ²Die Hochschule erhält bei Übertragung der Bauherreneigenschaft im Rahmen Großer Baumaßnahmen nach Maßgabe der mit dem Staatsministerium abgestimmten baulichen Entwicklungsplanung eine Zuweisung zur eigenen Verwaltung. ³Das Nähere, insbesondere auch zum Übergangszeitpunkt, wird in einer Vereinbarung zwischen Staatsministerium und Hochschule, die des Einvernehmens des Staatsministeriums für Wohnen, Bau und Verkehr bedarf, geregelt.

- (2) ¹Eine Hochschule, der die Bauherreneigenschaft nach Abs. 1 nicht übertragen ist, kann Maßnahmen des Bauunterhalts und kleine Baumaßnahme an Liegenschaften nach Art. 11 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 oder Art. 11 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2

1. unentgeltlich durch das Staatliche Bauamt erbringen lassen oder
2. im Einvernehmen mit der Staatlichen Bauamt allgemein oder im Einzelfall
 - a) selbst vorbereiten und durchführen oder
 - b) durch Dritte erbringen lassen.

²Für Maßnahmen nach Satz 1 Nr. 2 trägt die baurechtliche Verantwortung die Hochschule; nach Abschluss der Maßnahme übernimmt das staatliche Bauamt die Verantwortung nach Art. 73 Abs. 3 BayBO wieder, wenn ihm alle hierfür erforderlichen Unterlagen zur Verfügung gestellt werden und die öffentlich-rechtlichen Anforderungen nachweislich eingehalten sind.

- (3) Das Nähere regelt das Staatsministerium durch Rechtsverordnung, die des Einvernehmens der Staatsministerien der Finanzen und für Heimat und für Wohnen, Bau und Verkehr bedarf.
- (4) Die Anmietung von Grundstücken, Gebäuden und Räumen nehmen die Hochschulen selbst ständig wahr.

Art. 15 Körperschaftsvermögen

- (2) ¹Die Hochschule verwaltet ihr Körperschaftsvermögen unbeschadet des Teils VI BayHO eigen verantwortlich und getrennt vom Landesvermögen. ²Es darf nur für Zwecke der Hochschule im Rahmen ihrer Aufgaben verwendet werden. ³Etwaige Zweckbestimmungen bei Zuwendungen Dritter an die Körperschaft sind zu beachten.
- (2) ¹Mit staatlichen Mitteln bebaute körperschaftseigene Grundstücke, die nicht mehr den Zwecken der Hochschule dienen, übereignet die Hochschule auf Verlangen dem Freistaat Bayern. ²Er hat Anspruch auf Wertausgleich zum jeweiligen Verkehrswert, wenn die mit seinen Mitteln bebauten körperschaftseigenen Grundstücke an Dritte veräußert werden.

Übereignung der Körperschaftseigener Grundstücke an Staat ohne Gegenleistung

Art. 16 Beteiligung an und Gründung von Unternehmen

(1) ¹Die Hochschule kann sich im Rahmen ihrer Aufgaben nach vorheriger Zustimmung des Hochschulrats an Unternehmen in der Rechtsform einer juristischen Person des privaten Rechts beteiligen, solche errichten, übernehmen oder wesentlich erweitern, wenn

1. die Einlageverpflichtung der Hochschule aus ihrem Körperschaftsvermögen oder freien, keiner Zweckbindung unterliegenden Drittmitteln geleistet wird,
2. die Haftung der Hochschule begrenzt, insbesondere auf die Einlage oder den Wert des Gesellschaftsanteils beschränkt wird und
3. gewährleistet ist, dass der Jahresabschluss und der Lagebericht entsprechend den handelsrechtlichen Regelungen aufgestellt und geprüft werden.

Fehlende moralische Voraussetzungen an wirtschaftliche Zusammenarbeit

²Die Gewährträgerschaft des Freistaates Bayern nach Art. 4 Abs. 5 ist insoweit ausgeschlossen.

(2) Gehört der Hochschule oder dieser zusammen mit einer oder mehreren juristischen Personen des öffentlichen Rechts die Mehrheit der Anteile, werden der Jahresabschluss und die Wirtschaftsführung von einer Wirtschaftsprüferin oder einem Wirtschaftsprüfer geprüft.

(3) Art. 65 BayHO ist nicht entsprechend anwendbar.

Art. 17 Gründungsförderung

¹Für die Förderung von wissens-, kunst- und forschungsbasierten Unternehmensgründungen von Studierenden, befristet beschäftigtem wissenschaftlichen und künstlerischen Personal sowie Absolventinnen und Absolventen und ehemaligen Beschäftigten können die Hochschulen Räume, Labore, Geräte sowie weitere für das Gründungsvorhaben geeignete Infrastruktur für einen angemessenen Zeitraum kostenfrei oder vergünstigt bereitstellen. ²Die Förderung darf die Erfüllung der anderen in diesem Gesetz genannten Aufgaben nicht beeinträchtigen.

Fehlende moralische Voraussetzungen an wirtschaftliche Zusammenarbeit

Art. 18 Diensterfindungen

¹Diensterfindungen nach dem Arbeitnehmererfindungsgesetz sind durch gewerbliche Schutzrechte zu sichern und grundsätzlich wirtschaftlich zu verwerten. ²Die Schutzrechte und die daraus entstehenden finanziellen Erträge stehen vorbehaltlich der Rechte Dritter der Hochschule für die Erfüllung ihrer Aufgaben zu. ³Satz 2 findet auf vermögensrechtliche Befugnisse gemäß dem Urheberrechtsgesetz entsprechende Anwendung.

Erfindungen von Studierenden im Rahmen einer Abschlussarbeit müssen geregelt werden

Teil 4

Mitglieder der Hochschule

Art. 19 Mitglieder

- (1) ¹ Mitglieder der Hochschule sind die nicht nur vorübergehend oder gastweise an der Hochschule gemäß Art. 37 Abs. 5 hauptberuflich tätigen Professorinnen und Professoren, die Juniorprofessorinnen und Juniorprofessoren, die Nachwuchsprofessorinnen und Nachwuchsprofessoren (Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer), die wissenschaftlichen und künstlerischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie die Lehrkräfte für besondere Aufgaben (wissenschaftliche und künstlerische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter), die sonstigen an der Hochschule tätigen Beamtinnen und Beamten, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (wissenschaftsstützende Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter) sowie die Studierenden. ²Nicht nur vorübergehend ist eine Tätigkeit, die auf mehr als sechs Monate innerhalb eines Jahres angelegt ist. ³Ferner gehören zu den Mitgliedern die Honorarprofessorinnen und Honorarprofessoren, Privatdozentinnen und Privatdozenten, außerplanmäßige Professorinnen und Professoren, Lehrbeauftragte, sonstige nebenberuflich wissenschaftlich oder künstlerisch Tätige. ⁴Mitglieder sind auch entpflichtete und im Ruhestand befindliche Professorinnen und Professoren sowie Personen, denen die Würde einer Ehrensenatorin oder eines Ehrensenators, einer Ehrenbürgerin oder eines Ehrenbürgers oder eines Ehrenmitglieds der Hochschule verliehen ist. ⁵Die Mitglieder nach Satz 3 und 4 nehmen nicht an den Wahlen zum Senat sowie den in der Grundordnung festgelegten Organen teil. ⁶Im Übrigen nehmen nur nebenberuflich Tätige an den Wahlen zum Senat sowie in der Grundordnung festgelegten Organen teil, wenn ihre regelmäßige Arbeitszeit mindestens zehn Stunden wöchentlich beträgt. ⁷Die Grundordnung kann weitere Personen zu Mitgliedern bestimmen. ⁸Sie regelt den Umfang der Rechte und Pflichten dieser weiteren Mitglieder. ⁹Wahlberechtigt dürfen nur solche weiteren Mitglieder sein, die in nennenswertem Umfang wissenschaftlich oder künstlerisch an der Hochschule tätig sind. ¹⁰Im Falle der Wahlberechtigung ist festzulegen, welcher Mitgliedergruppe gemäß Abs. 2 Satz 1 sie angehören.

Fehlende Anerkennung von Privatdozent:innen/Honorarprofessor:innen etc. in der Gruppe der Hochschullehrer

- (2) ¹Für die Vertretung der Mitglieder in den Gremien bilden jeweils eine Gruppe
1. die Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer,
 2. die wissenschaftlichen und künstlerischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter,
 3. die wissenschaftsstützenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter,
 4. die Studierenden.

²Kommt für ein Mitglied die Zugehörigkeit zu mehr als einer der Gruppen in Betracht, gehört es zu der in der Reihenfolge des Satzes 1 zunächst aufgeführten Gruppe. ³Nebenberuflich tätige studentische Hilfskräfte sind der Gruppe der Studierenden zugeordnet.

- (3) Die Hochschulleitung beteiligt die Vertretung der Mitgliedergruppen nach Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 bis 4 bei sie betreffenden Angelegenheiten und gibt ihnen regelmäßig Gelegenheit, ihre Anliegen vorzutragen.
- (4) ¹Die Vertretung einer Mitgliedergruppe im Senat sowie in einem anderen in der Grundordnung geschaffenen Gremium der Hochschule ist mit der Tätigkeit als Mitglied der Hochschulleitung, der Leitung der akademischen Selbstverwaltungseinheit, Vertreterin oder Vertreter

der Kanzlerin oder des Kanzlers oder Mitglied des Klinikumsvorstands unvereinbar. ²Die Leitung einer akademischen Selbstverwaltungseinheit ist mit der Tätigkeit als gewähltes Mitglied der Hochschulleitung unvereinbar.

Art. 20

Freiheit von Kunst, Wissenschaft und Studium

¹Die Hochschulen haben die verfassungsrechtliche Freiheit von Kunst, Wissenschaft, Forschung, Lehre und Studium jederzeit zu wahren. ²Sie haben sicherzustellen, dass alle Mitglieder der Hochschule ihre durch die Verfassung verbürgten Grundrechte jederzeit wahrnehmen können.

Art. 21

Redlichkeit der Forschung und Veröffentlichung von Forschungsergebnissen

- (1) ¹Die an der Hochschule in der Forschung Tätigen beachten die Grundsätze der wissenschaftlichen Redlichkeit. ²Die Hochschulen können das Nähere durch Satzung regeln. ³Bei der Veröffentlichung von Forschungsergebnissen werden Personen, die einen eigenen wissenschaftlichen oder wesentlichen sonstigen Beitrag geleistet haben, als Mitautorinnen oder Mitautoren genannt. ⁴Soweit möglich, wird ihr Beitrag gekennzeichnet.
- (2) ¹Die Hochschulen können durch Satzung die Voraussetzungen, bei deren Vorliegen die Veröffentlichung von wissenschaftlichen Arbeiten durch wissenschaftliche und künstlerische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Genehmigung bedarf, und die Zuständigkeit für die Erteilung der Genehmigung regeln. ²Eine Genehmigung kann nur versagt werden, wenn durch die Veröffentlichung wesentliche Interessen der Hochschule beeinträchtigt würden.

Art. 22

Gleichstellung

- (1) ¹Die Hochschulen fördern bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und berücksichtigen diese als Leitprinzip. ²Sie wirken auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin. ³Zur Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern werden Frauen unter Beachtung des Vorrangs von Eignung, Befähigung und fachlicher Leistung (Art. 33 Abs. 2 des Grundgesetzes, Art. 94 Abs. 2 der Verfassung) gefördert. ⁴Ziel der Förderung ist eine Steigerung des Anteils von Frauen auf allen Ebenen der Wissenschaft.
- (2) ¹Die Hochschulen wirken darauf hin, dass in allen Gremien, einschließlich der Hochschulleitung und der Berufungsausschüsse, eine angemessene Vertretung von Frauen und Männern besteht. ²Dabei orientiert sie sich grundsätzlich am jeweiligen Anteil an der Gesamtzahl ihrer Mitglieder. ³Bei den Hochschulleitungen wird eine paritätische Besetzung angestrebt, jedenfalls soll sie mindestens zu jeweils 40 % aus Frauen und Männern bestehen.

Fehlende verbindliche
Quote

- (3) ¹Die Hochschulen berücksichtigen bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben die Vielfalt ihrer Mitglieder. ²Sie tragen insbesondere dafür Sorge, dass alle Mitglieder unabhängig von der Herkunft und der ethnischen Zugehörigkeit, des Geschlechts, des Alters, der sexuellen Identität, einer Behinderung, chronischen Erkrankung oder der Religion und Weltanschauung gleichberechtigt an der Forschung, der Lehre, dem Studium und der Weiterbildung im Rahmen ihrer Aufgaben, Rechte und Pflichten innerhalb der Hochschule teilhaben können.
- (4) ¹An den Hochschulen werden Beauftragte für die Gleichstellung von Frauen in der Wissenschaft bestellt, die auf die Vermeidung von Nachteilen für Wissenschaftlerinnen, weibliche Lehrpersonen und Studierende achten. ²Sie sind nicht an Weisungen gebunden und unterstützen die Hochschulen bei der Wahrnehmung ihrer Aufgabe nach Abs. 1. ³Die Beauftragten werden für die Hochschule vom Senat, für die akademischen Selbstverwaltungseinheiten von dem Vertretungsorgan der Mitglieder aus dem Kreis des an der Hochschule hauptberuflich tätigen wissenschaftlichen und künstlerischen Personals gewählt. ⁴Die oder der für die Hochschule gewählte Beauftragte gehört dem Senat einschließlich seiner Ausschüsse, die oder der für die akademischen Selbstverwaltungseinheiten gewählte Beauftragte dem Vertretungsorgan der Mitglieder der akademischen Selbstverwaltungseinheiten einschließlich seiner Ausschüsse und den Berufungsausschüssen (Art. 50 Abs. 3 Satz 2) als stimmberechtigtes Mitglied an. ⁵Die Hochschulleitung beteiligt die Beauftragte oder den Beauftragten bei sie oder ihn betreffenden Angelegenheiten und gibt regelmäßig Gelegenheit, Anliegen vorzutragen. ⁶Die Hochschulleitung kann die oder den Beauftragten als Mitglied der Hochschulleitung mit beratender Stimme berufen. ⁷Im Übrigen regelt die Grundordnung die Mitwirkung in sonstigen Gremien. ⁸Sie kann vorsehen, dass Stellvertreterinnen und Stellvertreter bestellt werden.
- (5) Abweichend von Art. 35 Abs. 1 Satz 4 ist die oder der Beauftragte für die Gleichstellung von Frauen in der Wissenschaft bei Änderungen der Grundordnung stimmberechtigt, soweit diese Änderungen ihre oder seine Mitwirkungsmöglichkeiten betreffen.
- (6) ¹Die Hochschulen stellen den Beauftragten für die Gleichstellung von Frauen in der Wissenschaft zur wirksamen Erfüllung ihrer Aufgaben in angemessenem Umfang Mittel zur Verfügung. ²Die Beauftragten werden für die Dauer ihrer Tätigkeit unter Berücksichtigung des Umfangs ihrer Aufgaben von anderen dienstlichen Aufgaben entlastet.
- (7) Im Übrigen gelten ergänzend die Vorschriften des Bayerischen Gleichstellungsgesetzes.

Frauenbeauftragte müssen Staatlich finanziert sein

Art. 23

Zielvorgaben für die Erhöhung der Frauenanteile

- (1) Die Hochschulen fördern aktiv die Erhöhung der Frauenanteile in allen Fächergruppen und auf allen Ebenen, in denen Frauen unterrepräsentiert sind.
- (2) ¹Dabei soll insbesondere der Anteil von Frauen in der Wissenschaft auf der Grundlage des Kaskadenmodells weiter erhöht werden, bis eine paritätische Besetzung erreicht ist. ²Die Hochschulleitung legt für die jeweiligen Fächergruppen im Einvernehmen mit dem Vertretungsorgan der Mitglieder der entsprechenden akademischen Selbstverwaltungseinheit eine Zielvorgabe für den Frauenanteil für alle Ebenen inklusive der wissenschaftlichen Qualifikationsstellen für in der Regel drei Jahre fest. ³Als Referenzquote für die Zielvorgabe dient der

Fehlende Konsequenzen bei Nicht-Erreichen

Frauenanteil der jeweils direkt darunterliegenden Qualifizierungsstufe. ⁴Die Hochschulen streben an, bei der Besetzung von wissenschaftlichen Qualifikationsstellen und Professuren in den einzelnen Fächergruppen mindestens den Frauenanteil der jeweiligen Zielvorgabe zu erreichen.

- (3) ¹An den Hochschulen, an denen auf diese Weise, mangels geeigneter direkt darunterliegender Qualifikationsstufen, keine repräsentative Referenzquote gebildet werden kann, wird eine entsprechende Zielvorgabe über eine Zielvereinbarung zwischen der Hochschulleitung und dem Organ der entsprechenden akademischen Selbstverwaltungseinheit verbindlich festgelegt. ²Hierbei kann eine Orientierung an den durchschnittlichen Anteilen von Frauen, die bundesweit die Qualifikationsvoraussetzung für eine Professur je nach Hochschulart in der jeweiligen Fächergruppe erfüllen, erfolgen.
- (4) Näheres regeln die Hochschulen in ihren Gleichstellungskonzepten.

Art. 24

Hochschulmitglieder mit Behinderung oder chronischer Erkrankung

- (1) ¹Die Hochschulen fördern bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben die tatsächliche Durchsetzung der gleichberechtigten Teilhabe von Menschen mit chronischen Erkrankungen oder Behinderungen am Hochschulleben mit angemessenen Vorkehrungen und berücksichtigen dies als Leitprinzip. ²Sie wirken auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin und tragen dafür Sorge, dass die Angebote der Hochschule möglichst ohne fremde Hilfe in Anspruch genommen werden können.
- (2) ¹Die Hochschule bestellt eine Person aus dem Kreis der hauptberuflichen Beschäftigten der Hochschule, die als Beauftragte oder Beauftragter die Belange der Studierenden mit Behinderung oder chronischer Erkrankung wahrnimmt und auf den Abbau bestehender Nachteile hinwirkt. ²Sie ist nicht an Weisungen gebunden. ³Die oder der Beauftragte wirkt insbesondere bei der Planung und Organisation der Lehr- und Studienbedingungen und beim Nachteilsausgleich hinsichtlich des Zugangs und der Zulassung zum Studium, hinsichtlich des Studiums und hinsichtlich der Prüfungen mit. ⁴Sie oder er behandelt Beschwerden von Betroffenen. ⁵Die Grundordnung regelt Wählbarkeit, Wahl, Bestellung, Amtszeit, Anhörungs- und Mitwirkungsrechte sowie zugewiesene Aufgaben. ⁶Die Hochschule kann vorsehen, dass die oder der Beauftragte stimmberechtigtes oder nicht stimmberechtigtes Mitglied in Gremien der Hochschule ist.
- (3) ¹Die Hochschule stellt der oder dem Beauftragten zur wirksamen Erfüllung ihrer oder seiner Aufgaben in angemessenem Umfang Mittel zur Verfügung. ²Sie oder er wird für die Dauer ihrer Tätigkeit unter Berücksichtigung des Umfangs ihrer Aufgaben von anderen dienstlichen Aufgaben entlastet.

Art. 25

Ansprechpersonen

- (1) ¹Die Hochschulen beschließen Grundsätze zum Schutz vor sexueller Belästigung sowie Maßnahmen bei Verstößen gegen diese Grundsätze. ²Die Hochschulen bestellen für ihre Mitglie-

der mindestens eine Ansprechperson für Fragen im Zusammenhang mit sexueller Belästigung.³Die Ansprechpersonen sind nicht an Weisungen gebunden.⁴Sie wirken unbeschadet der Verantwortlichkeit von Organen und Gremien der Hochschulen darauf hin, dass Mitglieder der Hochschulen vor sexueller Belästigung geschützt werden.⁵Informationen über persönliche und sachliche Verhältnisse von Betroffenen werden nicht ohne deren Einverständnis an Dritte weitergegeben oder sonst verwertet.⁶Die Hochschulen treffen Regelungen zum weiteren Verfahren.

Beauftragte müssen
Staatlich finanziert sein

- (2)¹Die Hochschulen bestellen für ihre Mitglieder eine Ansprechperson für Antidiskriminierung.²Sie ist nicht an Weisungen gebunden.³Diese wirkt unbeschadet der Verantwortlichkeit von Organen und Gremien der Hochschulen darauf hin, dass Mitglieder und Angehörige der Hochschulen vor Diskriminierungen aus rassistischen Gründen, wegen der ethnischen Herkunft oder der religiösen und weltanschaulichen Identität geschützt werden.⁴Informationen über persönliche und sachliche Verhältnisse von Betroffenen dürfen nicht ohne deren Einverständnis an Dritte weitergegeben oder sonst verwertet werden.⁵Die Hochschulen treffen Regelungen zum weiteren Verfahren.⁶Die Ansprechperson für Antidiskriminierung kann mit der Funktion der Ansprechperson für Fragen im Zusammenhang mit sexueller Belästigung verbunden werden.

Art. 26 Mitwirkung, offene Kommunikation

- (1)¹Alle Mitglieder der Hochschule verhalten sich unbeschadet weitergehender Verpflichtungen so, dass die Hochschule ihre Aufgabe erfüllen kann und niemand an der Wahrnehmung seiner Rechte und Pflichten gehindert wird.²Die Mitwirkung an der Verwaltung der Hochschule (Selbstverwaltung) ist Recht und Pflicht aller Mitglieder.³Die Übernahme einer Aufgabe in der Selbstverwaltung kann nur aus wichtigem Grund abgelehnt werden.⁴Der Rücktritt kann ebenfalls nur aus wichtigem Grund erfolgen.⁵Die Inhaberinnen und Inhaber von Ämtern oder Funktionen in der Selbstverwaltung sind im Falle ihres Rücktritts oder nach Ablauf oder nach einer sonstigen Beendigung ihrer Amtszeit verpflichtet, ihr Amt oder ihre Funktion bis zur Ernennung oder Bestellung einer Nachfolgerin oder eines Nachfolgers weiterzuführen, es sei denn, das Organ oder Gremium, das sie oder ihn gewählt hat, bittet darum, von der Weiterführung abzusehen.⁶Der Vertretung der Mitgliedergruppen stellt die Hochschule im Rahmen der verfügbaren Mittel in erforderlichem Umfang Räume und Geschäftsbedarf zur Verfügung.
- (2)¹Die Mitglieder der Hochschule dürfen wegen ihrer Tätigkeit in der Selbstverwaltung keine Nachteile erleiden.²Die gewählten Mitglieder sind als solche nicht an Weisungen gebunden.³Alle, die eine Tätigkeit der Selbstverwaltung übernommen haben, unterliegen der Verschwiegenheit über alle Angelegenheiten und Tatsachen, deren Geheimhaltung gesetzlich vorgeschrieben, besonders angeordnet oder beschlossen ist, die in nicht öffentlicher Sitzung bekannt geworden oder behandelt worden sind oder deren Geheimhaltung sich aus der Natur des Gegenstandes ergibt.⁴Diese Verpflichtung besteht auch nach Beendigung der Tätigkeit fort.
- (3)¹Mitglieder der Hochschule dürfen in Hochschuleinrichtungen und bei Hochschulveranstaltungen ihr Gesicht nicht verhüllen, es sei denn, Hochschulbelange stehen dem entgegen.²Zur Vermeidung einer unbilligen Härte kann die Hochschule Ausnahmen zulassen.

Diskriminierend gegen-
über anderer Religionen

Art. 27 Wahlen, Verordnungsermächtigung

- (1) ¹Die Vertreterinnen und Vertreter der Mitgliedergruppen im Senat, den Gremien gemäß Art. 30 Abs. 2 Satz 3 sowie anderen in der Grundordnung geschaffenen Gremien, in denen Mitglieder der Hochschule vertreten sind, um ihre Interessen in Ausübung des Selbstverwaltungsrechts wahrzunehmen, werden von den Mitgliedern der Gruppe, der sie angehören, in gleicher, freier und geheimer Wahl unmittelbar gewählt. ²Wahlberechtigt und wählbar ist jedes Mitglied der Hochschule, das der betreffenden Gruppe angehört. ³Mit dem Beginn der Freistellungsphase im Blockmodell der Altersteilzeit (Art. 91 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 des Bayerischen Beamtengesetzes (BayBG)) endet die Wahlberechtigung und Wählbarkeit. ⁴Die Grundordnung kann vorsehen, dass die Vertreterinnen und Vertreter der Gruppe der Studierenden abweichend von Satz 1 von Organen der Studierendenvertretung gewählt werden.
- (2) ¹Die Hochschule regelt die nach diesem Gesetz durchzuführenden Wahlen durch Satzung, in der insbesondere die Amtszeiten und das Wahlverfahren festzulegen sind. ²In der Satzung kann vorgesehen werden, dass die Wahlen durch Briefwahl erfolgen oder ganz oder teilweise elektronisch durchgeführt werden. ³Werden Wahlen elektronisch durchgeführt, wird die Einhaltung der Wahlrechtsprinzipien nach Abs. 1 Satz 1 durch technische und organisatorische Vorkehrungen sichergestellt. ⁴Solange und soweit keine Regelung durch Satzung vorliegt, längstens jedoch bis 31. Dezember 2026, gelten die vom Staatsministerium durch Rechtsverordnung getroffenen Wahlbestimmungen.

Kritik an elektronischen Wahlen

Art. 28 Mitwirkung der Studierenden, Studierendenvertretung

- (1) ¹ Die Studierenden wirken in der Hochschule durch ihre gewählten Vertreterinnen und Vertreter in den Hochschulorganen nach Maßgabe dieses Gesetzes mit. ²Für studentische Vertreterinnen und Vertreter in Gremien sollen Stellvertreterinnen und Stellvertreter bestellt werden, die dort mit beratender Stimme gleichfalls teilnehmen dürfen.
- (2) ¹Die Grundordnung regelt die Organe der Studierendenvertretung, deren Zuständigkeit und Zusammensetzung, das Zusammentreten und die Beschlussfassung. ²Dabei sind mindestens jeweils ein beschlussfassendes Kollegialorgan, ein ausführendes Organ sowie Vertretungen, die aus Vertreterinnen und Vertretern der Studierenden der jeweiligen akademischen Selbstverwaltungseinheiten gebildet werden, vorzusehen. ³Vor einer Änderung der Grundordnung, die einen der Gegenstände nach Satz 1 betrifft, werden alle Organe der Studierendenvertretung gehört. ⁴Die Aufgaben der Studierendenvertretung sind
1. die Vertretung der fachlichen, wirtschaftlichen und sozialen Belange der Studierenden der Hochschule,
 2. akademische Selbstverwaltungseinheiten übergreifende Fragen, die sich aus der Mitarbeit der Vertreterinnen und Vertreter der Studierenden in den Hochschulorganen ergeben,
 3. die Förderung der geistigen, musischen, kulturellen und sportlichen Interessen der Studierenden der Hochschule,

Eigenständige Finanzierung der Studierenden-schaft

Aufgaben der Studierendenvertretung müssen erweitert werden

4. die Pflege der Beziehungen zu deutschen und ausländischen Studierenden.

- (3) ¹Die Rechte und Pflichten der Hochschulleitung nach Art. 31 Abs. 3 Satz 2 Nr. 5 erstrecken sich auch auf die Organe der Studierendenvertretung. ²Die Hochschulleitung kann insbesondere rechtswidrige Beschlüsse und Maßnahmen beanstanden und ihren Vollzug aussetzen. ³Die Hochschulleitung ist außerdem berechtigt, bei rechtswidrigen Maßnahmen die nach Abs. 4 zur Verfügung gestellten Mittel ganz oder teilweise einzuziehen oder anzuordnen, dass Zahlungsanweisungen nicht ausgeführt werden.
- (4) ¹Der Studierendenvertretung werden aus den der Hochschule zugewiesenen Mitteln in angemessenem Umfang Mittel für ihre Zwecke zur Verfügung gestellt. ²Die Verwaltung der Hochschule wacht darüber, dass die Mittel unter den Organen der Studierendenvertretung entsprechend deren Aufgaben verteilt werden. ³Das zu ständige Organ der Studierendenvertretung stellt vor Beginn des Haushaltsjahres eine Übersicht der voraussichtlichen Ausgaben auf, die rechtzeitig der Hochschulleitung vorzulegen ist. ⁴Die Verwaltung der Hochschule prüft, ob die zu leistenden Auszahlungen der Zweckbindung und den Aufgaben entsprechen, und ordnet die Auszahlung an. ⁵Im Zweifelsfall sind die Zahlungsanordnungen der Hochschulleitung zur Entscheidung nach Abs. 3 Satz 3 vorzulegen.

Streichung des "Gängelungsparagraphen"

Art. 29 Landesstudierendenrat

- (1) ¹Der Landesstudierendenrat dient dem landesweiten hochschulartübergreifenden Erfahrungsaustausch und der Zusammenarbeit bei der Wahrnehmung der Aufgaben gemäß Art. 28 Abs. 2 Satz 4. ²Er setzt sich zusammen aus den Studierendenvertretungen der Hochschulen. ³Diese entsenden Vertreterinnen und Vertreter in den Landesstudierendenrat, die durch das beschlussfassende Kollegialorgan der jeweiligen Studierendenvertretung gewählt werden.
- (2) Der Landesstudierendenrat hat das Recht, im Rahmen seiner Aufgaben zu grundlegenden, die Studierenden betreffenden hochschulischen Angelegenheiten durch das Staatsministerium informiert und angehört zu werden sowie Anregungen und Vorschläge an das Staatsministerium zu richten.
- (3) ¹Der Landesstudierendenrat gibt sich eine Geschäftsordnung, deren Ersterlass der Mehrheit von zwei Dritteln der Mitglieder bedarf. ²Diese regelt die Organe des Landesstudierendenrats, deren Zuständigkeit und Zusammensetzung, das Nähere über das Wahlverfahren, das Zusammentreten und die Beschlussfassung sowie das Verfahren und die Mehrheiten zur Änderung der Geschäftsordnung. ³In der Geschäftsordnung sind mindestens ein beschlussfassendes Kollegialorgan und ein ausführendes mehrköpfiges Kollegialorgan vorzusehen, dessen Mitglieder aus unterschiedlichen Regionen oder Hochschularten stammen sollen. ⁴In dem beschlussfassenden Kollegialorgan haben die von der Studierendenvertretung der jeweiligen Hochschule gewählten Mitglieder insgesamt jeweils eine Stimme.

Landesstudierendenrat

Teil 5 Organisation

Art. 30 Grundsätze und Grundlagen der Organisation

- (1) ¹Unter Beachtung der nachfolgenden Bestimmungen regeln die Hochschulen ihre innere Organisation, ihre Organe, ihre Gliederung und ihre Einrichtungen einschließlich deren Aufgaben, Zuständigkeiten, Verfahren und Befugnisse in einer Satzung gemäß Art. 9 (Grundordnung). ²Bei der weiteren Ausgestaltung ist darauf zu achten, dass die Trägerinnen und Träger der Wissenschaftsfreiheit an wissenschaftsrelevanten Entscheidungen hinreichend beteiligt werden. ³Den Hochschullehrerinnen und Hochschullehrern kommt dabei in Fragen der Lehre ein maßgebender Einfluss und in Fragen der Forschung ein ausschlaggebender Einfluss zu. ⁴Die Beschlussfassung des Hochschulrats über die Grundordnung erfordert eine Mehrheit seiner Mitglieder und zugleich eine Mehrheit seiner gewählten hochschulangehörigen Mitglieder.

Gruppenvetorecht der Studierenden in Fragen der Lehre

Entscheidung über Grundordnung sollte beim Hochschulkonvent liegen

- (2) ¹Zentrale Organe der Hochschule sind

1. die Hochschulleitung,
2. der Senat,
3. der Hochschulrat.

²Allen Organen können in der Grundordnung andere Bezeichnungen zugewiesen werden.

- (3) ¹Die Hochschule gliedert sich in akademische Selbstverwaltungseinheiten, soweit dies aufgrund der Größe und fachlichen Aufgliederung der Hochschule geboten ist. ²Jedes Mitglied der Hochschule wird entsprechend der fachlichen Zugehörigkeit mindestens einer akademischen Selbstverwaltungseinheit zugeordnet. ³Diese akademischen Selbstverwaltungseinheiten verfügen über ein Organ, in dem alle Mitgliedergruppen ein angemessenes Stimmgewicht haben; den Hochschullehrerinnen und Hochschullehrern steht die Mehrheit der Stimmen zu. ⁴Darüber hinaus bedarf es einer Leitung, die die akademische Selbstverwaltungseinheit vertritt.

Art. 31 Hochschulleitung

- (1) Der Hochschulleitung (Präsidium) gehören an

1. die Präsidentin oder der Präsident,
2. weitere Mitglieder als Vizepräsidentinnen und Vizepräsidenten,
3. die Kanzlerin oder der Kanzler.

Entdemokratisierung und Machtkonzentration bei Präsidium

Angemessene Beteiligung aller Statusgruppen an Hochschulleitung einführen

- (2) ¹Die weiteren Mitglieder der Hochschulleitung werden vom Hochschulrat auf Vorschlag der Präsidentin oder des Präsidenten unter Beachtung von Art. 22 Abs. 2 Satz 3 gewählt. ²Ein Mitglied der Hochschulleitung wird mit der Aufgabe der Gleichstellung in der Wissenschaft und der Förderung der Vielfalt betraut.
- (3) ¹Die Hochschulleitung führt die laufenden Geschäfte der Hochschule und ist verantwortlich für die Angelegenheiten des Haushalts und des Wirtschaftsplans sowie die strategische Verwendung von Mitteln, Personal und Flächen. ²Die Hochschulleitung ist zuständig für
1. die Festlegung der Grundsätze der hochschulpolitischen Zielsetzungen und der Entwicklung der Hochschule,
 2. den Abschluss der Hochschulverträge,
 3. die Aufstellung von Grundsätzen für die Evaluierung und Qualitätssicherung,
 4. die Erstellung von Vorschlägen für die Grundordnung,
 5. die Wahrung und Durchsetzung des Rechts in allen Bereichen der Hochschule,
 6. die Entscheidung über die Einrichtung, Änderung und Aufhebung von Studiengängen nach Anhörung des Senats und
 7. die Erstellung und Verabschiedung der hochschulweiten Richtlinien.
- (4) ¹Die stimmberechtigten Mitglieder der Hochschulleitung können von den Hochschullehrerinnen und Hochschullehrern der Hochschule abgewählt werden. ²Eine Abwahl der Kanzlerin oder des Kanzlers kann nur erfolgen, wenn diese oder dieser gewählt ist. ³Eine Wahl ist durchzuführen, wenn mindestens 40 % der Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer dies verlangen, weil das Vertrauen in die Amtsführung des betroffenen Mitglieds verloren gegangen ist; eine entsprechende Unterschriftenliste ist der Wahlleiterin oder dem Wahlleiter vorzulegen. ⁴Vor der Wahl ist den anderen Mitgliedergruppen der Hochschule in einer außerordentlichen Sitzung des Senats die Gelegenheit zu geben, zu der Abwahl Stellung zu nehmen. ⁵Die Abwahl erfolgt mit Zweidrittelmehrheit, wenn sich mehr als 70 % der Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer an der Wahl beteiligen.

Verpflichtendes Mitglied für Themenbereich "Studium und Lehre"

Einfluss Hochschulleitung auf Grundordnung

Studiengangentscheidungen bei Unileitung

Art. 32 Präsidentin, Präsident

- (1) ¹Die Präsidentin oder der Präsident vertritt die Hochschule, beruft die Sitzungen der Hochschulleitung ein, hat deren Vorsitz inne und vollzieht die Beschlüsse der Hochschulleitung und der weiteren zentralen Organe der Hochschule. ²Die Präsidentin oder der Präsident ist zuständig für:
1. Initiativen zur strategischen Entwicklung der Hochschule,
 2. den Entwurf der Grundsätze der hochschulpolitischen Zielsetzungen,
 3. die Berufung der Professorinnen und Professoren,
 4. die Unterrichtung von Senat und Hochschulrat über alle wichtigen, die Hochschule und ihre Verwaltung betreffenden Angelegenheiten und
 5. die jährliche Berichterstattung gegenüber dem Hochschulrat über die Erfüllung der Aufgaben der Hochschule.

³In unaufschiebbaren Fällen trifft die Präsidentin oder der Präsident für die Hochschulleitung die unerlässlichen Entscheidungen und Maßnahmen.

- (2) ¹Die Präsidentin oder der Präsident wird vom Hochschulrat gewählt und der Staatsministerin oder dem Staatsminister für Wissenschaft und Kunst (Staatsministerin oder Staatsminister) zur Bestellung vorgeschlagen. ²Die Stelle wird rechtzeitig von der Hochschule öffentlich ausgeschrieben. ³Das Ergebnis der Ausschreibung und die Vorschlagsliste werden dem Staatsministerium frühestmöglich zur Kenntnis gebracht. ⁴Kandidatinnen oder Kandidaten müssen über einen Hochschulabschluss verfügen.
- (3) ¹Die Präsidentin oder der Präsident wird von der Staatsministerin oder vom Staatsminister als Dienstvorgesetzter oder Dienstvorgesetztem zur Beamtin oder zum Beamten auf Zeit ernannt.²Das Beamtenverhältnis auf Zeit endet mit Ablauf der Amtszeit. ³Im Fall einer Abwahl wird die Präsidentin oder der Präsident aus dem Beamtenverhältnis auf Zeit entlassen.
- (4) ¹Wird eine an einer Hochschule des Freistaates Bayern als Professorin oder Professor im Beamtenverhältnis auf Lebenszeit tätige Person zur Präsidentin oder zum Präsidenten ernannt, gilt sie oder er als ohne Dienstbezüge beurlaubt.²Die Staatsministerin oder der Staatsminister kann ihr oder ihm die Ausübung der bisherigen Rechte als Professorin oder Professor in Forschung und Lehre ganz oder teilweise als Nebentätigkeit gestatten.
- (5) Abweichend von Abs. 3 wird eine Präsidentin oder ein Präsident, die oder der nicht vor der Bestellung bereits als Professorin oder Professor im Beamtenverhältnis auf Lebenszeit an einer Hochschule des Freistaates Bayern steht, in einem befristeten privatrechtlichen Dienstverhältnis beschäftigt.
- (6) ¹Die Präsidentin oder der Präsident ist Dienstvorgesetzte oder Dienstvorgesetzter der an der Hochschule tätigen wissenschaftlichen und künstlerischen Beamtinnen und Beamten sowie Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die im Dienst des Freistaates Bayern stehen, sowie der Kanzlerin oder des Kanzlers. ²Die Vorschriften des Bayerischen Universitätsklinikgesetzes bleiben unberührt. ³Die Präsidentin oder der Präsident nimmt die Arbeitgeberfunktion wahr, wenn weitere gewählte Mitglieder in Hochschulaufgaben hauptberuflich tätig sind.
- (7) Kunsthochschulen können eine nebenberufliche Präsidentin oder einen nebenberuflichen Präsidenten bestellen.
- (8) Die Staatsministerin oder der Staatsminister kann eine Präsidentin oder einen Präsidenten ab berufen, wenn diese oder dieser durch ihre oder seine Amtsführung ihre oder seine Pflichten gröblich verletzt, die Tätigkeit nicht mehr ordnungsgemäß ausüben kann oder wegen groben dienstlichen, außerdienstlichen oder wissenschaftlichen Fehlverhaltens, das geeignet ist, dem Ansehen der Hochschule schweren Schaden zuzufügen.

Intransparente Präsidentschaftswahl

Art. 33 Kanzlerin, Kanzler

- (1) ¹Die Ernennung zur Kanzlerin oder zum Kanzler setzt eine abgeschlossene Hochschulausbildung sowie eine mehrjährige einschlägige verantwortliche berufliche Tätigkeit insbesondere

in Verwaltung oder Wirtschaft voraus. ²Verfügt die Kanzlerin oder der Kanzler nicht über die Befähigung zum Richteramt, so ist eine Vertreterin oder ein Vertreter mit dieser Qualifikation zu bestellen.

- (2) ¹Die Kanzlerin oder der Kanzler wird auf Vorschlag der Präsidentin oder des Präsidenten im Einvernehmen mit dem Hochschulrat von der Präsidentin oder dem Präsidenten ernannt. ²Die Ernennung bedarf der Zustimmung des Staatsministeriums. ³Die allgemeinen Vorschriften über die Laufbahnen finden auf Kanzlerinnen und Kanzler, denen ein in der Besoldungsordnung A oder B ausgebrachtes Amt eines Kanzlers oder einer Kanzlerin übertragen wird, keine Anwendung. ⁴Die Ernennung erfolgt im Beamtenverhältnis auf Probe. ⁵Art. 46 BayBG gilt entsprechend. ⁶Die Kanzlerin oder der Kanzler kann von der Präsidentin oder dem Präsidenten im Benehmen mit dem Hochschulrat und im Einvernehmen mit dem Staatsministerium abberufen werden. ⁷Kanzlerin oder Kanzler im Sinne dieses Gesetzes ist auch eine nach Satz 1 vorgeschlagene Person, der mit Zustimmung des Staatsministeriums die Funktion des Kanzlers oder der Kanzlerin übertragen wird.
- (3) ¹Die Hochschule kann abweichend von Abs. 2 in ihrer Grundordnung das Amt der Kanzlerin oder des Kanzlers als Wahlamt (Wahlkanzlerin oder Wahlkanzler) ausgestalten. ²In diesem Fall wird die Kanzlerin oder der Kanzler auf Vorschlag der Präsidentin oder des Präsidenten vom Hochschulrat für die Dauer von acht Jahren gewählt und von der Präsidentin oder dem Präsidenten ernannt. ³Wiederwahl ist zulässig. ⁴Die Ernennung bedarf des Einvernehmens des Staatsministeriums. ⁵Wird eine in einem Beamtenverhältnis zum Freistaat Bayern stehende Person zur Wahlkanzlerin oder zum Wahlkanzler ernannt, gilt sie oder er für die Dauer der Amtszeit als im dienstlichen Interesse ohne Dienstbezüge beurlaubt. ⁶Die Beschäftigung als Wahlkanzlerin oder Wahlkanzler erfolgt in einem befristeten privatrechtlichen Arbeitsverhältnis. ⁷Art. 32 Abs. 2 Satz 2 gilt entsprechend.
- (4) ¹Die Kanzlerin oder der Kanzler leitet die Verwaltung der Hochschule und ist Beauftragte oder Beauftragter für den Haushalt im Sinne von Art. 9 BayHO sowie Dienstvorgesetzte oder Dienstvorgesetzter des an der Hochschule tätigen wissenschaftsstützenden Personals. ²Als Beauftragte oder Beauftragter für den Haushalt ist die Kanzlerin oder der Kanzler nicht an Weisungen der Hochschulleitung und des oder der Dienstvorgesetzten gebunden.

Forderung Wahlkanzler

Art. 34 Senat

- (1) ¹Dem Senat gehören Vertreterinnen und Vertreter aller Mitgliedergruppen der Hochschule an. ²Die Vertreterinnen und Vertreter der Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer bilden die Mehrheit der stimmberechtigten Mitglieder. ³Alle Mitgliedergruppen sind in einer Form vertreten, die eine effektive Mitwirkung sicherstellt. ⁴An den Kunsthochschulen können die Präsidentin oder der Präsident sowie die Kanzlerin oder der Kanzler dem Senat mit Stimmrecht angehören.
- (2) ¹Der Senat wählt aus der Mitte seiner stimmberechtigten Mitglieder eine dem Senat vorsitzende Person, die die Sitzungen des Senats einberuft und leitet, sowie eine Stellvertreterin oder einen Stellvertreter. ²Die Hochschulleitung ist dem Senat berichtspflichtig und erstellt die erforderlichen Senatsvorlagen für Beratung und Beschlüsse.
- (3) Der Senat hat folgende Aufgaben:

Ist paritätisch zu besetzen

Senatsentmachtung

1. Er beschließt die von der Hochschule zu erlassenden Rechtsvorschriften, soweit nichts anderes bestimmt ist.
2. Er berät und beschließt in Angelegenheiten von grundsätzlicher akademischer Bedeutung für die Forschung und die Förderung des wissenschaftlichen und künstlerischen Nachwuchses und für die Erfüllung des Gleichstellungsauftrags.
3. Er unterbreitet Vorschläge und nimmt zu Vorschlägen für die Einrichtung, Änderung und Aufhebung von Studiengängen Stellung.
4. Er nimmt zu den von Berufungsausschüssen beschlossenen Berufungsvorschlägen und etwaigen Sonder voten Stellung.
5. Er beschließt über die Erteilung der Würde einer Ehrensatorin oder eines Ehrensators, einer Ehrenbürgerin oder eines Ehrenbürgers oder eines Ehrenmitglieds der Hochschule.

Art. 35 Hochschulrat

(1) ¹Dem Hochschulrat gehören an:

1. gewählte Mitglieder der Hochschule aus allen Mitgliedergruppen, darunter eine Mehrheit aus der Gruppe der Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer,
2. ebenso viele Persönlichkeiten aus Wissenschaft und Kultur und aus Wirtschaft und beruflicher Praxis (nicht hochschulangehörige Mitglieder).

Ist paritätisch zu besetzen

²Mitglieder der Hochschule können dem Hochschulrat nicht als Mitglieder nach Satz 1 Nr. 2 angehören.³Die Grundordnung kann vorsehen, dass Personen, denen die Würde einer Ehrensatorin oder eines Ehrensators, einer Ehrenbürgerin oder eines Ehrenbürgers oder eines Ehrenmitglieds der Hochschule verliehen ist, sowie Honorarprofessorinnen und Honorarprofessoren Mitglieder nach Satz 1 Nr. 2 sein können. ⁴Die Mitglieder der Hochschulleitung und die oder der Beauftragte für die Gleichstellung von Frauen in der Wissenschaft nehmen an den Sitzungen des Hochschulrats ohne Stimmrecht teil.⁵Das Staatsministerium wird zu den Sitzungen eingeladen.

- (2) ¹Die Amtszeit der Mitglieder nach Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 beträgt nach Maßgabe der Grundordnung zwischen vier und sechs Jahren. ²Eine erneute Bestellung ist einmal zulässig.
- (3) ¹Die Präsidentin oder der Präsident schlägt die durch den Senat zu bestätigenden Mitglieder des Hochschulrats nach Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 zur Bestellung durch die Staatsministerin oder den Staatsminister vor. ²Den nicht hochschulangehörigen Mitgliedern des Hochschulrats wird vor der Bestätigung durch den Senat Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben.
- (4) Den Vorsitz im Hochschulrat hat ein vom Hochschulrat aus der Mitte der nicht hochschulangehörigen Mitglieder zu wählendes Mitglied des Hochschulrats.
- (5) Der Hochschulrat hat folgende Zuständigkeiten:

1. Er beschließt die Grundordnung.
2. Er wählt die Mitglieder der Hochschulleitung, soweit nichts anderes geregelt ist.

Grundordnung durch Hochschulrat

Undemokratisches Verhältnis zwischen Präsident und Hochschulrat

3. Er entscheidet über deren Abwahl aus wichtigem Grund mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der Mitglieder des Hochschulrats.
4. Er beschließt nach Benennung geeigneter Personen durch die Präsidentin oder den Präsidenten Vorschläge für die Bestellung der Kanzlerin oder des Kanzlers, soweit nichts anderes geregelt ist.
5. Er berät und beschließt über die längerfristige Ausrichtung und Profilierung der Hochschule.
6. Er stellt bei Hochschulen mit Globalhaushalt den Körperschaftshaushalt, den Wirtschaftsplan sowie den Jahresabschluss fest; bei Hochschulen ohne Globalhaushalt nimmt er zum Wirtschaftsplan der Körperschaft Stellung und stellt deren Jahresabschluss fest.
7. Er entlastet für die Körperschaft die Mitglieder der Hochschulleitung.
8. Er beschließt auf Vorschlag der Hochschulleitung über den Antrag nach Art. 11 Abs. 4 auf Einführung eines Globalhaushalts sowie nach Art. 4 Abs. 3 auf Umwandlung in eine andere Rechtsform.

Teil 6

Hochschulpersonal

Kapitel 1

Grundlagen

Art. 36

Geltungsbereich

- (1) Dieser Teil gilt für Personen, die haupt- oder nebenberuflich an den Hochschulen des Freistaates Bayern (Art. 1 Abs. 2) insbesondere wissenschaftlich oder künstlerisch tätig sind.
- (2) Dieser Teil gilt nicht für Personen, die an einer Hochschule auf Grund eines privatrechtlichen Dienstverhältnisses mit einem Mitglied der Hochschule wissenschaftlich oder künstlerisch tätig sind.
- (3) Die Art. 37 bis 51 und 55 bis 59 gelten für das wissenschaftliche und künstlerische Personal staatlich anerkannter nichtstaatlicher Hochschulen, deren Träger Dienstherrnfähigkeit gemäß § 2 des Beamtenstatusgesetzes (BeamtStG) besitzt, mit folgenden Maßgaben entsprechend:
 1. Die Professorinnen und Professoren, Juniorprofessorinnen und Juniorprofessoren, Nachwuchsprofessorinnen und Nachwuchsprofessoren, die wissenschaftlichen und künstlerischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die Lehrkräfte für besondere Aufgaben sowie die nebenberuflich wissenschaftlich und künstlerisch Tätigen stehen im Dienst des Trägers der nichtstaatlichen Hochschule.

2. Soweit auf Grund der Verschiedenheit des Dienstherrn die entsprechende Anwendung der Bestimmungen dieses Gesetzes ausscheidet, trifft der Träger die erforderlichen abweichenden Regelungen durch Satzung; das Inkrafttreten dieser die abweichenden Regelungen treffenden Satzung ist Voraussetzung für die Beschäftigung von beamtetem wissenschaftlichen und künstlerischen Personal; die Satzung bedarf des Einvernehmens mit dem Staatsministerium und dem Staatsministerium der Finanzen und für Heimat.
- (4) Sind wissenschaftliche und künstlerische Mitarbeiterinnen oder Mitarbeiter zugleich Hochschullehrerinnen oder Hochschullehrer, ändert dies ihre dienstrechtliche Stellung nicht.

Art. 37 Allgemeine dienstrechtliche Regelungen

- (1) ¹Das an den Hochschulen tätige Personal, die Beamtinnen und Beamten, die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die Auszubildenden und die Praktikantinnen und Praktikanten stehen im Dienst des Freistaates Bayern. ²Die Hochschule hat die Aufgabe der Personalverwaltung, soweit die Zuständigkeit nicht auf andere Behörden übertragen ist. ³Sie gilt insoweit als staatliche Dienststelle und handelt mit Wirkung für und gegen den Freistaat Bayern.
- (2) Oberste Dienstbehörde ist das Staatsministerium.
- (3) ¹Abs. 1 gilt nicht für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Auszubildende sowie Praktikantinnen und Praktikanten, die zum Zeitpunkt des Inkrafttretens des Gesetzes an einer Hochschule auf der Grundlage von Verträgen beschäftigt werden, bei denen die Hochschule selbst Vertragspartei ist. ²Die Verwaltung dieses Personals ist abweichend von Abs. 1 Satz 2 und 3 Körperschaftsangelegenheit. ³Im Übrigen gelten die Bestimmungen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer des Freistaates Bayern entsprechend.
- (4) Hauptberuflich im Sinne dieses Gesetzes ist eine Tätigkeit, wenn
 1. die Arbeitszeit oder der Umfang der Dienstaufgaben mindestens die Hälfte der regelmäßigen Arbeitszeit umfasst oder
 2. der Hälfte des durchschnittlichen Umfangs der Dienstaufgaben des entsprechenden vollbeschäftigten Personals entspricht.
- (5) ¹Der Eintritt in den Ruhestand wegen Erreichens der Altersgrenze wird zum Ende des Semesters wirksam, in dem die Beamtin oder der Beamte die Altersgrenze erreicht. ²Beantragt eine Beamtin oder ein Beamter die Entlassung oder die Versetzung in den Ruhestand, kann diese bis zur Beendigung des laufenden Semesters hinausgeschoben werden. ³Art. 143 Abs. 1 Satz 3 Nr. 3 BayBG findet entsprechende Anwendung.
- (6) Wird mit einer Beamtin oder einem Beamten im Sinne dieses Gesetzes ein öffentlich-rechtliches Dienst- oder Amtsverhältnis zu einem anderen Dienstherrn oder zu einer Einrichtung ohne Dienstherrneigenschaft begründet, so ist die Beamtin oder der Beamte abweichend von § 22 Abs. 2 Satz 1 BeamStG nicht entlassen, wenn sie oder er für die Wahrnehmung einer Vertretungsprofessur beurlaubt wird.

- (7) ¹Für an der Hochschule tätige Personen, die nicht in einem Beamtenverhältnis stehen, gelten § 7 Abs. 1 Nr. 2 und § 33 Abs. 1 Satz 3 BeamtStG entsprechend. ²Für nur vorübergehend an der Hochschule tätige Personen, die ihren ständigen Aufenthalt außerhalb des Geltungsbereichs des Grundgesetzes haben, kann das Staatsministerium Ausnahmen zulassen.
- (8) Sollen Professorinnen und Professoren, Juniorprofessorinnen und Juniorprofessoren sowie wissenschaftliche und künstlerische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit ausländischer Staatsangehörigkeit in ein Beamtenverhältnis berufen werden, kann das Staatsministerium abweichend von § 7 Abs. 3 BeamtStG Ausnahmen von § 7 Abs. 1 Nr. 1 BeamtStG auch aus anderen Gründen zulassen.

Art. 38 Karriereförderung, Karrierezentren

- (1) ¹Die Hochschulen beraten ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die in befristeten Arbeits- oder Dienstverhältnissen eine Weiterqualifizierung anstreben, fördern ihre berufliche und persönliche Weiterentwicklung und zeigen insbesondere Karriereperspektiven auf. ²Zu diesem Zweck wirken die Hochschulen untereinander und mit externen Einrichtungen, insbesondere solchen der Berufspraxis, zusammen und schaffen geeignete Einrichtungen.
- (2) Die Hochschulen vermitteln insbesondere promovierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die eine Karriere in der Wissenschaft, im Hochschulbereich oder der Wissenschaftsverwaltung anstreben, Kenntnisse im Bereich des Wissenschaftsmanagements.

Darf sich nicht nur auf die befristet angestellten Mitarbeiter beschränken

Die Mittel für die Finanzierung dieser Weiterbildungen müssen Staatlich gegeben sein

Art. 39 Lehr- und Prüfungstätigkeit, Verordnungsermächtigung

- (1) ¹Die Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer bestimmen Gegenstand und Art ihrer Lehrveranstaltungen unter Berücksichtigung der Prüfungs- und Studienordnungen in eigener Verantwortung; die Verpflichtung der zuständigen akademischen Selbstverwaltungseinheit zur Sicherstellung des Lehrangebots bleibt unberührt. ²Die Erfüllung der Lehrverpflichtung der wissenschaftlichen und künstlerischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie der Lehrkräfte für besondere Aufgaben richtet sich unter Berücksichtigung der Prüfungs- und Studienordnungen nach den Anordnungen ihrer Vorgesetzten.
- (2) ¹Der Umfang der dienstrechtlichen Lehrverpflichtung des wissenschaftlichen und künstlerischen Personals an Hochschulen und der Zeitpunkt der Erbringung der Lehrverpflichtung werden durch Rechtsverordnung des Staatsministeriums im Einvernehmen mit dem Staatsministerium der Finanzen und für Heimat fest gelegt, in der die Zuständigkeit für Entscheidungen auf die Hochschule übertragen wird. ²Bei der Festlegung der Lehrverpflichtung werden die unterschiedlichen Dienstverhältnisse und die unterschiedliche Aufgabenstellung der Hochschularten ebenso gewichtet wie der unterschiedliche Zeitaufwand für die Vorbereitung, Durchführung und Nachbearbeitung der verschiedenen Arten von Lehrveranstaltungen in Präsenz- oder Online-Formaten. ³Das Lehrdeputat im Einzelfall legen die

Gesamtlehrdeputat

Hochschulen unter Beachtung der Rechtsverordnung nach Satz 1 und unter Berücksichtigung der individuellen Aufgaben des wissenschaftlichen und künstlerischen Personals fest.⁴Das gesamte Lehrdeputat erbringt das wissenschaftliche und künstlerische Personal nach Maßgabe der jeweiligen Hochschule in allen Bereichen der wissenschaftlichen und künstlerischen Qualifizierung.

- (3) ¹Personen, die Lehrverpflichtungen wahrnehmen, nehmen ihren Erholungsurlaub in der unterrichtsfreien Zeit, es sei denn, dass zwingende dienstliche Gründe entgegenstehen. ²Bei Professorinnen und Professoren, Juniorprofessorinnen und Juniorprofessoren sowie Nachwuchsprofessorinnen und Nachwuchsprofessoren ist der Erholungsurlaub durch die unterrichtsfreie Zeit abgegolten.
- (4) Alle wissenschaftlich oder künstlerisch Tätigen haben nach Maßgabe näherer Regelungen zur Durchführung von Hochschulprüfungen und staatlichen Prüfungen beizutragen.

Art. 40

Nebentätigkeit und Mitarbeiterbeteiligung

- (1) ¹Für beamtetes wissenschaftliches und künstlerisches Personal erlässt das Staatsministerium nach Anhörung der Hochschulen im Einvernehmen mit dem Staatsministerium der Finanzen und für Heimat die Vorschriften nach Art. 85 BayBG. ²Dort können auch die in Art. 82 Abs. 1 Satz 1 Nr. 4 und 5 BayBG aufgeführten genehmigungsfreien Nebentätigkeiten näher bestimmt werden.³Soweit auf beamtetes wissenschaftliches und künstlerisches Personal die Vorschriften über die Arbeitszeit der Beamtinnen und Beamten nicht anzuwenden sind, ist bei ihnen eine Beeinträchtigung dienstlicher Interessen durch eine oder mehrere Nebentätigkeiten in der Regel zu besorgen, wenn diese den zeitlichen Umfang der Dienstaufgaben an durchschnittlich einem individuellen Arbeitstag wöchentlich übersteigen. ⁴Es können auch folgende Tätigkeiten als Nebenamt übertragen werden:

1. im Zusammenhang mit dem Hauptamt stehende Lehr- und Unterrichtstätigkeiten einschließlich der Studiengangsentwicklung und -leitung im Bereich der Weiterbildung (Art. 64), wenn diese über die der Beamtin oder dem Beamten obliegende und auch erbrachte Lehrverpflichtung hinausgehen und nicht mit einer Ermäßigung der Lehrverpflichtung verbunden sind,
2. die Durchführung anwendungsbezogener Forschungs- und Entwicklungsvorhaben der Hochschulen für angewandte Wissenschaften im Auftrag Dritter, wenn der Drittmittelgeber im Rahmen des Finanzierungsplans Mittel für die Gewährung einer Vergütung zur Verfügung stellt und die Beamtin oder der Beamte für die Durchführung dieses Vorhabens keine Ermäßigung der Lehrverpflichtung erhält, sowie
3. Tätigkeiten im Wissens- und Technologietransfer, für die die Beamtin oder der Beamte keine Entlastung im Hauptamt, insbesondere keine Ermäßigung der Lehrverpflichtung erhält und für die der Hochschule Mittel aus den Transferleistungen zur Verfügung stehen.

⁵Die Höhe der Vergütung für die Nebenämter im Sinne von Satz 4 wird – abweichend von Art. 85 Abs. 2 BayBG – von der Hochschule festgesetzt:

1. im Fall des Satzes 4 Nr. 1 im Rahmen der erzielten Einnahmen aus Gebühren und privatrechtlichen Entgelten,
2. im Fall des Satzes 4 Nr. 2 im Rahmen der vom Drittmittelgeber für die Gewährung einer Vergütung zur Verfügung gestellten Mittel,
3. im Fall des Satzes 4 Nr. 3 im Rahmen der aus den Transferleistungen zur Verfügung stehenden Mittel.

⁶Der Umfang der Tätigkeiten im Nebenamt nach Satz 4 darf zusammen mit sonstigen genehmigten Nebentätigkeiten die in Satz 3 geregelte zeitliche Grenze nicht überschreiten. ⁷In den Vorschriften nach Satz 1 kann ferner geregelt werden, dass Tätigkeiten, die im Zusammenhang mit den in Satz 4 genannten Tätigkeiten stehen, auch beamtetem wissenschaftsstützenden Personal als Nebenamt übertragen werden können; Satz 6 gilt entsprechend.

- (2) ¹Die Vorstände der Kliniken und sonstigen klinischen Einrichtungen sowie die Leiterinnen und Leiter der Abteilungen eines Klinikums, die auf Grund genehmigter Nebentätigkeit zur Privatbehandlung oder zur Mitwirkung an der Privatbehandlung berechtigt sind (Liquidationsberechtigte), sind verpflichtet, ärztliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an den hieraus bezogenen Vergütungen angemessen zu beteiligen (Pflichtbeteiligung). ²Dabei werden Verantwortung, Leistung, Erfahrung und Dauer der Zugehörigkeit zur Klinik oder sonstigen klinischen Einrichtung berücksichtigt. ³Eine Beteiligung von nichtärztlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ist zulässig. ⁴In der Krankenversorgung, in der Forschung und in der Lehre sowie zu deren unmittelbaren Unterstützung erbrachte Leistungen können berücksichtigt werden. ⁵Das Nähere wird in den Vorschriften nach Abs. 1 Satz 1 bestimmt. ⁶Dort wird neben der Höhe der Pflichtbeteiligung insbesondere geregelt,

1. dass die Verpflichtung zur Mitarbeiterbeteiligung entfällt, wenn bestimmte Freibeträge nicht überschritten werden,
2. welche Vergütungen unter die Pflichtbeteiligung nach Satz 1 fallen und
3. dass Kommissionen zur Festlegung der Grundsätze der Mitarbeiterbeteiligung und Schiedsstellen zur Überwachung dieser Grundsätze oder Mitarbeiterpools und Verteilungsausschüsse gebildet werden.

⁷Weiter kann dort vorgesehen werden, dass aus dem Mitarbeiterpool auch etwaige Arbeitgeberanteile zur Sozialversicherung zu entnehmen sind. ⁸Die Sätze 1 bis 4 gelten entsprechend für die Leiterinnen und Leiter von klinischen Einrichtungen außerhalb eines Klinikums und von in klinischen Einrichtungen außerhalb eines Klinikums eingerichteten Abteilungen, soweit diese auf Grund genehmigter Nebentätigkeit im Rahmen der Krankenversorgung Entgelte für ärztliche und zahnärztliche Leistungen nach der Gebührenordnung für Ärzte, der Gebührenordnung für Zahnärzte oder entsprechenden Entgeltregelungen abrechnen.

- (3) ¹Soweit die Einnahmen aus Privatbehandlung dem Universitätsklinikum oder der Universität zustehen, sind diese zur Mitarbeiterbeteiligung verpflichtet. ²Unabhängig von deren dienstrechtlicher Stellung müssen ärztliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und können alle sonstigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter jeweils des Bereichs, dessen fachlich verantwortliche Leiterin oder dessen fachlich verantwortlicher Leiter die Privatbehandlung erbracht hat, beteiligt werden; dies gilt nicht für Professorinnen und Professoren, die für Tätigkeiten in diesem Bereich Anspruch auf gesonderte Vergütung haben. ³In der Krankenversorgung, in der Forschung und in der Lehre sowie zu deren unmittelbaren Unterstützung erbrachte Leistungen können berücksichtigt werden. ⁴Verantwortung, Leistung und Erfahrung werden angemessen berücksichtigt. ⁵Von dem jährlichen Nettoliquidationserlös aus

der Privatbehandlung nach Satz 2, der 60 000 € überschreitet, werden 20 %, der 240 000 € überschreitet, 25 %, höchstens jedoch 20 % des jährlichen Nettoliquidationserlöses dem Pool für Mitarbeiterbeteiligung zugeführt. ⁶Die fachlich verantwortliche Leiterin oder der fachlich verantwortliche Leiter kann diesen Pool für Mitarbeiterbeteiligung mit eigenen Mitteln auf Grund Vereinbarung mit dem Klinikum oder der Universität erhöhen. ⁷Die individuelle jährliche Mitarbeiterbeteiligung darf 130 % des jeweiligen Bruttojahresgehalts nicht überschreiten. ⁸Alle im Zusammenhang mit der Mitarbeiterbeteiligung anfallenden sozialversicherungsrechtlichen Abgaben des Arbeitgebers werden aus dem Pool für Mitarbeiterbeteiligung bestritten. ⁹Das Nähere wird durch Satzung bestimmt, in der der Mindestumfang der Beteiligung der Mitarbeitergruppen und nähere Verteilungsgrundsätze geregelt werden. ¹⁰Dar über hinaus können insbesondere Regelungen zur Mitarbeiterbeteiligung in gemeinsamen klinischen Einrichtungen sowie zum Verbund mehrerer Einrichtungen und zum Ausgleich zwischen zusammenwirkenden Einrichtungen getroffen werden. ¹¹Die Satzung kann bestimmen, dass bei der Berechnung des Mitarbeiterpools von Satz 5 insoweit abgewichen wird, als an Stelle des Nettoliquidationserlöses der Bruttoliquidationserlös zugrunde gelegt wird, wenn damit dem Pool für die Mitarbeiterbeteiligung insgesamt nur die Summe zugeführt wird, die bei der Privatliquidation auf Grund der Pflichtbeteiligung verteilt wurde; die Sätze 6 und 7 bleiben dabei unberührt.

Kapitel 2 Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer

Art. 41

Einstellungsvoraussetzungen für Professorinnen und Professoren

- (1) ¹Einstellungsvoraussetzungen für Professorinnen und Professoren an Universitäten sind neben den allgemeinen dienstrechtlichen Voraussetzungen mindestens

1. ein abgeschlossenes Hochschulstudium,
2. pädagogische Eignung,
3. besondere Befähigung zu wissenschaftlicher Arbeit, die in der Regel durch die Qualität einer Promotion nachgewiesen wird, und
4. darüber hinaus zusätzliche wissenschaftliche Leistungen.

Unklar wie die pädagogische Eignung festgestellt werden soll

²Im Bereich der Lehrerbildung soll von Fachdidaktikerinnen und Fachdidaktikern zusätzlich der Erwerb der Befähigung für ein Lehramt im jeweiligen Fach und eine mindestens dreijährige Tätigkeit an einer Schule oder vergleichbaren pädagogischen Einrichtung nachgewiesen werden. ³Die zusätzlichen wissenschaftlichen Leistungen nach Satz 1 Nr. 4 werden im Regelfall durch eine Habilitation oder im Rahmen einer Juniorprofessur erbracht. ⁴Sie können auch durch gleichwertige wissenschaftliche Leistungen, die auch außerhalb des Hochschulbereichs erbracht sein können, nachgewiesen werden. ⁵Die Leitung einer Nachwuchsforschergruppe steht unter den in Art. 82 Abs. 10 Satz 5 genannten Voraussetzungen einer Habilitation gleich. ⁶Bei Tenure-Track-Professuren kann eine perspektivische Bewertung der zu erwartenden wissenschaftlichen Leistungen der Bewerberinnen und Bewerber

bei der Prüfung der Einstellungsvoraussetzung nach Satz 1 Nr. 4 mitberücksichtigt werden. ⁷Bei Professorinnen und Professoren mit ärztlichen, zahnärztlichen oder tierärztlichen Aufgaben ist zusätzlich die Anerkennung als Fachärztin oder Facharzt nachzuweisen, soweit für das betreffende Fachgebiet im Geltungsbereich dieses Gesetzes eine entsprechende Weiterbildung vorgesehen ist.

(2) ¹Einstellungsvoraussetzungen für Professorinnen und Professoren an Kunsthochschulen sind neben den allgemeinen dienstrechtlichen Voraussetzungen mindestens

1. die in Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 und 2 genannten Voraussetzungen,
2. je nach den Anforderungen der Stelle
 - a) die in Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 genannte Voraussetzung oder
 - b) besondere Befähigung zu künstlerischer Arbeit
 und
3. darüber hinaus je nach den Anforderungen der Stelle
 - a) die in Abs. 1 Satz 1 Nr. 4 genannten Voraussetzungen oder
 - b) zusätzliche künstlerische Leistungen.

²Im Bereich der Lehrerbildung gilt Abs. 1 Satz 2 entsprechend. ³Für Tenure-Track-Professuren gilt Abs. 1 Satz 6 entsprechend. ⁴Für künstlerische Tenure-Track-Professuren kann eine perspektivische Bewertung der zu erwartenden künstlerischen Leistungen der Bewerberin oder des Bewerbers bei der Prüfung der Einstellungsvoraussetzung nach Satz 1 Nr. 3 Buchst. b mitberücksichtigt werden. ⁵Soweit es der Eigenart des Fachs und den Anforderungen der Stelle entspricht, kann bei Vorliegen eines besonderen dienstlichen Interesses abweichend von Satz 1 als Professorin oder Professor in anderen als wissenschaftlichen Fächern auch eingestellt werden, wer hervorragende fachbezogene Leistungen in der Praxis und pädagogische Eignung vorweist.

(3) ¹Einstellungsvoraussetzungen für Professorinnen und Professoren an Hochschulen für angewandte Wissenschaften sind neben den allgemeinen dienstrechtlichen Voraussetzungen mindestens

1. die in Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 und 2 genannten Voraussetzungen,
2. je nach Anforderungen der Stelle
 - a) die in Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 genannte Voraussetzung oder
 - b) besondere Befähigung zu künstlerischer Arbeit
 und
3. darüber hinaus besondere Leistungen bei der Anwendung oder Entwicklung wissenschaftlicher Erkenntnisse und Methoden in einer mindestens fünfjährigen beruflichen Praxis, die nach Abschluss des Hochschulstudiums erworben sein muss und von der mindestens drei Jahre außerhalb des Hochschulbereichs ausgeübt worden sein müssen; Zeiten als Referendarin oder Referendar oder als wissenschaftliche oder künstlerische Mitarbeiterin oder als wissenschaftlicher oder künstlerischer Mitarbeiter können insgesamt nur bis zu zwei Jahren angerechnet werden; der Nachweis der außerhalb des Hochschulbereichs ausgeübten beruflichen Praxis kann in besonderen Fällen dadurch erfolgen, dass über einen Zeitraum von mindestens fünf Jahren ein erheblicher Teil der beruflichen Tätigkeit in Kooperation zwischen Hochschule und außerhochschulischer beruflicher Praxis erbracht wurde.

²In besonders begründeten Fällen kann abweichend von Satz 1 Nr. 3 auch eingestellt werden, wer die in Abs. 1 Satz 1 Nr. 4 genannten Voraussetzungen erfüllt oder zusätzliche künstlerische Leistungen nachweist.³In diesen Fällen soll eine mindestens dreijährige berufliche Praxis außerhalb des Hochschulbereichs nachgewiesen werden.⁴Soweit es der Eigenart des Fachs und den Anforderungen der Stelle entspricht, kann bei Vorliegen eines besonderen dienstlichen Interesses an der Gewinnung der Bewerberin oder des Bewerbers abweichend von den Sätzen 1 und 2 als Professorin oder Professor eingestellt werden, wer hervorragende fachbezogene Leistungen in der Praxis und pädagogische Eignung nachweist.⁵Art. 4 Abs. 2 und Art. 52 des Leistungslaufbahngesetzes gelten entsprechend.

Art. 42 Dienstrechtliche Stellung

- (1) ¹Die Professorinnen und Professoren werden in der Regel zu Beamtinnen und Beamten auf Lebenszeit ernannt. ²Die Berufung in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit setzt bei Bewerberinnen und Bewerbern, die noch nicht mindestens drei Jahre hauptberuflich nach Maßgabe des Art. 37 Abs. 4 an einer Hochschule tätig waren, eine mindestens eineinhalbjährige Tätigkeit als Professorin oder Professor im Beamtenverhältnis auf Probe voraus.³Das Staatsministerium kann Ausnahmen zulassen.
- (2) ¹Professorinnen und Professoren können für die Dauer von bis zu sechs Jahren im Beamtenverhältnis auf Zeit ernannt werden. ²Eine erneute Ernennung oder Verlängerung über sechs Jahre hinaus ist im Beamtenverhältnis auf Zeit nicht zulässig; Art. 49 Abs. 2 gilt entsprechend. ³Ein Eintritt in den Ruhestand mit Ablauf der Amtszeit ist ausgeschlossen. ⁴Wird eine Beamtin oder ein Beamter auf Lebenszeit im Geltungsbereich des Bayerischen Beamtengesetzes mit Zustimmung ihres oder seines Dienstherrn zur Professorin oder zum Professor in einem Beamtenverhältnis auf Zeit ernannt, gilt sie oder er für die Dauer dieses Beamtenverhältnisses unter Fortfall der Leistungen ihres oder seines Dienstherrn als beurlaubt. ⁵Ein Beamtenverhältnis auf Zeit kann frühestens nach drei Jahren in ein Beamtenverhältnis auf Lebenszeit umgewandelt werden.⁶War die Professorin oder der Professor bei der Berufung bereits Mitglied der Hochschule, ist die Umwandlung nur in besonderen Ausnahmefällen zulässig. ⁷Die Umwandlung setzt eine Würdigung der fachlichen, pädagogischen und persönlichen Eignung der Professorin oder des Professors durch die Hochschulleitung voraus, die des Einvernehmens mit dem Vertretungsorgan der Mitglieder der zuständigen akademischen Selbstverwaltungseinheit bedarf.⁸Betrifft die Umwandlung den Vorstand einer Klinik oder sonstigen klinischen Einrichtung oder die Leiterin oder den Leiter einer Abteilung eines Klinikums, ist die Stellungnahme der Ärztlichen Direktorin oder des Ärztlichen Direktors beizufügen. ⁹Entsprechend den Vorgaben der Satzung nach Art. 50 Abs. 4 sollen Gutachten eingeholt werden; im Übrigen finden Art. 50 und die Satzung nach Art. 50 Abs. 4 keine Anwendung.
- (3) ¹In besonderen Fällen, insbesondere wenn
1. eine befristete Tätigkeit vorgesehen ist,
 2. die Professorin oder der Professor Teil des ärztlichen Personals der Universitäten und Universitätsklinik ist und mit ihr oder ihm eine privatrechtliche Vereinbarung besteht, die im Sinne des Art. 40 Abs. 3 Satz 2 Halbsatz 2 einen Anspruch auf gesonderte Vergütung begründet, oder

3. wenn die Professorin oder der Professor unternehmerisch, künstlerisch oder in sonstiger Weise wirtschaftlich tätig ist,

kann ein privatrechtliches Dienstverhältnis begründet werden. ²Bei befristeter Tätigkeit gilt Art. 49 Abs. 2 entsprechend.

- (4) ¹Eine Verbeamtung auf Zeit oder eine befristete Beschäftigung als Professorin oder Professor kann auch mit der Zusage verbunden werden, das Dienst- oder Arbeitsverhältnis nach Ablauf einer Bewährungszeit und einer positiven Evaluierung der in Forschung und Lehre erbrachten Leistungen in Form eines Berufungsverfahrens ohne Ausschreibung zu entfristen (Tenure-Track-Professur). ²Gegenstand einer solchen Zusage kann es auch sein, die Professorin oder den Professor nach positiver Evaluierung im Sinne des Satz 1 auf ein anderes besoldungsrechtlich höherwertiges Professorenamt zu berufen. ³Die Hochschulen stellen sicher, dass die zur Erfüllung der Zusagen notwendigen Stellen und Mittel zur Verfügung stehen.
- (4a) Ein Dienst- oder Arbeitsverhältnis im Sinne des Abs. 4 kann mit Zustimmung der oder des Betroffenen abweichend von Abs. 2 Satz 2 um zwölf Monate verlängert werden, wenn es zwischen dem 1. März 2020 und dem 31. März 2021 begründet wurde oder bestand.
- (5) ¹Die Hochschulen können ohne Durchführung eines Berufungsverfahrens jeweils für einen im Voraus begrenzten Zeitraum für bestimmte Aufgaben in Forschung, Lehre, Kunst und Weiterbildung Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer anderer Hochschulen oder Persönlichkeiten aus der wissenschaftlichen oder künstlerischen Praxis, die die Voraussetzungen für eine Professur erfüllen, als Gastprofessorinnen oder Gastprofessoren bestellen. ²Sie führen für die Dauer ihrer Bestellung die Bezeichnung „Gastprofessorin“ oder „Gastprofessor“³Mit Erlöschen, Widerruf oder Rücknahme der Bestellung zur Gastprofessorin oder zum Gastprofessor erlischt auch die Befugnis zur Führung der Bezeichnung „Gastprofessorin“ oder „Gastprofessor“.

Art. 43 Dienstaufgaben

- (1) ¹Professorinnen und Professoren nehmen die ihrer Hochschule jeweils obliegenden Aufgaben in Wissenschaft, Kunst, Forschung, Lehre und Weiterbildung nach näherer Ausgestaltung ihres Dienstverhältnisses selbstständig wahr.²Die Dienstverhältnisse der Professorinnen und Professoren an Hochschulen für angewandte Wissenschaften sind dabei, unbeschadet der Möglichkeit, Forschungsprofessuren nach Satz 6 einrichten zu können, so auszugestalten, dass die anwendungsbezogene Lehre gegenüber der anwendungsbezogenen Forschung den Schwerpunkt der Aufgaben bildet. ³Zu den hauptberuflichen Aufgaben der Professorinnen und Professoren gehören auch:
1. die Wahrnehmung von Aufgaben der Studienreform im Sinne von Art. 55 Abs. 2 und Studienberatung,
 2. die Mitwirkung an Vergabeverfahren beim Hochschulzugang und beim Zugang zum postgradualen Studium sowie bei der Zulassung der Studienbewerberinnen und Studienbewerber,

3. die Abhaltung von Lehrveranstaltungen ihrer Fächer in allen Studiengängen und sonstigen Studienangeboten sowie die Verwirklichung der zur Sicherstellung des Lehrangebots getroffenen Entscheidungen der Hochschulorgane,
4. die Mitwirkung an Hochschulprüfungen sowie an staatlichen Prüfungen, durch die ein Hochschulstudium abgeschlossen wird,
5. die Mitwirkung an der Verwaltung der Hochschule,
6. die Erstattung von Dienstgutachten einschließlich der hierfür erforderlichen Untersuchungen auf Anforderung ihrer Hochschule oder des Staatsministeriums in der Regel ohne besondere Vergütung.

⁴Professorinnen und Professoren, zu deren Aufgaben nach Maßgabe des Dienstverhältnisses die Wahrnehmung von Aufgaben in der Krankenversorgung in der Hochschule und im Klinikum gehört, werden in der Krankenversorgung, soweit dies zu deren Sicherstellung erforderlich ist, unbeschadet des Satzes 1 nach den Anordnungen der Leitung der Klinik oder klinischen Einrichtung tätig, es sei denn, ihnen ist von der Leitung der Klinik oder klinischen Einrichtung die Verantwortung für die ärztliche Behandlung einer Patientin oder eines Patienten übertragen worden. ⁵Professorinnen und Professoren an Universitäten und Kunsthochschulen kann abweichend von Satz 1 als Dienstaufgabe eine überwiegende Tätigkeit in der Lehre übertragen werden (Lehrprofessuren). ⁶Professorinnen und Professoren kann abweichend von Satz 1 als Dienstaufgabe eine überwiegende oder ausschließliche Tätigkeit in der Forschung übertragen werden (Forschungsprofessuren); die Übertragung ist zu befristen. ⁷Ist die Erstellung eines Dienstgutachtens mit besonderem Aufwand oder besonderen Schwierigkeiten verbunden und wird dies nicht durch eine Entlastung im Hauptamt ausgeglichen, kann das Staatsministerium im Einvernehmen mit dem Staatsministerium der Finanzen und für Heimat hierfür eine angemessene zusätzliche Vergütung festsetzen.

Bevorzugung Forschungsprofessuren gegen Lehrprofessuren

- (2) Professorinnen und Professoren können nach ihrer Anhörung und nach Anhörung der beteiligten Hochschulen durch das Staatsministerium verpflichtet werden, Lehrveranstaltungen in dem von ihnen vertretenen Fach an einer anderen staatlichen Hochschule abzuhalten und Prüfungen abzunehmen, soweit dies zur Gewährleistung des Lehrangebots oder im Rahmen des Zusammenwirkens von Hochschulen des Landes erforderlich ist.
- (3) ¹Art und Umfang der von der einzelnen Professorin oder dem einzelnen Professor wahrzunehmenden Aufgaben richten sich unter Beachtung der Abs. 1 und 2 nach der Ausgestaltung des Dienstverhältnisses und der Funktionsbeschreibung der Stelle. ²Bei der Funktionsbeschreibung von Planstellen für Professorinnen und Professoren der Besoldungsgruppe W 3 an Universitäten und Kunsthochschulen ist insbesondere eine angemessene fachliche Breite vorzusehen (Lehrstuhl). ³Bei Tenure-Track-Professuren hat die Ausgestaltung des Dienstverhältnisses und der Funktionsbeschreibung auf die Notwendigkeit einer Bewährung im Rahmen der Befristung Rücksicht zu nehmen.

Art. 44

Beamtenrechtliche Sonderregelungen, Verordnungsermächtigung

- (1) ¹Die laufbahnrechtlichen Vorschriften sowie die Vorschriften über die dienstliche Beurteilung mit Ausnahme der Probezeitbeurteilung (Art. 42 Abs. 1 Satz 2 und 3), über den einstweiligen Ruhestand und über die Arbeitszeit mit Ausnahme der Vorschriften über den

Verlust der Bezüge wegen nicht genehmigten verschuldeten Fernbleibens vom Dienst sind auf Professorinnen und Professoren nicht anzuwenden.²Erfordert der Aufgabenbereich einer Hochschuleinrichtung eine regelmäßige oder planmäßige Anwesenheit, können die Vorschriften über die Arbeitszeit durch Rechtsverordnung im Einvernehmen mit dem Staatsministerium der Finanzen und für Heimat für anwendbar erklärt werden.³Die Art. 88 bis 92 BayBG finden entsprechende Anwendung.⁴Abweichend von Art. 88 Abs. 2 Satz 2 BayBG wird das Staatsministerium ermächtigt, allgemeine Ausnahmen zuzulassen.

- (2) ¹Professorinnen und Professoren können nur mit ihrer Zustimmung abgeordnet oder versetzt werden. ²Abordnung und Versetzung in ein gleichwertiges Amt an einer anderen Hochschule sind auch ohne Zustimmung der Professorin oder des Professors zulässig, wenn
1. die Hochschule oder die Hochschuleinrichtung, an der sie oder er tätig ist, aufgelöst oder mit einer anderen Hochschule zusammengeschlossen wird, oder
 2. wenn die Studien- oder Fachrichtung, in der sie oder er tätig ist, ganz oder teilweise aufgegeben oder an eine andere Hochschule verlegt wird.

³In diesen Fällen ist das Verfahren nach Art. 50 nicht anzuwenden, eine Mitwirkung der aufnehmenden Hochschule oder Hochschuleinrichtung bei der Einstellung beschränkt sich auf eine Anhörung.

- (3) ¹Zur Professorin oder zum Professor darf nicht ernannt werden, wer das 52. Lebensjahr bereits vollendet hat. ²Das Staatsministerium kann in dringenden Fällen im Einvernehmen mit dem Staatsministerium der Finanzen und für Heimat Ausnahmen zulassen.

Die Bedingung des 52. Lebensjahrs ist veraltet

- (4) ¹Abweichend von Art. 63 Abs. 2 Satz 1 Halbsatz 2 BayBG soll der Antrag von Professorinnen und Professoren, den Eintritt in den Ruhestand über die gesetzlich festgesetzte Altersgrenze hinauszuschieben, spätestens ein Jahr vor Erreichen der gesetzlich festgesetzten Altersgrenze gestellt werden.²Dies gilt für den Antrag, den Eintritt in den Ruhestand um ein weiteres Jahr hinauszuschieben, entsprechend.

- (5) ¹Das Staatsministerium kann auf Antrag einer Professorin oder eines Professors in Ausnahme fällen im Einvernehmen mit dem Staatsministerium der Finanzen und für Heimat anordnen, dass das Beamtenverhältnis einer oder eines in ein öffentlich-rechtliches Dienst- oder Amtsverhältnis zu einem anderen Dienstherrn tretenden Professorin oder Professors neben dem neuen Dienstverhältnis bestehen bleibt, sofern sich der neue Dienstherr hiermit einverstanden erklärt und die Hochschule zustimmt. ²Die oberste Dienstbehörde einer Beamtin oder eines Beamten, die oder der in ein Beamtenverhältnis einer Professorin oder eines Professors eines anderen Dienstherrn tritt, kann auf Antrag der Beamtin oder des Beamten im Einvernehmen mit dem neuen Dienstherrn die Fortdauer des Beamtenverhältnisses neben dem neuen Dienstverhältnis anordnen.³Im staatlichen Bereich bedarf es der Zustimmung des Staatsministeriums der Finanzen und für Heimat. ⁴Ist neuer Dienstherr der Freistaat Bayern, so vertritt ihn das Staatsministerium im Einvernehmen mit dem Staatsministerium der Finanzen und für Heimat.

- (6) Professorinnen und Professoren stehen auch nach dem Eintritt in den Ruhestand die mit der Lehrbefugnis verbundenen Rechte zur Abhaltung von Lehrveranstaltungen und zur Beteiligung an Prüfungsverfahren zu.

Art. 45 **Freistellung von Dienstaufgaben**

- (1) Für die Dauer von in der Regel einem Semester kann die Hochschule Professorinnen und Professoren
1. an Universitäten sowie in wissenschaftlichen Fächern an Kunsthochschulen unter Berücksichtigung ihrer Leistungen in Forschung und Lehre zur Förderung ihrer dienstlichen Forschungstätigkeit,
 2. an Kunsthochschulen unter Berücksichtigung ihrer Leistungen in Forschung, Kunst und Lehre zur Förderung künstlerischer Entwicklungsvorhaben,
 3. an Hochschulen für angewandte Wissenschaften unter Berücksichtigung ihrer Leistungen in der Lehre und in der anwendungsbezogenen Forschung für eine ihrer Fortbildung dienlichen praxisbezogene Tätigkeit oder für die Durchführung anwendungsbezogener Forschungs- und Entwicklungsvorhaben

von der Verpflichtung zur Abhaltung von Lehrveranstaltungen unter Belassung ihrer Bezüge befreien.

- (2) ¹Eine Freistellung unter Belassung der Dienstbezüge im Umfang von in der Regel zwei Semestern kann Professorinnen und Professoren auch für wirtschaftliche Tätigkeiten einschließlich Unternehmensgründungen gewährt werden, die mit Aufgaben der jeweiligen Hochschule in den Bereichen Forschung, künstlerische Entwicklung sowie Wissens- und Technologietransfer zusammenhängen (Gründungsfreisemester). ²Die Freistellung nach Satz 1 erteilt die Hochschule im Benehmen mit dem Staatsministerium. ³Das Recht der Professorinnen und Professoren, sich wirtschaftlich zu betätigen, insbesondere sich an Unternehmen zu beteiligen oder diese zu gründen, richtet sich nach den allgemeinen Vorschriften und erfolgt, soweit Professorinnen und Professoren Beamtinnen oder Beamte sind, innerhalb der Vorgaben des Nebentätigkeitsrechts.
- (3) ¹Eine Freistellung nach den Abs. 1 und 2 setzt insbesondere voraus, dass durch sie die vollständige und ordnungsgemäße Durchführung der Lehre einschließlich der Prüfungen und die Betreuung der Studierenden und von wissenschaftlichen Arbeiten nicht beeinträchtigt wird. ²Der Umfang der Freistellung darf im Semester ein Zehntel der besetzten Planstellen für Professorinnen und Professoren nicht überschreiten. ³Wird für die während einer Freistellung ausgeübte Tätigkeit auf privatrechtlicher Grundlage eine Vergütung oder geldwerte Leistung gewährt, soll die Ablieferung dieser Vergütung oder geldwerten Leistung an den Dienstherrn im Hauptamt insoweit gefordert werden, als sie ein Drittel der Dienstbezüge der Professorin oder des Professors übersteigen. ⁴Von Arbeitgebern der öffentlichen Hand gewährte Vergütungen oder geldwerte Leistungen sind vollständig an den Dienstherrn im Hauptamt abzuliefern. ⁵Satz 2 gilt nicht für Nebenamtsvergütungen im Sinne des Art. 40 Abs. 1 Satz 4 und 5.

Gründungsfreisemester

Art. 46 **Bezeichnung „Professorin“ oder „Professor“**

- (1) ¹Die Professorinnen und Professoren im Beamtenverhältnis auf Lebenszeit können nach dem Ausscheiden aus der Hochschule wegen Eintritts in den Ruhestand die Bezeichnung

„Professorin“ oder „Professor“ als akademische Würde führen.²Bei einem Ausscheiden aus sonstigen Gründen bedarf die Führung dieser Bezeichnung der Zustimmung der Hochschulleitung, die versagt werden kann, wenn die Führung dieser Bezeichnung, insbesondere im Hinblick auf die Dauer der Tätigkeit oder der zum Ausscheiden führenden Gründe, nicht angemessen ist.³Professorinnen und Professoren im Beamtenverhältnis auf Zeit haben das Recht nach Satz 1 nach einer Dienstzeit als Professorin oder Professor im Beamtenverhältnis auf Zeit von mindestens sechs Jahren, sofern während dieser Zeit die Tätigkeit tatsächlich ausgeübt wurde.⁴Tenure-Track-Professorinnen und Tenure-Track Professoren haben dieses Recht unter diesen Voraussetzungen nur, wenn die Hochschule dies im Zeitpunkt der Berufung der oder dem zu Berufenden gegenüber schriftlich zusichert.⁵Die Führung der Bezeichnung kann vom Senat der Hochschule wegen Unwürdigkeit untersagt werden.

- (2) ¹Professorinnen und Professoren, die in einem privatrechtlichen Dienstverhältnis stehen, können die Amtsbezeichnung der entsprechenden beamteten Professorinnen und Professoren als Berufsbezeichnung führen, solange das Dienstverhältnis dauert. ²Scheiden unbefristet beschäftigte Professorinnen und Professoren wegen Erreichens der Altersgrenze oder wegen Dienstunfähigkeit aus, dürfen sie die Bezeichnung „Professorin“ oder „Professor“ als akademische Würde führen.³Im Übrigen gilt Abs. 1 Satz 2 entsprechend. ⁴Für befristet beschäftigte Professorinnen und Professoren gilt Abs. 1 Satz 3 entsprechend. ⁵Abs. 1 Satz 4 ist jeweils entsprechend anzuwenden.
- (3) Professorinnen und Professoren der Besoldungsgruppe W 3 an Universitäten und Kunsthochschulen sind befugt, den Titel „Ordinarius“, Professorinnen und Professoren der Besoldungsgruppe W 2 an Universitäten den Titel „Extraordinarius“ zu führen.

Art. 47

Einstellungsvoraussetzungen für Juniorprofessorinnen und Juniorprofessoren

- (1) ¹Einstellungsvoraussetzungen für Juniorprofessorinnen und Juniorprofessoren in wissenschaftlichen Fächern sind neben den allgemeinen dienstrechtlichen Voraussetzungen mindestens
1. ein abgeschlossenes Hochschulstudium,
 2. pädagogische Eignung,
 3. eine besondere Befähigung zu wissenschaftlicher Arbeit, die in der Regel durch die herausragende Qualifikation einer Promotion nachgewiesen wird.

Unklar wie die pädagogische Eignung festgestellt werden soll

Anforderung an Juniorprofessur:innen ist mit „herausragend“ höher als an reguläre Professor:innen

²Art. 41 Abs. 1 Satz 7 gilt als Sollvorschrift entsprechend. ³Einstellungsvoraussetzung für künstlerische Juniorprofessorinnen und Juniorprofessoren ist neben den allgemeinen dienstrechtlichen Voraussetzungen und den in Satz 1 Nr. 1 und 2 genannten Voraussetzungen die besondere Befähigung zu künstlerischer Arbeit. ⁴Soweit es der Eigenart des Fachs und den Anforderungen der Stelle entspricht, kann bei Vorliegen eines besonderen dienstlichen Interesses abweichend von Art. 41 Abs. 2 Satz 1 als künstlerische Juniorprofessorin oder als künstlerischer Juniorprofessor auch eingestellt werden, wer hervorragende fachbezogene Leistungen in der Praxis und pädagogische Eignung vorweist. ⁵Sofern vor oder nach der Promotion eine Beschäftigung als wissenschaftliche oder künstlerische Mitarbeiterin oder

wissenschaftlicher oder künstlerischer Mitarbeiter oder als wissenschaftliche Hilfskraft erfolgt ist, sollen Promotions- und Beschäftigungsphase zusammen nicht mehr als sechs Jahre, im Bereich der Medizin oder klinischen Psychologie nicht mehr als neun Jahre betragen haben. ⁶Verlängerungen nach § 2 Abs. 5 Satz 1 Nr. 1 und 3 bis 5 des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes (WissZeitVG) bleiben hierbei außer Betracht. ⁷§ 2 Abs. 3 Satz 1 WissZeitVG gilt entsprechend.

Die Anwendung des WissZeitVG ist hier nicht tragbar

- (2) ¹Juniorprofessorinnen und Juniorprofessoren werden in der ersten Phase der Juniorprofessur grundsätzlich für die Dauer von bis zu vier Jahren zu Beamtinnen oder Beamten auf Zeit ernannt. ²Das Beamtenverhältnis einer Juniorprofessorin oder eines Juniorprofessors soll mit ihrer oder seiner Zustimmung vor dem Ablauf der ersten Phase um drei Jahre verlängert werden, wenn sie oder er sich als Hochschullehrerin oder Hochschullehrer bewährt hat. ³Diese Bewährung ist durch eine Evaluierung der Leistungen in Forschung und in der Lehre sowie auf der Grundlage von Gutachten festzustellen, die von Professorinnen und Professoren des betreffenden Faches oder fachnahen Professorinnen und Professoren an anderen Hochschulen eingeholt werden. ⁴Etwaige Vorschläge der Juniorprofessorin oder des Juniorprofessors für die Bestellung von Gutachtern können berücksichtigt werden. ⁵Andernfalls kann das Beamtenverhältnis mit Zustimmung der Juniorprofessorin oder des Juniorprofessors um bis zu ein Jahr verlängert werden. ⁶In besonderen Ausnahmefällen ist eine Verlängerung abweichend von Abs. 2 Satz 2 um bis zu zwei weitere Jahre zulässig. ⁷Über die Verlängerung des Beamtenverhältnisses entscheidet die Hochschulleitung auf Vorschlag der zuständigen akademischen Selbstverwaltungseinheit. ⁸Im Übrigen ist eine weitere Verlängerung abgesehen von den Fällen des Art. 49 Abs. 2 und 3 nicht zulässig. ⁹Dies gilt auch für eine erneute Einstellung als Juniorprofessorin oder Juniorprofessor. ¹⁰Ein Eintritt in den Ruhestand mit Ablauf der Dienstzeit ist ausgeschlossen. ¹¹Wird eine Beamtin oder ein Beamter auf Lebenszeit mit Zustimmung seines Dienstherrn als Juniorprofessorin oder Juniorprofessor ernannt, gilt sie oder er für die Dauer seines Dienstverhältnisses als Juniorprofessorin oder Juniorprofessor unter Fortfall der Leistungen des Dienstherrn als beurlaubt.
- (2a) ¹Das Dienstverhältnis eines Juniorprofessors oder einer Juniorprofessorin kann abweichend von Abs. 2 Satz 6 mit seiner oder ihrer Zustimmung um zwölf Monate verlängert werden, wenn das Dienstverhältnis zwischen dem 1. März 2020 und dem 31. März 2021 begründet wurde oder bestand. ²Für Juniorprofessoren und Juniorprofessorinnen in privatrechtlichen Dienstverhältnissen gilt Satz 1 entsprechend.
- (3) ¹Mit der Berufung in das Beamtenverhältnis ist das Recht verbunden, die Bezeichnung „Professorin“ oder „Professor“ als akademische Würde zu führen. ²Nach dem Ausscheiden aus dem Dienstverhältnis darf diese Bezeichnung nicht weitergeführt werden. ³Art. 82 Abs. 10 Satz 3 bleibt unberührt.
- (4) ¹Wird die Juniorprofessur nach Maßgabe des Art. 42 Abs. 4 ausgeschrieben (Tenure-Track Juniorprofessur), so kann die Bewährungsentscheidung nach Abs. 2 Satz 2 mit der Zwischenevaluierung nach Maßgabe eines Qualitätssicherungskonzeptes der Hochschule verbunden werden. ²Über die Bewährung nach Abs. 2 Satz 2 wird dabei gesondert befunden. ³Im Falle der positiven Zwischenevaluierung nach Satz 1 kann die Juniorprofessur abweichend von Abs. 2 Satz 2 um bis zu vier Jahre verlängert werden. ⁴Eine weitere Verlängerung ist abweichend von Abs. 2 Satz 6 nach negativer Endevaluierung um bis zu zwei Jahre möglich, wenn der Juniorprofessorin oder dem Juniorprofessor ein strukturiertes Ausgliederungsangebot zum Zwecke der Umorientierung unterbreitet wird.

- (5) ¹Im befristeten privatrechtlichen Arbeitsverhältnis darf die Juniorprofessur insgesamt sechs Jahre umfassen.²Eine Verlängerung ist nicht möglich; Abs. 3 gilt entsprechend.
- (6) ¹Juniorprofessorinnen und Juniorprofessoren haben die Aufgabe, sich durch die selbstständige Wahrnehmung der ihrer Hochschule jeweils obliegenden Aufgaben in Wissenschaft, Forschung und Lehre sowie Weiterbildung für die Berufung auf eine Professur an einer Universität oder gleichgestellten Hochschule zu qualifizieren. ²Im Übrigen sind auf Juniorprofessorinnen und Juniorprofessoren die Bestimmungen des Art. 43 mit der Maßgabe anzuwenden, dass die Erstattung von Gutachten in Berufungsverfahren und zur Feststellung der Bewährung von Juniorprofessoren und Juniorprofessorinnen als Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer nicht zu den hauptberuflichen Aufgaben gehört.

Art. 48

Nachwuchsprofessorinnen und Nachwuchsprofessoren

- (1) ¹Im Rahmen einer Nachwuchsprofessur an Hochschulen für angewandte Wissenschaften können geeignete Bewerberinnen und Bewerber die ihnen noch fehlenden Einstellungsvoraussetzungen für eine Professur an einer Hochschule für angewandte Wissenschaften nach Art. 41 Abs. 3 Satz 1 Nr. 2 und 3 erwerben. ²Im Übrigen gilt für die Dienstaufgaben der Nachwuchsprofessorinnen und Nachwuchsprofessoren Art. 47 Abs. 6 entsprechend.
- (2) ¹Einstellungsvoraussetzung für Nachwuchsprofessorinnen und Nachwuchsprofessoren an Hochschulen für angewandte Wissenschaften sind neben den allgemeinen dienstrechtlichen
1. die in Art. 41 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 und 2 genannten Voraussetzungen und
 2. eine der in Art. 41 Abs. 3 Satz 1 Nr. 2 und 3 genannten Voraussetzungen.
- ²Art. 47 Abs. 1 Satz 4 bis 6 gilt für bereits promovierte Bewerberinnen und Bewerber entsprechend.
- (3) ¹Nachwuchsprofessorinnen und Nachwuchsprofessoren können für eine Dauer von mindestens drei und höchstens sechs Jahren im Beamtenverhältnis auf Zeit oder im privatrechtlichen Arbeitsverhältnis beschäftigt werden. ²Art. 47 Abs. 2 Satz 1, Abs. 3 und 4 gilt entsprechend. ³Am Ende des festgelegten Zeitraums stellt die Hochschule soweit erforderlich fest, dass die noch fehlende Einstellungsvoraussetzung im Sinne des Art. 41 Abs. 3 Satz 1 Nr. 2 und 3 erbracht wurde.
- (4) Wird die Nachwuchsprofessur nach Maßgabe des Art. 42 Abs. 4 ausgeschrieben (Tenure Track-Nachwuchsprofessur), würdigt am Ende der festgelegten Dauer des Beamten- oder Arbeitsverhältnisses die Hochschule die Qualität der Promotion und die in der beruflichen Praxis erbrachten Leistungen.

Art. 49**Dienstrechtliche Sonderregelungen für Juniorprofessorinnen,
Juniorprofessoren, Nachwuchsprofessorinnen und
Nachwuchsprofessoren**

(1) ¹Die laufbahnrechtlichen Vorschriften sowie die Vorschriften über die dienstliche Beurteilung und über den einstweiligen Ruhestand sind auf Juniorprofessorinnen, Juniorprofessoren, Nachwuchsprofessorinnen und Nachwuchsprofessoren nicht anzuwenden. ²Auf sie finden die Vorschriften über die Arbeitszeit mit Ausnahme der Vorschriften über den Verlust der Bezüge wegen nicht genehmigten verschuldeten Fernbleibens vom Dienst keine Anwendung; Art. 44 Abs. 1 Satz 2 bis 4 und Abs. 2 ist entsprechend anzuwenden. ³Im Übrigen gelten, soweit dieses Gesetz nichts anderes bestimmt, die Vorschriften für Beamte auf Lebenszeit entsprechend.

(2) ¹Das Beamtenverhältnis auf Zeit von Juniorprofessorinnen, Juniorprofessoren, Nachwuchsprofessorinnen und Nachwuchsprofessoren wird, sofern dienstliche Gründe nicht entgegenstehen, auf Antrag der Beamtin oder des Beamten aus den in Satz 2 genannten Gründen verlängert. ²Gründe für eine Verlängerung sind:

1. Beurlaubung nach den Art. 89 und 90 BayBG,
2. Beurlaubung nach Art. 93 Abs. 4 und Art. 94 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 BayBG,
3. Beurlaubung für eine wissenschaftliche oder künstlerische Tätigkeit, für ein Stipendium oder eine außer halb des Hochschulbereichs oder im Ausland durchgeführte wissenschaftliche, künstlerische oder berufliche Aus-, Fort- oder Weiterbildung,
4. Grundwehr- und Zivildienst oder
5. Inanspruchnahme von Elternzeit nach dem Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz oder Beschäftigungsverbote nach dem Mutterschutzgesetz in der jeweils geltenden Fassung in dem Umfang, in dem eine Erwerbstätigkeit nicht erfolgt ist.

Verlängerung ist auch zu gewähren wenn bei Umständen wie in Art. 89 f keine Beurlaubung sonder z.B. nur Teilzeit stattfand

³Satz 1 gilt entsprechend im Fall einer

1. Teilzeitbeschäftigung,
2. Ermäßigung der Arbeitszeit nach Art. 94 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 BayBG oder
3. Freistellung zur Wahrnehmung von Aufgaben in einer Personal- oder Schwerbehindertenvertretung oder zur Wahrnehmung von Aufgaben als Beauftragte oder Beauftragter für die Gleichstellung von Frauen in der Wissenschaft der Hochschule oder einer Fakultät,

wenn die Ermäßigung mindestens ein Fünftel der regelmäßigen Arbeitszeit betrug. ⁴Eine Verlängerung darf den Umfang der Beurlaubung, Freistellung oder Ermäßigung der Arbeitszeit und in den Fällen des Satzes 2 Nr. 1 bis 3 und des Satzes 3 die Dauer von jeweils zwei Jahren nicht überschreiten. ⁵Mehrere Verlängerungen nach Satz 2 Nr. 1 bis 4 und Satz 3 dürfen insgesamt die Dauer von drei Jahren nicht überschreiten. ⁶Verlängerungen nach Satz 2 Nr. 5 dürfen, auch wenn sie mit anderen Verlängerungen zusammentreffen, insgesamt vier Jahre nicht überschreiten.

(3) Unabhängig von den in Abs. 2 geregelten Verlängerungsmöglichkeiten soll das Beamtenverhältnis auf Zeit von Juniorprofessorinnen, Juniorprofessoren, Nachwuchsprofessorinnen

und Nachwuchsprofessoren auf Antrag der Beamtin oder des Beamten bei Betreuung eines oder mehrerer Kinder unter 18 Jahren um zwei Jahre je betreutem Kind verlängert werden, soweit dienstliche Gründe nicht entgegenstehen und die Verlängerung notwendig ist, um die nach Art. 41 Abs. 1 Satz 1 Nr. 4 erforderlichen zusätzlichen wissenschaftlichen Leistungen erfolgreich nachzuweisen.

Art. 50

Berufung von Professorinnen, Professoren, Juniorprofessorinnen, Juniorprofessoren, Nachwuchsprofessorinnen und Nachwuchsprofessoren

- (1) ¹Ist oder wird eine Stelle für Professorinnen, Professoren, Juniorprofessorinnen, Juniorprofessoren, Nachwuchsprofessorinnen und Nachwuchsprofessoren (Professur) frei, prüft und entscheidet die Hochschulleitung, ob und gegebenenfalls in welcher fachlichen Ausrichtung die Stelle wiederbesetzt werden soll.²Dabei wird auch entschieden, ob die Stelle als Tenure-Track-Professur ausgeschrieben werden soll. ³Das Vertretungsorgan der Mitglieder der zuständigen akademischen Selbstverwaltungseinheiten wird gehört.⁴Bei Professuren, die Aufgaben in der Krankenversorgung wahrnehmen, wird auch der Klinikumsvorstand gehört.⁵Die Hochschulen informieren das Staatsministerium rechtzeitig vor der Veröffentlichung über die Ausschreibung. ⁶Untersagt das Staatsministerium die Ausschreibung nicht innerhalb von drei Werktagen nach Eingang der vollständigen Unterlagen oder erteilt es hierfür Maßgaben, weil dies insbesondere aus hochschul- oder wissenschaftspolitischen Gründen erforderlich ist, kann die Ausschreibung veröffentlicht werden.
- (2) ¹Die Hochschulleitung bestellt für jedes Berufungsverfahren in der Regel eine Professorin oder einen Professor als Berichterstatterin oder Berichterstatter. ²Die Berichterstatterin oder der Berichterstatter begleitet das Berufungsverfahren, ist zur Teilnahme an Sitzungen des Berufungsausschusses berechtigt, nimmt an den Beratungen in den für die Behandlung des Berufungsvorschlags zuständigen Gremien teil und nimmt zum Berufungsvorschlag Stellung. ³Alle an der Vorbereitung und Behandlung des Berufungsvorschlags Beteiligten sind verpflichtet, auf eine möglichst rasche Besetzung der Professur hinzuwirken.
- (3) ¹Professuren sind öffentlich und in der Regel international auszuschreiben. ²Die Entscheidung über die Aufstellung des Berufungsvorschlags trifft ein von Hochschulleitung und dem beschließenden Organ der zuständigen akademischen Selbstverwaltungseinheit gemeinsam gebildeter Berufungsausschuss, in dem die Gruppe der Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer über die Mehrheit der Stimmen verfügt und dem mindestens angehören:
1. eine Vertreterin oder ein Vertreter der Gruppe der wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, 2. eine Vertreterin oder ein Vertreter der Gruppe der Studierenden,
 3. die oder der jeweils zuständige Beauftragte für die Gleichstellung von Frauen in der Wissenschaft und
 4. mindestens eine auswärtige Professorin oder ein auswärtiger Professor; an Kunsthochschulen kann dies bei der Berufung künstlerischer Professuren auch ein auswärtiger Experte sein.

Paritätische Beteiligung
aller Statusgruppen mit
50% +1 Regelung für
Hochschullehrer

³Dem Berufungsausschuss soll mindestens eine Professorin angehören, die nicht zugleich eine Beauftragte für die Gleichstellung von Frauen in der Wissenschaft der Hochschule

ist.⁴Die Professorin kann zugleich auswärtiges Mitglied nach Satz 2 Nr. 4 sein. ⁵Sind mit der zu besetzenden Professur Aufgaben im Universitätsklinikum verbunden, ist die Ärztliche Direktorin oder der Ärztliche Direktor oder eine von dieser oder diesem bestimmte fachkundige Person berechtigt, beratend an den Ausschusssitzungen teilzunehmen.

- (4) ¹Die Hochschulen regeln die Ausschreibung von Professuren und das Berufungsverfahren in einer Berufungssatzung, die der Einwilligung des Staatsministeriums bedarf. ²Die Berufungssatzung regelt insbesondere:
1. in welchen Fällen unter Beachtung des verfassungsrechtlichen Grundsatzes der Bestenauslese von einer Ausschreibung abgesehen werden darf; dies ist in der Regel dann möglich, wenn für die Besetzung der Professur eine in besonderer Weise qualifizierte Persönlichkeit zur Verfügung steht, deren Gewinnung im Hinblick auf die Stärkung der Qualität und Profilbildung im besonderen Interesse der Hochschule liegt (Leuchtturمبرufung),
 2. in welchen Fällen unter Beachtung des verfassungsrechtlichen Grundsatzes der Bestenauslese das Berufungs- durch ein Findungsverfahren ersetzt werden kann und die Ausgestaltung dieses Verfahrens,
 3. über Abs. 3 hinausgehende Anforderungen an die Zusammensetzung der Berufungsausschüsse,
 4. das Verfahren, in dem der Berufungsvorschlag aufgestellt und der Hochschulleitung zur Entscheidung vor gelegt wird,
 5. in welchen Fällen auch Mitglieder der Hochschule in den Berufungsvorschlag aufgenommen werden dürfen und
 6. Maßnahmen, mit denen im Berufungsverfahren auf eine Erhöhung des Anteils der Frauen in der Wissenschaft hingewirkt wird.

³Der oder dem Beauftragten für die Gleichstellung von Frauen in der Wissenschaft ist die Möglichkeit einzuräumen, ein abweichendes Votum abzugeben.

- (5) ¹Über die Berufung entscheidet die Präsidentin oder der Präsident ohne Bindung an die Reihung des Berufungsvorschlags. ²Sie oder er kann den Berufungsvorschlag insgesamt zurückgeben. ³Die Präsidentin oder der Präsident gibt der zuständigen akademischen Selbstverwaltungseinheit Gelegenheit, zu ihren oder seinen Entscheidungen nach diesem Absatz Stellung zu nehmen.
- (6) ¹Berufungsvorschläge für die Berufung von Professorinnen und Professoren der Theologie, Religionspädagogik und Didaktik des Religionsunterrichts werden von der akademischen Selbstverwaltungseinheit für Theologie des gleichen Bekenntnisses der nächstgelegenen Hochschule erstellt, wenn an der Hochschule keine akademische Selbstverwaltungseinheit für Theologie des gleichen Bekenntnisses besteht. ²Die vorhandenen Professorinnen und Professoren der Theologie, Religionspädagogik und Didaktik des Religionsunterrichts gehören den jeweiligen Berufungsausschüssen dieser akademischen Selbstverwaltungseinheit der nächstgelegenen Hochschulen an. ³Art. 3 § 4 des Konkordats zwischen seiner Heiligkeit Papst Pius XI. und dem Staate Bayern sowie Art. 3 und 4 des Vertrages zwischen dem Bayerischen Staate und der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern rechts des Rheins bleiben unberührt.
- (7) ¹Auf Vorschlag des Vertretungsorgans der Mitglieder der zuständigen akademischen Selbstverwaltungseinheit kann die Hochschulleitung, soweit das Klinikum betroffen ist im Einvernehmen mit der Ärztlichen Direktorin oder dem Ärztlichen Direktor, befristet bis zur

beabsichtigten Besetzung von Stellen für Professorinnen oder Professoren geeignete Personen als Professorinnen oder Professoren beschäftigen. ²Liegt der Präsidentin oder dem Präsidenten der Berufungsvorschlag für die Wiederbesetzung einer Professur noch nicht vor, darf die bisherige Stelleninhaberin oder der bisherige Stelleninhaber nicht nach Satz 1 beschäftigt werden.

- (8) ¹Zusagen über die Ausstattung von Professuren stehen unter dem Vorbehalt der Mittelbewilligung durch den Landtag sowie staatlicher Maßgaben zur Verteilung von Stellen und Mitteln. ²Die Ausstattung einer Professur wird grundsätzlich befristet gewährt.

Art. 51 Gemeinsame Berufungen

- (1) ¹Die Hochschulen können mit außeruniversitären Forschungseinrichtungen zur Förderung und Intensivierung ihrer personellen und fachlichen Zusammenarbeit in Forschung und Lehre gemeinsame Berufungen durchführen. ²Die Ausgestaltung des gemeinsamen Berufungsverfahrens regeln die Hochschulen mit den außer universitären Forschungseinrichtungen durch öffentlich-rechtliche Vereinbarung.
- (2) Die nach Abs. 1 berufenen Personen sind Mitglieder der Hochschule in der Gruppe der Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer und verpflichtet, Aufgaben in der Lehre im Umfang von mindestens zwei Semesterwochenstunden wahrzunehmen.
- (3) ¹Die Hochschulen können Personen, die die Einstellungs Voraussetzungen nach Art. 41 erfüllen, aufgrund eines gemeinsamen Berufungsverfahrens nach Abs. 1 abweichend von Art. 42 ohne Begründung eines Beamten- oder Beschäftigungsverhältnisses für die Dauer der Beschäftigung bei der außeruniversitären Forschungseinrichtung die Eigenschaft eines Mitglieds der Hochschule in der Gruppe der Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer verleihen. ²Die nach Satz 1 Berufenen haben das Recht, für die Dauer des Beschäftigungsverhältnisses an der außeruniversitären Forschungseinrichtung den Titel „Professorin“ oder „Professor“ zu führen. ³Nähere Regelungen kann die Grundordnung treffen.

Art. 52 Honorarprofessorinnen und Honorarprofessoren

- (1) ¹Die Präsidentin oder der Präsident der Hochschule kann Personen zur Honorarprofessorin oder zum Honorarprofessor bestellen, die
1. die Einstellungs voraussetzung nach Art. 41 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 erfüllen und den Qualifikationsanforderungen an Professorinnen und Professoren der betreffenden Hochschulart im Sinne des Art. 41 Abs. 1 Satz 1 Nr. 4 und Satz 3, Abs. 2 Satz 1 Nr. 3 und Satz 2, Abs. 3 Satz 1 Nr. 3 und Satz 2 entsprechen und
 2. auf Grund mehrjähriger Erfahrungen in der Lehre an Hochschulen zur Lehrtätigkeit an der betreffenden Hochschulart geeignet sind.

²Die Bestellung setzt eine Würdigung der wissenschaftlichen oder künstlerischen Leistungen entsprechend den Regelungen über die Berufung von Professorinnen und Professoren voraus.³Hierfür sollen auswärtige Gutachten eingeholt werden. ⁴Zur Honorarprofessorin oder zum Honorarprofessor können Personen nicht bestellt werden, die einer Hochschule im Geltungsbereich des Grundgesetzes als Professorin oder Professor angehören und noch nicht entpflichtet oder nicht im Ruhestand sind oder die eine vergleichbare Rechtsstellung an einer Hochschule im Ausland haben.

- (2) ¹Mit der Bestellung wird die Honorarprofessorin oder der Honorarprofessor Mitglied der Hochschule. ²Die Begründung eines Dienstverhältnisses ist mit der Bestellung nicht verbunden.³Diese begründet keinen Anspruch auf Dienst- und Versorgungsbezüge und keine Anwartschaft auf Bestellung zur Professorin oder zum Professor. ⁴Honorarprofessorinnen und Honorarprofessoren sind befugt, die Bezeichnung „Professorin“ oder „Professor“ als akademische Würde zu führen.
- (3) ¹Die Honorarprofessorinnen und Honorarprofessoren haben ihre Lehrtätigkeit an den Erfordernissen des Fachs sowie an den Prüfungs- und Studienordnungen auszurichten. ²Ihnen kann nach Maßgabe der vom Staatsministerium im Einvernehmen mit dem Staatsministerium der Finanzen und für Heimat zu erlassenden Bestimmungen eine Lehrvergütung gewährt werden.
- (4) Art. 63 des Bayerischen Beamtenversorgungsgesetzes findet sinngemäß Anwendung.

Art. 53

Privatdozentinnen und Privatdozenten sowie außerplanmäßige Professorinnen und Professoren

- (1) ¹Privatdozentinnen und Privatdozenten sind Mitglieder der Hochschule. ²Art. 52 Abs. 2 Satz 2 und 3, Abs. 3 und 4 gilt entsprechend.
- (2) Die Forschungseinrichtungen der Hochschule sollen Privatdozentinnen und Privatdozenten im Rahmen des Möglichen zugänglich gemacht werden.
- (3) Auf Antrag des Vertretungsorgans der Mitglieder der zuständigen akademischen Selbstverwaltungseinheit kann die Präsidentin oder der Präsident Privatdozentinnen oder Privatdozenten nach mehrjähriger Tätigkeit als Hochschullehrerinnen oder Hochschullehrer, die überwiegend an der betreffenden Hochschule erbracht worden sein soll, zur außerplanmäßigen Professorin oder zum außerplanmäßigen Professor bestellen, wenn nicht die Voraussetzungen für einen Widerruf nach Art. 54 vorliegen.
- (4) ¹Die Bestellung zur außerplanmäßigen Professorin oder zum außerplanmäßigen Professor lässt die Rechtsstellung von Privatdozentinnen und Privatdozenten unberührt. ²Außerplanmäßige Professorinnen und Professoren sind befugt, die Bezeichnung „Professorin“ oder „Professor“ als akademische Würde zu führen.

Keine Anforderungen an pädagogische Eignung

Art. 54 Widerruf der Bestellung

- (1) ¹Die Präsidentin oder der Präsident kann die Bestellung widerrufen, wenn die Honorarprofessorin, der Honorarprofessor, die außerplanmäßige Professorin oder der außerplanmäßige Professor
1. zur Professorin oder zum Professor an einer Hochschule im Geltungsbereich des Grundgesetzes ernannt wird oder eine vergleichbare Rechtsstellung im Ausland erhält oder
 2. vor Vollendung des 62. Lebensjahres aus Gründen, die sie oder er zu vertreten hat, die Obliegenheit zur unentgeltlichen Lehrtätigkeit im Umfang von mindestens zwei Lehrveranstaltungsstunden nicht erfüllt.
- ²Die Bestellung wird widerrufen, wenn die Honorarprofessorin, der Honorarprofessor, die außerplanmäßige Professorin oder der außerplanmäßige Professor
1. schriftlich gegenüber der Präsidentin oder dem Präsidenten verzichtet oder
 2. zu einer Strafe verurteilt wird, die bei Beamtinnen oder Beamten den Verlust der Beamtenrechte nach sich zieht; im Übrigen gilt Satz 1 entsprechend.
- (2) ¹Bei einer Privatdozentin oder einem Privatdozenten kann unter den in Abs. 1 genannten Voraussetzungen oder, wenn diejenige oder derjenige die Lehrbefugnis oder eine vergleichbare Rechtsstellung an einer anderen Hochschule erlangt hat, die Lehrbefugnis (Art. 82 Abs. 10) und die Bestellung zur außerplanmäßigen Professorin oder zum außerplanmäßigen Professor widerrufen werden. ²Zuständig für den Widerruf nach Satz 1 ist die Präsidentin oder der Präsident, der oder dem gegenüber auch der Verzicht auf die Lehrbefugnis oder die Bestellung zur außerplanmäßigen Professorin oder zum außerplanmäßigen Professor zu erklären ist.
- (3) ¹Mit dem Widerruf der Bestellung erlischt die Befugnis zur Führung der Bezeichnung „Professorin“ oder „Professor“. ²Bei einem Widerruf der Lehrbefugnis erlischt zugleich die Befugnis zur Führung der Bezeichnung „Privatdozentin“ oder „Privatdozent“.

Kapitel 3 Weiteres Hochschulpersonal

Art. 55 Einstellungsvoraussetzungen für wissenschaftliche und künstlerische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

- (1) ¹Zur Akademischen Rätin oder zum Akademischen Rat im Beamtenverhältnis auf Probe oder auf Lebenszeit können Personen ernannt werden, die mindestens
1. die allgemeinen beamtenrechtlichen Voraussetzungen erfüllen,
 2. ein abgeschlossenes Hochschulstudium nachweisen,

3. in dem entsprechenden Fach den Doktorgrad erworben oder eine Zweite Staatsprüfung mit Erfolg abgelegt haben und
4. nach dem Erwerb dieses Doktorgrades oder nach der Zweiten Staatsprüfung in der Regel eine mindestens zweijährige wissenschaftliche oder praktische Tätigkeit im einschlägigen Fach hauptberuflich ausgeübt haben.

²Im Fach Katholische Theologie genügt an Stelle der Promotion die erfolgreiche Ablegung des Pfarrexamens nach der Rahmenordnung für die Priesterbildung oder der Zweiten Dienstprüfung nach dem Rahmenstatut für Pastoralreferentinnen und Pastoralreferenten, im Fach Evangelische Theologie die erfolgreiche Ablegung der Theologischen Anstellungsprüfung. ³In den ingenieurwissenschaftlichen Fächern sowie aus dringenden dienstlichen Gründen sind Ausnahmen von dem in Satz 1 Nr. 3 genannten Erfordernis zulässig.

- (2) ¹Für die Einstellung als wissenschaftliche Mitarbeiterin oder wissenschaftlicher Mitarbeiter in einem privatrechtlichen Arbeitsverhältnis gelten Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 bis 4 sowie Satz 2 und 3. ²Bei befristeter Tätigkeit kann von den in Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 und 4 genannten Voraussetzungen abgewichen werden. ³Die Einstellung künstlerischer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in einem privatrechtlichen Arbeitsverhältnis setzt in der Regel ein abgeschlossenes Hochschulstudium voraus.

Art. 56

Dienstrechtliche Stellung und Dienstaufgaben

- (1) ¹Wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter werden an Universitäten und Kunsthochschulen unter Übertragung dieser Funktion in der Regel zur Akademischen Rätin oder zum Akademischen Rat in der Fachlaufbahn Bildung und Wissenschaft in einem Beamtenverhältnis auf Probe oder auf Lebenszeit ernannt. ²Im Übrigen werden sie, insbesondere wenn eine befristete Tätigkeit vorgesehen ist, in einem privatrechtlichen Arbeitsverhältnis beschäftigt.
- (2) ¹Wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern obliegen wissenschaftliche Dienstleistungen. ²Sie werden nach Anordnung und fachlicher Betreuung durch die Leitung der Organisationseinheit oder die Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer, denen sie zugeordnet sind, tätig. ³Zu den wissenschaftlichen Dienstleistungen gehören auch die Durchführung von Lehrveranstaltungen und, im Bereich der Medizin oder klinischen Psychologie, Tätigkeiten in der Krankenversorgung in der Hochschule und im Klinikum. ⁴Für den Bereich der Tiermedizin gilt dies entsprechend. ⁵In begründeten Fällen soll wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern die selbstständige Wahrnehmung von Aufgaben in Forschung und Lehre übertragen werden. ⁶Die Entscheidung trifft die Leiterin oder der Leiter der zuständigen akademischen Selbstverwaltungseinheit.
- (3) Für künstlerische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gilt Abs. 2 entsprechend.
- (4) ¹Promovierten wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern an Universitäten, die im Rahmen eines hochschulübergreifenden Förderprogramms gefördert werden, dessen Ausschreibungs- und Begutachtungsverfahren dem Berufungsverfahren für eine Juniorprofessur im Wesentlichen entspricht, überträgt die Leiterin oder der Leiter der zuständigen akademischen Selbstverwaltungseinheit für einen befristeten Zeitraum die selbstständige Leitung einer

Nachwuchsgruppe. ²Den Nachwuchsgruppenleiterinnen und Nachwuchsgruppenleitern soll in ausreichendem Umfang Gelegenheit zur selbstständigen Lehre und zur Betreuung eigener Doktorandinnen und Doktoranden gegeben werden. ³Am Ende des in Satz 1 genannten Zeitraums stellt die Hochschule durch eine Evaluierung der erbrachten Leistungen fest, ob sich die Nachwuchsgruppenleiterin oder der Nachwuchsgruppenleiter bewährt hat. ⁴Grundlage der Evaluierung sind Gutachten, die von Professorinnen und Professoren des betreffenden Faches oder fachnahen Professorinnen und Professoren an anderen Hochschulen eingeholt werden. ⁵Etwaige Vorschläge der Nachwuchsgruppenleiterin oder des Nachwuchsgruppenleiters für die Bestellung von Gutachterinnen und Gutachtern können berücksichtigt werden.

Hier sollte auch eine Stellungnahme der Studierenden bzw. Nachwuchsgruppenmitgliedern einbezogen werden

- (5) Hauptberuflich an der Hochschule im Dienst des Freistaates Bayern tätige Personen mit ärztlichen, zahnärztlichen oder tierärztlichen Aufgaben, die nicht Professorinnen und Professoren oder Juniorprofessorinnen und Juniorprofessoren sind, sind dienst- und mitgliedschaftsrechtlich wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern gleichgestellt.

Art. 57

Wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit Weiterqualifizierungsaufgaben

- (1) ¹Wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die befristet beschäftigt werden, können neben den wissenschaftlichen Dienstleistungen (Art. 56 Abs. 2 Satz 1, 3 und 4) Aufgaben übertragen werden, die auch der Vorbereitung einer Promotion oder der Erbringung zusätzlicher wissenschaftlicher Leistungen förderlich sind. ²Ihnen soll im Rahmen ihrer Dienstaufgaben ausreichend Gelegenheit zu eigener wissenschaftlicher Arbeit gegeben werden. ³Art. 56 Abs. 2 Satz 2 und 5 findet Anwendung.
- (2) ¹Wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, denen Aufgaben übertragen werden, die auch der Vorbereitung einer Promotion förderlich sind, werden in einem befristeten privatrechtlichen Arbeitsverhältnis beschäftigt. ²Die Beschäftigung setzt ein abgeschlossenes Hochschulstudium voraus.
- (3) ¹Hauptberufliche wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, denen Aufgaben übertragen werden, die auch der Erbringung zusätzlicher wissenschaftlicher Leistungen förderlich sind, können im Rahmen eines Beamtenverhältnisses auf Zeit als Akademische Rätin oder Akademischer Rat oder Akademische Oberrätin oder Akademischer Oberrat oder in einem befristeten privatrechtlichen Arbeitsverhältnis beschäftigt werden. ²Für die Beamtinnen und Beamten auf Zeit im Sinne des Satzes 1 gelten die positive Zwischenevaluierung nach Art. 82 Abs. 5 Satz 1, die Verlängerung des Beamtenverhältnisses nach Abs. 5 Satz 2 sowie die Ernennung nach Abs. 5 Satz 3 als Feststellung im Sinne des Art. 30 Abs. 3 Satz 1 des Bayerischen Besoldungsgesetzes.
- (4) ¹Zur Akademischen Rätin oder zum Akademischen Rat im Beamtenverhältnis auf Zeit mit der Funktion einer wissenschaftlichen Mitarbeiterin oder eines wissenschaftlichen Mitarbeiters im Sinne des Abs. 3 kann ernannt werden, wer die in Art. 55 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 bis 3 genannten Voraussetzungen erfüllt; Art. 55 Abs. 1 Satz 2 und 3 gilt entsprechend. ²Zur Akademischen Oberrätin oder zum Akademischen Oberrat im Beamtenverhältnis auf Zeit kann ernannt werden, wer die in Satz 1 genannten Voraussetzungen erfüllt und die Einstellungs Voraussetzungen für Professorinnen und Professoren an Universitäten (Art. 41 Abs. 1) oder für Professorinnen und Professoren an Kunsthochschulen (Art. 41 Abs. 2) nachweist.

- (5) ¹Die Ernennung zur Akademischen Rätin oder zum Akademischen Rat im Beamtenverhältnis auf Zeit in der Funktion einer wissenschaftlichen Mitarbeiterin oder eines wissenschaftlichen Mitarbeiters im Sinne des Abs. 3 erfolgt für die Dauer von drei Jahren, die Ernennung zur Akademischen Oberrätin oder zum Akademischen Oberrat im Beamtenverhältnis auf Zeit für die Dauer von bis zu vier Jahren. ²Das Dienstverhältnis einer Akademischen Rätin oder eines Akademischen Rats auf Zeit kann um bis zu weitere drei Jahre verlängert werden. ³Eine Akademische Rätin oder ein Akademischer Rat im Beamtenverhältnis auf Zeit kann nach Ablauf der Dienstzeit zur Akademischen Oberrätin oder zum Akademischen Oberrat im Beamtenverhältnis auf Zeit ernannt werden. ⁴Im Übrigen ist eine Verlängerung des Dienstverhältnisses einer Akademischen Rätin oder eines Akademischen Rats oder einer Akademischen Oberrätin oder eines Akademischen Oberrats, abgesehen von den Fällen des Art. 49 Abs. 2 und 3, oder eine erneute Ernennung zur Akademischen Rätin oder zum Akademischen Rat oder zur Akademischen Oberrätin oder zum Akademischen Oberrat im Beamtenverhältnis auf Zeit nicht zulässig. ⁵Ein Eintritt in den Ruhestand mit Ablauf der Dienstzeit ist ausgeschlossen. ⁶Wird eine Beamtin oder ein Beamter auf Lebenszeit mit Zustimmung des Dienstherrn zur Akademischen Rätin oder zum Akademischen Rat oder zur Akademischen Oberrätin oder zum Akademischen Oberrat im Beamtenverhältnis auf Zeit ernannt, gilt die Beamtin oder der Beamte für die Dauer dieses Dienstverhältnisses unter Fortfall der Leistungen des Dienstherrn als beurlaubt.
- (5a) ¹Ein Dienstverhältnis nach Abs. 3 Satz 1 kann abweichend von Abs. 5 Satz 2 mit Zustimmung des oder der Betroffenen um zwölf Monate verlängert werden, wenn das Dienstverhältnis zwischen dem 1. März 2020 und dem 31. März 2021 begründet wurde oder bestand. ²Um von der Möglichkeit des Satzes 1 Gebrauch zu machen, kann ein Dienstverhältnis auch neu begründet werden.
- (6) ¹Für die haupt- oder nebenberufliche Beschäftigung als wissenschaftliche Mitarbeiterin oder wissenschaftlicher Mitarbeiter im Sinne des Abs. 3 in einem befristeten privatrechtlichen Arbeitsverhältnis gelten Abs. 4 und Abs. 5 Satz 1 bis 3 entsprechend. ²Die Vorschriften des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes bleiben unberührt.
- (7) Die Abs. 1 bis 6 gelten für künstlerische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter entsprechend.

Art. 58

Lehrkräfte für besondere Aufgaben, Verordnungsermächtigung

- (1) ¹Lehrkräfte für besondere Aufgaben müssen nach Eignung, Befähigung und fachlicher Leistung den Aufgaben der Hochschule entsprechen. ²Durch Rechtsverordnung im Einvernehmen mit dem Staatsministerium der Finanzen und für Heimat können die Einstellungs Voraussetzungen näher bestimmt werden.
- (2) ¹Hauptberuflich tätige Lehrkräfte für besondere Aufgaben werden unter Übertragung dieser Funktion in der Regel zur akademischen Rätin oder zum Akademischen Rat oder zur Fachlehrerin oder zum Fachlehrer in der Fachlaufbahn Bildung und Wissenschaft ernannt. ²Insbesondere im Bereich der Lehrerbildung können auch abgeordnete Beamtinnen und Beamte aus dem Schuldienst als Lehrkräfte für besondere Aufgaben beschäftigt werden. ³Lehrkräfte für besondere Aufgaben können, insbesondere, wenn sie als Lektorinnen und Lektoren tätig werden, auch in einem privatrechtlichen Arbeitsverhältnis haupt- oder nebenberuflich beschäftigt werden.

- (3) ¹Lehrkräften für besondere Aufgaben obliegt überwiegend die Aufgabe, Studierenden Fachwissen, praktische Fertigkeiten und Kenntnisse zu vermitteln (Art. 39 Abs. 1 Satz 2). ²Art. 57 Abs. 1 Satz 2 gilt entsprechend.

Art. 59

Wissenschaftsstützende Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Technik und Verwaltung

- (1) Die wissenschaftsstützenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Technik und Verwaltung sind die in der Hochschulverwaltung sowie in den wissenschaftlichen oder künstlerischen Einrichtungen tätigen Beamtinnen, Beamten, Arbeitnehmerinnen oder Arbeitnehmer, denen andere als wissenschaftliche Dienstleistungen – insbesondere solche im Wissenschaftsmanagement, im Verwaltungs-, Bibliotheks- oder Betriebsdienst sowie im technischen oder einem sonstigen Dienst – obliegen.
- (2) Die Einstellungsvoraussetzungen und die dienstrechtliche Stellung der wissenschaftsstützenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bestimmen sich nach den allgemeinen dienstrechtlichen Vorschriften.

Teil 7

Lehre und Studium

Kapitel 1

Lehre

Art. 60

Studienberatung

¹Die Hochschule unterrichtet Studierende sowie Studienbewerberinnen und Studienbewerber über die Studienmöglichkeiten und über Inhalte, Aufbau und Anforderungen eines Studiums. ²Sie unterstützt die Studierenden in ihrem Studium durch ein bedarfsgerechtes Angebot von Einführungsveranstaltungen in den einzelnen Studiengängen und eine studienbegleitende fachliche Beratung während des gesamten Studiums. ³Sie verschafft sich bis zum Ende des ersten Jahres des Studiums einen Überblick über den bisherigen Studienverlauf, informiert die Studierenden und führt gegebenenfalls eine Studienberatung durch. ⁴Die Hochschule wirkt bei der Studienberatung insbesondere mit den für die Berufsberatung und den für die staatlichen Prüfungen zuständigen Stellen sowie den Gymnasien, Berufsoberschulen und Fachoberschulen zusammen.

Beratung muss freiwillig für Studierende sein

Art. 61 Lehrbeauftragte

- (1) ¹Zur Ergänzung des Lehrangebots können Lehraufträge erteilt werden. ²An Kunsthochschulen können sie auch zur Sicherstellung des Lehrangebots in einem Fach erteilt werden. ³Lehrbeauftragte werden in der Regel für ein Semester durch die Hochschule bestellt. ⁴Sie stehen in einem öffentlich-rechtlichen Rechtsverhältnis. ⁵Lehrbeauftragte sollen mindestens die Voraussetzungen nach Art. 41 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 und 2 sowie – im Bereich der Medizin – nach Art. 41 Abs. 1 Satz 7, im Bereich der Fachhochschulstudiengänge nach Art. 41 Abs. 3 Satz 1 Nr. 1 erfüllen und eine mindestens dreijährige berufliche Praxis nachweisen. ⁶Ein Lehrauftrag ist zu vergüten. ⁷Dies gilt nicht, wenn Lehrbeauftragte von sich aus auf eine Vergütung verzichten oder wenn die durch den Lehrauftrag entstehende Belastung bei der Bemessung der Dienstaufgaben einer oder eines hauptberuflich im öffentlichen Dienst Tätigen entsprechend berücksichtigt wird.
- (2) ¹Personen, die bereits auf Grund eines Dienstverhältnisses zu einer Lehrtätigkeit an einer Hochschule verpflichtet sind oder verpflichtet werden können, können an dieser Hochschule Lehraufträge nur für Lehrveranstaltungen erhalten, die nicht zu ihren Dienstobliegenheiten zählen. ²Ausnahmen hiervon sind zulässig bei Lehrveranstaltungen insbesondere im Bereich der Weiterbildung und in berufs begleitenden Studiengängen. ³Die Lehrverpflichtung darf zur Wahrnehmung des Lehrauftrags nicht ermäßigt werden.
- (3) Die Lehrbeauftragten nehmen die ihnen übertragenen Aufgaben selbstständig wahr; Art. 39 Abs. 1 Satz 1 und Abs. 4 gilt entsprechend.
- (4) Die Beschäftigung von Lehrbeauftragten in den akademischen Selbstverwaltungseinheiten für Theologie und in den Fächern Theologie, Religionspädagogik und Didaktik des Religionsunterrichts der Universitäten kann im Hinblick auf die Bestimmungen des Art. 3 § 2 des Konkordats zwischen seiner Heiligkeit Papst Pius XI. und dem Staate Bayern sowie des Art. 2 Abs. II und Art. 5 Abs. III bis V des Vertrages zwischen dem Bayerischen Staate und der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern rechts des Rheins erst dann erfolgen, wenn das Staatsministerium der Hochschule schriftlich mitgeteilt hat, dass keine Einwendungen erhoben werden.
- (5) Das Staatsministerium erlässt im Benehmen mit den Hochschulen Bestimmungen über die Beschäftigung von Lehrbeauftragten und – im Einvernehmen mit dem Staatsministerium der Finanzen und für Heimat – insbesondere über die Lehrauftragsvergütung.

Konkordatsprofessuren

Kapitel 2 Studium und Prüfung

Art. 62 Studium, Lehre und Studienjahr

- (1) ¹Studium und Lehre sollen die Studierenden auf ein berufliches Tätigkeitsfeld vorbereiten und ihnen die dafür erforderlichen Kenntnisse, Fähigkeiten und Methoden dem jeweiligen

Studiengang entsprechend so vermitteln, dass sie zu wissenschaftlicher oder künstlerischer Arbeit und zu verantwortungsvollem Handeln in einem freiheitlichen, demokratischen und sozialen Rechtsstaat befähigt werden.²Dabei sollen die besonderen Belange von Studierenden mit Behinderung und chronischer Erkrankung berücksichtigt werden.

Das Ziel eines Studiums ist nicht die Vorbereitung auf eine berufliche Tätigkeit

- (2) ¹Die Hochschulen überprüfen Inhalte und Formen des Studiums im Hinblick auf die Entwicklungen in Wissenschaft und Kunst, die Anforderungen der beruflichen Praxis und in der Berufswelt, die Methoden des Lehrens, Lernens und des Prüfens sowie die Schaffung eines europäischen Hochschulraums und entwickeln diese ständig weiter. ²Dabei soll insbesondere den Anforderungen und Möglichkeiten der Digitalisierung Rechnung getragen werden.
- (3) Das Studienjahr wird in der Regel in Semester eingeteilt.

Art. 63

Studiengänge, gestufte Studienstruktur, sonstige Studien

- (1) ¹Ein Studiengang ist ein durch Studien- und Prüfungsordnungen geregeltes, auf einen bestimmten Hochschulabschluss oder gleichwertigen Abschluss gerichtetes Studium, das in der Regel zu einem berufsqualifizierenden Abschluss führt. ²Als berufsqualifizierend im Sinne dieses Gesetzes gilt auch der Abschluss eines Studiengangs, durch den die fachliche Eignung für einen beruflichen Vorbereitungsdienst oder eine berufliche Einführung vermittelt wird. ³Duale Studiengänge binden eine Berufsausbildung (ausbildungsintegrierende Studiengänge) oder an deren Stelle tretende Praxisphasen (praxisintegrierende Studiengänge) in das Studium ein und verzahnen die Studien- und Ausbildungs- oder Praxisphasen systematisch sowohl inhaltlich als auch organisatorisch und vertraglich. ⁴Die Hochschulen können Studiengänge auch so gestalten, dass sie von einzelnen Studierenden dual studiert werden können.
- (2) ¹Sind auf Grund der maßgebenden Studien- und Prüfungsordnung aus einer größeren Zahl zulässiger Fächer für das Studium Fächer auszuwählen, ist jedes dieser Fächer ein Teilstudiengang. ²Die Bestimmungen über den Studiengang gelten entsprechend.
- (3) ¹In der in der Regel gestuften Studienstruktur
1. führen grundständige Studiengänge zu einem ersten berufsqualifizierenden Abschluss, in der Regel zu einem Bachelorabschluss (Bachelorstudiengänge); unberührt bleiben Studiengänge, die ganz oder teil weise mit einer staatlichen oder kirchlichen Prüfung abschließen; an Hochschulen für angewandte Wissenschaften und entsprechenden Studiengängen an anderen Hochschulen (Fachhochschulstudiengänge) enthalten grundständige Studiengänge in der Regel ein praktisches Studiensemester;
 2. vermitteln postgraduale Studiengänge Absolventinnen und Absolventen eines Hochschulstudiums weitere Qualifikationen und führen in der Regel zu einem Masterabschluss (Masterstudiengänge); konsekutive Masterstudiengänge schließen an einen ersten Hochschulabschluss an und sind als fachlich vertiefende, verbreiternde, fachübergreifend erweiternde oder fachlich andere Studiengänge ausgestaltet.

Eine Kommission für Studium und Lehre einrichten

²Bachelor- und Masterstudiengänge sind in Studieneinheiten gegliedert, die durch die Zusammenfassung von Studieninhalten thematisch und zeitlich abgegrenzt sind (Module) und

denen in Abhängigkeit vom Arbeitsaufwand für die Studierenden eine bestimmte Anzahl von Leistungspunkten zugeordnet ist.³In sonstigen Studiengängen soll dies angestrebt werden, um die Anrechnung nach Art. 70 zu erleichtern.⁴Studiengänge können in Vollzeit und Teilzeit sowie als berufs- oder ausbildungsbegleitende Studiengänge, die neben einer Berufstätigkeit oder Berufsausbildung absolviert werden können, angeboten werden.

Angebot von Teilzeit ist verpflichtend einzuführen

- (4) ¹Die Hochschulen unterrichten das Staatsministerium über die Einrichtung, wesentliche Änderung oder Aufhebung eines Studiengangs spätestens drei Monate vor Beginn des betreffenden Semesters. ²Das Staatsministerium kann die Einrichtung, wesentliche Änderung oder Aufhebung eines Studiengangs untersagen oder hierfür Maßgaben erteilen, wenn dies insbesondere aus hochschul- und wissenschaftspolitischen Gründen erforderlich ist. ³Bei akkreditierungspflichtigen Studiengängen gemäß Art. 7 Abs. 4 ist eine Akkreditierung spätestens innerhalb der Regelstudienzeit gegenüber dem Staatsministerium nachzuweisen.
- (5) ¹Zum Erwerb von wissenschaftlichen, künstlerischen oder beruflichen Teilqualifikationen können die Hochschulen folgende sonstige Studien anbieten:
1. grundständige und postgraduale Modulstudien, in denen einzelne Module eines grundständigen oder postgradualen Studiengangs absolviert werden,
 2. Zusatzstudien, in denen parallel zu einem grundständigen oder postgradualen Studiengang weitere Teilqualifikationen erworben werden.

Der Begriff "Wesentliche Änderung" ist unzureichend definiert

²Wenn die sonstigen Studien durch eine Hochschulprüfung abgeschlossen werden, können die Hochschulen durch Satzung die Vergabe eines Zertifikats regeln.

- (6) ¹Die Hochschulen können fremdsprachige Studiengänge anbieten. ²Ebenso können sie gemeinsam mit ausländischen, insbesondere europäischen Partnerhochschulen internationale Studiengänge entwickeln, in denen Studienabschnitte und Prüfungen an der ausländischen Hochschule erbracht werden. ³Die Hochschulen können außerhalb eines Studiums insbesondere zur Förderung des internationalen Austauschs auch Veranstaltungen wie Summer Schools entwickeln.
- (7) ¹Schülerinnen und Schülern, die nach der einvernehmlichen Einschätzung von Schule und Hochschule besondere Begabungen aufweisen, kann im Einzelfall genehmigt werden, an Lehrveranstaltungen teilzunehmen sowie Studien- und Prüfungsleistungen zu erbringen (Frühstudium). ²Gleiches gilt im Einvernehmen mit der Schule für Schülerinnen und Schüler, die nach Einschätzung einer Kunsthochschule besondere künstlerische Begabungen aufweisen (Jungstudium).³Das Jungstudium kann auch besondere Angebote umfassen.

Art. 64 Weiterbildung

- (1) ¹Die wissenschaftliche und künstlerische Weiterbildung dient der wissenschaftlichen oder künstlerischen Vertiefung und Ergänzung berufspraktischer Erfahrungen sowie der Aneignung für die berufliche Entwicklung erforderlicher Kompetenzen (akademische Weiterbildung).²Zur akademischen Weiterbildung können die Hochschulen anbieten:
1. Masterstudiengänge, die an eine qualifizierte berufspraktische Erfahrung von in der Regel grundsätzlich nicht unter einem Jahr anknüpfen und diese inhaltlich berücksichtigen (weiterbildende Masterstudiengänge), und

2. folgende sonstige Studien:

- a) weiterbildende Modulstudien, in denen einzelne Module eines weiterbildenden Masterstudiengangs absolviert werden,
- b) weiterbildende Studien, die vertiefend oder ergänzend zu berufspraktischen Erfahrungen wissenschaftliche, künstlerische oder berufliche Teilqualifikationen vermitteln.

³Wenn die sonstigen Studien durch eine Hochschulprüfung abgeschlossen werden, können die Hochschulen durch Satzung die Vergabe eines Zertifikats regeln (Zertifikatsprogramme).

(2) ¹Die Hochschulen können auch Angebote entwickeln und durchführen, die der Weiterbildung von Personen mit einer laufenden oder abgeschlossenen Berufsausbildung dienen (akademische Weiterqualifizierung). ²Zur akademischen Weiterqualifizierung können die Hochschulen anbieten:

1. Bachelorstudiengänge, die an die Berufsausbildung anknüpfen und auf dieser aufbauen, sie vertiefen oder erweitern und die berufsbegleitend angeboten werden (weiterqualifizierende Bachelorstudiengänge), und

2. folgende sonstige Studien:

- a) weiterqualifizierende Modulstudien, in denen einzelne Module eines weiterqualifizierenden Bachelorstudiengangs absolviert werden,
- b) weiterqualifizierende Studien, die an die Berufsausbildung anknüpfen und vertiefend oder ergänzend zu berufspraktischen Erfahrungen wissenschaftliche, künstlerische oder berufliche Teilqualifikationen vermitteln.

³Abs. 1 Satz 3 gilt entsprechend.

Art. 65 Regelstudienzeit

(1) ¹In den Prüfungsordnungen ist eine Studienzeit vorzusehen, in der ein Hochschulabschluss erworben werden kann oder sonstige Studien abgeschlossen werden können (Regelstudienzeit). ²Die Regelstudienzeit schließt Zeiten einer in den Studiengang eingeordneten berufspraktischen Tätigkeit, praktische Studiensemester und Prüfungszeiten ein. ³Die Regelstudienzeit ist maßgebend für die Gestaltung der Studienordnung, für die Sicherstellung des Lehrangebots, für die Gestaltung des Prüfungsverfahrens sowie für die Ermittlung und Festsetzung der Ausbildungskapazitäten.

Verlängerung der Regelstudienzeit für gewählte studentische Vertreter

(2) ¹Die Regelstudienzeit beträgt

1. bei Bachelorstudiengängen mindestens drei und höchstens vier Jahre, bei Fachhochschulstudiengängen in der Regel dreieinhalb Jahre,
2. bei sonstigen grundständigen Studiengängen höchstens viereinhalb Jahre,
3. bei Masterstudiengängen mindestens ein Jahr und höchstens zwei Jahre, bei Fachhochschulstudiengängen in der Regel eineinhalb Jahre,
4. bei sonstigen postgradualen Studiengängen in der Regel höchstens zwei Jahre.

²Bei gestuften Studiengängen, die zu einem Bachelorabschluss und einem konsekutiven Masterabschluss führen, beträgt die Gesamtregelstudienzeit höchstens fünf Jahre. ³Darüber hinausgehende Regelstudienzeiten dürfen in besonders begründeten Fällen festgesetzt werden. ⁴Dies gilt auch für Studiengänge, die in besonderen Studienformen, zum Beispiel in Teilzeit oder berufsbegleitend, durchgeführt werden. ⁵Die Regelstudienzeit bei Modulstudien entspricht den für den jeweiligen Studiengang geltenden Regelungen für das Modul; im Übrigen richtet sie sich nach den Erfordernissen der jeweiligen sonstigen Studien.

Art. 66 Studienordnungen

- (1) ¹Soweit dies für die Planung des Studiums erforderlich ist, soll die Hochschule eine Studienordnung durch Satzung aufstellen. ²Sie regelt auf der Grundlage der Prüfungsordnung Inhalt und Aufbau des Studiums. ³Die Studienordnung kann die Voraussetzungen für die Teilnahme an einzelnen Lehrveranstaltungen regeln, insbesondere diese vom Nachweis ausreichender Kenntnisse oder besonderer Befähigung abhängig machen.
- (2) ¹Bei Studiengängen, die ganz oder teilweise mit einer staatlichen Prüfung abschließen, bedarf die Studienordnung des Einvernehmens mit dem für die jeweilige staatliche Prüfung zuständigen Staatsministerium. ²Dies gilt nicht für Studiengänge, bei denen die Hochschulprüfung die staatliche Prüfung umfasst.

Art. 67 Studienleitende Maßnahmen, begrenzte Fächerwahl

- (1) ¹Haben in einem Studiengang einzelne Lehrveranstaltungen eine beschränkte Aufnahmekapazität, kann die Hochschule die Anzahl von Studierenden in einer einzelnen Lehrveranstaltung begrenzen, wenn der Abschluss des Studiums innerhalb der Regelstudienzeit dadurch nicht ausgeschlossen wird. ²Die Kriterien für die Aufnahme in Lehrveranstaltungen mit begrenzter Aufnahmekapazität legt die Hochschule durch Satzung fest. ³Die Auswahl soll vorrangig nach dem Studienfortschritt, bei Lehrveranstaltungen gleichen Inhalts an verschiedenen Orten nach sozialen, insbesondere familiären und wirtschaftlichen Gründen erfolgen.
- (2) ¹Der Zugang zu Teilstudiengängen, Studienrichtungen oder Studienschwerpunkten und Fächern, die im Verlauf des Studiums gewählt werden können, darf unter der Voraussetzung der erschöpfenden Nutzung der Ausbildungskapazität begrenzt werden. ²Das Nähere, insbesondere die Zahl der aufzunehmenden Studierenden, die Auswahlkriterien und das Verfahren, regelt die Hochschule durch Satzung. ³Die Auswahl soll nach Möglichkeit auf Grund von Leistungsnachweisen erfolgen, die im Verlauf des Studiums erbracht worden sind.

Zulassungsbeschränkung
kontraproduktiv für Fächer-
vielfalt

Art. 68

Prüfungen, Prüfungsordnungen, Verordnungsermächtigung

- (1) ¹Das Studium wird in der Regel durch eine Hochschulprüfung, eine staatliche oder eine kirchliche Prüfung abgeschlossen.²In Bachelor- und Masterstudiengängen finden die Prüfungen der Bachelor- oder Masterprüfung studienbegleitend statt (Modulprüfungen), in den sonstigen Studiengängen soll dies angestrebt werden. ³In sonstigen grundständigen Studiengängen findet spätestens bis zum Ende des vierten Semesters eine Vor- oder Zwischenprüfung statt.⁴Der Übergang in das Hauptstudium setzt in der Regel die erfolgreiche Ablegung der Vor oder Zwischenprüfung voraus. ⁵Soweit Studiengänge mit einer staatlichen Prüfung abschließen, können staatliche Vor- oder Zwischenprüfungen oder entsprechende Hochschulprüfungen vorgesehen werden. ⁶Im Studiengang Rechtswissenschaft wird eine Zwischenprüfung als Hochschulprüfung durchgeführt. ⁷Das Ablegen von Hochschulprüfungen setzt die Immatrikulation gemäß Art. 71 Abs. 1 Satz 1 voraus; dies gilt nicht in den Fällen des Abs. 5, Art. 63 Abs. 7 und Art. 71 Abs. 1 Satz 5.
- (2) ¹Hochschulprüfungen werden auf Grund von Prüfungsordnungen abgenommen, die von den Hochschulen durch Satzung erlassen werden und der Genehmigung durch die Präsidentin oder den Präsidenten bedürfen. ²Die Genehmigung wird versagt, wenn die Prüfungsordnung
1. gegen eine Rechtsvorschrift verstößt,
 2. eine mit Art. 65 Abs. 2 unvereinbare Regelstudienzeit vorsieht,
 3. einer Empfehlung oder Vereinbarung der Länder in der Bundesrepublik Deutschland nicht entspricht, mit der die Einheitlichkeit oder die Gleichwertigkeit der Ausbildung oder der Abschlüsse und die Möglichkeit des Hochschulwechsels gewährleistet werden, soweit dieses Gesetz keine abweichenden Regelungen trifft,
 4. keine Schutzbestimmungen entsprechend dem Mutterschutzgesetz sowie entsprechend den Fristen des Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetzes über die Elternzeit oder entsprechend den Fristen des Pflegezeitgesetzes über die Pflegezeit enthält oder deren Inanspruchnahme nicht ermöglicht oder
 5. die besonderen Belange Studierender mit Behinderung und chronischer Erkrankung im Sinne des Bayerischen Behindertengleichstellungsgesetzes zur Wahrung ihrer Chancengleichheit nicht berücksichtigt.
- ³Art. 66 Abs. 2 gilt entsprechend.
- (3) ¹Die Prüfungsordnung regelt die Prüfungsanforderungen und das Prüfungsverfahren. ²Sie muss insbesondere regeln
1. den Zweck der Prüfung, die Gegenstände der Prüfung und die Anforderungen in der Prüfung,
 2. die Prüfungsorgane,
 3. die Voraussetzungen für die Zulassung zur Prüfung, für den Erwerb der Zulassungsvoraussetzungen und deren Wiederholbarkeit,
 4. das Verfahren zur Anerkennung und Anrechnung von Kompetenzen nach Art. 70,
 5. die Regeltermine für die Modulprüfungen sowie die Vor-, Zwischen- und Abschlussprüfung oder die Fristen für die Meldung zu diesen Prüfungen,

Kein verpflichtender Beisitz in mündlichen Prüfungen

6. die Regelstudienzeit und die erforderlichen Module einschließlich der erforderlichen Leistungspunkte so wie den Umfang der erforderlichen Lehrveranstaltungen; die Prüfungsordnung kann bei Studiengängen, die in Teilzeit oder berufsbegleitend durchgeführt werden, vorsehen, dass in den Semestern höchstens eine bestimmte Anzahl an Leistungspunkten erworben werden kann; überschreiten Studierende diese Anzahl in einem oder mehreren Semestern, gilt Art. 70 Abs. 3 Satz 4 entsprechend,
 7. die Bekanntmachung der Prüfung und die Benachrichtigung der Prüfungsteilnehmerinnen und Prüfungsteilnehmer,
 8. die Form und das Verfahren der Prüfung einschließlich der Bearbeitungszeiten,
 9. die Folgen von Verstößen gegen Prüfungsvorschriften,
 10. die Grundsätze für die Bewertung der einzelnen Prüfungsleistungen und die Ermittlung des Prüfungsgesamtergebnisses; schriftliche Prüfungsleistungen, die als nicht bestanden bewertet werden sollen, werden von zwei Prüferinnen oder Prüfern bewertet; mündliche Prüfungen sind mindestens von einer Prüferin oder einem Prüfer und einer sachkundigen Beisitzerin oder einem sachkundigen Beisitzer durchzuführen; handelt es sich um Modulprüfungen, kann die mündliche Prüfung auch von nur einer Prüferin oder einem Prüfer durchgeführt werden, es sei denn, es handelt sich um den letztmöglichen Prüfungsversuch,
 11. die Wiederholung der Prüfung, wobei durch studienorganisatorische Maßnahmen sicherzustellen ist, dass die Wiederholung in der Regel innerhalb einer Frist von sechs Monaten möglich ist; bei Modulstudien kann die Prüfung einmal wiederholt werden,
 12. den nach bestandener Prüfung zu verleihenden Grad.
- (4) ¹Die Studierenden können von den Regelterminen und Fristen nach Abs. 3 Satz 2 Nr. 5 nach Maßgabe der Prüfungsordnung abweichen. ²Die Prüfungsordnung darf eine Verschiebung zulassen
1. für die Bachelor- und Masterprüfung sowie die Abschlussprüfung in sonstigen postgradualen Studiengängen um höchstens zwei Semester,
 2. für die Vor- und Zwischenprüfung um höchstens ein Semester,
 3. für die Abschlussprüfung in sonstigen grundständigen Studiengängen um höchstens vier Semester.

³Die Fristen können nach Maßgabe der Prüfungsordnung um die für die Wiederholung von Prüfungen benötigten Semester verlängert werden. ⁴Überschreiten Studierende aus von ihnen zu vertretenden Gründen die in der Prüfungsordnung festgelegten Fristen für die Meldung zur Prüfung oder für die Ablegung der Prüfung oder legen sie eine Prüfung, zu der sie sich gemeldet haben, aus von ihnen zu vertretenden Gründen nicht ab, gelten die nicht fristgerecht abgelegten Prüfungsteile als abgelegt und nicht bestanden. ⁵Überschreiten Studierende einer Hochschule für Musik aus von ihnen zu vertretenden Gründen die Fristen nach Abs. 3 Satz 2 Nr. 5 oder legen sie eine Prüfung, zu der sie sich gemeldet haben, aus von ihnen zu vertretenden Gründen nicht ab, gilt die Prüfung als abgelegt und nicht bestanden.

- (5) ¹Hochschulen für angewandte Wissenschaften, an denen Bachelorstudiengänge Übersetzen und Dolmetschen bestehen, können im Einvernehmen mit dem Staatsministerium in anderen als den in diesen Studiengängen angebotenen Fremdsprachen Hochschulprüfungen für nicht immatrikulierte Personen durchführen (Externenprüfungen). ²Diese Personen müssen über die Qualifikation für ein Studium an einer Hochschule für angewandte Wissenschaften

in Bayern verfügen und die staatliche Prüfung für Übersetzerinnen und Übersetzer oder die staatliche Prüfung für Übersetzerinnen und Dolmetscherinnen oder Übersetzer und Dolmetscher in der betreffenden Fremdsprache in Bayern abgelegt haben. ³Voraussetzung ist eine ausreichend breite Vertretung des jeweiligen Fachs einschließlich der erforderlichen fachlichen Prüfungskompetenz durch das hauptberuflich tätige wissenschaftliche Personal an dieser Hochschule oder an einer mit dieser kooperierenden Hochschule. ⁴Externenprüfungen sind wie ein Studiengang akkreditierungspflichtig gemäß Art. 7 Abs. 4; die Verordnung nach Art. 7 Abs. 4 Satz 2 gilt entsprechend.

- (6) ¹Zur Erprobung neuer oder effizienterer Prüfungsmodelle kann das Staatsministerium durch Rechtsverordnung vorsehen, dass Prüfungen, die ihrer Natur nach dafür geeignet sind, in elektronischer Form und ohne die Verpflichtung durchgeführt werden können, persönlich in einem vorgegebenen Prüfungsraum anwesend sein zu müssen. ²In der Rechtsverordnung werden insbesondere Bestimmungen getroffen

1. zur Sicherung des Datenschutzes,
2. zur Sicherung persönlicher Leistungserbringung durch die zu Prüfende oder den zu Prüfenden während der gesamten Prüfungsdauer,
3. zur eindeutigen Authentifizierung der oder des zu Prüfenden,
4. zur Verhinderung von Täuschungshandlungen,
5. zum Umgang mit technischen Problemen.

³Im Übrigen bleiben Abs. 3 Satz 2 Nr. 8 und Art. 4 Abs. 4 Satz 2 Nr. 4 unberührt. ⁴Das Staatsministerium evaluiert diese Bestimmung sowie die darauf aufbauenden Prüfungsregelungen spätestens zum Jahresende 2024 und berichtet hierzu dem Landtag. ⁵Die Sätze 1 und 2 gelten entsprechend für Prüfungen oder Verfahren mit Prüfungscharakter im Rahmen der Art. 72 Abs. 6 Satz 4, Art. 73 Abs. 1, 2 und 4 und Art. 74 Abs. 1 Satz 2 sowie mündliche Prüfungen nach Art. 81 Abs. 1 Satz 1.

Art. 69 Prüferinnen und Prüfer

- (1) ¹Prüfungsleistungen dürfen nur von Personen bewertet werden, die selbst mindestens die durch die Prüfung festzustellende oder eine gleichwertige Qualifikation besitzen. ²Zur Abnahme von Hochschulprüfungen sind nach Maßgabe der Prüfungsordnungen der Hochschulen nur befugt
1. Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer sowie entpflichtete Professorinnen und Professoren,
 2. nach näheren Vorschriften des Staatsministeriums im Ruhestand befindliche Professorinnen und Professoren, wissenschaftliche und künstlerische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, Lehrbeauftragte und Lehrkräfte für besondere Aufgaben sowie in der beruflichen Praxis und Ausbildung erfahrene Personen.
- (2) Das prüfungsberechtigte wissenschaftliche Personal für Theologie, Religionspädagogik oder Didaktik des Religionsunterrichts an einer Universität, an der eine akademische Selbstverwaltungseinheit für Theologie des selben Bekenntnisses nicht vorhanden ist, wirkt bei

Hochschulprüfungen und Habilitationen, die zu theologischen akademischen Graden oder zur Feststellung einer entsprechenden Lehrbefähigung führen, in der akademischen Selbstverwaltungseinheit des selben Bekenntnisses der nächstgelegenen Universität mit, an der eine solche vorhanden ist.

Art. 70

Anerkennung und Anrechnung von Kompetenzen

- (1) ¹Studienzeiten, Studien- und Prüfungsleistungen, die in Studiengängen oder durch die erfolgreiche Teilnahme an einer Fernstudieneinheit im Rahmen eines Studiengangs an staatlichen oder staatlich anerkannten Hochschulen in der Bundesrepublik Deutschland oder in Studiengängen an ausländischen staatlichen oder staatlich anerkannten Hochschulen erbracht worden sind, sowie auf Grund solcher Studiengänge erworbene Abschlüsse sind anzuerkennen, sofern hinsichtlich der erworbenen und der nachzuweisenden Kompetenzen keine wesentlichen Unterschiede bestehen. ²Gleiches gilt für Studien- und Prüfungsleistungen, die an einer staatlichen oder staatlich anerkannten Hochschule in Bayern im Rahmen von Modul- und Zusatzstudien, an der Virtuellen Hochschule Bayern oder im Rahmen eines Früh- oder Jungstudiums erbracht worden sind. ³Die Anerkennung dient der Fortsetzung des Studiums, der Ablegung von Prüfungen, der Aufnahme eines weiteren Studiums oder der Zulassung zur Promotion.
- (2) ¹Kompetenzen, die im Rahmen weiterbildender oder weiterqualifizierender Studien oder außer halb des Hochschulbereichs erworben wurden, können angerechnet werden, wenn sie gleichwertig sind. ²Außer halb des Hochschulbereichs erworbene Kompetenzen dürfen höchstens die Hälfte der nachzuweisenden Kompetenzen ersetzen.
- (3) ¹Anerkennung und Anrechnung durch die Hochschulen erfolgen auf Antrag.²Es obliegt der Antragstellerin oder dem Antragsteller, die für die Anerkennung oder Anrechnung erforderlichen Informationen bereit zustellen. ³Abweichend von Satz 1 werden bei einem Wechsel zwischen einem Studium in Vollzeit, Teilzeit oder berufsbegleitendem Studium in dem inhaltsgleichen Studiengang erworbene Studienzeiten, Studien- und Prüfungsleistungen von den Hochschulen von Amts wegen übertragen. ⁴Die Hochschulen stufen die Studierenden in der Regel in das dem Studienfortschritt entsprechende Fachsemester ein; die Hochschulen regeln das Nähere durch Satzung. ⁵Wird die Anerkennung oder Anrechnung versagt, kann die betroffene Person eine Überprüfung der Entscheidung durch die Hochschulleitung beantragen, soweit die Anrechnung nicht einen Studiengang betrifft, der mit einer staatlichen oder kirchlichen Prüfung abgeschlossen wird.⁶Die Hochschulleitung gibt der für die Entscheidung über die Anrechnung zuständigen Stelle eine Empfehlung für die weitere Behandlung des Antrags. 7§ 5a Abs. 1 Satz 2 und § 112 des Deutschen Richtergesetzes bleiben unberührt.

Kapitel 3 Zugang und Immatrikulation

Art. 71 Allgemeine Bestimmungen

- (1) ¹Die Aufnahme eines Studiengangs oder sonstiger Studien (Studium) setzt die Immatrikulation als Studierende oder Studierender voraus. ²Studienbewerberinnen und Studienbewerber werden als Studierende immatrikuliert, wenn sie die für das Studium erforderliche Qualifikation nachweisen und kein Immatrikulationshindernis vorliegt. ³Die Immatrikulation in zwei oder mehreren zulassungsbeschränkten Studiengängen ist nur zulässig, wenn ein besonderes berufliches, wissenschaftliches oder künstlerisches Interesse am gleichzeitigen Studium in diesen Studiengängen besteht. ⁴Die Immatrikulation in Modulstudien ist nur zulässig, soweit die einzelnen Module nicht Teil eines zulassungsbeschränkten Studiengangs sind. ⁵Für die Teilnahme an weiterbildenden und weiter qualifizierenden Studien (Art. 64 Abs. 1 Satz 2 Nr. 2 Buchst. b und Abs. 2 Satz 2 Nr. 2 Buchst. b) kann von einer Immatrikulation abgesehen werden.
- (2) ¹Die Studierenden sind zur Angabe folgender von den Hochschulen zu erhebenden Daten verpflichtet:
1. Name, Vorname, Geburtsname,
 2. Geschlecht,
 3. Geburtsdatum und -ort,
 4. Staatsangehörigkeit,
 5. Semester- und Heimatwohnsitz,
 6. Zeitpunkt, Ort und Art der Hochschulzugangsberechtigung,
 7. berufspraktische Tätigkeiten vor Aufnahme des Studiums,
 8. Praxissemester und Semester an Studienkollegs,
 9. Angaben zu einer gleichzeitig besuchten weiteren Hochschule, zu in vorausgehenden Semestern besuchten Hochschulen und der Hochschule der Ersteinschreibung sowie zu einem Auslandsstudium,
 10. Ort der angestrebten Abschlussprüfung,
 11. Angaben zu durch Anerkennung und Anrechnung erworbenen Leistungspunkten,
 12. Art, Fach, Semester, Monat und Jahr des Prüfungsabschlusses, Prüfungserfolg und Gesamtnote abgelegter Prüfungen,
 13. Studienunterbrechungen nach Art und Dauer,
 14. Grund, Semester und Jahr bei Beurlaubungen und Exmatrikulation.

Verpflichtende Angabe des Geschlechts nicht nachvollziehbar

²Darüber hinaus sind sie verpflichtet, weitere von den Hochschulen

1. für die Immatrikulation, Beurlaubung und Exmatrikulation nach den Art. 71 bis 78 und den auf Grund von Art. 79 erlassenen Satzungen,

2. für die Zulassung und Voranmeldung nach dem Bayerischen Hochschulzulassungsgesetz, der Hochschulzulassungsverordnung sowie nach sonstigen Rechtsvorschriften und
3. für die Meldung und Zulassung sowie die Abnahme von Prüfungen oder Studienleistungen nach den jeweiligen Prüfungs- und Studienordnungen

zu erhebende Daten anzugeben.

- (3) ¹Die Hochschulen können neben den Studierenden weitere Personen immatrikulieren. ²Die näheren Einzelheiten hierzu werden durch Satzung geregelt, in der auch Bestimmungen über Art, Umfang und Behandlung der zu erhebenden und zu verarbeitenden personenbezogenen Daten, die zur Erfüllung der Aufgaben erforderlich sind, zu treffen sind.

Art. 72

Allgemeine Qualifikationsvoraussetzungen für das grundständige Studium, Verordnungsermächtigung

- (1) Die Qualifikation für ein Studium von universitären Studiengängen, das zu einem ersten berufsqualifizierenden Abschluss führt, wird durch die Hochschulreife nachgewiesen.
- (2) ¹Die Qualifikation für ein Studium von Fachhochschulstudiengängen, das zu einem ersten berufsqualifizierenden Abschluss führt, wird durch die Hochschulreife und die Fachhochschulreife nachgewiesen. ²Dies gilt auch für den Studiengang Brauwesen mit dem Abschluss Diplom-Braumeister an der Technischen Universität München.
- (3) ¹Durch erfolgreiche Prüfungsleistungen auf der Grundlage von Leistungspunkten gemäß Art. 63 Abs. 3 Satz 2, die in einem grundständigen Fachhochschulstudiengang nach den Festlegungen der jeweiligen Prüfungsordnung innerhalb der ersten beiden Fachsemester erreicht werden sollen, wird die fachgebundene Hochschulreife für einen eng verwandten universitären Studiengang erworben. ²Durch das Zeugnis über den erfolgreichen Abschluss eines Fachhochschulstudiengangs wird die allgemeine Hochschulreife nachgewiesen.
- (4) ¹Die Hochschulen können für einzelne Studiengänge durch Satzung bestimmen, dass eine dem Studienziel dienende abgeschlossene Berufsausbildung oder eine praktische Tätigkeit von bis zu zwei Jahren nachzuweisen ist. ²Der Nachweis kann vor der Aufnahme des Studiums oder bis zu einem bestimmten Zeitpunkt innerhalb des Studiengangs verlangt werden. ³In der Satzung werden nähere Regelungen insbesondere zu Art und Umfang der geforderten Berufsausbildung oder Tätigkeit und den Zeitpunkt des Nachweises getroffen. ⁴Weiterqualifizierende Bachelorstudiengänge setzen den Abschluss einer Berufsausbildung voraus.
- (5) ¹Absolventinnen und Absolventen der Meisterprüfung wird der allgemeine Hochschulzugang eröffnet, wenn sie ein Beratungsgespräch an der Hochschule absolviert haben. ²Satz 1 gilt entsprechend für Absolventinnen und Absolventen der vom Staatsministerium für Unterricht und Kultus der Meisterprüfung gleichgestellten beruflichen Fortbildungsprüfungen sowie für die Absolventinnen und Absolventen von Fachschulen und Fachakademien.
- (6) ¹Der fachgebundene Hochschulzugang wird eröffnet, wenn die Hochschule die Studieneignung festgestellt hat. ²Voraussetzungen sind der erfolgreiche Abschluss einer mindestens

zweijährigen Berufsausbildung und eine anschließende in der Regel mindestens dreijährige hauptberufliche Berufspraxis. ³Die Berufsausbildung und die Berufspraxis werden in einem dem angestrebten Studienfach fachlich verwandten Bereich erbracht. ⁴Die Feststellung nach Satz 1 erfolgt in einem besonderen Prüfungsverfahren oder durch ein nachweislich erfolgreich absolviertes Probestudium von mindestens einem Jahr. ⁵Vor Durchführung des Prüfungsverfahrens oder vor Aufnahme des Probestudiums findet ein Beratungsgespräch an der Hochschule statt. ⁶Falls die Hochschule in einem Studiengang ein Eignungsfeststellungsverfahren gemäß Art. 73 Abs. 4 durchführt, ist die Studieneignung in dem besonderen Prüfungsverfahren, nicht aber durch ein Probestudium nachzuweisen.

- (7) Abweichend von Abs. 1 bis 6 ist eine Immatrikulation zulässig
1. an Universitäten als Studierende oder Studierender am Studienkolleg bei den Universitäten des Freistaates Bayern im Studiengang Vorbereitungsstudium für ausländische Studienbewerberinnen und Studienbewerber,
 2. an den Hochschulen für angewandte Wissenschaften sowie in Lehrgängen an Hochschulen für angewandte Wissenschaften zum Erwerb der Fachhochschulreife (Propädeutikum) als Studierende oder Studierender am Studienkolleg bei den Hochschulen für angewandte Wissenschaften des Freistaates Bayern im Studiengang Vorbereitungsstudium für ausländische Studienbewerberinnen und Studienbewerber.
- (8) ¹Für den Zugang zu grundständigen einschließlich weiterqualifizierenden Modulstudien gelten dieselben Voraussetzungen wie für den Zugang zum jeweiligen Studiengang. ²Weiterqualifizierende Studien setzen neben einer Hochschulzugangsberechtigung den Abschluss einer Berufsausbildung voraus. ³Im Übrigen bestimmt sich die Qualifikation nach den Erfordernissen der weiterqualifizierenden Studien; das Nähere regeln die Hochschulen durch Satzung.
- (9) ¹Die Hochschulen bestimmen durch Satzung, welche Sprachkenntnisse nachzuweisen sind. ²Das verlangte Niveau darf für fremdsprachige grundständige Studiengänge keine höheren Anforderungen fest schreiben als die Sprachkenntnisse, die an Gymnasien vor Eintritt in die Qualifikationsphase erreicht werden können. ³Satz 2 gilt insbesondere nicht für Studiengänge, die sich mit der Literatur und der jeweiligen Fremdsprache selbst beschäftigen und deren Studiengangskonzept deswegen vertiefte Kenntnisse einer oder mehrerer Fremdsprachen verlangt. ⁴Abs. 4 Satz 2 gilt entsprechend.
- (10) ¹Zu den Abs. 5 bis 7 regeln das Nähere vom Staatsministerium zu erlassende Rechtsverordnungen. ²Dabei kann auch bestimmt werden, dass die nach Abs. 6 Satz 4 erforderlichen Regelungen für ein besonderes Prüfungsverfahren oder für das Probestudium zur Feststellung der Studieneignung ganz oder teilweise von den Hochschulen durch Satzung getroffen werden. ³Es kann zudem bestimmt werden, durch welche Abschlüsse und Zeugnisse die Hochschulreife und Fachhochschulreife nachgewiesen werden.

Art. 73

Besondere Qualifikationsvoraussetzungen für das grundständige Studium, Verordnungsermächtigung

- (1) ¹Neben oder anstelle der allgemeinen Qualifikationsvoraussetzungen ist für bestimmte Studiengänge oder an bestimmten Hochschulen nach Maßgabe der Abs. 2 bis 4 und 6 die

Qualifikation durch eine Eignungsprüfung oder in einem Eignungsfeststellungsverfahren nachzuweisen. ²Art. 72 Abs. 6 Satz 6 bleibt unberührt.

Eignungsprüfungen

- (2) ¹Die für das Studium an Kunsthochschulen und entsprechende Studiengänge an anderen Hochschulen erforderliche Qualifikation ist in einer Prüfung der Begabung und Eignung (Eignungsprüfung) für den gewählten Studiengang nachzuweisen. ²Studierende für das Studium eines Lehramts an öffentlichen Schulen in den Fächern Kunst und Musik müssen auch den Vorbildungsnachweis nach Art. 72 Abs. 1, 5 oder 6 erbringen.
- (3) Für das Studium eines Sportstudiengangs ist neben den allgemeinen Qualifikationsvoraussetzungen die Eignung für diesen Studiengang in einer Eignungsprüfung nachzuweisen.
- (4) ¹Neben den allgemeinen Qualifikationsvoraussetzungen kann die Hochschule den Nachweis der Eignung in einem Eignungsfeststellungsverfahren verlangen. ²Dies gilt nur, wenn das betreffende Studium besondere qualitative Anforderungen stellt, die jeweils zu begründen sind. ³Die Sätze 1 und 2 gelten nicht, soweit der betreffende Studiengang in das Verfahren der Stiftung für Hochschulzulassung einbezogen ist oder für den Zeitraum, in dem für diesen Studiengang ein örtliches Vergabeverfahren durchgeführt wird. ⁴Für die Eignungsfeststellung können folgende Kriterien festgelegt werden:
1. Durchschnittsnote der Hochschulzugangsberechtigung,
 2. fachspezifische Einzelnoten der Hochschulzugangsberechtigung,
 3. Auswahlgespräch,
 4. schriftlicher Test,
 5. einschlägige Berufsausbildung oder andere berufspraktische Tätigkeiten.

⁵Mindestens eines der in Satz 4 Nr. 2 bis 5 aufgeführten Kriterien muss mit dem Kriterium nach Satz 4 Nr. 1 kombiniert werden. ⁶Neben Kriterien nach Satz 4 Nr. 2 bis 5 muss das Kriterium nach Satz 4 Nr. 1 zumindest gleichrangig berücksichtigt werden. ⁷Bei Absolventinnen und Absolventen der Meisterprüfung sowie der vom Staatsministerium für Unterricht und Kultus der Meisterprüfung gleichgestellten beruflichen Fortbildungsprüfungen werden das Kriterium nach Satz 4 Nr. 1 durch das Kriterium des arithmetischen Mittels aus den Einzelnoten der jeweiligen Prüfungsteile und das Kriterium nach Satz 4 Nr. 2 durch das Kriterium der fachspezifischen Einzelnoten dieser Prüfung ersetzt. ⁸Bei Absolventinnen und Absolventen von Fachschulen und Fachakademien wird das Kriterium nach Satz 4 Nr. 1 durch das Kriterium der Prüfungsgesamtnote ersetzt. ⁹Sofern keine Prüfungsgesamtnote im Sinne von Satz 8 ausgewiesen ist, ist Kriterium das arithmetische Mittel aus den Einzelnoten der Fächer – ausgenommen Wahlfächer – des Abschlusszeugnisses. ¹⁰Das Kriterium nach Satz 4 Nr. 2 wird bei Absolventinnen und Absolventen von Fachschulen und Fachakademien durch das Kriterium der fachspezifischen Einzelnoten im Abschlusszeugnis ersetzt.

- (5) ¹Die Hochschule kann den Nachweis über die Teilnahme an einem Studienorientierungsverfahren verlangen, das der Selbsteinschätzung über die Studienwahl dienen soll. ²Das Ergebnis hat keine Auswirkungen auf den Hochschulzugang. ³Die Hochschule regelt das Nähere zu Ausgestaltung und Durchführung durch Satzung.
- (6) ¹Zu den Abs. 2 bis 4 regeln das Nähere vom Staatsministerium zu erlassende Rechtsverordnungen. ²Zusätzlich zu der Eignungsprüfung nach Abs. 2 Satz 1 können weitere Vorbildungsnachweise gefordert werden. ³Zu Abs. 2 kann außerdem bestimmt werden, dass in

den Fachhochschulstudiengängen der Ausbildungsrichtung Gestaltung sowie in den Fachhochschulstudiengängen Architektur und Innenarchitektur neben dem Nachweis nach Art. 72 Abs. 2, 5 und 6 die künstlerische Begabung und Eignung in einer Eignungsprüfung nachzuweisen ist.⁴In der Rechtsverordnung zu Abs. 3 werden die Sportstudiengänge festgelegt, in der auch das Nähere über die Abnahme dieser Prüfung geregelt wird und in der auch ein Attest über die Sporttauglichkeit als Zulassungsvoraussetzung für die Prüfung vorgesehen werden kann.⁵Durch die Rechtsverordnung nach Satz 1 kann bestimmt werden, dass die erforderlichen Regelungen ganz oder teilweise von den Hochschulen durch Satzung getroffen werden.

Art. 74

Zugang zum postgradualen Studium

- (1) ¹Der Zugang zu Masterstudiengängen setzt einen Hochschulabschluss oder einen auf Grund eines Hochschulstudiums erworbenen gleichwertigen Abschluss voraus. ²Die Hochschulen können durch Satzung weitere Zugangsvoraussetzungen festlegen, insbesondere den Nachweis einer studiengangspezifischen Eignung. ³Die Hochschulen können zulassen, dass das Studium bereits vor dem Erwerb der Zugangsvoraussetzungen nach den Sätzen 1 und 2 aufgenommen wird, wenn diese spätestens innerhalb eines Jahres nach Aufnahme des Studiums nachgewiesen werden. ⁴Für sonstige postgraduale Studiengänge und postgraduale Modulstudien gilt Satz 1 entsprechend. ⁵Im Übrigen bestimmt sich die Qualifikation nach den Erfordernissen der sonstigen postgradualen Studiengänge und postgradualen Modulstudien; das Nähere regeln die Hochschulen durch Satzung.
- (2) ¹Der Zugang zu weiterbildenden Masterstudiengängen setzt neben den Zugangsvoraussetzungen nach Abs. 1 eine qualifizierte berufspraktische Erfahrung von in der Regel nicht unter einem Jahr voraus. ²Der Zugang zu weiterbildenden Modulstudien setzt neben den Zugangsvoraussetzungen nach Abs. 1 Satz 1 eine qualifizierte berufspraktische Erfahrung von in der Regel nicht unter einem Jahr voraus; Abs. 1 Satz 5 gilt entsprechend. ³Die Hochschulen können bei weiterbildenden Modulstudien in Ausnahmefällen durch Satzung vorsehen, dass die qualifizierte berufspraktische Erfahrung auch nach Studienbeginn erworben werden kann. ⁴Weiterbildende Studien setzen neben den Zugangsvoraussetzungen nach Abs. 1 Satz 1 berufspraktische Erfahrung voraus; Art. 72 Abs. 8 Satz 3 gilt entsprechend. ⁵Die Hochschulen können bei weiterbildenden Studien durch Satzung vorsehen, dass die berufspraktische Erfahrung auch nach Studienbeginn erworben werden kann oder diese abweichend von Abs. 1 Satz 1 auch Personen mit berufspraktischer Erfahrung offenstehen, die die für die Teilnahme erforderliche Eignung im Beruf oder auf andere Weise erworben haben.

Art. 75

Immatrikulationshindernisse

Die Immatrikulation wird versagt, wenn

1. die in den Art. 72 bis 74 genannten Voraussetzungen nicht vorliegen,

2. die Studienbewerberin oder der Studienbewerber eine nach der Prüfungsordnung erforderliche Prüfung oder an Kunsthochschulen auch eine durch Satzung festgelegte Probezeit endgültig nicht bestanden hat oder aus von ihr oder ihm zu vertretenden Gründen die Voraussetzungen für die Meldung zu einer Prüfung endgültig nicht mehr beibringen kann, es sei denn, dass die betreffende Person in einen anderen Studiengang oder in sonstige andere Studien wechselt,
3. in dem entsprechenden Studiengang Zulassungszahlen festgesetzt sind und die Studienbewerberin oder der Studienbewerber keinen Studienplatz zugeteilt erhält,
4. die Studienbewerberin oder der Studienbewerber die Zahlung fälliger Gebühren oder Beiträge nicht nach weist oder
5. die Studienbewerberin oder der Studienbewerber aus eigenem Verschulden den Nachweis über ihren oder seinen Krankenversicherungsstatus nicht erbringt.

Art. 76

Befristete, bedingte Immatrikulation, Verordnungsermächtigung

- (1) ¹Bestehen in einem Studiengang an einer Hochschule Ausbildungsmöglichkeiten, die sich nicht auf den gesamten zum ersten berufsqualifizierenden Abschluss führenden Studiengang erstrecken, gilt die Immatrikulation der Studierenden nur bis zum ordnungsgemäßen Abschluss der angebotenen Ausbildungsmöglichkeiten. ²Ist die Ausbildungsmöglichkeit bis zum ersten berufsqualifizierenden Abschluss nur für einen Teil der Studierenden gegeben, gilt die Immatrikulation der Studierenden, die eine auf den ersten Teil des Studiengangs beschränkte Zulassung erhalten haben, weil das Weiterstudium im Geltungsbereich des Staatsvertrags über die Hochschulzulassung nicht gewährleistet ist, nur bis zum ordnungsgemäßen Abschluss des ersten Teils des Studiengangs. ³Die näheren Vorschriften werden durch Rechtsverordnung getroffen.
- (2) ¹Im Fall eines Probestudiums nach Art. 72 Abs. 6 endet die Immatrikulation der Studierenden mit Ablauf des Semesters, in dem das Probestudium endgültig nicht bestanden wurde (bedingte Immatrikulation). ²Wird der Nachweis nach Art. 72 Abs. 4 Satz 2 und Abs. 10 Satz 1 sowie Art. 74 Abs. 1 Satz 3 nicht fristgerecht vorgelegt, so ist die Studierende oder der Studierende zum Ende des Semesters exmatrikuliert, in dem der Nachweis hätte erbracht werden müssen.

Art. 77

Rückmeldung und Beurlaubung

- (1) Die Studierenden melden sich zu jedem Semester form- und fristgerecht zum Weiterstudium an (Rückmeldung).
- (2) Studierende können von der Hochschule auf Antrag von der Verpflichtung zu einem ordnungsgemäßen Studium befreit werden (Beurlaubung).

- (3) ¹Während der Beurlaubung können Studienleistungen nicht erbracht und Prüfungen an der Hochschule, an der die Beurlaubung erfolgt ist, nicht abgelegt werden. ²Eine Wiederholung nicht bestandener Prüfungen ist möglich. ³Satz 1 gilt nicht, wenn die Beurlaubung aufgrund der Inanspruchnahme von Schutzfristen entsprechend dem Mutterschutzgesetz, der Betreuung und Erziehung eines Kindes entsprechend dem Bundeseltern geld- und Elternzeitgesetz oder der Pflege eines nahen Angehörigen entsprechend dem Pflegezeitgesetz erfolgt.

Art. 78 Exmatrikulation

- (1) Studierende sind zum Ende des Semesters exmatrikuliert, in dem sie die Abschlussprüfung bestanden haben.
- (2) Studierende werden von der Hochschule exmatrikuliert, wenn sie dies beantragen oder ein Immatrikulationshindernis nach Art. 75 vorliegt.
- (3) ¹Abweichend von Abs. 1 können Studierende auch nach dem Bestehen der Abschlussprüfung in dem betreffenden Studiengang immatrikuliert bleiben oder wieder immatrikuliert werden, wenn sie die Immatrikulation oder das Fortbestehen der Immatrikulation beantragen, um
1. im Rahmen entsprechender prüfungsrechtlicher Regelungen die Prüfung zur Notenverbesserung zu wiederholen,
 2. eine weitere Studienrichtung oder einen weiteren Studienschwerpunkt zu studieren oder
 3. zu promovieren.

²Die Studierende sollen exmatrikuliert werden, wenn die in Satz 1 genannten Voraussetzungen nicht mehr vorliegen, in den Fällen des Satzes 1 Nr. 2 und 3 spätestens nach vier Jahren.

Art. 79 Ausführungsbestimmungen

¹Die Hochschulen erlassen die erforderlichen Bestimmungen über die Immatrikulation, Rückmeldung, Beurlaubung und Exmatrikulation durch Satzung. ²In den Satzungen treffen die Hochschulen insbesondere Bestimmungen über das Verfahren und die einzuhaltenden Fristen. ³Die Hochschulen können durch Satzung weitere Fälle bestimmen, in denen die Immatrikulation versagt werden kann oder Studierende exmatrikuliert werden können, wenn Gründe vorliegen, die einem ordnungsgemäßen Studium entgegenstehen.

Schlecht kontrollierte Exmatrikulationsbestimmung

Kapitel 4 Grade und Zeugnisse

Art. 80

Verleihung akademischer Grade, Promotions- und Habilitationsrecht, Verordnungsermächtigung

- (1) ¹Auf Grund einer Hochschulprüfung, mit der ein Bachelor- oder Masterabschluss erworben wird, verleihen die Hochschulen einen Bachelor- oder Mastergrad. ²Die Hochschulen können anstelle der Bezeichnung „Bachelor“ die Bezeichnung „Bakkalaurea“ oder „Bakkalaureus“ und anstelle der Bezeichnung „Master“ die Bezeichnung „Magistra“ oder „Magister“ vorsehen. ³Auf Grund einer Hochschulprüfung, mit der in einem sonstigen grundständigen Studiengang ein erster berufsqualifizierender Abschluss erworben wird, verleihen die Hochschulen einen Diplomgrad mit Angabe der Fachrichtung; in anderen als Fachhochschulstudiengängen können die Hochschulen auch einen Magistergrad verleihen. ⁴Der Diplomgrad erhält bei Absolventinnen und Absolventen von Fachhochschulstudiengängen den Zusatz „(FH)“, bei Absolventinnen und Absolventen universitärer Studiengänge den Zusatz „(Univ.)“. ⁵Die Hochschulen können den Diplomgrad auch auf Grund einer staatlichen oder einer kirchlichen Prüfung, mit der ein Hochschulstudium abgeschlossen wird, verleihen.
- (2) ¹Die Hochschulen können in Studiengängen, die in Kooperation mit einer ausländischen staatlichen oder staatlich anerkannten Hochschule durchgeführt werden, deren akademischen Grad verleihen. ²Dabei können die Hochschulen zusätzlich einen in Abs. 1 genannten Grad verleihen.
- (3) ¹Das Nähere regeln die Hochschulen durch Satzung. ²Art. 66 Abs. 2 gilt entsprechend. ³Durch Satzung der Hochschulen, die insoweit des Einvernehmens mit dem Staatsministerium bedarf, kann festgelegt werden, welche weiteren akademischen Grade verliehen werden.
- (4) ¹Die Universitäten, an denen bei Hochschulprüfungen prüfungsberechtigtes wissenschaftliches Personal einer anderen Universität gemäß Art. 69 Abs. 2 mitwirkt, ermöglichen den Mitgliedern dieser Universität und Personen, die ihr Studium dort erfolgreich abgeschlossen haben, den Erwerb eines theologischen akademischen Grades. ²In den Hochschulprüfungsordnungen für die betroffenen akademischen Selbstverwaltungseinheiten für Theologie werden entsprechende Regelungen vorgesehen.
- (5) Den Urkunden über die Verleihung der akademischen Grade fügen die Hochschulen eine englischsprachige Übersetzung und eine ergänzende Beschreibung bei, die insbesondere die wesentlichen, dem Abschluss zugrundeliegenden Studieninhalte, den Studienverlauf, die mit dem Abschluss erworbene Qualifikation so wie die verleihende Hochschule enthalten muss.
- (6) ¹Die Universitäten und Kunsthochschulen besitzen das Promotionsrecht und Habilitationsrecht, die Kunsthochschulen für ihre wissenschaftlichen Fächer. ²Zur Sicherung der wissenschaftlichen Produktivität und Wirksamkeit können die Kunsthochschulen diese Rechte nur ausüben, wenn sie alleine oder im Zusammenwirken mit Universitäten oder anderen Kunsthochschulen über eine hinreichende Anzahl an Professorinnen und Professoren in dem jeweiligen wissenschaftlichen Fach verfügen. ³Sofern die Voraussetzungen für eine wissenschaftliche Promotion gegeben sind, kann durch Rechtsverordnung auch ein Promotionsrecht für

wissenschaftlich-künstlerische Promotionen verliehen werden. ⁴Dies setzt voraus, dass diese Promotionsvorhaben qualitativ angemessen durch wissenschaftliche und künstlerische Professorinnen und Professoren betreut werden und die künstlerischen Forschungsprojekte erkennbar in einem engen Zusammenhang mit der wissenschaftlichen Arbeit stehen. ⁵Das Staatsministerium regelt durch Rechtsverordnung die näheren Kriterien und Begutachtungsverfahren für die Ausübung des Promotions- und Habilitationsrechts in den wissenschaftlichen Fächern und für die Verleihung des Promotionsrechts für wissenschaftlich-künstlerischen Promotionen.

(7) ¹Das Staatsministerium kann den Hochschulen für angewandte Wissenschaften durch Rechtsverordnung ein befristetes, fachlich begrenztes Promotionsrecht für wissenschaftliche Einrichtungen verleihen, wenn für diese in einem Begutachtungsverfahren eine angemessene Forschungsstärke sowie die Einbettung der wissenschaftlichen Qualifizierung in eine grundständige akademische Lehre nachgewiesen wird. ²Insbesondere werden dabei berücksichtigt

1. die Qualifikation der der Einrichtung zugeordneten Professorinnen und Professoren, die mindestens die durch die Qualität einer Promotion nachgewiesene besondere Befähigung zu wissenschaftlicher Arbeit und nicht länger als fünf Jahre zurückliegende herausragende Leistungen in der anwendungsbezogenen Forschung umfassen muss, sowie
2. eine für die Sicherung der wissenschaftlichen Produktivität und Wirksamkeit hinreichende Anzahl der der Einrichtung zugeordneten Professorinnen und Professoren.

³Das Nähere zu Kriterien und Verfahren wird durch Rechtsverordnung des Staatsministeriums geregelt.

Art. 81 Promotion

(1) ¹Die Promotion dient dem Nachweis der Befähigung zu vertiefter wissenschaftlicher Arbeit und beruht auf einer selbstständigen wissenschaftlichen Arbeit (Dissertation), im Falle der wissenschaftlich-künstlerischen Promotion ergänzt um eine damit verbundene künstlerische Arbeit, und einer mündlichen Prüfung. ²Sie setzt in der Regel ein mit einer Prüfung erfolgreich abgeschlossenes Studium

1. in einem Masterstudiengang im Sinne von Art. 65 Abs. 2 Satz 1 Nr. 3 an einer Universität oder Hochschule für angewandte Wissenschaften,
2. in einem musik- oder kunstpädagogischen oder einem sonstigen wissenschaftlichen Masterstudiengang im Sinne von Art. 65 Abs. 2 Satz 1 Nr. 3 an einer Kunsthochschule,
3. in einem sonstigen grundständigen Studiengang im Sinne von Art. 65 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 an einer Universität,
4. in einem sonstigen musik- und kunstpädagogischen oder einem sonstigen wissenschaftlichen grundständigen Studiengang im Sinne von Art. 65 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 an einer Kunsthochschule

voraus.³Die Hochschulen mit Promotionsrecht regeln in der Promotionsordnung, unter welchen Voraussetzungen Absolventinnen und Absolventen einschlägiger sonstiger Studiengänge zugelassen werden.⁴Dabei sollen zu erbringende zusätzliche Studien- und Prüfungsleistungen grundsätzlich höchstens ein Jahr erfordern.⁵Die Universitäten sehen in der Promotionsordnung vor, dass Professorinnen und Professoren von Hochschulen für angewandte Wissenschaften und Kunsthochschulen als Betreuende und Prüfende bestellt werden können (kooperative Promotion).⁶Für die vom Senat der Hochschule als Satzung zu beschließende Promotionsordnung gilt Art. 68 Abs. 2 Satz 1 und 2, Abs. 3 Satz 1 und 2 Nr. 1 bis 3 sowie 8 bis 12 entsprechend.⁷Für Promotionsordnungen im Rahmen des Art. 3 Abs. 3 in Verbindung mit Art. 80 Abs. 7 gilt Art. 6 Abs. 3 Satz 3 entsprechend.⁸In den Promotionsordnungen kann vorgesehen werden, dass die Hochschule eine Versicherung an Eides statt über die Eigenständigkeit der erbrachten wissenschaftlichen Leistungen verlangen und abnehmen kann.

- (2) ¹Die Universitäten sollen auch hochschulübergreifend zur Heranbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses gesonderte Promotionsstudiengänge und Graduiertenkollegs einrichten, deren Ausbildungsziel die Qualifikation für Wissenschaft und Forschung ist. ²Bei gesonderten Promotionsstudiengängen beträgt die Regelstudienzeit in der Regel höchstens bis zu drei Jahre.³Die Regelungen über Studiengänge finden entsprechend Anwendung.
- (3) ¹Hochschulen mit Promotionsrecht verleihen in diesem Rahmen neben den in Art. 80 Abs. 1 bis 3 genannten Graden den Doktorgrad. ²Für Abschlüsse in gesonderten Promotionsstudiengängen der Universitäten kann auch der Grad „Doctor of Philosophy (Ph.D.)“ verliehen werden.
- (4) ¹Doktorandinnen und Doktoranden sind zur Angabe folgender von den Hochschulen zu erhebenden Daten verpflichtet:
1. Daten nach Art. 71 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 bis 4, 6 und 12,
 2. Angaben zur Ersteinschreibung,
 3. Angaben zur Promotion.

²Art. 71 Abs. 3 Satz 2 gilt entsprechend.

Art. 82 Lehrbefähigung, Lehrbefugnis

- (1) ¹Die Habilitation dient der förmlichen Feststellung der wissenschaftlichen und pädagogischen Eignung zur Professorin oder zum Professor in einem bestimmten Fachgebiet an Universitäten und in wissenschaftlichen Fächern an Kunsthochschulen (Lehrbefähigung).²Die Lehrbefähigung können Universitäten und Kunsthochschulen feststellen. ³Mit der Feststellung der Lehrbefähigung erlangt die habilitierte Person den akademischen Grad eines habilitierten Doktors.⁴Sie kann ihren Dokortitel mit dem Zusatz „habil.“ führen.⁵Der Zusatz kann nicht gleich zeitig mit dem Privatdozentinnen- und Privatdozenten- oder Professorinnen- und Professorentitel geführt werden. ⁶Ziel des Habilitationsverfahrens ist es, besonders qualifizierten Nachwuchswissenschaftlerinnen und Nachwuchswissenschaftlern die Möglichkeit zu geben, selbstständig Aufgaben in Forschung und Lehre wahrzunehmen, und sie unter wissenschaftlicher Begleitung durch ein Fachmentorat, dem drei

Professorinnen oder Professoren oder Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer angehören, möglichst innerhalb von vier Jahren für die Berufung auf eine Professur zu qualifizieren.

- (2) ¹Der Erwerb der Lehrbefähigung setzt die Annahme als Habilitandin oder Habilitand durch die Hochschule oder die akademische Selbstverwaltungseinheit nach Art. 30 Abs. 2 Satz 1 voraus. ²Auf Antrag können Personen angenommen werden, die pädagogische Eignung und eine besondere Befähigung zu wissenschaftlicher Arbeit besitzen, die in der Regel durch die herausragende Qualität einer Promotion nachgewiesen wird. ³Die Annahme wird versagt, wenn der Bewerberin oder dem Bewerber ein akademischer Grad entzogen wurde. ⁴Der mit der Annahme beginnende Status als Habilitandin oder Habilitand ist in der Regel auf vier Jahre zuzüglich der Dauer des Begutachtungsverfahrens im Sinne des Abs. 6 begrenzt. ⁵Das Fachmentorat soll die Dauer dieses Status bei Vorliegen besonderer Gründe, insbesondere bei Inanspruchnahme von Elternzeit oder eines Beschäftigungsverbots nach der Bayerischen Mutterschutzverordnung sowie bei Personen, die nicht Mitglieder der Hochschule sind, verlängern.
- (3) Im Habilitationsverfahren werden
1. die pädagogische Eignung auf Grund wissenschaftsgeleiteter Qualifizierung und selbstständig erbrachter Leistungen in der akademischen Lehre und
 2. die Befähigung zu selbstständiger Forschung auf Grund einer Habilitationsschrift oder einer Mehrzahl von Fachpublikationen mit dem einer Habilitationsschrift entsprechenden wissenschaftlichen Gewicht festgestellt.
- (4) ¹Das Fachmentorat vereinbart mit der Habilitandin oder dem Habilitanden Art und Umfang der für den Erwerb der Lehrbefähigung notwendigen Leistungen in Forschung und Lehre. ²Es unterstützt die Sicherstellung einer drittmittelfähigen Grundausstattung durch die Hochschule, soweit sie für die beabsichtigte Arbeit erforderlich ist, und begleitet den Fortgang der Qualifizierung in Forschung und Lehre.
- (5) ¹Spätestens nach zwei Jahren führt das Fachmentorat eine Zwischenevaluierung durch. ²Stellt es fest, dass die vereinbarten Leistungen voraussichtlich nicht erbracht werden, kann das in der Grundordnung vorgesehene Organ der akademischen Selbstverwaltungseinheit die Bestellung des Fachmentorats aufheben. ³Mit der Aufhebung des Fachmentorats ist das Habilitationsverfahren beendet.
- (6) ¹Bei Fortführung des Habilitationsverfahrens nach der Zwischenevaluation findet nach Erbringung der für die Feststellung der Lehrbefähigung vereinbarten Leistungen im Sinne des Abs. 3 eine wissenschaftliche Begutachtung durch das Fachmentorat statt, das auch externe Gutachten einholen soll. ²Das Fachmentorat schlägt dem in der Grundordnung vorgesehenen Organ der akademischen Selbstverwaltungseinheit die Feststellung der Lehrbefähigung vor, wenn die vereinbarten Leistungen erbracht werden. ³Die Leitung der akademischen Selbstverwaltungseinheit führt innerhalb von vier Monaten einen Beschluss über den Vorschlag des Fachmentorats herbei. ⁴Kommt ein Beschluss innerhalb dieser Frist nicht zustande, gilt die Lehrbefähigung als festgestellt. ⁵Stellt das Fachmentorat fest, dass die für die Feststellung der Lehrbefähigung erforderlichen Leistungen nicht oder nicht innerhalb der Frist des Abs. 2 Satz 4 erbracht wurden und voraussichtlich auch nicht innerhalb einer angemessenen Nachfrist erbracht werden können, hebt das in der Grundordnung vorgesehene Organ der akademischen Selbstverwaltungseinheit die Bestellung des Fachmentorats auf; das Habilitationsverfahren ist damit beendet.

- (7) ¹Nähere Regelungen, insbesondere über den Nachweis der pädagogischen Eignung, die besondere Befähigung zu wissenschaftlicher Arbeit sowie etwaiger weiterer Voraussetzungen für die Annahme als Habilitandin oder Habilitand, das Verfahren der Bestellung und die Aufgaben des interdisziplinär besetzten Fachmentorats, das Vorschlagsrecht der Habilitandin oder des Habilitanden für die Besetzung des Fachmentorats, die Zwischenevaluierung und die wissenschaftliche Begutachtung, trifft die als Satzung zu beschließende Habilitationsordnung. ²Art. 81 Abs. 1 Satz 6 und 8 gilt entsprechend. ³Habilitationsordnungen für das Fach Katholische Theologie können vorsehen, dass die Annahme die Vorlage eines Zeugnisses des zuständigen Bischofs voraussetzt, dass gegen eine Feststellung der Lehrbefähigung für das Fach Katholische Theologie keine Erinnerung zu erheben ist. ⁴Über den erfolgreichen Abschluss des Habilitationsverfahrens wird eine Urkunde ausgestellt.
- (8) Soweit das in der Grundordnung vorgesehene Organ der Hochschule oder der akademischen Selbstverwaltungseinheit im Rahmen des Habilitationsverfahrens entscheidet, haben alle Professorinnen und Professoren der Hochschule oder der akademischen Selbstverwaltungseinheit das Recht, nach Maßgabe näherer Regelungen in der Grundordnung stimmberechtigt mitzuwirken.
- (9) ¹Habilitandinnen und Habilitanden, die als wissenschaftliche Mitarbeiterinnen oder Mitarbeiter Mitglieder der Hochschule sind, überträgt die Leitung der Hochschule oder der akademischen Selbstverwaltungseinheit im Einvernehmen mit dem Fachmentorat die selbstständige Wahrnehmung von Aufgaben in Forschung und Lehre. ²Soweit sie nicht Mitglieder der Hochschule sind, trägt das Fachmentorat im Benehmen mit der akademischen Selbstverwaltungseinheit nach Art. 30 Abs. 2 Satz 1 dafür Sorge, dass die Habilitandin oder der Habilitand sich in der akademischen Lehre qualifiziert und ausreichend Gelegenheit zur Lehre erhält.
- (10) ¹Auf Grund der Feststellung der Lehrbefähigung erteilt die Universität oder Kunsthochschule auf Antrag der habilitierten Person die Lehrbefugnis in dem Fachgebiet der Lehrbefähigung. ²Dies gilt nicht, wenn die habilitierte Person Universitätsprofessorin oder Universitätsprofessor des Fachgebiets der Lehrbefähigung ist. ³Die Lehrbefugnis soll im Einvernehmen mit der zuständigen akademischen Selbstverwaltungseinheit nach Art. 30 Abs. 2 Satz 1 Personen erteilt werden, die sich an der betreffenden Hochschule als Juniorprofessorin oder Juniorprofessor bewährt haben. ⁴Auf Antrag der zuständigen akademischen Selbstverwaltungseinheit nach Art. 30 Abs. 2 Satz 1 kann die Lehrbefugnis auch erhalten, wer die entsprechende Lehrbefähigung oder Lehrbefugnis an einer anderen Universität oder an einer dieser gleichstehenden Hochschule des In- oder Auslandes besitzt. ⁵Die Lehrbefugnis soll im Einvernehmen mit der zuständigen akademischen Selbstverwaltungseinheit nach Art. 30 Abs. 2 Satz 1 Personen erteilt werden, die sich an der betreffenden Hochschule als Nachwuchsgruppenleiterin oder Nachwuchsgruppenleiter bewährt haben. ⁶Mit der Erteilung der Lehrbefugnis ist das Recht zur Führung der Bezeichnung „Privatdozentin“ oder „Privatdozent“ verbunden. ⁷Der Widerruf der Lehrbefugnis bestimmt sich nach Art. 54.
- (11) Bei der Erteilung der Lehrbefugnis in den akademischen Selbstverwaltungseinheiten für Theologie und in den Fächern Theologie, Religionspädagogik und Didaktik des Religionsunterrichts der Universitäten sind die Bestimmungen des Art. 3 § 2 des Konkordats zwischen seiner Heiligkeit Papst Pius XI. und dem Staate Bayern sowie des Art. 2 Abs. II und Art. 5 Abs. III bis V des Vertrages zwischen dem Bayerischen Staate und der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern rechts des Rheins zu beachten.

Art. 83

Führung akademischer Grade deutscher Hochschulen

¹Die von staatlichen oder staatlich anerkannten Hochschulen in der Bundesrepublik Deutschland verliehenen akademischen Grade dürfen nur gemäß der Verleihungsurkunde oder in der sonst festgelegten Form geführt werden.²Wird der Doktorgrad in abgekürzter Form geführt, so muss die Fachrichtung nicht angegeben werden.³Entsprechendes gilt für ehrenhalber verliehene akademische Grade.⁴Inhaberinnen oder Inhaber eines nach Art. 81 Abs. 3 Satz 2 verliehenen Grades „Doctor of Philosophy (Ph.D.)“ können diesen alternativ auch in der abgekürzten Form „Dr.“ führen.

Art. 84

Führung ausländischer Grade, Hochschultitel und Hochschultätigkeitsbezeichnungen, Strafvorschrift

- (1) ¹Ein ausländischer akademischer Grad, der von einer nach dem Recht des Herkunftslandes anerkannten Hochschule oder anderen Stelle, die zur Verleihung dieses Grades berechtigt ist, auf Grund eines tatsächlich absolvierten und ordnungsgemäß durch Prüfung abgeschlossenen Studiums verliehen worden ist, kann in der Form, in der er verliehen wurde, unter Angabe der verleihenden Institution genehmigungsfrei geführt werden.²Entsprechendes gilt für die im Herkunftsland zugelassene oder nachweislich übliche Abkürzung.³Soweit erforderlich, kann die verliehene Führungsform in die lateinische Schrift übertragen und eine wörtliche Übersetzung in Klammern hinzugefügt werden.⁴Eine Umwandlung in entsprechende deutsche Grade findet nicht statt; Art. 108 bleibt unberührt.
- (2) ¹Ein ausländischer Ehrengrad, der von einer nach dem Recht des Herkunftslandes zur Verleihung berechtigten Hochschule oder anderen Stelle verliehen wurde, kann nach Maßgabe der für die Verleihung geltenden Rechtsvorschriften in der Form, in der er verliehen wurde, unter Angabe der verleihenden Institution genehmigungsfrei geführt werden.²Ausgeschlossen von der Führung sind ausländische Ehrengrade, wenn die ausländische Institution kein Recht zur Vergabe des entsprechenden Grades im Sinne des Abs. 1 besitzt.³Abs. 1 Satz 2 und 3 sowie Satz 4 Halbsatz 1 gilt entsprechend.
- (3) ¹Für ausländische staatliche und kirchliche Grade gilt Abs. 1, für ausländische Hochschultitel und Hochschultätigkeitsbezeichnungen gelten die Abs. 1, 2 und 4 entsprechend.²Letzteres gilt auch für Titel, die inländischen akademischen Graden gleich lauten oder ihnen zum Verwechseln ähnlich sind.
- (4) ¹Vereinbarungen und Abkommen der Bundesrepublik Deutschland mit anderen Staaten über Gleichwertigkeiten im Hochschulbereich und Vereinbarungen der Länder der Bundesrepublik Deutschland gehen den Regelungen in den Abs. 1 bis 3 vor.²Im Verhältnis von Vereinbarungen und Abkommen der Bundesrepublik Deutschland mit anderen Staaten über Gleichwertigkeiten im Hochschulbereich zu Vereinbarungen der Länder der Bundesrepublik Deutschland gilt die günstigere Regelung.
- (5) ¹Eine von den Abs. 1 bis 4 abweichende Grad-, Titel- oder Bezeichnungsführung ist unzulässig.²Entgeltlich erworbene Grade, Hochschultitel und Hochschultätigkeitsbezeichnungen dürfen nicht geführt werden.

- (6) Wer einen ausländischen Grad, Hochschultitel oder eine ausländische Hochschultätigkeitsbezeichnung führt, hat auf Verlangen einer öffentlichen Stelle die Berechtigung hierzu urkundlich nachzuweisen.
- (7) Wer sich er bietet, gegen Entgelt den Erwerb eines ausländischen akademischen Grades, eines ausländischen Hochschultitels oder einer ausländischen Hochschultätigkeitsbezeichnung zu vermitteln, wird mit Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr oder mit Geldstrafe bestraft.

Art. 85 **Entziehung**

¹Der von einer bayerischen Hochschule verliehene akademische Grad kann unbeschadet des Art. 48 des Bayerischen Verwaltungsverfahrensgesetzes (BayVwVfG) entzogen werden, wenn sich die Inhaberin oder der Inhaber durch ein späteres Verhalten der Führung des Grades als unwürdig erwiesen hat. ²Über die Entziehung entscheidet diejenige Hochschule, die den Grad verliehen hat.

Teil 8 **Nichtstaatliche Hochschulen und sonstige Einrichtungen**

Art. 86 **Staatliche Anerkennung**

- (1) ¹Einrichtungen des Bildungswesens, die nicht staatliche Hochschulen (Art. 1 Abs. 2) sind und Aufgaben nach den Art. 2 und 3 wahrnehmen, können auf Antrag des Trägers durch das Staatsministerium als Hochschule staatlich anerkannt werden (nichtstaatliche Hochschule). ²Mit der staatlichen Anerkennung werden Name, Sitz, weitere Niederlassungen und Träger der Hochschule sowie die anerkannten Studiengänge und die mit deren Abschluss zu verleihenden akademischen Grade festgelegt. ³Nachträgliche wesentliche Änderungen setzen eine Änderung der staatlichen Anerkennung nach Satz 2 voraus. ⁴Die staatliche Anerkennung erstreckt sich auch auf die nachträgliche Erweiterung durch Studiengänge, die nach Maßgabe des Studienakkreditierungsstaatsvertrags akkreditiert sind. ⁵Die Akkreditierung ist dem Staatsministerium unverzüglich nachzuweisen. ⁶Die Aufnahme des Studienbetriebs bereits vor erfolgter Studiengangsakkreditierung setzt eine Änderung der staatlichen Anerkennung nach Satz 2 voraus. ⁷Dies gilt auch für Studiengänge, bei denen durch die jeweils zuständigen Behörden die Einhaltung berufsrechtlicher Vorgaben festgestellt werden muss sowie für sonstige Studiengänge, die nicht der Akkreditierung unterliegen. ⁸Die Sätze 4 bis 7 gelten entsprechend für wesentliche Änderungen von Studiengängen.
- (2) ¹Trägerin oder Träger der nichtstaatlichen Hochschulen ist, wem das Handeln der Hochschule rechtlich zuzurechnen ist. ²Betreiberin oder Betreiber sind die die Trägerin oder den Träger einer nichtstaatlichen Hochschule maßgeblich prägenden natürlichen oder juristischen Personen.

(3) ¹Die staatliche Anerkennung kann erteilt werden, wenn die Hochschule den institutionellen Anspruch erfüllt, Studium, Forschung und Lehre auf Hochschulniveau zu betreiben.²Dazu gehört insbesondere, dass

1. die Qualität der angebotenen Bachelor- und Masterstudiengänge durch eine Akkreditierung nach Maßgabe des Studienakkreditierungsstaatsvertrags nachgewiesen wird,
2. bei Universitäten mindestens drei zu einem ersten berufsqualifizierenden Abschluss führende und bei Hochschulen für angewandte Wissenschaften aufeinander folgende und erfolgreich akkreditierte Studiengänge an der Hochschule vorhanden oder im Rahmen einer Ausbauplanung vorgesehen sind, bei Kunsthochschulen mindestens drei zu einem ersten berufsqualifizierenden Abschluss führende, grundsätzlich akkreditierte Studiengänge,
3. nur solche Personen das Studium aufnehmen dürfen, die die Voraussetzungen für die Aufnahme in eine entsprechende staatliche Hochschule erfüllen,
4. nur Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer beschäftigt werden, die die Einstellungsbedingungen des Art. 41 erfüllen und die in einem transparenten, wissenschaftlichen Standards entsprechenden Verfahren unter maßgeblicher Mitwirkung von Hochschullehrerinnen und Hochschullehrern ausgewählt worden sind,
5. sichergestellt ist, dass die Einrichtung ihre Aufgaben im Rahmen der durch das Grundgesetz und die Verfassung gewährleisteten staatlichen Ordnung erfüllt.

³Zur Sicherung der Wissenschaftsfreiheit muss die nichtstaatliche Hochschule sicherstellen, dass

1. Betreiber, Träger und Hochschule unter Trennung ihrer Aufgabenbereiche einen gegenseitigen Interessenausgleich verbindlich absichern; dabei werden die verfassungsmäßig gewährleisteten Rechte der bekenntnisgebundenen Träger berücksichtigt,
2. akademische Funktionsträgerinnen und Funktionsträger der Hochschule nicht zugleich Funktionen beim Betreiber wahrnehmen,
3. die Kompetenzzuweisungen an die Organe der Hochschule transparent und eindeutig geregelt sind,
4. die Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer eigenverantwortlich Lehre, Forschung und Kunstausübung durchführen können,
5. die rechtliche Stellung der Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer gesichert ist,
6. eine akademische Selbstverwaltung besteht, in der Lehre und Forschung sowie – bei entsprechender Ausrichtung der Hochschule – die Künste unter angemessener Berücksichtigung der verschiedenen Beteiligten eigenverantwortlich organisiert und geregelt werden,
7. die Hochschulgremien im akademischen Kernbereich von Lehre und Forschung in der Lage sind, ohne Mitwirkung von Funktionsträgerinnen oder Funktionsträgern der Betreiber oder des Betreibers zu beraten und zu beschließen und
8. die Inhaberinnen und Inhaber akademischer Leitungämter in angemessenen Zeiträumen neu benannt werden und die akademische Selbstverwaltung maßgeblichen Einfluss auf die Bestellung und Abberufung der Hochschulleitung besitzt.

⁴Träger und Betreiber von nichtstaatlichen Hochschulen müssen die Gewähr dafür bieten, dass dauerhaft die personelle, sächliche und finanzielle Mindestausstattung zur Wahrnehmung der Aufgaben nach den Art. 2 und 3 sichergestellt ist.⁵Dazu gehört insbesondere, dass

1. die Lehrangebote der Hochschule überwiegend von hauptberuflichen Hochschullehrerinnen und Hochschullehrern erbracht werden,
2. die Hochschule über eine Anzahl von Hochschullehrerinnen und Hochschullehrern verfügt, die eine angemessene Erfüllung der Aufgaben der Hochschule ermöglicht,
3. die Hochschule von ihrer Größe und Ausstattung her wissenschaftlichen und – bei entsprechender Ausrichtung der Hochschule – künstlerischen Diskurs ermöglicht und
4. der Hochschule nach ihren strukturellen Rahmenbedingungen und ihrer Mindestausstattung eine der Wahrnehmung der Aufgaben nach Nr. 1 angemessene und auf Dauer angelegte Gestaltung und Durchführung des Lehr- und Studienbetriebs sowie von Forschung, Kunstausübung und Verwaltung ermöglicht ist; dazu gehört insbesondere der ausreichende Zugang zu fachbezogenen Medien.

⁶Nichtstaatliche Hochschulen müssen Vorkehrungen nachweisen, mit denen sichergestellt wird, dass den aufgenommenen Studierenden eine Beendigung ihres Studiums ermöglicht werden kann. ⁷Für kirchliche Einrichtungen kann das Staatsministerium Ausnahmen von Satz 1 Nr. 2, für theologische Studiengänge auch von Satz 1 Nr. 3 zulassen, wenn gewährleistet ist, dass das Studium dem Studium an einer staatlichen Hochschule gleichwertig ist.

Art. 87 Akkreditierungsverfahren

- (1) ¹Das Staatsministerium soll vor der Entscheidung über die staatliche Anerkennung eine gutachterliche Stellungnahme des Wissenschaftsrats oder einer vergleichbaren Akkreditierungseinrichtung einholen, in der das eingereichte Konzept für die geplante nichtstaatliche Hochschule anhand der in Art. 86 Abs. 3 genannten Kriterien bewertet wird (Konzeptprüfung). ²Die für Hochschulen zuständige Behörde soll in regelmäßigen Abständen eine gutachterliche Stellungnahme des Wissenschaftsrats oder einer vergleichbaren Akkreditierungseinrichtung einholen, mit der das Vorliegen und Fortbestehen der in Art. 86 Abs. 3 genannten Kriterien bei staatlich anerkannten nichtstaatlichen Hochschulen überprüft wird (institutionelle Akkreditierung, Reakkreditierung). ³Satz 2 gilt auch bei unbefristet staatlich anerkannten nichtstaatlichen Hochschulen.
- (2) ¹Die gutachterliche Stellungnahme nach Abs. 1 wird vom Staatsministerium im Benehmen mit der Trägerin oder dem Träger beim Wissenschaftsrat oder einer vergleichbaren Akkreditierungseinrichtung eingeholt. ²Der Wissenschaftsrat oder die vergleichbare Akkreditierungseinrichtung muss gewährleisten, dass
 1. eine Gutachterkommission eingesetzt wird, die mehrheitlich mit externen, unabhängigen, fachlich einschlägig qualifizierten Hochschullehrerinnen und Hochschullehrern besetzt ist, darunter mindestens ein professorales Mitglied einer nichtstaatlichen Hochschule, sowie mit einem studentischen Mitglied,
 2. die nichtstaatliche Hochschule, ihre Trägereinrichtung, ihre Betreiberin oder ihr Betreiber sowie das Staatsministerium, das das Gutachten einholt, Gelegenheit erhalten, vor der abschließenden Entscheidung über die Akkreditierung zu dem Gutachten Stellung zu nehmen,

3. für Streitfälle eine mit drei nicht der zu begutachtenden Bildungseinrichtung angehörenden Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern besetzte interne Beschwerdestelle eingerichtet und das Beschwerdeverfahren einschließlich der einzuhaltenden Fristen geregelt ist.

³In den Fällen des Abs. 1 Satz 2 und 3 wird der wesentliche Inhalt der gutachterlichen Stellungnahme veröffentlicht.

- (3) ¹Mit der gutachterlichen Stellungnahme berichtet der Wissenschaftsrat oder die vergleichbare Akkreditierungseinrichtung dem Staatsministerium, ob die nichtstaatliche Hochschule im Wesentlichen den Voraussetzungen des Art. 86 Abs. 3 oder des Art. 93 Abs. 2 oder Abs. 3 entspricht. ²Sie benennt hinreichend bestimmt die Punkte, in denen die nichtstaatliche Hochschule diesen Anforderungen nicht oder nur eingeschränkt gerecht wird. ³Sie kann die Akkreditierung oder Reakkreditierung von der Behebung von Mängeln innerhalb von angemessenen Fristen abhängig machen. ⁴Akkreditierungen und Reakkreditierungen werden in der Regel auf mindestens fünf Jahre befristet.
- (4) ¹Die gutachterliche Stellungnahme erweitert durch die im Verfahren erbrachte sachverständige Bewertung die Erkenntnisgrundlagen des Staatsministeriums. ²Sie nimmt die Entscheidung über die staatliche Anerkennung weder ganz noch teilweise vorweg.

Art. 88

Kosten der Anerkennung

- (1) ¹Für die Erteilung und die Aufrechterhaltung der staatlichen Anerkennung werden Gebühren erhoben. ²Sie umfassen auch die Auslagen des Staatsministeriums für die Verfahren nach Art. 87 Abs. 1 einschließlich etwa anfallender Umsatzsteuer. ³Hierfür kann eine Vorausleistung auf die Gebühren und Auslagen erhoben werden. ⁴Die Durchführung der Verfahren kann von der Vorausleistung abhängig gemacht werden.
- (2) Die Gebühren trägt der Träger der nichtstaatlichen Hochschule.

Art. 89

Rechtswirkung der Anerkennung

- (1) ¹Mit der staatlichen Anerkennung erhält die Hochschule das Recht, im Rahmen der Anerkennung Hochschulprüfungen abzunehmen, Hochschulgrade zu verleihen und Zeugnisse zu erteilen. ²Diese verleihen die gleichen Berechtigungen wie Hochschulprüfungen, Zeugnisse und Hochschulgrade gleicher Studiengänge an staatlichen Hochschulen. ³Das an einer nichtstaatlichen Hochschule abgeschlossene Studium ist ein abgeschlossenes Hochschulstudium im Sinne dieses Gesetzes.
- (2) Nichtstaatliche Hochschulen können mit staatlichen Hochschulen zusammenwirken; Art. 6 gilt entsprechend.
- (3) Träger von nichtstaatlichen Hochschulen haben keinen Anspruch auf staatliche Finanzhilfe.

- (4) Studierende an nichtstaatlichen Hochschulen haben keinen Anspruch gegen den Freistaat Bayern auf Beendigung ihres Studiums.

Art. 90 **Erlöschen, Rücknahme, Widerruf**

- (1) ¹Die staatliche Anerkennung erlischt, wenn die Hochschule
1. nicht innerhalb eines Jahres seit Zustellung des Anerkennungsbescheids den Studienbetrieb aufnimmt,
 2. ohne Zustimmung des Staatsministeriums länger als ein Jahr nicht betrieben wird oder
 3. der Studienbetrieb endgültig eingestellt wird.

²Die Frist nach Satz 1 Nr. 1 kann vom Staatsministerium verlängert werden.

- (2) Die staatliche Anerkennung ist zurückzunehmen, wenn die Voraussetzungen für die Anerkennung im Zeitpunkt der Erteilung nicht gegeben waren und diesem Mangel trotz Aufforderung des Staatsministeriums innerhalb einer gesetzten Frist nicht abgeholfen wird.
- (3) ¹Die staatliche Anerkennung wird widerrufen, wenn die Voraussetzungen für die Anerkennung weggefallen sind und diesem Mangel trotz Aufforderung des Staatsministeriums innerhalb einer gesetzten Frist nicht abgeholfen wird. ²Die staatliche Anerkennung kann widerrufen werden, wenn die staatlich anerkannte nicht staatliche Hochschule die Durchführung der Verfahren gemäß Art. 86 Abs. 1 Satz 2 bis 5 nicht ermöglicht, insbesondere durch Nichtzahlung der Vorausleistung gemäß Art. 88 Abs. 1 Satz 3 und 4. ³Im Falle der Rücknahme oder des Widerrufs der staatlichen Anerkennung oder der Einstellung des Betriebes der Hochschule ist die Trägerin oder der Träger verpflichtet, den zum Zeitpunkt der Rücknahme, des Widerrufs oder der Einstellung bereits eingeschriebenen Studierenden die Beendigung ihres Studiums zu ermöglichen.

Art. 91 **Lehrkräfte, Honorarprofessorinnen und Honorarprofessoren**

- (1) ¹Die Beschäftigung von hauptberuflichen Hochschullehrerinnen und Hochschullehrern bedarf der Genehmigung durch das Staatsministerium. ²Dem Antrag ist insbesondere ein Gutachten über die fachliche, pädagogische und persönliche Eignung der Bewerberinnen und Bewerber beizufügen. ³Die Genehmigung gilt als erteilt, wenn das Staatsministerium nicht innerhalb einer Frist von zwei Monaten gegen die Erteilung der Genehmigung Bedenken erhebt oder diese ablehnt. ⁴Das Staatsministerium kann die Beschäftigung von hauptberuflichen Hochschullehrerinnen und Hochschullehrern untersagen, wenn Tatsachen vorliegen, die bei Hochschullehrerinnen und Hochschullehrern an staatlichen Hochschulen die Entlassung oder die Entfernung aus dem Dienst rechtfertigen können. ⁵Hauptberufliche Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer können für die Dauer ihrer Beschäftigung die Berufsbezeichnung „Professorin“ oder „Professor“ oder „Juniorprofessorin“ oder „Juniorprofessor“ führen. ⁶Der Bezeichnung sind folgende Zusätze anzufügen:

1. Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer an Hochschulen in kirchlicher Trägerschaft oder an Ordenshochschulen: „im Kirchendienst“ oder „im Ordensdienst“,
2. Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer an privaten Hochschulen: „an der (Name der Hochschule)“ oder „im Privatdienst“.

⁷Hochschullehrerinnen oder Hochschullehrer, die wegen Erreichens der Altersgrenze oder Dienstunfähigkeit aus scheiden, dürfen die bisherige Berufsbezeichnung mit dem Zusatz „a.D.“ (außer Dienst) weiterführen. ⁸Bei einem Ausscheiden aus sonstigen Gründen darf die bisherige Berufsbezeichnung nach den Sätzen 6 und 7 geführt werden, wenn die Hochschullehrerin oder der Hochschullehrer die entsprechende Tätigkeit mindestens zehn Jahre ausgeübt hat.⁹Die Führung bedarf der Zustimmung der Hochschule.

- (2) ¹An nichtstaatlichen Hochschulen können Honorarprofessorinnen und Honorarprofessoren unter den Voraussetzungen des Art. 52 bestellt werden. ²Art. 52 gilt entsprechend.

Art. 92

Anwendung von Regelungen für staatliche Hochschulen, Universität der Bundeswehr

- (1) Für nichtstaatliche Hochschulen gelten Art. 7 Abs. 4, Art. 60, die Art. 62 bis 66 mit Ausnahme des Art. 63 Abs. 4, die Art. 68 und 69, die Art. 71 bis 79 mit Ausnahme des Art. 75 Nr. 3 und Art. 76, sowie die Art. 80 Abs. 1 bis 5 und Art. 81 im Rahmen der staatlichen Anerkennung entsprechend.
- (2) ¹Die für nichtstaatliche Hochschulen nach Abs. 1 erforderlichen Regelungen bedürfen des Einvernehmens mit dem Staatsministerium. ²Die vor dem 1. Oktober 1993 vom Staatsministerium erlassenen Vorschriften bleiben in Kraft, solange und soweit die erforderlichen Regelungen nicht nach Satz 1 getroffen wurden. ³Nichtstaatliche Hochschulen können zusätzliche Immatrikulationsvoraussetzungen, nicht jedoch von Art. 72 Abs. 1 bis 6 sowie 8 bis 10, Art. 73 und Art. 74 abweichende Qualifikationsvoraussetzungen, festlegen.
- (3) Die nichtstaatlichen Hochschulen können Vertreterinnen und Vertreter in den Landesstudierendenrat nach Art. 29 entsenden; Art. 29 Abs. 1 Satz 3 gilt entsprechend.
- (4) ¹Der Universität der Bundeswehr München sind das Promotionsrecht und Habilitationsrecht für die universitären Studiengänge im Rahmen der staatlichen Anerkennung verliehen. ²Auf Antrag des Trägers kann das Staatsministerium das Recht einräumen, in bestimmten Studiengängen auch zivile Studierende auszubilden. ³Die vorstehenden Absätze, Art. 53, 82 Abs. 10, Art. 86 bis 91 und 95 gelten mit Ausnahme der Vorschriften des Abs. 1 in Verbindung mit Art. 77 Abs. 2 und 3 Satz 1 sowie für die Überschreitung von Fristen gemäß Abs. 1 in Verbindung mit Art. 68 Abs. 3 Satz 2 Nr. 5 und Abs. 4 sowie Art. 86 Abs. 3 über die Anerkennung. ⁴In den Hochschulprüfungsordnungen sind die Fristen für die Meldung zu Prüfungen, die Überschreitungsfristen und die Folgen einer von Studierenden zu vertretenden Überschreitung dieser Fristen zu regeln.

Art. 93

Promotions-, Habilitationsrecht

- (1) Der Hochschule für Philosophie München sind das Promotions- und Habilitationsrecht im Bereich der Philosophie, der Augustana-Hochschule Neuendettelsau das Promotions- und Habilitationsrecht im Bereich der Evangelischen Theologie verliehen.
- (2) Das Promotionsrecht kann einer nichtstaatlichen Hochschule auf Antrag durch das Staatsministerium verliehen werden, wenn
 1. sie auf der Grundlage von Forschungsschwerpunkten ein erkennbares wissenschaftliches Profil entwickelt hat, das an andere Hochschulen anschlussfähig ist,
 2. die an der Hochschule erbrachten Forschungsleistungen der Professorinnen und Professoren sowie die Forschungsbasierung der Studiengänge den für promotionsberechtigte staatliche Hochschulen geltenden Maßstäben entsprechen und
 3. die Hochschule über ein geregeltes, transparentes Promotionsverfahren verfügt.
- (3) Das Habilitationsrecht kann einer nichtstaatlichen Hochschule auf Antrag durch das Staatsministerium unter den Voraussetzungen des Abs. 2 verliehen werden, wenn mit der Habilitation die wissenschaftliche und pädagogische Eignung zu einer Professorin oder einem Professor in einem bestimmten Fachgebiet an Universitäten förmlich festgestellt werden kann.
- (4) ¹Vor Verleihung des Promotionsrechts und Habilitationsrechts an eine nichtstaatliche Hochschule soll das Staatsministerium eine gutachterliche Stellungnahme des Wissenschaftsrats oder einer vergleichbaren Akkreditierungseinrichtung zur Überprüfung der in Abs. 2 genannten Kriterien für die Verleihung des Promotionsrechts und der in Abs. 3 genannten Kriterien für die Verleihung des Habilitationsrechts einholen. ²Der wesentliche Inhalt der gutachterlichen Stellungnahme ist zu veröffentlichen. ³Für das Verfahren gelten Art. 87 Abs. 2 bis 4 und Art. 88.
- (5) Die Regelung des Art. 3 Abs. 2 und des Art. 81 Abs. 3 Satz 2 und 3 zur Verleihung eines fachlich begrenzten Promotionsrechts an besonders forschungsstarke Bereiche der Hochschulen für angewandte Wissenschaften gilt auch für nichtstaatliche Hochschulen für angewandte Wissenschaften.
- (6) Nichtstaatliche Kunsthochschulen können darüber hinaus im Zusammenwirken mit anderen Hochschulen wissenschaftliche Promotionen oder wissenschaftlich-künstlerische Promotionen betreuen, wenn die Voraussetzungen des Art. 80 Abs. 6 Satz 2 oder des Art. 80 Abs. 6 Satz 3 und 4 vorliegen
- (7) Zu Kosten für Amtshandlungen im Rahmen der Verfahren nach Abs. 2 bis 5 gilt Art. 88 entsprechend.

Art. 94

Kirchliche Hochschulen, Verordnungsermächtigung

- (1) Auf kirchliche Hochschulen – einschließlich Ordenshochschulen –, die ausschließlich Geistliche aus- und fortbilden, findet dieser Abschnitt keine Anwendung.

- (2) ¹Auf Antrag gewährt der Freistaat nach Maßgabe des Staatshaushalts einer Kirche oder kirchlichen Stiftung des öffentlichen Rechts Zuschüsse zur Errichtung und zum Betrieb einer nichtstaatlichen Hochschule für angewandte Wissenschaften oder von Fachhochschulstudiengängen an einer staatlich anerkannten Universität. ²Der Zuschuss zum laufenden Betrieb beträgt 80 % des tatsächlichen nachgewiesenen Personal- und Sachaufwands, soweit dieser dem an vergleichbaren staatlichen Hochschulen entstehenden Aufwand entspricht. ³Das Nähere wird durch Rechtsverordnung geregelt, in der auch eine Pauschalierung vorgesehen werden kann.
- (3) ¹Auf Antrag gewährt der Freistaat der Hochschule für Philosophie München nach Maßgabe des Staatshaushalts einen Zuschuss in Höhe von 50 % des tatsächlichen nachgewiesenen laufenden Personal- und Sachaufwands, sofern dieser mit dem Aufwand staatlicher Hochschulen für ähnliche Fächerprofile vergleichbar ist. ²Das Nähere wird durch Rechtsverordnung geregelt, in der auch eine Pauschalierung vorgesehen werden kann.
- (4) Im Übrigen können sonstigen Hochschulen in der Trägerschaft einer kirchlichen juristischen Person des öffentlichen Rechts nach Maßgabe des Staatshaushalts Zuschüsse gewährt werden.

Finanzierung Kirchlicher Einrichtungen ist nicht staatliche Aufgabe

Art. 95 Rechtsaufsicht

Das Staatsministerium führt die Rechtsaufsicht über die nichtstaatlichen Hochschulen; Art. 10 Abs. 2 findet entsprechende Anwendung.

Art. 96 Sonstige Einrichtungen

- (1) ¹Niederlassungen staatlicher oder staatlich anerkannter Hochschulen eines anderen Lands der Bundesrepublik Deutschland, eines Mitgliedstaats der Europäischen Union oder eines Staats, mit dem auf Grund eines Abkommens Dienstleistungs- oder Niederlassungsfreiheit im Hochschulbereich besteht, dürfen im Freistaat Bayern betrieben werden, wenn
1. die Niederlassung ausschließlich ihre im Sitzland anerkannten und dort zugelassenen oder akkreditierten Hochschulstudiengänge durchführt und nach dem Recht des Sitzlands auch im Freistaat Bayern durchführen darf,
 2. die Hochschule der Niederlassung ausschließlich ihre im Sitzland anerkannten und dort zugelassenen oder rechtmäßig verliehenen Hochschulgrade verleiht,
 3. nur Studienbewerberinnen und Studienbewerber angenommen werden, die die Voraussetzungen für eine Aufnahme in die den Hochschulgrad verleihende Hochschule erfüllen,
 4. die Qualitätskontrolle durch das Sitzland gesichert ist.

²Für Bildungseinrichtungen, die im Freistaat Bayern aufgrund von Kooperationen mit Hochschulen nach Satz 1 im jeweiligen Sitzland anerkannte und zugelassene Hochschulstudiengänge durchführen und entsprechende Hochschulqualifikationen und akademische

Grade verleihen wollen, gilt Satz 1 entsprechend. ³Der Betrieb von Niederlassungen und Bildungseinrichtungen darf erst aufgenommen werden, wenn die Voraussetzungen nach Satz 1 durch das Staatsministerium festgestellt wurden. ⁴Für Ausweitungen oder wesentliche Änderungen des Studienangebots nach Betriebsaufnahme gilt Satz 1 entsprechend. ⁵Sie sind dem Staatsministerium unverzüglich anzu zeigen.

(2) Art. 89 Abs. 3 und 4, Art. 90 sowie Art. 95 gelten entsprechend.

Art. 97 **Untersagung, Ordnungswidrigkeiten**

(1) ¹Das Staatsministerium kann den Betrieb einer Einrichtung untersagen, soweit diese ohne Anerkennung nach Art. 86 oder ohne Feststellung oder Gestattung nach Art. 96

1. Hochschulstudiengänge durchführt,
2. Hochschulprüfungen abnimmt oder
3. akademische Grade verleiht.

²Führt eine Einrichtung, ohne dazu berechtigt zu sein, die Bezeichnung Universität, Universitätsklinikum, Hochschule, Fachhochschule, Hochschule für angewandte Wissenschaften, Technische Hochschule, Kunsthochschule, Gesamthochschule oder eine Bezeichnung, die damit verwechselt werden kann, untersagt das Staatsministerium die Führung der Bezeichnung. ³Die Führung eines akademischen Grades, der von einer Einrichtung im Sinne des Satzes 1 verliehen wurde, ist untersagt.

(2) Mit Geldbuße bis zu einhunderttausend Euro kann belegt werden, wer

1. unbefugt die Bezeichnung Universität, Universitätsklinikum, Hochschule, Fachhochschule, Hochschule für angewandte Wissenschaften, Technische Hochschule, Kunsthochschule, Gesamthochschule, fremdsprachige Entsprechungen dieser Bezeichnungen oder eine Bezeichnung führt, die damit verwechselt werden kann,
2. eine Einrichtung, die Aufgaben nach Art. 3 wahrnimmt, ohne staatliche Anerkennung nach Art. 86 errichtet oder betreibt, oder
3. ohne staatliche Anerkennung nach Art. 86 oder Feststellung oder Gestattung nach Art. 96 Hochschulstudiengänge durchführt, Hochschulprüfungen abnimmt oder akademische Grade oder Bezeichnungen, die akademischen Graden zum Verwechseln ähnlich sind, verleiht.

(3) Mit Geldbuße bis zu fünftausend Euro kann belegt werden, wer unbefugt eine Berufsbezeichnung nach Art. 91 Abs. 1 Satz 5 bis 9 führt.

Teil 9 Studierendenwerke

Art. 98 Aufgaben, Verordnungsermächtigung

- (1) ¹Aufgaben der Studierendenwerke sind die wirtschaftliche Förderung und soziale Betreuung der Studierenden der staatlichen Hochschulen, insbesondere durch die Einrichtung und den Betrieb von Kinderbetreuungsstätten, den Bau und den Betrieb von Studierendenwohnheimen und den Betrieb von Verpflegungseinrichtungen sowie von Einrichtungen im kulturellen und gesellschaftlichen Bereich.²Die Studierendenwerke sollen im Rahmen ihrer Aufgaben zur Förderung der internationalen Beziehungen beitragen. ³Durch Rechtsverordnung des Staatsministeriums können den Studierendenwerken staatliche Aufgaben übertragen werden.
- (2) ¹Die Einrichtungen der Studierendenwerke können auch anderen Personen zur Verfügung gestellt werden, soweit dies mit der Erfüllung der Aufgaben nach Abs. 1 vereinbar ist. ²Den Studierendenwerken können auch für andere Unterrichtseinrichtungen Aufgaben nach Abs. 1 als eigene Aufgaben oder als Auftragsangelegenheit übertragen werden.
- (3) Die Studierendenwerke erfüllen ihre Aufgaben nach den Grundsätzen der Gemeinnützigkeit.
- (4) ¹Zur Erfüllung der Aufgaben nach Abs. 1 und 2 Satz 1 stellen die Hochschulen und die anderen Unterrichtseinrichtungen den Studierendenwerken auf Anforderung personenbezogene Daten der Studierenden und der anderen Personen im erforderlichen Umfang durch elektronische Datenübermittlung zur Verfügung. ²Die Studierendenwerke sind im Rahmen ihrer Aufgaben zur Datenverarbeitung berechtigt.
- (5) ¹Zur Erfüllung ihrer öffentlichen Aufgaben haben die Studierendenwerke untereinander, mit den Hochschulen, dem Bund, den Ländern und anderen Körperschaften des öffentlichen Rechts zusammenzuwirken. ²Art. 6 Abs. 8 gilt entsprechend.

Hier ist die psychosoziale Betreuung der Studierenden und die Förderung der Nachhaltigkeit als Aufgaben zu ergänzen

Art. 99 Errichtung und Zuständigkeit, Verordnungsermächtigung

Die Errichtung, die Festlegung der Zuständigkeit für die einzelnen Hochschulen und andere Unterrichtseinrichtungen sowie die Auflösung von Studierendenwerken erfolgt durch Rechtsverordnung des Staatsministeriums.

Art. 100 Rechtsstellung und Organisation

¹Die Studierendenwerke sind rechtsfähige Anstalten des öffentlichen Rechts. ²Organe der Studierendenwerke sind die Vertreterversammlung, der Verwaltungsrat und die Geschäftsführerin oder der Geschäftsführer (Geschäftsführung).

Art. 101 **Vertreterversammlung**

- (1) Aufgaben der Vertreterversammlung sind
1. die Wahl und Abwahl des Verwaltungsrats,
 2. die Entgegennahme des Jahresberichts der Geschäftsführung und des Jahresabschlusses,
 3. die Entgegennahme des Berichts über grundsätzliche Fragen der künftigen Geschäftsführung.
- (2) ¹Jede Hochschule entsendet in die Vertreterversammlung
1. ein Mitglied der Hochschulleitung,
 2. zwei Professorinnen oder Professoren,
 3. drei Studierende der Hochschule,
 4. die oder den Beauftragten für die Gleichstellung von Frauen in der Wissenschaft der Hochschule,
 5. die oder den Beauftragten für die Belange der Studierenden mit Behinderung oder chronischer Erkrankung.
- ²Die Personen nach Satz 1 Nr. 1 bis 3 werden von der Hochschulleitung für die Dauer von zwei Jahren benannt, die Personen nach Satz 1 Nr. 3 im Einvernehmen mit der Studierendenvertretung der Hochschule. ³Scheidet ein Mitglied vorzeitig aus, wird für die restliche Zeit eine Nachfolgerin oder ein Nachfolger benannt.
- (3) Die Vertreterversammlung wählt aus ihrer Mitte für die Dauer der Amtsperiode eine Vorsitzende oder einen Vorsitzenden.

Art. 102 **Verwaltungsrat**

- (1) Der Verwaltungsrat nimmt die Prüfung des Jahresabschlusses vor.
- (2) Der Verwaltungsrat beschließt über
1. den Wirtschaftsplan,
 2. die Bestellung der Wirtschaftsprüferin oder des Wirtschaftsprüfers,
 3. die Entlastung der Geschäftsführung auf Grund des geprüften Jahresabschlusses,
 4. die Bestellung und Entlassung der Geschäftsführerin oder des Geschäftsführers und der Stellvertreterin oder des Stellvertreters,
 5. den Erwerb, die Belastung und die Veräußerung von Grundvermögen,
 6. Satzungen nach Art. 105 Abs. 2 und 3.
- (3) ¹Der Verwaltungsrat setzt sich zusammen aus

Verwaltungsrat soll der Vertreterversammlung einen jährlichen Bericht vorlegen

Studentische Beteiligung im Verwaltungsrat mit Möglichkeit zum Vorsitz

1. zwei Personen aus dem Kreis der Professorinnen und Professoren sowie der Hochschulleitung,
2. drei Studierenden,
3. einer Persönlichkeit des öffentlichen Lebens,
4. einer Vertreterin oder einem Vertreter des Personalrats des Studierendenwerks,
5. der oder dem Beauftragten für die Gleichstellung von Frauen in der Wissenschaft der Hochschule,
6. der oder dem Beauftragten für die Belange der Studierenden mit Behinderung oder chronischer Erkrankung.

²Die Amtszeit der Verwaltungsratsmitglieder beträgt zwei Jahre. ³Die Mitglieder nach Satz 1 Nr. 1, 2, 5 und 6 werden von der Vertreterversammlung aus deren Mitte gewählt. ⁴Die aus der Vertreterversammlung gewählten Mitglieder des Verwaltungsrats scheiden mit ihrer Wahl aus der Vertreterversammlung aus. ⁵Eine Hochschule darf höchstens zwei Vertreterinnen oder Vertreter in den Verwaltungsrat entsenden. ⁶Das Mitglied nach Satz 1 Nr. 3 wird von den Präsidentinnen und Präsidenten der beteiligten Hochschulen gewählt, das Mitglied nach Satz 1 Nr. 4 vom Personalrat des Studierendenwerks. ⁷Scheidet ein Verwaltungsratsmitglied vorzeitig aus, wird für den Rest der Amtszeit des bisherigen Mitglieds ein neues Mitglied gewählt.

- (4) Der Verwaltungsrat wählt aus dem Kreis der Mitglieder nach Abs. 3 Satz 1 Nr. 1 und 3 für die Dauer der Amtszeit eine Vorsitzende oder einen Vorsitzenden.

Art. 103 Geschäftsführung

- (1) ¹Auf Grund des Beschlusses des Verwaltungsrats bestellt und entlässt die oder der Vorsitzende des Verwaltungsrats die Geschäftsführerin oder den Geschäftsführer und die Stellvertreterin oder den Stellvertreter. ²Die Bestellung, die Regelung des Beschäftigungsverhältnisses und die Entlassung bedürfen des Einvernehmens mit dem Staatsministerium.
- (2) ¹Die Geschäftsführerin oder der Geschäftsführer führt die Geschäfte des Studierendenwerks, soweit nicht die Zuständigkeit der Vertreterversammlung oder des Verwaltungsrats begründet ist. ²Sie oder er vertritt das Studierendenwerk.

Art. 104 Aufsicht

- (1) Die Studierendenwerke stehen unter der Rechtsaufsicht und, soweit sie staatliche Aufgaben oder Auftragsangelegenheiten wahrnehmen, der Fachaufsicht des Staatsministeriums.
- (2) ¹Hinsichtlich der Aufsichtsmittel gilt Art. 10 Abs. 3 bis 5 entsprechend. ²Bei der Wahrnehmung staatlicher Aufgaben oder Auftragsangelegenheiten können den Studierendenwerken auch für die Handhabung des Verwaltungsermessens Weisungen erteilt werden.

Art. 105 Finanzierung und Wirtschaftsführung

- (1) ¹Der Freistaat Bayern stellt den Studierendenwerken nach Maßgabe des Staatshaushalts Mittel zur Durchführung ihrer Aufgaben zur Verfügung. ²Eigene Einnahmen der Studierendenwerke sind vorbehaltlich zulässiger Rückstellungen und genehmigungsfähiger Rücklagen vorweg einzusetzen. ³Eigene Einnahmen der Studierendenwerke sind
1. der Grundbeitrag nach Abs. 2,
 2. der zusätzliche Beitrag nach Abs. 3,
 3. sonstige Einnahmen.
- (2) ¹Die Höhe des Grundbeitrags richtet sich nach den durchschnittlichen wirtschaftlichen Verhältnissen des beitragspflichtigen Personenkreises und dem zur Durchführung der Aufgaben der Studierendenwerke nach Art. 98 Abs. 1 Satz 1 erforderlichen Aufwand. ²Sie wird nach Anhörung der beteiligten Hochschulen und sonstigen Unterrichtseinrichtungen nach Art. 98 Abs. 2 Satz 2 vom zuständigen Studierendenwerk durch Satzung festgesetzt.
- (3) ¹Neben dem Grundbeitrag kann für den Zuständigkeitsbereich einzelner Studierendenwerke oder für Teile des Zuständigkeitsbereichs einzelner Studierendenwerke ein zusätzlicher Beitrag für die Beförderung oder die zu einem ermäßigten Beförderungsentgelt mögliche Beförderung der Studierenden im öffentlichen Nahverkehr erhoben werden. ²Die Höhe des zusätzlichen Beitrags richtet sich nach dem Aufwand aus einer entsprechenden Vereinbarung des Studierendenwerks mit den örtlichen Trägern des Nahverkehrs über die Beförderung der Studierenden gegen ein Pauschalentgelt oder über die zu einem ermäßigten Beförderungsentgelt mögliche Beförderung der Studierenden gegen ein Pauschalentgelt. ³Sie wird vom zuständigen Studierendenwerk durch Satzung festgesetzt. ⁴Der Abschluss der Vereinbarung nach Satz 2 bedarf der vorherigen Zustimmung des Staatsministeriums für Wohnen, Bau und Verkehr. ⁵Zwischen den örtlichen Trägern des öffentlichen Nahverkehrs und den Hochschulen kann zu diesem Zweck ein automatisierter Austausch personenbezogener Daten der an den Hochschulen immatrikulierten und berechtigten Studierenden eingerichtet werden.
- (4) ¹Beitragspflichtig nach den Abs. 2 und 3 sind Studierende sowie Personen, die Unterrichtseinrichtungen im Sinn von Art. 98 Abs. 2 Satz 2 besuchen. ²Studierende, die an mehreren Hochschulen im Freistaat Bayern immatrikuliert sind, für die verschiedene bayerische Studierendenwerke zuständig sind, sind nur bei dem Studierendenwerk beitragspflichtig, in dessen Zuständigkeitsbereich die erste Immatrikulation erfolgte. ³Für die Immatrikulation an jeder weiteren Hochschule kann durch Satzung des zuständigen Studierendenwerks jeweils ein zusätzlicher Beitrag nach Abs. 3 erhoben werden. ⁴Personen, denen nach Art. 98 Abs. 2 Satz 1 Einrichtungen zur Verfügung gestellt werden, können zur Leistung eines Beitrags durch Satzung des zuständigen Studierendenwerks herangezogen werden. ⁵Die Studierendenwerke können durch Satzung Ausnahmen von der Beitragspflicht, insbesondere für Studierende, die aufgrund einer hochschulischen Kooperationsvereinbarung nicht durchgängig am bayerischen Studienort anwesend sind, festlegen.
- (5) ¹Die Beiträge nach den Abs. 2 und 3 werden von den Hochschulen und sonstigen Unterrichtseinrichtungen unentgeltlich eingehoben. ²Die Studierendenwerke sind hinsichtlich dieser Beiträge ermächtigt, Leistungsbescheide zu erlassen.

Entscheidungsfreiheit bei Wahl des Semestertickets für Studierende für die mehrere in Frage kommen

- (6) Der erforderliche Aufwand für Aufgaben, die nach Art. 98 Abs. 1 Satz 3 den Studierendenwerken übertragen worden sind, wird aus Mitteln des Staatshaushalts in voller Höhe erstattet.
- (7) ¹Die Studierendenwerke haben vor Beginn des Haushaltsjahres einen Wirtschaftsplan aufzustellen und dem Staatsministerium rechtzeitig zur Genehmigung vorzulegen. ²Dieser bildet die Grundlage für die Haushalts- und Wirtschaftsführung der Studierendenwerke und muss in Aufwand und Ertrag abgeglichen sein. ³Die Studierendenwerke sind zur Rechnungslegung verpflichtet. ⁴Soweit die Studierendenwerke Anstaltsbedienstete beschäftigen, gelten die jeweiligen Bestimmungen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer des Freistaates Bayern entsprechend.
- (8) Für die nach Abs. 2 und 3 zu erlassenden Satzungen gilt Art. 9 Abs. 1 Satz 2 und 3.

Art. 106

Verordnungsermächtigung

Durch Rechtsverordnung des Staatsministeriums werden die erforderlichen näheren Bestimmungen über die Aufgaben, die Organisation, die Beschlussfähigkeit und das Zustandekommen von Beschlüssen der Organe und die Grundsätze der Finanzierung und Wirtschaftsführung der Studierendenwerke sowie über die Wahl der Vertreterin oder des Vertreters des Personalrats des Studierendenwerks in den Verwaltungsrat getroffen.

Teil 10: Ergänzende Vorschriften

Art. 107

Anwendung des Bayerischen Verwaltungsverfahrensgesetzes

- (1) Das Bayerische Verwaltungsverfahrensgesetz gilt für Hochschulprüfungen – einschließlich Habilitationen – nur, soweit nicht Satzungen der Hochschulen inhaltsgleiche oder entgegengesetzte Bestimmungen enthalten.
- (2) Die Vorschriften des Siebten Teils, Abschnitt I des Bayerischen Verwaltungsverfahrensgesetzes gelten nicht für die Mitwirkung an der Verwaltung einer Hochschule.
- (3) ¹Die Verfahren
1. der staatlichen Anerkennung nach Art. 86,
 2. der Genehmigung der Beschäftigung von hauptberuflichen Lehrkräften nach Art. 91 Abs. 1 sowie
 3. der Feststellung der Berechtigung zur Durchführung von Studiengängen und Abnahme von Hochschulprüfungen nach Art. 96

können über eine einheitliche Stelle – einheitliche Ansprechpartnerin oder einheitlicher Ansprechpartner – nach den Vorschriften des Bayerischen Verwaltungsverfahrensgesetzes

abgewickelt werden. ²Art. 71e BayVwVfG findet im Fall des Satzes 1 Nr. 1 keine Anwendung.

Art. 108

Abschlüsse von Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedlern im Sinn des Bundesvertriebenengesetzes, Verordnungsermächtigung

- (1) ¹Wer als Berechtigte oder Berechtigter nach den §§ 4, 6 und 10 des Bundesvertriebenengesetzes vor Verlassen des Aussiedlungsgebiets im Herkunftsland Hochschulprüfungen abgelegt oder Befähigungsnachweise erworben hat, die zur Führung eines ausländischen akademischen Grades oder eines entsprechenden ausländischen staatlichen Grades oder Titels berechtigten, erhält auf Antrag die Genehmigung, den erworbenen Grad oder Titel in der Form des entsprechenden deutschen akademischen Grades zu führen, wenn die materielle Gleichwertigkeit mit dem entsprechenden deutschen akademischen Grad nachgewiesen ist. ²Ist die Gleichwertigkeit nicht nachgewiesen, richtet sich das Führungsrecht nach Art. 84.
- (2) ¹Materielle Gleichwertigkeit ist anzunehmen, wenn die Voraussetzungen an den Erwerb des ausländischen Grades oder Titels nach Inhalt, Umfang und Anforderungen denen eines fach- und rangentsprechenden inländischen akademischen Grades im Wesentlichen gleich sind. ²Anderweitige durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes geltende Bestimmungen über die Führung von Berufsbezeichnungen bleiben unberührt.
- (3) ¹Für die Genehmigung nach Abs. 1 Satz 1 ist das Staatsministerium zuständig ²Durch Rechtsverordnung kann die Zuständigkeit auf Hochschulen übertragen werden.

Art. 109

Sondervorschriften

- (1) ¹Durch dieses Gesetz werden die Verträge mit den Kirchen sowie die besondere Rechtsstellung der kirchlichen wissenschaftlichen Hochschulen (Art. 138 Abs. 1 und Art. 150 Abs. 1 der Verfassung) nicht berührt. ²Bei der Einstellung wissenschaftlichen und künstlerischen Personals sowie bei der Erteilung der Lehrbefugnis sind Art. 3 § 2 des Konkordats zwischen seiner Heiligkeit Papst Pius XI. und dem Staate Bayern sowie Art. 2 Abs. 2 und Art. 5 Abs. 3 bis 5 des Vertrages zwischen dem Bayerischen Staate und der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern rechts des Rheins anzuwenden. ³Geht dem Staatsministerium eine Beanstandung des Diözesanbischofs gemäß Art. 3 § 3 des Konkordats zwischen seiner Heiligkeit Papst Pius XI. und dem Staate Bayern zu, scheidet das betroffene Mitglied der Hochschule aus der katholisch-theologischen Einheit nach Art. 30 Abs. 2 Satz 1 aus. ⁴Über die Zuordnung zu einer anderen Einheit entscheidet das Staatsministerium im Benehmen mit der Hochschule und nach Anhörung des betroffenen Mitglieds. ⁵Liegen für Professorinnen, Professoren oder andere Personen, die zur selbstständigen Lehre berechtigt sind, die Voraussetzungen der Art. 2 Abs. II Satz 2 und Art. 5 Abs. I des Vertrages zwischen dem Bayerischen Staate und der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern rechts des Rheins

nicht mehr vor, gliedert das Staatsministerium nach gutachterlicher Einvernahme des Landeskirchenrats das betreffende Mitglied der Hochschule nach dessen Anhörung aus der evangelisch-theologischen Einheit nach Art. 30 Abs. 2 Satz 1 aus; Satz 3 gilt entsprechend.

- (2) ¹Die Hochschule kann einer wissenschaftlichen Einrichtung außerhalb der Hochschule, an der die Freiheit von Forschung und Lehre gesichert ist und die sich im Bereich der Forschung oder Durchführung anwendungsbezogener Forschungs- und Entwicklungsvorhaben bewährt hat oder dies erwarten lässt, ohne Änderung der bisherigen Rechtsstellung die Befugnis verleihen, die Bezeichnung einer wissenschaftlichen Einrichtung an der Hochschule zu führen. ²Die Verleihung kann widerrufen werden.
- (3) Die Ukrainische Freie Universität in München kann nach Maßgabe der erteilten Genehmigung weiter betrieben werden und das Promotionsrecht und Habilitationsrecht ungeachtet der Art. 86 bis 96 nach dem Rechtszustand zum 1. April 1979 wahrnehmen.

Art. 110 Verordnungsermächtigungen

- (1) Das Staatsministerium wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung die Benutzung der staatlichen Bibliotheken, insbesondere die Zulassung, den Ausschluss und das Leihwesen, näher zu regeln.
- (2) ¹Das Staatsministerium wird ermächtigt, zur eigenverantwortlichen Weiterentwicklung von Hochschulen mit dem Ziel der Stärkung ihrer Leistungsfähigkeit und Wettbewerbsfähigkeit durch auf sechs Jahre befristete Rechtsverordnung, die des Einvernehmens des Staatsministeriums der Finanzen und für Heimat bedarf, von diesem Gesetz unter Achtung verfassungsmäßiger Prinzipien abweichende Regelungen für einzelne Hochschulen zu treffen. ²Entfristung und Neuerlass erfolgen durch Verordnung der Staatsregierung und bedürfen der vorherigen Zustimmung des Landtags.

Art. 111 Übergangsbestimmungen zum Hochschulpersonal

- (1) Soweit die Bestellung zur Honorarprofessorin oder zum Honorarprofessor oder die Verleihung der Lehrbefugnis nach den bis zum [Datum des Inkrafttretens des Gesetzes] geltenden Bestimmungen nicht erlöschen würde oder diese Bestellung oder Verleihung nicht widerrufen oder zurückgenommen werden könnte, ist der Widerruf einer vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes erfolgten Bestellung zur Honorarprofessorin oder zum Honorarprofessor, zur außerplanmäßigen Professorin oder zum außerplanmäßigen Professor oder der Widerruf der Lehrbefugnis auf Grund der ab dem [Datum des Inkrafttretens des Gesetzes] geltenden Bestimmungen nicht zulässig.
- (2) ¹Professorinnen und Professoren der Besoldungsgruppe C 4, die am [Tag vor Inkrafttreten des Gesetzes] befugt waren, den Titel „Ordinaria“ oder „Ordinarius“ zu führen, sind befugt, diesen Titel weiterzuführen. ²Dies gilt für Professorinnen und Professoren der Besoldungsgruppe C 3 an Universitäten entsprechend für die Führung des Titels „Extraordinaria“ oder „Extraordinarius“.

- (3) Die in diesem Gesetz für Personal an Hochschulen für angewandte Wissenschaften geltenden Bestimmungen finden auch auf Personal in Fachhochschulstudiengängen an anderen Hochschulen Anwendung.
- (4) Wird an einer Hochschule das Studienjahr anders als in Semester eingeteilt, sind die für Semester geltenden Vorschriften dieses Gesetzes sinngemäß anzuwenden.

Art. 112

Weitere Übergangsbestimmungen

- (1) Bis zur endgültigen Abwicklung des von der LfA Förderbank Bayern verwalteten Sicherungsfonds zur Bereitstellung sozialverträglicher Gebührendarlehen für berufsbegleitende Studiengänge und zur Sicherung bestehender Studienbeitragsdarlehen und Gebührendarlehen für berufsbegleitende Studiengänge gelten die Regelungen des Art. 71 Abs. 3 sowie des Art. 101 des Bayerischen Hochschulgesetzes in der am [Tag vor Inkrafttreten des Gesetzes] geltenden Fassung in Verbindung mit der Verordnung über Darlehen zur Studienbeitragsfinanzierung in der am [Tag vor Inkrafttreten des Gesetzes] geltenden Fassung fort.
- (2) ¹Für Studierende, die zum Zeitpunkt des [Datum des Inkrafttretens des Gesetzes] in einem ausbildungsbegleitenden Studiengang immatrikuliert sind, der zum [Datum des Inkrafttretens dieses Gesetzes] abgabefrei ist, bleibt dieses Studium abgabefrei. ²Für Studierende, die zum [Datum des Inkrafttretens dieses Gesetzes] in einem berufsbegleitenden Studiengang immatrikuliert sind, für den die Hochschulen auch nach dem [Datum des Inkrafttretens dieses Gesetzes] Gebühren erheben, gelten die Regelungen des Art. 71 Abs. 2 Satz 4 des Bayerischen Hochschulgesetzes in der am [Tag vor Inkrafttreten des Gesetzes] geltenden Fassung in Verbindung mit § 2 Abs. 4 der Hochschulgebührenverordnung in der am [Tag vor Inkrafttreten des Gesetzes] geltenden Fassung fort. ³Für Studierende, die zum [Datum des Inkrafttretens dieses Gesetzes] in einem speziellen Angebot des weiterbildenden Studiums nach § 1 Abs. 1 Satz 2 Nr. 1 und 2 der Hochschulgebührenverordnung in der am [Tag vor Inkrafttreten des Gesetzes] geltenden Fassung immatrikuliert sind, gelten die Regelungen des Art. 71 Abs. 2 Satz 4 des Bayerischen Hochschulgesetzes in der am [Tag vor Inkrafttreten des Gesetzes] geltenden Fassung in Verbindung mit § 2 Abs. 3 der Hochschulgebührenverordnung in der am [Tag vor Inkrafttreten des Gesetzes] geltenden Fassung fort.

Teil 11

Schlussvorschriften

Art. 113

Bestimmungen zur Bewältigung der COVID-19-Pandemie

- (1) In Bezug auf die in den für Studiengänge maßgeblichen Prüfungsordnungen nach Art. 68 Abs. 2 Satz 1 und Abs. 5 festgelegten Regeltermine und Fristen gelten das Sommersemester 2020, das Wintersemester 2020/2021 und das Sommersemester 2021 nicht als Fachsemester.

- (2) ¹Für die im Sommersemester 2020, im Wintersemester 2020/2021 oder im Sommersemester 2021 in einem Studiengang an einer staatlichen oder staatlich anerkannten Hochschule immatrikulierten und nicht beurlaubten Studierenden gilt eine von der Regelstudienzeit abweichende um ein Semester verlängerte individuelle Regelstudienzeit. ²Die individuelle Regelstudienzeit entspricht der Regelstudienzeit verlängert um ein Semester für jedes Semester, in dem die Voraussetzungen nach Satz 1 erfüllt sind. ³Soweit Abs. 1 die Verlängerung von Fristen vorgibt, sind die dort getroffenen Regelungen abschließend.
- (3) ¹Soweit aufgrund der Infektionsschutzmaßnahmen, die zur Bewältigung der durch den Virus SARS-CoV-2 ausgelösten Pandemie ergriffen wurden, Wahlen zum Senat, zu den Fakultätsräten oder sonstigen Gremien der Hochschule, die keine Leitungsfunktion innehaben, nicht durchgeführt werden können, können diese im Einvernehmen mit dem Staatsministerium auf einen späteren Zeitpunkt verschoben werden. ²Der festgesetzte Zeitpunkt kann nach Maßgabe des Satzes 1 erneut verschoben werden. ³Eine Verschiebung der Wahl um insgesamt mehr als ein Jahr ist nicht möglich. ⁴Die Mitglieder des Gremiums, dessen Wahl nach Maßgabe der Sätze 1 bis 3 verschoben worden ist, üben ihre Funktion in dem Gremium weiter bis zum erstmaligen Zusammentritt des neu gewählten Gremiums aus. ⁵Ihre Amtszeit ist insoweit verlängert. ⁶Ein Rücktritt kann nur aus wichtigem Grund erfolgen.
- (4) ¹Die Hochschule kann für die Immatrikulation in das Studium zum Wintersemester 2020/2021 bis zum Wintersemester 2021/2022 durch Satzung zulassen, dass das Studium bereits vor vollständig bestandener Prüfung zum Nachweis der besonderen Qualifikationsvoraussetzungen nach Art. 44 Abs. 2 bis 4 aufgenommen werden kann, wenn diese Prüfung wegen der COVID-19-Pandemie nicht oder nicht vollständig angeboten wurde oder die Anreise aufgrund von pandemiebedingten Reisebeschränkungen unverschuldet nicht möglich war. ²Der Nachweis der besonderen Qualifikationsvoraussetzungen nach Art. 44 Abs. 2 bis 4 ist spätestens bis zum Ende des Semesters zu erbringen, in dem die in Satz 1 genannten Hindernisse entfallen. ³Andernfalls erlischt die Immatrikulation zum Ende des Semesters, in dem die Hindernisse entfallen sind. ⁴Die Sätze 1 bis 3 gelten entsprechend, soweit das für den Hochschulzugang von qualifizierten Berufstätigen erforderliche Beratungsgespräch nach Art. 45 Abs. 1 und 2 oder das besondere Prüfungsverfahren nach Art. 45 Abs. 2 durch die Corona-Pandemie erschwert oder unmöglich gemacht wurde.
- (5) Für Studierende, die ihr Masterstudium im Sommersemester 2019, im Wintersemester 2019/2020, im Sommersemester 2020, im Wintersemester 2020/2021 oder im Sommersemester 2021 begonnen haben, können die Hochschulen auf Antrag die Frist gemäß Art. 43 Abs. 5 Satz 3 um bis zu einem halben Jahr verlängern, wenn die Studierenden aufgrund der Corona-Pandemie ohne Verschulden verhindert waren, die Frist einzuhalten.
- (6) Für die nichtstaatlichen Hochschulen gelten die Abs. 1, 4 und 5 nach Maßgabe des Art. 80 Abs. 1 entsprechend.

Art. 113a

Änderung des Bayerischen Ausführungsgesetzes zum Bundesausbildungsförderungsgesetz

Das Bayerische Ausführungsgesetz zum Bundesausbildungsförderungsgesetz (BayAGBAföG) in der in der Bayerischen Rechtssammlung (BayRS 2230-2-1-K/WK) veröffentlichten bereinigten

Fassung, das zuletzt durch § 1 Abs.210 der Verordnung vom 26. März 2019 (GVBl. S. 98) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. Art. 2 wird wie folgt geändert:

- a) In der Überschrift wird das Wort „Studentenwerke“ durch das Wort „Studierendenwerke“ ersetzt.
- b) In Abs. 1 wird das Wort „Studentenwerken“ durch das Wort „Studierendenwerken“ ersetzt.
- c) In Abs. 2 wird das Wort „Studentenwerk“ durch das Wort „Studierendenwerk“ ersetzt.
- d) Abs. 3 wird wie folgt geändert:
 - aa) In Satz 1 wird das Wort „Studentenwerken“ durch das Wort „Studierendenwerken“ ersetzt.
 - bb) In Satz 2 wird die Angabe „Art. 94 des Bayerischen Hochschulgesetzes“ durch die Angabe „Art. 104 des Bayerischen Hochschulinnovationsgesetzes“ ersetzt.
 - cc) Die Fußnote „²⁾“ wird wie folgt gefasst: „²⁾BayRS 2210-1-3 WK“.
- e) In Abs. 4 wird das Wort „Studentenwerken“ durch das Wort „Studierendenwerken“ ersetzt.

2. Nach Art. 4 wird folgender Art. 5 eingefügt:

„Art. 5
Ausschließliche Zuständigkeiten

Für den Vollzug des Bundesausbildungsförderungsgesetzes sind ausschließlich die in Art. 1 bis 4 genannten Stellen zuständig.“

3. Der bisherige Art. 5 wird Art. 6.

Art. 113b Änderung des Bayerischen Besoldungsgesetzes

Das Bayerische Besoldungsgesetz (BayBesG) vom 5. August 2010 (GVBl. S. 410, 764, BayRS 2032-1-1- F), das zuletzt durch Art. 9 und Art. 10 des Gesetzes vom 9. April 2021 (GVBl. S. 150) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. In der Überschrift des Teils 2 Abschnitt 2 und in Art. 39 Satz 1 werden jeweils nach dem Wort „Juniorprofessorinnen“ die Wörter „ , Nachwuchsprofessoren und Nachwuchsprofessorinnen“ eingefügt.
2. Art. 57 wird wie folgt geändert:
 - a) Der Überschrift werden die Wörter „ , Nachwuchsprofessoren und Nachwuchsprofessorinnen“ angefügt.
 - b) Abs. 1 wird wie folgt geändert:

- aa) In Satz 1 wird das Wort „sowie“ durch ein Komma ersetzt und werden nach dem Wort „Juniorprofessorinnen“ die Wörter „sowie Nachwuchsprofessoren und Nachwuchsprofessorinnen“ eingefügt.
 - bb) In Satz 3 Halbsatz 1 werden nach dem Wort „Juniorprofessorin“ die Wörter „ , des Nachwuchsprofessors oder der Nachwuchsprofessorin“ eingefügt.
3. In Art. 65 Satz 1 wird das Wort „sowie“ durch ein Komma ersetzt und werden nach dem Wort „Juniorprofessorinnen“ die Wörter „sowie Nachwuchsprofessoren und Nachwuchsprofessorinnen“ eingefügt.
 4. In der Überschrift von Teil 3 Abschnitt 4 Unterabschnitt 2 werden nach dem Wort „Juniorprofessorinnen“ ein Komma und die Wörter „Nachwuchsprofessoren und Nachwuchsprofessorinnen“ eingefügt.
 5. In Art. 72 Abs. 1 Satz 2 wird das Wort „sowie“ durch ein Komma ersetzt und werden nach dem Wort „Juniorprofessorinnen“ die Wörter „sowie Nachwuchsprofessoren und Nachwuchsprofessorinnen“ eingefügt.
 6. In Art. 73 Abs. 1 Satz 3 werden nach dem Wort „Juniorprofessorinnen“ die Wörter „sowie für Nachwuchsprofessoren und Nachwuchsprofessorinnen“ eingefügt.
 7. In Anlage 1 wird der „Besoldungsgruppe W 1“ die Zeile „Nachwuchsprofessor, Nachwuchsprofessorin“ an gefügt.

Art. 114

Einschränkung von Grundrechten

Auf Grund dieses Gesetzes kann das Grundrecht auf Unverletzlichkeit der Wohnung (Art. 13 des Grundgesetzes und Art. 106 Abs. 3 der Verfassung) eingeschränkt werden.

Verfassungsrechtlich
unhaltbarer Eingriff in
Grundrechte

Art. 115

Inkrafttreten, Außerkrafttreten

- (1) Dieses Gesetz tritt am [Datum – Tag des Inkrafttretens] in Kraft.
- (2) Mit Ablauf des [Tag vor Inkrafttreten des Gesetzes] treten außer Kraft:
 1. das Bayerische Hochschulgesetz (BayHSchG) vom 23. Mai 2006 (GVBl. S. 245, BayRS 2210-1-1-WK), das zuletzt durch § 1 des Gesetzes vom 9. April 2021 (GVBl. S. 182) geändert worden ist,
 2. das Bayerische Hochschulpersonalgesetz (BayHSchPG) vom 23. Mai 2006 (GVBl. S. 230, BayRS 2030-1- 2-WK), das zuletzt durch § 2 des Gesetzes vom 9. April 2021 (GVBl. S. 182) geändert worden ist,
 3. die Hochschulabweichungsverordnung (HSchAbwV) vom 10. Juni 2018 (GVBl. S. 502, 659, BayRS 2210- 1-1-14-WK), die zuletzt durch Verordnung vom 28. Oktober 2020 (GVBl. S. 610) geändert worden ist,

4. die Hochschulgebührenverordnung (HSchGebV) vom 18. Juni 2007 (GVBl. S. 399, BayRS 2210-1-1-9- WK), die zuletzt durch Verordnung vom 1. Februar 2013 (GVBl. S. 38) geändert worden ist, diese wieder um geändert durch Verordnung vom 15. Juli 2013 (GVBl. S. 487),
 5. Verordnung über Darlehen zur Studienbeitragsfinanzierung (StuBeiDaV) vom 18. September 2006 (GVBl. S. 754, BayRS 2210-1-1-8-WK), die zuletzt durch § 1 Abs. 190 der Verordnung vom 26. März 2019 (GVBl. S. 98) geändert worden ist,
 6. Verordnung über die Bekanntmachung von Hochschulsatzungen (HSchBekV) vom 4. November 1993 (GVBl. S. 848, BayRS 2210-1-1-1-WK), die zuletzt durch § 3 der Verordnung vom 16. Juni 2006 (GVBl. S. 347) geändert worden ist,
 7. die Verordnung über die Vorlesungszeit an den Universitäten in Bayern (UniVorlZV) vom 8. März 2000 (GVBl. S. 155, BayRS 2210-1-1-4-WK), die zuletzt durch § 1 der Verordnung vom 8. Juli 2020 (GVBl. S. 402) geändert worden ist,
 8. die Verordnung über die Vorlesungszeit an den Fachhochschulen in Bayern (FHVorlZV) vom 10. Oktober 1983 (GVBl. S. 797, BayRS 2210-4-1-6-2-WK), die zuletzt durch § 2 der Verordnung vom 8. Juli 2020 (GVBl. S. 402) geändert worden ist,
 9. die Unterrichtszeitverordnung für Kunsthochschulen (UzKHV) vom 5. September 2000 (GVBl. S. 734) BayRS 2210-3-3-WK, die zuletzt durch § 1 Abs. 195 der Verordnung vom 26. März 2019 (GVBl. S. 98) geändert worden ist.
- (3) Art. 27 Abs. 2 Satz 4 und Art. 68 Abs. 6 treten mit Ablauf des 31. Dezember 2024 außer Kraft.

Index kommentierter Artikel im Gesetzesentwurf

(Abs. 1), 26
(Abs. 2), 25

Abs. 2 S. 1, 25
Abs. 2 S. 2, 25
Art. 10 Abs. 3, 8
Art. 10 Abs. 5, 8, 9
Art. 102 Abs. 1, 31
Art. 102 Abs. 3, 20
Art. 105 Abs. 4, 19
Art. 11, 24
Art. 11 Abs. 1, 8
Art. 11 Abs. 3, 8
Art. 11. Abs 1, 24
Art. 114, 14
Art. 12, 14
Art. 13, 16
Art. 13 Abs. 3, 16
Art. 15, 25
Art. 16, 16
Art. 17, 16
Art. 18, 21
Art. 19 Abs. 1, 28
Art. 2, 7, 14, 15, 17
Art. 2 Abs. 3, 23
Art. 2 Abs. 8, 23
Art. 22, 14
Art. 22 Abs. 6, 25
Art. 23, 15
Art. 25, 25
Art. 26 Abs. 3, 16
Art. 27, Abs. 2, 7
Art. 28 Abs. 2, 18
Art. 28 Abs. 3, 19
Art. 28 Abs. 4, 19
Art. 29, 25
Art. 3, 23
Art. 30 Abs. 1, 25
Art. 30 Abs. 1 S. 4, 26
Art. 31, 12, 13, 26
Art. 31 Abs. 3, 6, 7
Art. 32 Abs. 2, 7
Art. 33, 7

Art. 34, 6
Art. 34 Abs. 1, 18
Art. 35 Abs. 1, 18
Art. 35 Abs. 5, 26
Art. 35, Abs. 5, 7
Art. 38, 26, 29
Art. 39 Abs. 2, 10
Art. 4 Abs. 2, 8
Art. 41 Abs. 1, 28
Art. 43 Abs. 1, 10
Art. 44 Abs. 3, 29
Art. 45, 10
Art. 47 Abs. 1, 28, 29
Art. 50, 20
Art. 52, 12
Art. 53, 28
Art. 56 Abs. 4, 28
Art. 6 Abs. 3, 23
Art. 60, 20
Art. 61, 11
Art. 62, 26
Art. 63, 12, 20
Art. 63 Abs. 4, 27
Art. 65, 20
Art. 67, 20
Art. 68 Abs. 3, 10
Art. 7, 14
Art. 7 Abs. 3, 20
Art. 71 Abs. 2, 16
Art. 73 Abs. 2, 11
Art. 79, 12
Art. 8, 14, 23
Art. 94 Abs. 2, 27
Art. 98 Abs. 1 Satz 1, 31
Art.2 Abs 8, 16

Literaturverzeichnis

- [APOFHWS] Hochschule für angewandte Wissenschaften Würzburg-Schweinfurt. Allgemeine prüfungsordnung der hochschule für angewandte wissenschaften würzburg-schweinfurt (apo). https://fiw.fhws.de/fileadmin/redaktion/dokumente/pruefung/APO_konsFassung_AendS-8_markiert.pdf, 10 2010. Aufgerufen am 12.06.2021, 12:40. 11
- [APOHL] Hochschule für angewandte Wissenschaften Landshut. Allgemeine prüfungsordnung der hochschule für angewandte wissenschaften landshut vom 21. juni 2012 in der fassung der vierten Änderungssatzung vom 12. februar 2015. https://www.haw-landshut.de/fileadmin/Hochschule_Landshut_NEU/Ungeschuetzt/SSZ/rechtliche_Angelegenheiten_2015/rechtliche_Angelegenheiten_2015_konsolidiert/233-7_APO_4_Aenderung_konsolidierte_Fassung_2015_02_12.pdf, 2 2015. Aufgerufen am 12.06.2021, 12:40. 11
- [BayHSchG] Land Bayern. Bayerisches hochschulgesetz (bayhSchG). <https://www.gesetze-bayern.de/Content/Document/BayHSchG>, 5 2006. Aufgerufen am 29.06.2021, 14:30. 24
- [BbgHG] Land Brandenburg. Brandenburger hochschulgesetz (bbghG). <https://bravors.brandenburg.de/gesetze/bbghg>, 4 2014. Aufgerufen am 16.06.2021, 17:00. 26
- [BerlHG] Land Berlin. Gesetz über die hochschulen im land berlin (berliner hochschulgesetz - berlhg) in der fassung vom 26. juli 2011. <https://gesetze.berlin.de/perma?d=jlr-HSchulGBE2011rahmen>, 6 2011. Aufgerufen am 12.06.2021, 13:00. 26, 28
- [BfGR1] Studis Online. Nicht-eu-ausländer nehmen reißaus - studiengebühren in baden-württemberg. <https://www.bafog-rechner.de/Hintergrund/art-2144-auslaender-studiengebuehren-bawue.php>. Aufgerufen am 15.06.2021, 19:30. 24
- [BreHG] Land Bremen. Hamburgisches hochschulgesetz (hmbhg). https://www.transparenz.bremen.de/vorschrift_detail/bremen2014_tp.c.157867.de, 5 2007. Aufgerufen am 12.06.2021, 12:00. 17, 26
- [CCC1] B. Ondrisek, Chaos Computer Club e. V. Probleme mit e-voting: Ein Überblick über die vielseitigen probleme von elektronischen wahlen. https://media.ccc.de/v/pw17-167-probleme_mit_e-voting, 10 2017. Aufgerufen am 12.06.2021, 12:00. 7
- [CCC2] T. S. Linus Neumann, Martin Tschirsich, Chaos Computer Club e. V. Der pc-wahl-hack: Analyse einer wahlsoftware. https://media.ccc.de/v/34c3-9247-der_pc-wahl-hack, 12 2017. 7

- [F&L1] Forschung & Lehre. Weniger studierende nach einfuehrung von studiengebuehren. <https://www.forschung-und-lehre.de/lehre/weniger-studierende-nach-einfuehrung-von-studiengebuehren-206/>. Aufgerufen am 15.06.2021, 19:30. 24
- [F&L2] Forschung & Lehre. Einige hochschulen leiden unter studiengebuehren. <https://www.forschung-und-lehre.de/lehre/einige-hochschulen-leiden-unter-studiengebuehren-1240/>. Aufgerufen am 15.06.2021, 19:30. 24
- [FZS1] I. Kimizoglu, Freier zusammenschluss von student*innenschaften (fzs) e.V. E-voting ist und bleibt unsicher, undemokratisch und ungeeignet. <https://www.fzs.de/2021/03/08/e-voting-ist-und-bleibt-unsicher-undemokratisch-und-ungeeignet>, 3 2021. Aufgerufen am 12.06.2021, 12:00. 7
- [FZS2] I. Kimizoglu, Freier zusammenschluss von student*innenschaften (fzs) e.V. Aktionsbündnis gegen bildungs- und studiengebuehren veroeffentlicht zahlen zum rueckgang der internationalen studierenden in baden-wuerttemberg. <https://www.fzs.de/2021/02/16/aktionsbueundnis-gegen-bildungs-und-studiengebuehren-veroeffentlicht-zahlen-zum-rueckgang-der-internationalen-studierenden-in-baden-wuerttemberg/>. Aufgerufen am 15.06.2021, 19:30. 24
- [GG] Deutschland. Grundgesetz für die bundesrepublik deutschland. <https://www.bundestag.de/gg>, 5 1949. Aufgerufen am 29.06.2021, 14:30. 27
- [HmbHG] Land Hamburg. Hamburgisches hochschulgesetz (hmbhg). <http://www.landesrecht-hamburg.de/jportal/portal/page/bshaprod.psml?showdoccase=1&st=null&doc.id=jlr-HSchulGHArahmen>, 7 2001. Aufgerufen am 12.06.2021, 12:00. 11, 14, 17
- [IHfF] Hochschulen für den Frieden – Ja zur Zivilklausel. Fragen und antworten. <http://www.zivilklausel.de/index.php/fragen-und-antworten>. Aufgerufen am 12.06.2021, 12:40. 14
- [KIF345] Konferenz der Informatik-Fachschaften. Kif345: Resolution e-voting. https://wiki.kif.rocks/wiki/KIF345:Resolution_E-Voting, 12 2006. Aufgerufen am 12.06.2021, 12:00. 7
- [KIF460] Konferenz der Informatik-Fachschaften. Kif460: Resolutionen/elektronische wahlen. https://wiki.kif.rocks/wiki/KIF460:Resolutionen/Elektronische_Wahlen, 5 2018. Aufgerufen am 12.06.2021, 12:00. 7
- [NetzPoll] F. Aust. #31c3: E-voting ist und bleibt unsicher. <https://netzpolitik.org/2015/31c3-e-voting-ist-und-bleibt-unsicher/>, 1 2015. 7
- [NRWHG] Land Nordrhein-Westfalen. Gesetz über die hochschulen des landes nordrhein-westfalen (hochschulgesetz - hg). https://recht.nrw.de/lmi/owa/br_bes_text?sg=0&menu=0&bes_id=28364&aufgehoben=N&anw_nr=2, 9 2014. Aufgerufen am 12.06.2021, 12:50. 17
- [StN1] R. Allgöwer, Stuttgarter Nachrichten. Uni-gebühr schreckt auslandsstudenten ab. <https://www.stuttgarter-nachrichten.de/inhalt.studiengebuehr-opposition-schlaegt-alarm-uni-gebuehr-schreckt-auslandsstudenten-ab.08586864-a671-4589-9b29-66b2b1cd8be9.html>. Aufgerufen am 15.06.2021, 19:30. 24

- [StudWerkNRW] Studierendenwerke NRW. <https://www.studierendenwerke-nrw.de/>. Aufgerufen am 12.06.2021, 13:13. 30
- [ThürHG] Land Thüringen. Thüringer Hochschulgesetz (thürhg). <https://landesrecht.thueringen.de/perma?d=jlr-HSchulGTH2018pP5>, 5 2018. Aufgerufen am 12.06.2021, 12:50.
- [TTG] A. G. Emanuel Towfigh, Christian Traxler. Zur Benotung in der Examensvorbereitung und im ersten Examen: Eine empirische Analyse. https://www.zdrw.nomos.de/fileadmin/zdrw/doc/2014/Aufsatz_ZDRW_14_01_Towfigh_u.a.pdf, 2014. Aufgerufen am 12.06.2021, 12:00. 11